Sommer 2014
Nr. 65, 20. Jahrgang
Ladenpreis: 3,80 €

Zeitung für Umweltschutz von unten

grünes blatt



ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

Inhaltsverzeichnis

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04

Editorial

fb Wieder ein dickes grünes blatt. Mit den letzten Heften haben wir immer wieder die Maximalstärke, die uns von der Druckerei empfohlen wird, erreicht.

Energie und Tierbefreiung stellen wieder einen enormen Anteil dieser Ausgabe - zumindest wenn mensch nach Seitenzahlen geht. Es gibt hier aber auch zwei Beiträge zur im Winter gestarteten Debatte zur Strategie der "Berufsrevolutionär*innen". Dieses Thema hat sicherlich noch viel Diskussionsstoff - weitere Blickwinkel, Kritiken und Perspektiven fürs nächste Heft sind willkommen!

Auf der gegenüberliegenden Seite gibt es auch mal wieder einen selbstreflektierenden Text zur aktuellen Lage des grünen blatts. Was dort nicht angeschnitten wird, aber auch mal diskutiert werden sollte, ist die Frage, inwiefern das Projekt inhaltliche Erwartungen erfüllt und welchen politischen praktischen Nutzen das grüne blatt hat. Auch dazu sind wir dankbar über Zuschriften!

Eine ebenfalls nicht angesprochene, aber eine hinsichtlich 2015 offene Frage betrifft die Fortsetzung der Verbreitung des grünen blatts über den Bahnhofsbuchhandel - da brauchen wir ein*e neu*e Freiwillig*e. Die Zahl der Neuabos an den Bahnhöfen ist nicht berauschend, aber dort haben wir in den letzten Jahren immer wieder ganz neue Leser*innen erreicht.

Und zuletzt noch ein Aufruf: Städteverteiler*innen, die Hefte älterer Ausgaben haben und in absehbarer Zeit nicht verteilen können, sollten diese bitte an die Redaktion schicken, da wir hier und da Anfragen zu grünen blättern aus dem Archiv bekommen und nicht mehr alles vorrätig ist!

Impressum

grünes blatt –
Zeitung für Umweltschutz von unten
http://gruenes-blatt.de

Redaktion
grünes blatt – Redaktion
Am Bärental 6
D-04720 Döbeln
Fon: +49 3431/58 94 170
E-Mail: mail@gruenes-blatt.de

Spendenkonto:
GLS Bank
IBAN: DE75 4306 0967 1101 7406 00
BIC: GENODEM1GLS

Verlag
SeitenHieb Verlag
Duburger Str. 47 | D-24939 Flensburg
www.SeitenHieb.info
Info@SeitenHieb.info
+49 461 14683333

Autor*innen dieser Ausgabe
Bernhard Riepl, Christian Vinke, Contradictio, Falk Beyer (V.i.S.d.P.), Fuchs, Hanna Poddig, Jean Sorgenacker, Jörg Bergstedt, Oliver Rast, Tina, Vega u.a.

Satz und Layout
Dominik, Falk Beyer, Jörg Bergstedt, Rowena, Karl-Casper Linde

Auflage: 1500 Hefte

Das grüne blatt wird auf 100% Recyclingpapier gedruckt. Das grüne blatt versteht sich als ein Medium aus der emanzipatorischen Ökologiebewegung. Die Redaktion bilden unabhängige Mitarbeiter*innen. Die Arbeit der Redaktion wird über ein offenes Wiki im Internet koordiniert:

http://gruenes-blatt.de/redaktion/

Zum Schutz vor Spambots und automatischer Indizierung des Redaktionswikis ist dieses passwortgeschützt:

redaktion // grbl-passwort

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers übereinstimmen, schon allein weil es „die" Kollektivmeinung nicht gibt.

Ältere Ausgaben des grünen blatts können gegen Erstattung der Versandkosten (3 EUR) bei der Redaktion nachbestellt oder unter http://gruenes-blatt.de gelesen werden.

Eigentumsvorbehalt

Diese Zeitung bleibt solange im Besitz der Redaktion, bis sie der*dem Gefangenen ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Eigentumsvorbehalts. Wird ein Teil der Ausgabe nicht ausgehändigt, dann ist der beanstandete Teil, und nur dieser, unter Angabe der Gründe an den Vertrieb zurückzusenden, der Rest ist auszuhändigen. Gleiches gilt, wenn ein bestimmtes Heft beanstandet wird.



ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

In eigener Sache:

Zur aktuellen Situation des grünes blatts

fb Vor fast zwei Jahren haben wir an dieser Stelle das letzte Mal über die aktuelle Situation des grünen blatts berichtet. Nun ist es an der Zeit, Bilanz zu ziehen und zu diskutieren, inwiefern das "neue Konzept" verwirklicht werden konnte.

Finanzierung prekär

Kurz gesagt: die Zeitung trägt sich nicht. Das ist nichts Neues. Es gab aber auch keine erkennbare Verbesserung. Die Zahl der Abos steigt zwar, aber auch die Kosten sind wieder gestiegen. Die Seitenzahl war in der Zwischenzeit recht hoch, und das ist der Hauptkostenfaktor. Die Auflage ist stabil bei 1.500 Heften geblieben. Nach wie vor werden die Einnahmen aus den Abos fast vollständig für die Kosten der Verschickung verwendet. Das mag verwundern, da der Abopreis doch kostendeckend sein sollte - ist er aber nur sehr knapp, und da der überwiegende Teil der Auflage weiterhin kostenlos ausgelegt oder über Städteverteiler verbreitet wird, fehlt für diese Hefte die Finanzierung.

Neu eingeführt hatten wir 2012, dass es für jede Ausgabe eine andere finanzverantwortliche Person geben würde. So sollte die schlechte Tradition beendet werden, dass einfach die zuletzt für die Finanzierung Verantwortlich*e auch die Kosten der nächsten Ausgabe irgendwie reorganisieren musste. In den Vorjahren war dies das unabgestimmte, aber reale, Finanzierungskonzept, und einzelne Gruppen oder Personen, die zeitweise mal geholfen hatten, blieben dann auf dieser Verantwortung sitzen.

Die seit 2012 jeweils ausgabenbezogene Finanzierungsverantwortung hat bisher funktioniert. Es gab zwischenzeitlich sechs neue Ausgaben, jeweils mit wechselnden Koordinator*innen, die auch für die Finanzierung des Drucks verantwortlich waren. Der Versand und die Internetkosten werden weiterhin von den Aboeinnahmen bestritten, die Druckkosten dagegen sind der Kreativität der Ausgaben-Koordinator*in überlassen. Ob Privatspenden, Zuschüsse oder Entgegenkommen bei den Produktionskosten, ist von Ausgabe zu Ausgabe verschieden.

Bisher funktioniert dieser Teil des neuen Konzepts, und da diese Verantwortlichkeit den Koordinator*innen der jeweiligen Hefte klar ist, wird das wohl so lange gut gehen, wie sich noch Menschen bereit finden, ein Heft verantwortlich zu koordinieren und sich um die Finanzierung Gedanken zu machen.

Klar ist aber auch, dass es langfristig sinnvoll ist, wenn das Zeitungsprojekt sich selbst finanziell tragen kann - also dass ein möglichst großer Teil der Produktionskosten über Abos, Dauerspenden, Patenschaften o.ä. finanziert werden kann. Deshalb auch erneut der Aufruf an euch Leser*innen: überlegt, ob ihr das grüne blatt abonnieren wollt, sofern ihr das nicht sowieso schon tut! Oder, wenn ihr Geld übrig habt, ob ihr dieses Projekt durch eine Dauerspende/Patenschaft längerfristig unterstützen wollt.

Themenrubriken

Die Themenrubriken waren ein weiteres Element, das wir 2012 eingeführt haben, um mehr Autonomie innerhalb des grünen blatts, eigene inhaltliche Kriterien und Stile für gesonderte Bereiche im Heft zu ermöglichen. Nach wie vor soll es keine Zensur im grünen blatt geben, aber den Themenredaktionen wird ermöglicht, eigene inhaltliche Kriterien zu setzen. Nicht passende Artikel erscheinen dann nicht in den Themenrubriken, sondern im allgemeinen Teil.

Seitdem gibt es kontinuierlich die Energierubrik und die Rubrik Mensch-Tier-Verhältnis, die vielleicht auch durch dieses Konzept motiviert in den letzten Heften einen wesentlichen inhaltlichen Beitrag für das grüne blatt geleistet haben. Kontinuierlich, wenn auch nicht immer so umfangreich, ist die Rubrik Gentechnik erschienen und soll auch zukünftig über die letzten Entwicklungen informieren. Neu und in Leser*innen-Rückmeldungen sehr wertgeschätzt ist auch die Knastrubrik, die u.a. Gefangenen eine Plattform für ihre Themen gibt. Daneben wurden mit "Militarisierung", "Freie Technik" und "Herrschaft & Organisierung" weitere Rubriken eingeführt, die aber leider noch nicht ganz regelmäßig erscheinen. Für die Herbstausgabe wurde inzwischen auch der Start einer Themenredaktion "Klima" zugesagt. Überlegt wurden auch Rubriken zur Solidarischen Landwirtschaft und zu Gender - aber bisher wurden noch keine Menschen gefunden, die sich dauerhaft darum kümmern wollen.

Kriterien für Themenrubriken, die wir uns 2012 gesetzt hatten, sind kontinuierliche Erscheinungsweise, Kontaktierbarkeit (E-Mail-Kontakt und ggf. Deadlines für Artikelzusendungen), Doppelseitenumfang und wiedererkennbares Layout. Einige Rubriken verwenden eigene Symbole zur Kennzeichnung der Seiten, teilweise ist auch das Design dieser Bereiche klar zuordenbar. Manche Rubriken haben sich inzwischen gut entwickelt, haben eine erkennbare Linie hinsichtlich ihrer Inhalte oder Stils, sind teils grafisch auch wiedererkennbar. Bei der Mehrzahl der Themenfelder ist das noch nicht gelungen - für Außenstehende ist schwer erkennbar, dass es sich um eigenständige Rubriken handelt, welche Texte Teil davon sind, und wie mensch mit den Redaktionen in Kontakt treten kann. Aber das kann ja noch werden.

Beteiligung am Projekt

Wie schon angedeutet, konnten wir bisher für jede Ausgabe Menschen finden, die die Koordination und Finanzierungsverantwortung übernommen haben. Dadurch wurde es möglich, dass wir von durchschnittlich zwei Ausgaben im Jahr wieder auf dreimalige Erscheinungsweise kommen konnten (angestrebt: viermal jährlich). Ob wir so weiter machen können, ist aber unklar, weil die Unverbindlichkeit vieler Beteiligter an der Redaktionsarbeit bereits Frustration bei einzelnen Aktiven verursacht hat. Das betrifft insbesondere die Beteiligung an Diskussion und Entwicklung des Projekts.

Mit dem 2012er Perspektiventreffen hatten wir einen verbindlichen Fahrplan für das grüne blatt (wieder) neu eingeführt. Also wurden Ausgaben, Verantwortlichkeiten, Redaktionsschluss, Layoutphase, Versand und Redaktionstreffen jeweils schon im Vorjahr vereinbart. Insbesondere die Redaktionstreffen, bei denen eine Reflexion und Weiterentwicklung des grünen blatts erfolgen soll, sind jedoch schlecht besucht. Auch beim Versand gab es nur wenig aktive Hilfe. Derzeit ist offen, ob wir für 2015 wieder einen verbindlichen Fahrplan vereinbaren können, oder ob dies mangels ausreichender Verantwortungsübernahme nicht möglich sein wird.

Strategiepapier: Polnisches Programm für Atomkraft beschlossen

NukeNews Am 28. Januar 2014 beschloss die polnische Regierung das Polnische Programm für Atomkraft, das strategische Dokument des Staates mit der darin geäußerten Absicht der Errichtung der ersten AKW und der Einführung der Atomkraft in Polen.

Während die administrativen, institutionellen und rechtlichen Verfahren in gewissem Umfang bereits seit drei Jahren in Gang sind, begrüßten die Atomwirtschaft und verbundene Kreise das Dokument als Ausdruck des unbeirrten Festhaltens an den früheren Plänen.

Gleichzeitig übten Anti-Atom-AktivistInnen Kritik an dem Dokument und der Entscheidung der Regierung aufgrund der finanziellen Belastungen, die diese für die öffentlichen Haushalte und die VerbraucherInnen mit sich bringen wird, und wegen der mit der Atomkraft verbundenen Risiken und Gefahren für Mensch und Umwelt.

Die Regierung äußerte sich nicht zu konkreten Vorstellungen zur Finanzierung des Projekts und zu belastbaren Konzepten für den Umgang mit dem Atommüll.

Themenrubrik Energie
Kontakt: energie@gruenes-blatt.de
Einsendeschluss: 05.10.2014

Thematisch passende Beiträge für diese Rubrik im nächsten grünen blatt bitte vor Einsendeschluss an uns mailen.

Wir freuen uns über Menschen, die sich an der Energierubrik beteiligen wollen!

Internationales Anti-Atom-Netzwerktreffen im August

fb Das 2014er Nuclear Heritage Network Gathering wird vom 4.-8. August in der Nähe von Kiel in Norddeutschland stattfinden. Es wird eine Plattform für Anti-Atom-Aktivist*innen und Organisator*innen sein, um einander persönlich kennenzulernen, mehr über die Themen und Kämpfe der Anderen zu erfahren, zum Austausch von Erfahrungen und Fertigkeiten, und um die Werkzeuge zur internationalen Unterstützung von Anti-Atom-Aktivitäten zu verbessern.

Diese jährlich stattfindenden Netzwerktreffen sind ein wichtiger Ort der Vernetzung im Rahmen des internationalen Anti-Atom-Netzwerkes Nuclear Heritage Network. Hier entwickeln wir neue Ressourcen zur Stärkung des Widerstands gegen Atomkraft und zur Verbesserung bereits bestehender Werkzeuge. Das Treffen soll das Netzwerk weiter entwickeln und neue interessierte Aktivist*innen einbeziehen. Es wird Workshops sowohl mit Präsentationen zur atompolitischen Situation in den Ländern der am Treffen Teilnehmenden als auch zu Ressourcen wie dem NukeNews-Newslettersystem, Internationalen Netzwerkbüro, mehrsprachigen Flyerprojekt etc. geben.

Dieses Jahr wird das Nuclear Heritage Network Gathering am selben Ort und zeitlich unmittelbar vor dem internationalen Anti-Atom-Sommercamp stattfinden. So wird es möglich sein, auch die Aktionen und Workshops dieser Veranstaltung zu besuchen. Dies ist auch eine Gelegenheit für Anti-Atom-Aktivist*innen rund um die Ostsee einander zu treffen und Kampagnen und Aktionen gegen die Atomindustrie in der Region zu organisieren.

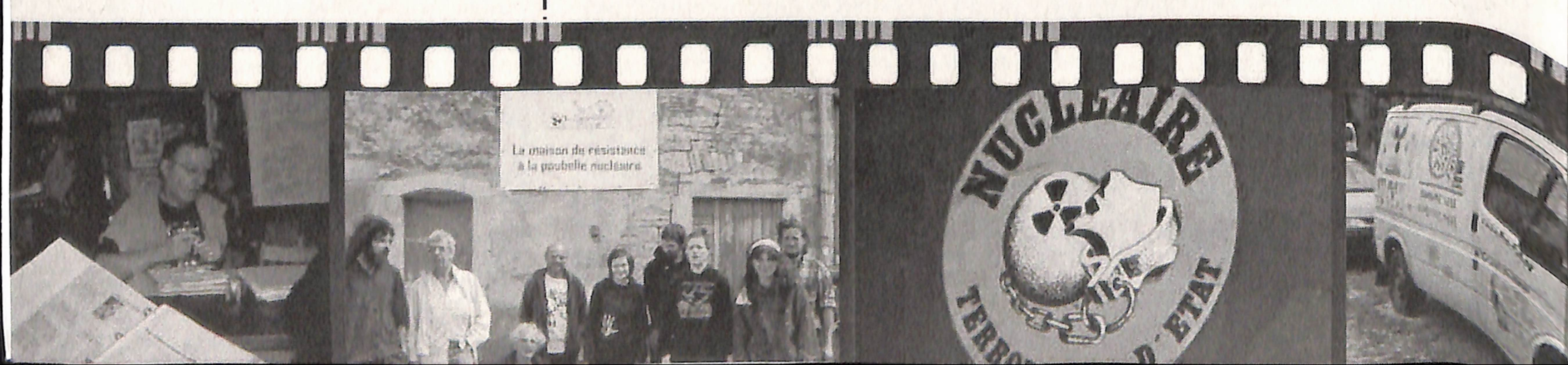
Wir werden versuchen, dich bei den Reisekosten zum Netzwerktreffen zu unterstützen, falls du nicht in der Lage sein solltest, diese selbst zu tragen. In diesem Fall solltest du dich so früh wie möglich mit uns in Verbindung setzen. Wenn du Interesse am Anti-Atom-Netzwerktreffen hast, schicke bitte ein E-Mail an contact@nuclear-heritage.net.

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Nuclear_Heritage_Network_gathering_2014

Umweltkatastrophen-Firma

fb Seit 2013 ist das Unternehmen Talvivaara Mining Company Plc. mit ernsten finanziellen Problemen konfrontiert. Monate nachdem im November 2012 durch eine große Leckage etwa eine Million Kubikmeter hochgiftige Prozesswässer aus einem Rückhaltebecken des Tagebaus ausgetreten waren und in den sensiblen Wassersystemen der ostfinnischen Feuchtgebiete eine Umweltkatastrophe verursacht hatten, hat sich herausgestellt, dass das Unternehmen nicht fähig sein würde, die eigenen Betriebskosten zu decken, geschweige denn ernstgemeinte Aufräumarbeiten nach der Verseuchung der Ökosysteme mit Uran, Nickel, Cadmium, Sulfaten und weiteren Schwermetallen zu finanzieren. Talvivaara Mining Company begann daraufhin neue Aktien auszugeben, um zusätzliches Kapital einzuwerben.

Doch dieser Versuch, Talvivaaras Finanzierung zu retten, ging schief, da außerhalb Finnlands kaum neue Investoren gefunden werden konnten.



Neuigkeiten zur Atomkraft in Finnland

NukeNews Am 13. Februar verkündete das finnische Industrieministerium, der Umweltbericht von Fennovoima sei fertig und könne veröffentlicht werden, so dass die Öffentlichkeit ihn beurteilen und kommentieren könne. Der 264 Seiten umfassende Bericht wurde von dem Unternehmen Pöyry vorbereitet, das in der Vergangenheit kritisiert wurde, weil es die europäischen Regeln in Bezug auf soziale Unternehmensverantwortung gebrochen haben soll.

Das Industrieministerium ist die Institution, die für den Prozess der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) verantwortlich ist. Die internationale UVP-Prozedur entsprechend der Espoo-Konvention erledigt das Umweltministerium. Die finnischen Organisationen, die den Reaktor von Fennovoima ablehnen, hoffen, dass es im Rahmen der internationalen UVP kritische Einwendungen geben wird.

Bisher gibt es anscheinend mehrere Einwendungen zum UVP-Programm, die von schwedischen Organisationen verfasst wurden. Am wichtigsten ist wohl, dass das INES-7-Szenario (katastrophaler Unfall) hinzugefügt werden muss. Ein weiterer wichtiger Punkt sind die Auswirkungen von Packeis. Angeblich sind diese im Bericht enthalten, aber es handelt sich in Wirklichkeit um eine Beschreibung des Packeises selbst, nicht um eine Analyse des Reaktorverhaltens, wenn Packeis die Kühlung behindert etc.

Mehr Infos:

http://www.tem.fi/en/energy/nuclear_energy/eia_procedures_for_new_nuclear_power_projects/eias_by_fennovoima/eia_report_by_fennovoima_2014

http://thediplomat.com/2013/07/trouble-on-the-mekong/

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Pack_ice_and_bad_engineering

Talvivaara nahe am Bankrott

Letzten Herbst startete ein Verfahren zur Prüfung der wirtschaftlichen Kapazitäten des Unternehmens mit dem Ziel, zu entscheiden, ob die etwa 450 Millionen Euro in Krediten, die Talvivaara Banken und Investoren schuldet, einen Rückzahlungsaufschub bekommen würden oder nicht. Die Ergebnisse werden für dieses Frühjahr erwartet - was wahrscheinlich gleichzeitig eine Entscheidung über das Ende dieses desaströsen Tagebauprojektes oder dessen Fortsetzung bedeutet. Allerdings ist die finnische Regierung sehr an der Rettung ihrer Investitionen in den Prototyp des angeblich "grünen" Bergbaubooms in Finnland interessiert.

Mehr dazu:

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Talvivaara_mine:_environmental_disaster_in_Finland

Monographie zur polnischen Anti-Atom-Kampagne

NukeNews Vertreter der Protestbewegung gegen den begonnenen und später aufgegebenen Bau des AKW Żarnowiec in Polen vor 25 Jahren sind auf der Suche nach Materialien wie Fotos, Dokumentationen, Filmen, Postern, Presseausschnitten, amtlichen Schreiben oder anderen Belegen dieser Proteste und den damit verbundenen Veranstaltungen oder Aktionen aus dieser Zeit.

Die Materialien werden für die Vorbereitung der Publikation "Anti-Atom-Kampagne in Polen von 1985 bis 1990" von Tomasz Borewicz verwendet, die noch in diesem Jahr erscheinen soll.

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Call-out_for_submitting_documentation_for_a_monograph_on_Antinuclear_campaign_in_Poland_in_1980s

Politik der neuen tschechischen Regierung

NukeNews Die neue tschechische Regierung ist finanziell unter Druck und will das sogenannte Britische Modell im eigenen Land nicht zur Anwendung bringen, welches eine langfristige Staatsgarantie für einen Mindestpreis für elektrischen Strom bedeuten würde. So könnte die Ausschreibung für Block 3+4 in Temelin, über welche schon bald entschieden werden soll und wo nur noch ein russischer und ein US-amerikanischer Anbieter im Rennen sind, unter der Krimkrise begraben werden. Oder einfach, weil der Marktpreis für Strom zu niedrig ist. Es gibt aber Signale, dass das sogar noch ältere AKW Dukovany in Südmähren erweitert werden soll. Premierminister Sobotka meinte auch, dass er nichts gegen die Öffnung neuer Urangruben im Süden der Tschechischen Republik einzuwenden habe.

http://www.radio.cz/en/section/business/czech-government-mulls-plans-to-extend-uranium-mining



Laufzeitverlängerung in der Ukraine

NukeNews Die designbedingte Laufzeit von 12 Atomanlagen in der Ukraine wird 2020 auslaufen, einschließlich dreier Anlagen, die bereits eine Laufzeitverlängerung erhalten hatten (zwei Blöcke des AKW Riwne und Block 1 im AKW Süd-Ukraine). Im März 2013 hat das sogenannte "Implementation Committee of the Espoo Convention" auf Basis der durch die NGO Ecoclub vorgelegten Informationen zur Laufzeitverlängerung des AKW Riwne entschieden, eine ESPOO-Komitee-Initiative zu starten (EIA/IC/CI/4). Nun gibt es ein laufendes Verfahren in Sachen Laufzeitverlängerung alter Atomreaktoren in der Ukraine. Das Komitee vertritt die Position, dass Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken im Rahmen der ESPOO-Konvention als "wesentliche Veränderung" zu betrachten sind.

Am 28. November 2013 entschied das State Nuclear Regulatory Inspectorate of Ukraine, die Betriebsgenehmigung des Blockes 1 des AKW Süd-Ukraine bis zum 2. Dezember 2023, also weit über die designbedingte Laufzeit hinaus, zu verlängern. Als diese abschließende Entscheidung getroffen wurde, wurden keine Verfahren nach der ESPOO-Konvention eingeleitet. In der Versammlung der Vertragsparteien der ESPOO-Konvention am 2.-5. Juni 2014 soll eine Entscheidung zur Notwendigkeit, die Verfahren der ESPOO-Konvention umzusetzen, verabschiedet werden. Wir hoffen, das wird helfen, in der Ukraine ein einheitliches Verfahren zu entwickeln, das Entscheidungen zur Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken so schnell wie möglich in Einklang mit der ESPOO-Konvention bringt, um weitere Entscheidungen dieser Art ohne Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) und ohne Konsultation der potentiell betroffenen Öffentlichkeit in den Nachbarstaaten zu vermeiden.

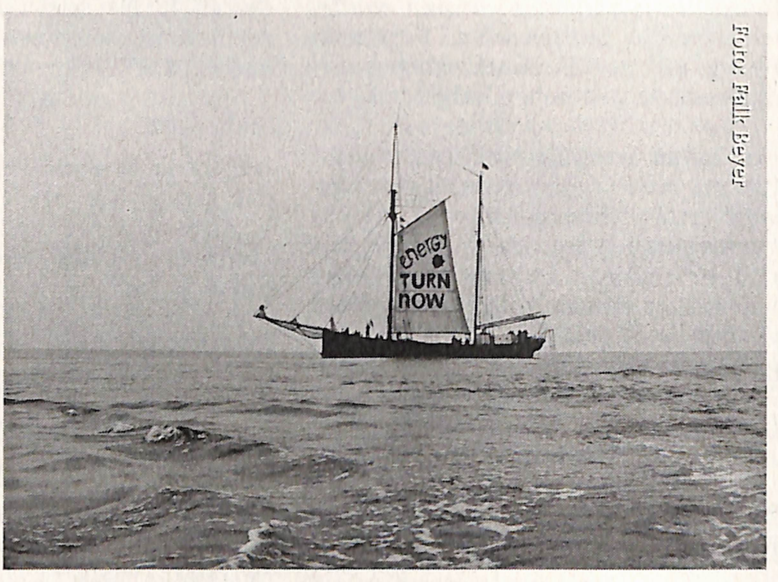


Foto: Falk Beyer

Vortragsangebot Atomgefahren im Ostseeraum

*Aktivist*innen aus dem Projekt ATOMIC BALTIC freuen sich über Einladungen in eure Region, um über die radioaktiven Gefahren im Ostseeraum zu informieren - mehr als 60 Atomanlagen, die Menschen und Umwelt in diesem besonderen Ökosystem und den daran angrenzenden Regionen bedrohen.* Die Präsentation wird ab Oktober 2014 angeboten und erfordert einen Beamer und Leinwand.

Terminabsprachen sollten frühzeitig vorgenommen werden. Der Vortrag ist sowohl in deutscher als auch englischer Sprache möglich.

Kontakt:
atomicbaltic@nuclear-heritage.net


- ANZEIGE -



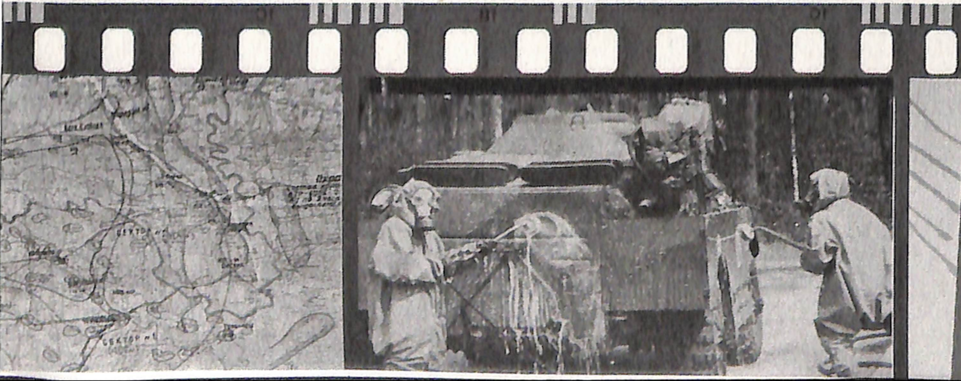
Agrarpolitik geht alle an!
Informieren, mitreden, mitstreiten

Die Monatszeitung mit allen wichtigen Hintergrundinformationen zur agrarpolitischen Debatte: Gentechnik, EU-Agrarreform, Märkte, Freihandelsabkommen, Landleben, Bewegung...

Der kritische Agrarbericht 2014
Schwerpunkt: Tiere in der Landwirtschaft
978-3-930413-57-7; 304 S. 22,- €

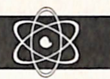
Probehefte und Verlagsprospekt anfordern:
ABL Bauernblatt Verlags GmbH; verlag@bauernstimme.de
Fax: 02381/492221; www.bauernstimme.de

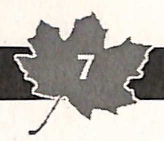

VERLAG *der Verlag mit den besonderen Seiten...*











Anti-Atom-Infodienst

Kontakt: news@NukeNews.nuclear-heritage.net
Deadline: 14. September 2014
Internet: http://NukeNews.Nuclear-Heritage.NET

*Aus dem Nuclear Heritage Network gibt es seit zwei Jahren ein mehrsprachiges Infotool für Anti-Atom-Aktivist*innen und sonstige Interessierte. Unter dem Namen "NukeNews" erscheint alle drei Monate ein Newsletter, der in derzeit sieben Sprachen (deutsch, englisch, finnisch, französisch, litauisch, russisch und tschechisch) per E-Mail verschickt und im Internet veröffentlicht wird.*

*Die NukeNews spiegeln die Aktivitäten, Themen und Kämpfe der Aktivist*innen aus dem Netzwerk wider. Die Texte werden von Menschen vor Ort geschrieben und übersetzt.*

Ihr könnt die NukeNews online in der euch liebsten Sprachversion abonnieren. Eure Unterstützung in Form von kurzen Beiträgen oder bei der Übersetzung ist sehr willkommen. Artikel sollen kurz & knapp und in englischer Sprache verfasst sein. Sie müssen eine aussagekräftige Überschrift enthalten und können per Link auf Hintergrundinformationen verweisen.

Eure Beiträge zur nächsten Ausgabe der NukeNews könnt ihr per E-Mail noch bis zum 14. September 2014 schicken.

Gudrun Pausewang:

Noch lange danach

**Manchmal wundert es mich, dass es mich gibt.
Dass ich gezeugt worden bin.
Dass ich nicht abgetrieben wurde.
Obwohl das doch nahe gelegen hätte,
in so einer Zeit, unter solchen Umständen.
Dass ich ohne verkrüppelte Glieder,
Wasserkopf oder lebensbedrohlichen Herzfehler
zur Welt gekommen bin.
Dass ich meine Geburt überlebt habe!
Dass ich nicht schon als Kleinkind gestorben bin.
Und dass ich auch jetzt noch gesund bin,
wie es scheint - obwohl ich schon sechzehn Jahre
erreicht habe.
Ich habe wirklich Glück gehabt!**

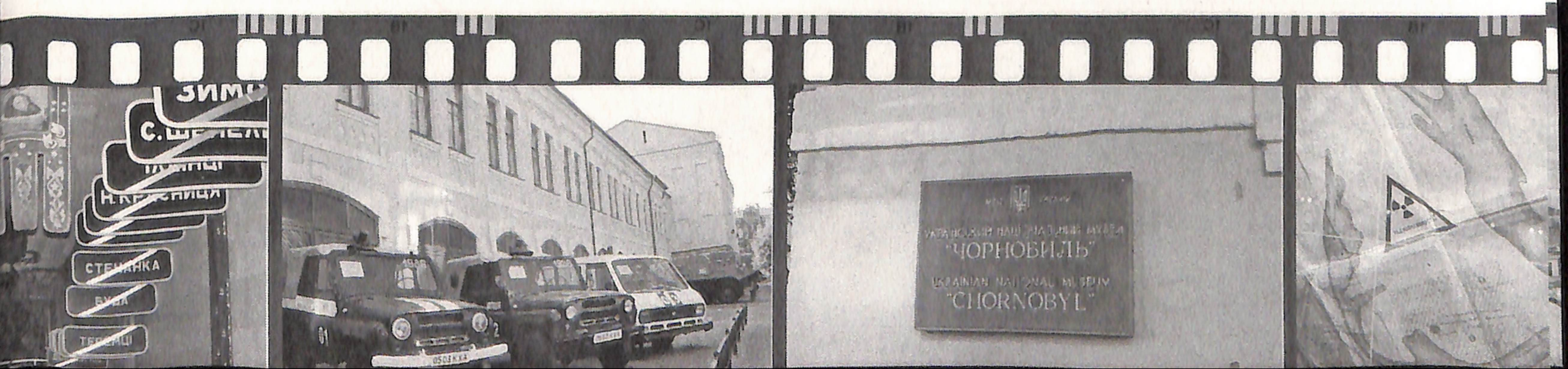
fb Vierzig Jahre nach der Reaktorkatastrophe in der BRD spielt dieser Roman von Gudrun Pausewang. Die 16jährige Schülerin Vida Bornwald gehört zur übernächsten Generation der Überlebenden und geht in eine Schule in Süddeutschland, wo viele Nachkommen der einst Evakuierten heute leben, da große Teile des Landes verstrahlt wurden, als 2020 eines der letzten noch nicht abgeschalteten Atomkraftwerke explodierte. Vida führt eine Gruppe chilenischer Besucher*innen durch ihre Schule und erzählt vom Leben nach der großen Katastrophe - und auch vom "Davor", sofern sie über Hörensagen davon erfahren hat. Viele Touristen aus aller Welt besuchen heute eines der ärmsten Länder des Globus, das einst zu den größten Wirtschaftsmächten gehörte.

Die bereits durch ihr Buch "Die Wolke" (Geschichte eines Atomunfalls im AKW Grafenrheinfeld) bekannte Autor*in Gudrun Pausewang beschreibt in ihrem neuen Roman, wie das Leben in der BRD nach einem Super-GAU aussehen könnte - und zeichnet damit nicht unbedingt das schlimmste Horrorszenario. Die alltäglichen Lebensumstände, unter denen die Menschen lange nach der Katastrophe leben müssen, erinnern heute an die Opfer von Tschernobyl. Der größere Kontrast des vorigen Reichtums und der atomkraftbedingten Armut wird in der Erzählung des Mädchens, deren Mutter stark depressiv ist, weil sie keine Perspektiven sieht, deutlich erlebbar. Das Buch ist als Interview mit Vida verfasst, von dem wir nur ihre Antworten lesen, die zugehörigen Fragen werden unserer Phantasie überlassen.

Pausewangs Buch ist sehr aktuell und ein Aufruf, sich heute und jetzt mit aller Kraft gegen die noch laufenden Atomreaktoren zu wehren - ihre Geschichte verdeutlicht, wie trotz Stilllegungsbeschluss und nur noch wenigen verbliebenen Atomanlagen zwei Jahre vor dem geplanten Ende des AKW-Betriebs in der BRD ein Super-GAU alles zerstören kann. Und macht damit eindringlich klar, dass kein Tag Weiterbetrieb akzeptabel ist. "Noch lange danach" ist damit ein wertvoller Beitrag in der heutigen Auseinandersetzung um die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen.

Gudrun Pausewang: Noch lange danach; 122 Seiten; 9,99 EUR; Ravensburger Buchverlag, Ravensburg 2012; ISBN 978-3-473-40075-1

Natürlich bin ich auch der Meinung, dass nicht alles so gekommen wäre, wenn die meisten unserer Groß- und Urgroßeltern der Atomindustrie rechtzeitig Einhalt geboten hätten. Wenn sie sich verantwortlich gefühlt hätten!



"Tar Sands": Nachhaltige Zerstörung von Urwäldern indigener Menschen und größter

fb Die vorigen Teile dieses Artikels gaben einen Überblick über die Tar Sands-Vorkommen und die Ölindustrie in Alberta. Weiterer Fokus waren die ökologischen Auswirkungen der Tar Sands-Industrie und die Technologie der Rohölerzeugung aus den Tar Sands von der Konditionierung bis zum Upgrading. Zuletzt wurden die verschiedenen Abbauverfahren, insbesondere im Tagebau, genauer betrachtet.

Update: Atomkraft+Tar Sands

Noch im Herbst vergangenen Jahres hatten wir in Teil 2 dieser Artikelreihe resümiert, dass das Vorhaben, die Atomkraft beim Abbau der Tar Sands ins Spiel zu bringen nach mehreren, über einige Jahre erstreckten, erfolglosen Anläufen vom Tisch sei. "Vorerst" war die vorsichtige Formulierung - zu Recht, wie sich nun an den Äußerungen der kanadischen Atomlobby zeigt.

Im Canadian Nuclear Factbook preist die Lobbyorganisation der kanadischen Atomindustrie "Kleine Modulare Reaktoren" (SMR - Small Modular Reactors) als Option an, den ökologischen Fußabdruck der Tar Sands-Industrie Albertas durch Bereitstellung von Prozesswärme anstelle der praktizierten Verbrennung fossiler Brennstoffe zu reduzieren. - Also der Vorschlag, von dem sich die Industrie scheinbar schon verabschiedet hatte. Ob das wieder nur die Phantasien abgehobener Lobbyist*innen sind, oder tatsächlich Aktivitäten zur Umsetzung dieser Ideen eingeleitet werden, muss sich noch zeigen.

- ANZEIGE -

Anarchosyndikalistische Zeitung

Direkte Aktion

Sorge dich nicht, pflege

Schwerpunkt:

Care-Arbeit sichtbar machen! Außerhalb des Betriebs fängt die Arbeit richtig an.





Probeheft gratis!
www.direkteaktion.org

Monster-Technik

In den 1970ern konnten die größten Bergbau-Laster etwa 60 Tonnen laden. Das änderte sich in den 1980er Jahren, und 1993, als Suncor auf Schaufelbagger und Laster umstellte, betrug die Maximallast der Trucks schon 240 Tonnen. Zur Jahrtausendwende steigerten sich diese Dimensionen weiter, und einer dieser Monster-Trucks war in der Lage, 380 Tonnen zu transportieren. Auch 400-Tonnen-Laster sind danach entwickelt worden. Für diese gigantischen Fahrzeuge mussten neue Reifentechnologien entwickelt werden, um solche Frachten tragen zu können.

Parallel zur Entwicklung dieser monströsen Laster wurden auch die Baggerkapazitäten ausgeweitet. Die ersten Schaufeln fassten noch knapp unter 12 m³, bis zum Jahr 2000 hatte sich der Umfang auf über 44 m³ bei einer Last von bis zu 100 Tonnen erhöht.

Hydrotransport

Anfang der 1990er Jahre wurde der sogenannte "Hydrotransport" eingeführt - die Nutzung von Pipelines zum Transport von mit Wasser vermischten Teersanden. Diese Technologie wird von der Industrie als kosteneffektiv und effizient bewertet. Damit wurden die alten Förderbandanlagen zwischen Bergwerk und Extraktionsanlagen ersetzt. Um einen transportfähigen Schlamm zu erhalten, werden die Tar Sands zunächst trocken zerkleinert und dann in einem Cyclofeeder mit Wasser gemischt. Zur Entfernung großer Brokken kann der Schlamm noch gesiebt werden, bevor er per Hydrotransport zur Extraktionsanlage bewegt wird.

Der Hydrotransport kombiniert den Transportvorgang mit der Konditionierung der Teersande und spart weitere Arbeitsschritte. Kurz vor der Ankunft in der Anlage können noch in der Pipeline Luft und Zusatzstoffe wie Kerosin, Diesel oder Methyl-Isobutyl-Carbinol beigefügt werden, um die Flotation des Bitumens zu unterstützen. Der Schlamm wird direkt in die primären Separationskessel der Extraktionsanlage eingeleitet. Da die Temperaturen beim Hydrotransport niedriger sind, ist auch der Energiebedarf geringer.



- Fortsetzung (Teil 5) -

und Feuchtgebieten, Enteignung Einzelverursacher des Treibhauseffekts

In Situ-Abbau

In Situ-Verfahren sind eine alternative Abbaumethode zu herkömmlichen Bergwerken, wie dem bei den Athabasca Tar Sands anzutreffenden Tagebauen. "In Situ" bedeutet gewissermaßen "an Ort und Stelle", und bezieht sich darauf, dass der Rohstoff, in diesem Fall die Teersande, direkt beim Abbau extrahiert wird. Diese Verfahren werden vor allem bei tiefer gelegenen Lagerstätten angewandt, die mit Bergwerken nur unter hohem Aufwand zu nutzen wären. Die Tar Sands-Regionen Cold Lake und Peace River werden ausschließlich, die Athabasca Tar Sands zu 90%, mit dieser Technologie ausgebeutet. Frühe Tar Sands-Betriebe benutzten Kabelbohranlagen, später waren Rotarybohrgeräte in Verwendung, um die Lagerstätten zu erkunden und zu vermessen.

Es gibt auch innerhalb dieses Verfahrens verschiedene Varianten. Die beiden wichtigsten sind CSS (Cyclic Steam Stimulation - Zyklische Dampfstimulation) und SAGD (Steam Assisted Gravity Drainage - Dampfunterstützte Schwerkraftdrainage). Bei ersterer wird Dampf über Tage oder Wochen durch eine einzelne Bohrung in die Lagerstätte gepresst und anschließend auf selbem Weg das somit mobilisierte Bitumen abgepumpt. Im SAGD-Verfahren werden zwei Bohrungen angesetzt, von denen eine der Einführung von Wasserdampf zur Erhitzung und Mobilisierung des Bitumens dient, und die zweite, tiefer gelegene, den nach unten verdrängten Rohstoff absaugt. Während bei Lagerstätten mit hoher vertikaler Durchlässigkeit die Gravitation ausnutzende Verfahren wie SAGD eingesetzt werden können, kommt die CSS-Technologie eher bei höherer horizontaler Durchlässigkeit zum Einsatz, die Hochdruck-Wasserdampf erfordert.

Die Gesamtmengen von durch In Situ-Technologien gewonnenem Bitumen stehen heutzutage im Fördervolumen den Produktionsmengen im Tagebau in nichts nach. Zukünftig soll die Produktion mit diesen Verfahren den herkömmlichen Abbau noch überflügeln.
Die beiden wichtigsten Herausforderungen für den Einsatz von In Situ-Verfahren sind die Reduzierung der Viskosität des Bitumens (Mobilisierung) und die Bergung selbigens. Unbehandeltes Bitumen fließt nicht. Es ist zu zäh zum Pumpen, für Bohrlöcher und Pipelines. Dieses Problem wird durch Hitze - in der Regel Wasserdampf - gelöst, die das Bitumen mobilisiert. Teils werden dem Dampf Lösemittel beigefügt, um die Zähigkeit des Bitumens zu verringern.

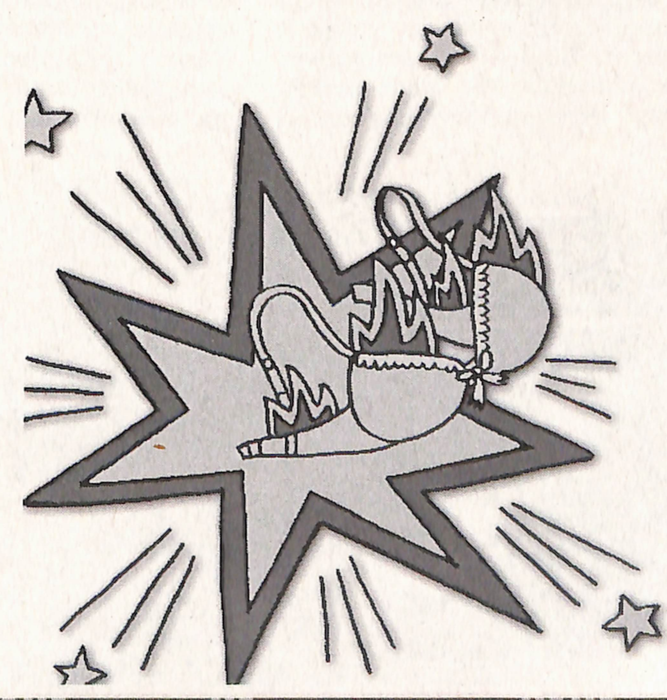
SAGD-Technologie

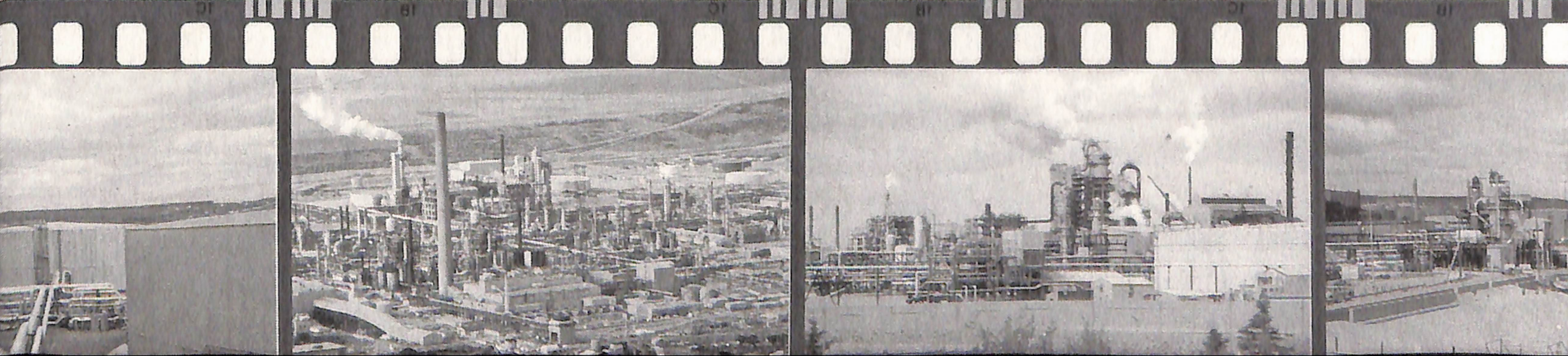
Seit den 1920ern werden gerichtete Bohrverfahren, einschließlich horizontaler Bohrungen, erfolgreich im Bergbau angewandt. Aber erst die technologischen Fortschritte in den 1980er Jahren machten diese Technologie für In Situ-Bergbau brauchbar. Heute sind unterirdische Bohrungen mit scharfen Kurven und auch in der Horizontalen auf weite Distanzen möglich. Dadurch vergrößerte sich der Umfang erreichbarer Lagerstätten. Die SAGD-Technologie

- Anzeige -

an.schläge
Das feministische Magazin

Burning bras since 1983
www.anschlaege.at





erfordert solch präzise angelegte Bohrungen und wurde erst durch diese Entwicklungen praktikabel. Sie kommt in der Tar Sands-Industrie immer häufiger zur Anwendung.

Die Mindesttiefe für dieses Verfahren beträgt 100 Meter, kann aber auch deutlich tiefer liegen. Auf jedem Fall muss oberhalb der Lagerstätte eine abschließende Gesteinsdecke vorliegen, die dafür sorgt, dass die eingeleitete Hitze nicht nach oben entweichen kann, sondern sich auf die Tar Sands fokussiert, um das Bitumen zu verflüssigen. Damit SAGD-Verfahren effektiv sind, muss die Stärke der Lagerstätte mindestens 12 Meter betragen und einen reichen Gehalt an Bitumen (mindestens 10%) aufweisen. Die Lagerstätte sollte nicht zu viel Wasser oder Gas enthalten, da diese die Hitze ableiten würden. Außerdem sollte eine gute vertikale Durchlässigkeit gegeben sein, um dem erhitzten Bitumen das Fließen durch die Formation zu ermöglichen.

In Situ-Verfahren, die auf horizontalen SAGD-Bohrungen aufbauen, sind mehr als doppelt so teuer wie solche, die nur mit vertikalen Bohrlöchern arbeiten. SAGD-Anlagen können bis zu zehn Jahre in Betrieb sein und mehr als die Hälfte des Bitumens ausbeuten. Zuerst wird eine vertikale Bohrung in die Tiefe vorgenommen, bis die Schicht der Tar Sands erreicht ist. Hier setzt nun die horizontale Technologie an - ein etwa 1.000 Meter langer Kanal wird quer durch die Lagerstätte getrieben. Unter Einsatz flexibler Rohre und spezieller Ausrüstung wie Lenkbohrwergzeug sowie spezialisierten Überwachungssystemen wird der Bohrkopf gesteuert und kann so auch die Richtung ändern. Die obere Leitung wird als Injektionsschacht bezeichnet, da hier der heiße Dampf in die Lagerstätte eingeleitet wird.

Dabei kommt sogenanntes "Measurement While Drilling" (MWD - Bohrlochvermessung) zum Einsatz - eine Technologie, die diverse Sensoren in spezialisierten Bohrköpfen beinhaltet. Das umfasst empfindliche Elektronik sowie Computer und basiert auf Verfahren der angewandten Wissenschaften, um die Messungen auszuwerten und Bohrköpfe zu steuern. Die Elektronik erfasst Bohrwinkel und -richtung (Inklination) sowie die zurückgelegte Entfernung. Zur Ausrichtung zweier Bohrungen werden magnetische Leitwerkzeuge eingesetzt, die vertikale und horizontale Distanzen abgleichen. Die elektronische Einheit im Bohrkopf kommuniziert die Informationen zur unterirdischen Überwachungsausrüstung, einem Bohrlochcomputer und dem Bohrungsleit-system. Der Computer vergleicht fortlaufend die ermittelten Werte mit den programmierten Bohrpfaden, und veranlasst Korrekturen der Ausrichtung des Systems.

Ein zweites Bohrloch (Produktionsschacht) wird in genau festgelegtem Abstand vom ersten Kanal und im horizontalen Abschnitt unterhalb des Injektionskanals angelegt, wobei u.a. die genannten elektromagnetischen sowie Sensoren zur Bohrkopfausrichtung zum Einsatz kommen. Der genaue Abstand der Kanäle hängt von der Lagerstätte ab - bei den Athabasca Tar Sands beträgt die Distanz der Leitungen 5 Meter. Der Produktionskanal wird dem unteren Boden so nahe wie möglich installiert. An der Oberfläche wird in großen Erhitzern Dampf produziert, der, um die Untergrundformation nicht aufzureißen, durch die unterirdischen Niederdruck-Pipelines in die Lagerstätte injiziert wird. Vom Injektionsschacht ausgehend vergrößert sich die erhitzte Zone durch das verflüssigte, fließende, der Schwerkraft folgende, Bitumen immer weiter in Richtung Produktionskanal. Dieser Schacht fängt das nach unten fließende verflüssigte Bitumen auf, das dann an die Oberfläche gepumpt wird.

CSS-Technologie

Bei der Cyclic Steam Stimulation wird extrem heißer Dampf von mehr als 350° C unter hohem Druck in die Tar Sands injiziert. Durch den Hochdruck wird die Lagerstätte aufgebrochen, die Teersande werden aufgeschmolzen. Während der Dampf in das Lager eindringt, fließt das erhitzte Bitumen zu einem Produktionsschacht und wird dort an die Ober-

Vortragsangebot Tar Sands

*Die Autor*in bietet Vorträge zum Thema an - basierend auf mehr als hundert Bildern, die im Zuge offener und verdeckter Recherchen in Alberta gewonnen wurde. Dutzende Interviews mit Indigenen, Wirtschaftsvertreter*innen und Menschen aus Umwelt-NGOs sind in diese Präsentation eingeflossen.*

Terminabsprachen sollten frühzeitig vorgenommen werden. Der Vortrag ist sowohl in deutscher als auch englischer Sprache möglich. Technische Voraussetzung ist insbesondere ein Beamer.

Kontakt: falk@greenkids.de



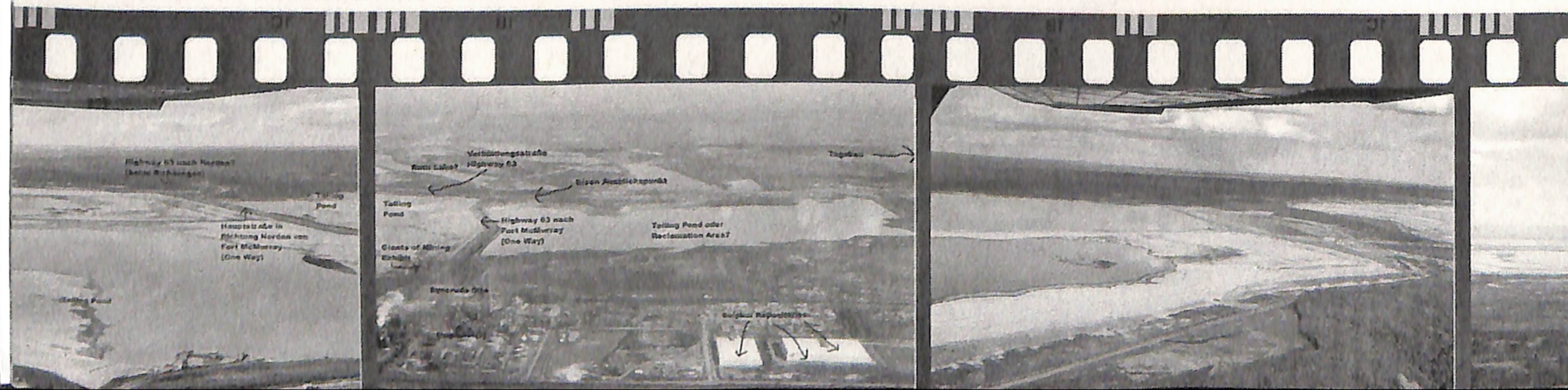
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

Einzelexemplar: 3,50 EUR
Abo 17,50 EUR (5 Ausg.)
Abo 35,00 EUR (10 Ausg.)

www.antifainfoblatt.de
mail@antifainfoblatt.de
facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt

Kostenloses Probeexemplar

- Anzeige -





Kritische Ökologie Sommerausgabe 2013 –

Titelthema:

Milch und Fleisch -

zwei Seiten einer Medaille

Kontakt:
Email: redaktion@kritische-oekologie.de • Homepage: www.ifak-goettingen.de
Fon: 030 / 76 70 34 98
Redaktionsbüro: Malteserstraße 99 k • D-12249 Berlin

- ANZEIGE -

fläche gepumpt. Zunächst liegt die erhitzte Zone zigarrenförmig horizontal um die Kanäle herum. Mit der weiteren Injektion von Dampf vergrößert sich der Bereich und nimmt auch vertikale Ausmaße an. Um die Ausbeute zu maximieren, kann die Prozedur mehrfach wiederholt werden. CSS wird seit 1964 in den Cold Lake Tar Sands eingesetzt und hat dort bessere Ergebnisse gebracht als an anderen Orten. Hier ist die Schicht der Teersand-Lagerstätte dünner und tiefer gelagert als beispielsweise im Athabasca-Lager.

Eine CSS-Anlage kann in einer Tiefe von 300 bis 600 Metern installiert werden. Bis zu 20 eng gesetzte Schächte können ausgehend von einem Ausgangspunkt gebohrt werden, um Kosten zu sparen und eine hohe Ausbeute zu erzielen. Die Lagerstätte muss mindestens 15 Meter dick sein, in der Cold Lake-Region liegt die Stärke bei mehr als 40 Metern.

In der Peace River-Region ist Shell Canada im Einsatz und beutet die Tar Sands mittels einer angepassten CSS-Technologie aus, die "Horizontal Cyclic Steam" genannt wird. Hier wird ein einzelner Schacht genutzt, der am Fuß in horizontale Kanäle in die Lagerstätte ausläuft. Über zwei Monate wird der Dampf durch die horizontalen Leitungen in den Untergrund gepumpt, um die Tar Sands aufzuweichen. Sobald das Bitumen ausreichend erhitzt ist, um fließen zu können, wird es durch den selben Schacht an die Oberfläche gepumpt. Durch die horizontalen Bohrungen wird ein größerer Bereich der Lagerstätte erfasst, ohne hohe Installationskosten zu erzeugen.

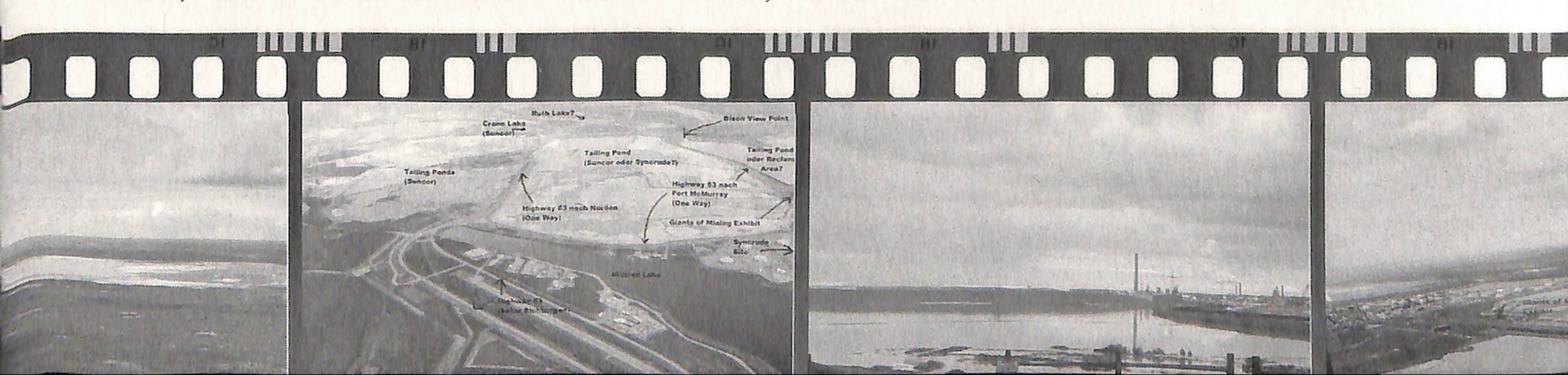
Atombomben - oder was Ingenieure sich so ausdenken

Die Problematik der Verflüssigung des unterirdischen Bitumens, um es abpumpen zu können, hat zahlreiche Experimente ausgelöst - viele davon in der Praxis angewandt, manche zum Glück nur im Kopf. Denn es scheint, Ingenieure einer profitablen Industrie, die mit Scheuklappen nur die technischen Herausforderungen der Produktion verfolgen, können äußerst kreativ sein - und begreifen nicht, was sie sich da ausdenken. Eine dieser wahnsinnigen Ideen ist das sogenannte "Fire Flooding" (Feuerflutung) oder "Combustion" (Feuerung) - hierbei wird Sauerstoff eingeleitet und in das Gestein injiziert, anschließend wird die Lagerstätte im Untergrund in Brand gesetzt. Dabei verbrennt auch ein Teil des Bitumens, der Rest des nun fließfähigen Materials wird durch die Produktionsschächte abgepumpt.

Noch weiter geht der Irrsinn, wenn vorgeschlagen wird, unterirdisch kleinere Atombomben zu zünden. Angebracht unterhalb der Lagerstätte soll so ein riesiger Hohlraum geschaffen werden, der sich mit dem durch die Explosion erhitzten und verflüssigten Bitumen füllt und abgepumpt werden könnte. Diese Idee wurde von den späten 1950ern bis Anfang der 1970er Jahre in vielfältigen Theorien verfolgt. Das Propaganda-Museum der Tar Sands-Industrie, das Oil Sands Discovery Center in Fort McMurray, stellt diesen Ansatz in seiner Ausstellung kritiklos dar. Mit keiner Silbe wird auf die Auswirkungen der propagierten Freisetzung radioaktiven Materials eingegangen. Ganz lapidar wird zuletzt nur festgestellt: "trotz anfänglichen Planungen wurde diese Idee nie in die Praxis umgesetzt, und Kanadas Zustimmung zur Bannung unterirdischer Atomtests ruinierte diese Anregung".

Fortsetzung folgt! Weiter geht es mit diesem Hintergrundbericht in der nächsten Ausgabe - oder, wer nicht so lange warten will, kann auf der Internetseite des grünen blatts bereits weiter lesen.

*Dieser Artikel basiert auf Vorort-Recherchen in Alberta, Interviews mit Vertreter*innen von kanadischen Umwelt-NGOs, First Nations, aus Ölindustrie und Politik sowie auf Internet-Recherchen.*



Anti-Atom-Bewegung und -Politik in Österreich

Bernhard Riepl Die österreichische Situation könnte als einmalig bezeichnet werden, da kein anderes Land der Welt in seiner Verfassung verankert hat, dass es auf die Nutzung der Atomkraft verzichten wird. Noch bis 1978 lag die Sache anders und es war ein Referendum, mit dem nur wenig mehr als 50% der Wähler*innen dem Start des ersten und einzigen Atomkraftwerks (AKW) in Zwentendorf westlich von Wien einen Riegel vorschoben. Der Ausgang des Referendums war für das politische Establishment eine Überraschung, aber wurde letztlich akzeptiert. Wäre dann nicht 1986 die Katastrophe in Tschernobyl passiert, hätten sich langfristig die Tendenzen innerhalb Österreichs, das bereits fertig gebaute AKW doch noch zu starten, wahrscheinlich durchgesetzt.

Nach 1986 wagte es kein*e Politiker*in, die wiedergewählt werden wollte, mehr noch für Atomkraft zu sein. Einer der Nebeneffekte des 1978er Referendums und des Unfalls in Tschernobyl war außerdem die Entwicklung der Grünen Partei, die bis jetzt aber noch nie an einer Regierung auf Bundesebene beteiligt war. Auf regionaler Ebene ist dies etwas anders, insbesondere im Bundesland Oberösterreich, wo sie sogar für ein regierungsfinanziertes Programm sorgte, das Anti-Atom-Projekte auch in Nachbarländern unterstützt und einen besonderen Schwerpunkt auf das AKW Temelín in Tschechien setzt.

Ein anderer wichtiger Aspekt in der österreichischen Diskussion ist übrigens, dass, angefangen mit kleinen privaten Initiativen, ein Markt für die Nutzung von Sonnenenergie geschaffen wurde. Österreich ist eines der wenigen Länder, wo es regelrecht als Mode bezeichnet werden könnte, einen Solarkollektor auf dem eigenen Dach zu haben. Am Anfang war es wirklich ein von der Basis kommender Prozess. Eines der Beispiele, die mensch nennen könnte, ist das mittlerweile etablierte Unternehmen "SOLARier Gesellschaft für erneuerbare Energie mbH".

Staatlich geförderte Installationen von Solarkollektoren zur Warmwassergewinnung zum Privatgebrauch und Heizen werden in Österreich allgemein anerkannt. Ganz anders ist die Situation mit dem Boom der Photovoltaik (PV), der in Österreich noch nicht stattfindet. Dieser Trend wird nur langsam Realität und liegt weit hinter dem in der BRD oder in Tschechien, wo innerhalb von drei Jahren mehr als 20mal mehr PV-Module als in Österreich installiert wurden. Begleitet wird dieser Boom in beiden Ländern von einer kontroversen öffentlichen Diskussion ("gutes Geschäft für die Reichen, finanziert von den Armen"), die bisher in Österreich vermieden werden konnte.

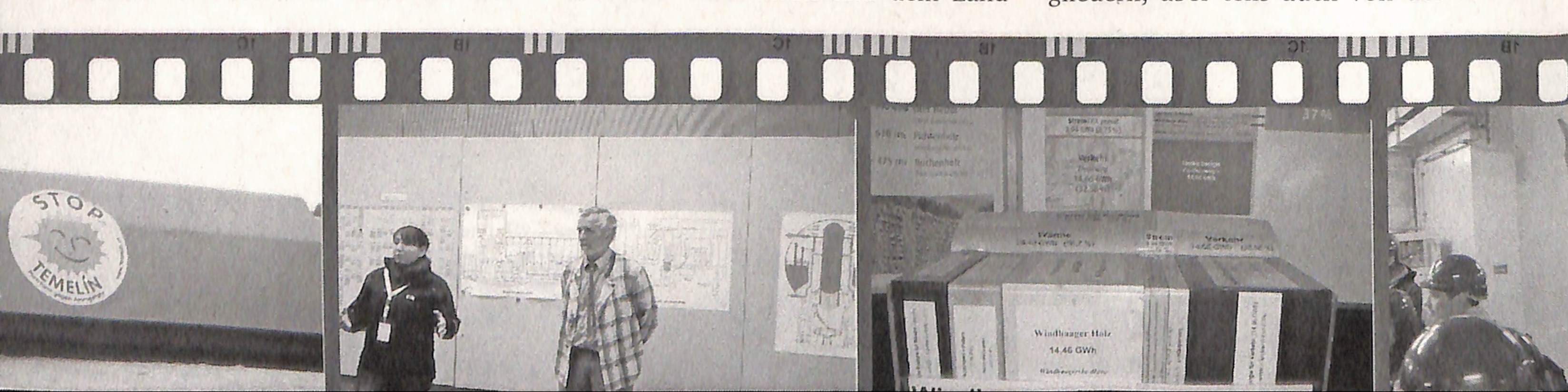
- Anzeige -
Aber hier leben? Nein Danke.
Beiträge gegen Staat, Nation & Kapital I
Die neue GEGEN_KULTUR ist da!
Für nur 7EUR
Bestellbar unter
www.gegen-kultur.de

Windkraft ist ein großes Thema im Osten des Landes, und das Bundesland Burgenland wurde beispielsweise statistisch bereits komplett unabhängig von Fossil- und Atomenergie (hinsichtlich Elektrizität) und deckt seinen Energiebedarf vollständig mit erneuerbaren Ressourcen. Im Westen dieses teils alpinen Landes dominieren die Wasserkraftwerke und ermöglichen Österreich tatsächlich einen hohen Grad an Deckung seiner Energieversorgung mit erneuerbaren Quellen.

Eine ganz andere Geschichte ist natürlich die Situation der Anti-Atom-Bewegung als Ganzes, auch wenn sie nicht völlig unabhängig von der Struktur des Energiesystems betrachtet werden kann. Österreich ist ein recht junger Staat hinsichtlich seiner aktuellen Strukturen und dem Land fehlt so etwas wie ein Gründungsmythos. Als das Habsburger Imperium 1918 zusammenbrach, betrachteten die Leute in Wien ihr Land als den "Rest, der noch übrig war". So begann die moderne Identität des Landes erst nach 1955, nachdem die Truppen, die nach dem Zweiten Weltkrieg, als das Land Teil Nazi-Deutschlands war, geblieben waren, abgezogen wurden.

Damals entwickelte sich ein wichtiger Punkt der modernen österreichischen Identität, die sogenannte "Neutralität" - ähnlich dem Schweizer Modell. Trotzdem war die österreichische Neutralität immer mehr eine Art Alibi als ein wirkliches Politikkonzept. - Vielleicht mit der Ausnahme der Regierungszeit des Kanzlers Kreisky, der dieses Konzept von Neutralität in der Außenpolitik des Landes zu beleben versuchte.

Und es war auch Kreisky, der das Referendum gegen das AKW Zwentendorf 1978 ermöglichte, und ursprünglich ein starker Befürworter der Atomkraft war. Somit gab er dem Land am Ende - gegen seinen Willen - einen zweiten "modernen Punkt" der neuen Identität, eine starke Anti-Atom-Position als nationalen Konsens. Aber viel von dieser Rhetorik ist nur Fassade, wären da nicht wirklich gut arbeitende NGOs in einigen Regionen, die teilweise von ihren Mitgliedern, aber teils auch von der re-



gionalen Regierung der Hauptstadt ihres Bundeslands unterstützt werden. Eine der wirklich schon lange arbeitenden NGOs ist die "Überparteiliche Plattform gegen Atomgefahren Salzburg".

Nach vielen verschiedenen Anläufen über die Jahre ist nun langsam ein gut koordiniertes Netzwerk von Anti-Atom-Organisationen vom Westen zum Osten und teilweise sogar mit intensiven Kontakten nach Tschechien, Slovakei, Slowenien sowie natürlich in die BRD am Entstehen. Auch größere NGOs wie Greenpeace oder Global 2000, die österreichische Sektion von Friends of the Earth, sind Teil des österreichischen Netzwerks. Mit dem Nuclear Heritage Network und den sogenannten NukeNews existiert auch eine internationale Plattform, die von einigen Gruppen wie dem französischen Netzwerk "Réseau Sortir du nucléaire" genutzt werden, doch es sprechen nicht sehr viele Aktivist*innen in Österreich französisch. Auf der Länderseite zu Österreich auf der Internetseite des Nuclear Heritage Network finden sich Kontakte zu einer Reihe österreichischer Anti-Atom-Gruppen.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die österreichische Situation entwickeln wird. Ein interessanter Aspekt ist der Versuch einer Reform des EURATOM-Vertrags der EU bzw., falls sich dies als unmöglich erweisen sollte, der Ausstieg Österreichs aus dieser atomkraftbefürwortenden Lobbygruppe und der Start einer Debatte mit anderen EU-Ländern, die keine AKW betreiben.

Infomaterialien
http://Material.Nuclear-Heritage.NET

Anti-Atom-Materialien aus unterschiedlichen Ländern können hier in verschiedenen Sprachen heruntergeladen oder in gedruckter Form bestellt werden.

Alexander Neureuter:
Fukushima 360°

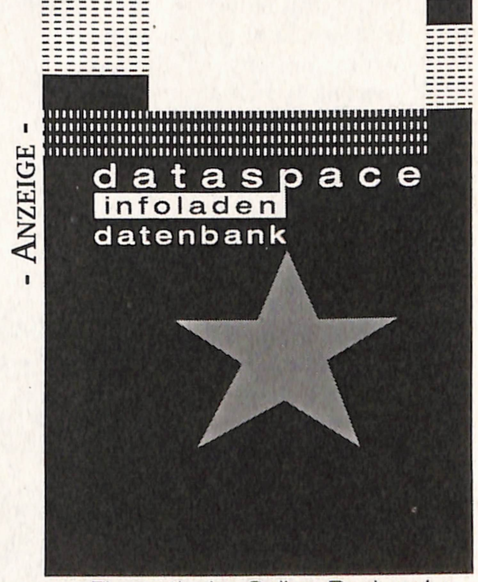
fb In 44 Fotoreportagen vermittelt der Journalist Alexander Neureuter aus dem Wendland mit diesem großformatigen Buch einen Rundum-Blick zu den politischen und sozialen Bedingungen in Japan nach der Fukushima-Katastrophe, aber erläutert auch den Einfluss des Atom-Filzes aus Behörden, Atomkonzernen, Medien und organisiertem Verbrechen in Japan. Er gibt 40 Menschen Raum für ihre Geschichten und Blickwinkel auf die japanische Gesellschaft und Atompolitik. Das Buch bietet auch einen Überblick zur Chronologie der größten Atomkatastrophe in der Geschichte. Es beleuchtet erschreckende Details zur Verharmlosung der Auswirkungen des Desasters, zur Fälschung von Messdaten, dem Einsatz von "Wegwerfarbeitern" und zum Verschwindenlassen kritischer Personen.

Bedrückend macht Neureuter bewusst, mit welcher Repression atomkritische Menschen in Japan nach der Katastrophe konfrontiert sind, wie vom ersten Tag der Serie von Super-GAUs an Informationen in der japanischen Öffentlichkeit unterdrückt wurden. Neureuter lässt Schauspieler*innen, Wissenschaftler*innen und Journalist*innen zu Wort kommen, die erzählen, wie sie zunächst im Vertrauen in die offiziellen Statements auf Fukushima reagierten, aber als ihnen die Diskrepanz zwischen japanischer und ausländischer Berichterstattung bewusst wurde und sie damit begannen, sich kritisch zu äußern, gemobbt, aus ihren Jobs gefeuert, teils inhaftiert, und von etablierter Seite angefeindet wurden. Hintergrundberichte nicht nur zur öffentlichen Meinungsbildung in Japan, sondern u.a. auch zur Entwicklung des Filzes von Atomindustrie, Politik, Medien und (anderen) kriminellen Organisationen, helfen die zwischenzeitlich in stärkerem Fokus deutscher Medien zu beobachtenden Dynamiken in der japanischen Gesellschaft zu verstehen.

Es ist kein reiner Bildband, obwohl viele Fotos eindrucksvoll die Atmosphäre zu den begegleitenden Reportagen vermitteln, sondern gefüllt mit Interviews, Reportagen und Geschichten. Angenehm an diesem Buch ist die umfangreiche Bereitstellung von Referenzen zu den Informationen, die hier mitgeteilt werden.

Alexander Neureuter: Fukushima 360°. Das atomgespaltene Leben der Opfer vom 11. März 2011; 196 Seiten; 29,80 EUR; Eigenverlag, Gartow 2014; ISBN 978-3-00-044733-4

- ANZEIGE -



Thematische Online-Recherche von Artikeln linker Zeitschriften

Bestand von Infoläden: Bücher, Broschüren,Videos ...

www.nadir.org/dataspace





Antje Hubert:

Das Ding am Deich

fb "Das Ding am Deich" dokumentiert die Geschichte des Widerstands seit 1973 gegen das Atomkraftwerk (AKW) Brokdorf an der Elbe, nicht weit von Hamburg. Die Filmmacherin Antje Huber lässt Anwohner*innen der Dörfer Wewelsfleth und Brokdorf, die vor Jahrzehnten schon oder noch Widerstand leisteten, von den Protesten und dem Auftreten von Regierung und Polizei erzählen. Zum Drehstart im Januar 2010 zeigten viele der Protagonist*innen ihre Resignation nach Jahrzehnten verzweifelten Widerstands. Es geht um Erkrankungen nach Inbetriebnahme des Reaktors, Zweifel an der Demokratie beim Durchprügeln staatlicher und Konzerninteressen gegen den Willen der Bevölkerung, die Politisierung von teils konservativen und bis dahin nicht aktiven Menschen und viele Eindrücke vom Umgang des Staates mit seinen Bürger*innen. Während des Drehens für den Dokumentarfilm, der erst im Januar 2012 fertiggestellt wurde, explodierte das japanische AKW Fukushima Daiichi.

Zunächst wurden die Bürgermeister*innen um ihre Meinung befragt und erteilten mehrheitlich eine Absage an das AKW. Daraufhin startete der Energiekonzern NWK (Nordwestdeutsche Kraftwerke AG) eine Blumen- und Propaganda-Kampagne, mit der viele zuvor ablehnende Anwohner*innen eingelullt und für das Bauvorhaben eingenommen wurden. Es werden beeindruckende historische Filmsequenzen gezeigt, die Baustellenbesetzung und Polizeigewalt bei der anschließenden Räumung dokumentieren. In Folge kommen zehntausende Demonstrant*innen nach Brokdorf, um ihren Widerstand gegen die Atomanlage zu zeigen. Die Atomenergie führt auch zu einer Spaltung der Bevölkerung in Befürworter*innen und Gegner*innen. Nachbarschaftliche Beziehungen werden zerstört, aber es entstehen aufgrund der gemeinsamen Ablehnung des AKW auch neue Kontakte zu Menschen, mit denen die Anwohner*innen sonst nie geredet hätten.

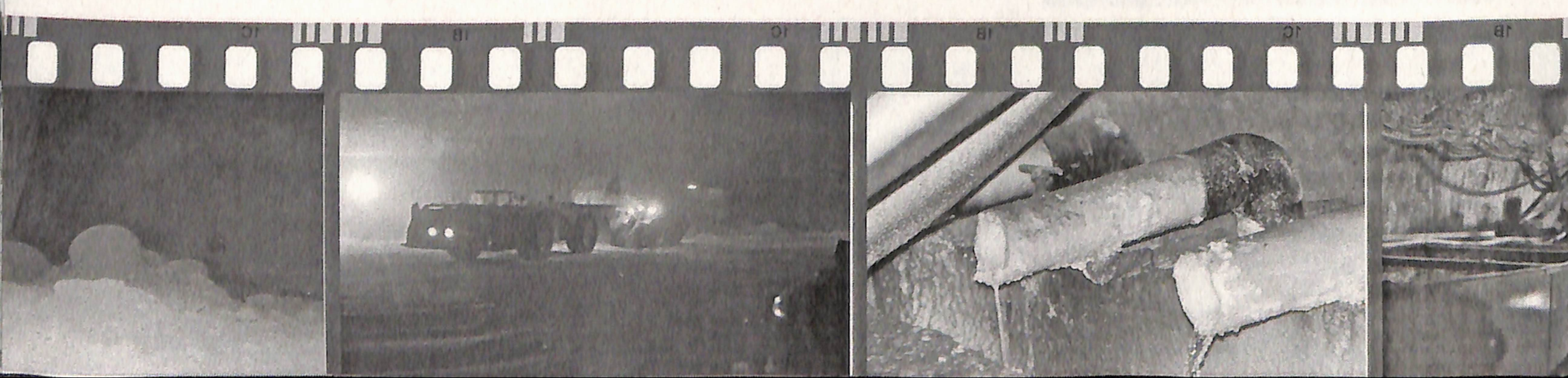
Wortwörtlich bei Nacht und Nebel, gleich nach der Erteilung der Baugenehmigung kommen am 25. Oktober 1976 LKWs, Hunde und Stacheldraht nach Brokdorf. Noch im Dunkeln wird die Baustelle errichtet. Der Staat startet eine massive Bespitzelung von kritischen Anwohner*innen. Innerhalb der Gemeinde gibt es faschistische Parolen gegen atomkraftkritische Anwohner*innen und sogar einzelne Morddrohungen.

Die ungeklärte Entsorgung des Atommülls ist von Anfang an ein wesentliches Problem. Sie war auch Hauptgrund für einen 1976 gerichtlich verfügten Baustopp. Doch dieses scheinbare "Einlenken" führte auch zu einer Befriedung, zum Einschlafen der Bewegung gegen das AKW Brokdorf. Asse II und Gorleben werden als Lösung für das Entsorgungsproblem ins Feld geführt. In der Zwischenzeit werden die Gemeinden mit Zuschüssen für Straßenbau und ein Freibad geködert. Schließlich wird das Atomgesetz geändert, um den erforderlichen Entsorgungsnachweis möglich zu machen: der Betrieb eines Erkundungsbergwerks und Verträge mit Wiederaufarbeitungsanlagen sollen genügen. So wird die Klage gegen das AKW letztlich abgewiesen und der Bau am 6. Februar 1981 wieder aufgenommen. Und bis heute, Jahrzehnte später, ist die Entsorgung des Atommülls nicht vorangekommen.

Ein Polizeibeamter beschreibt in einem Vortrag die Strategie der Einsatzleitung: durch Absperrungen soll die Zufahrt mit PKW unterbunden und lange Fußmärsche der Demonstrant*innen erzwungen werden, um deren "Ermüdung sowie Abbau der Aggression und Aktionsbereitschaft" zu erreichen. Trotz Versammlungsverbot kommen am 28. Februar 1981 in Reaktion auf die Aufhebung des Baustopps 100.000 Demonstrant*innen nach Brokdorf. Der Film dokumentiert eindrucksvoll die Polizeigewalt mit SEK, Wasserwerfern, Hubschraubern und Verprügeln von Menschen weit ab vom AKW. Im Juni 1986, kurz nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl steht das Atomkraftwerk kurz vor der Fertigstellung. Es gibt Proteste am Zaun und in Reaktion Wasserwerfer und Tränengas von der Polizei. Die Inbetriebnahme von Brokdorf im Oktober desselben Jahres paralysiert und vereinzelt die örtlichen Aktivist*innen stark.

Erst die 2010 beschlossenen Laufzeitverlängerungen mobilisieren wieder mehr Menschen zu Protesten gegen das AKW; es gibt beispielsweise eine Menschenkette von AKW zu AKW entlang der Elbe. Dann explodieren mehrere Reaktoren in Japan im März 2011 und wecken die Bürger*innen vor Ort wieder auf, denn die Katastrophe macht klar, dass es auch hier jeden Tag zu einem Super-GAU kommen kann. Im Juni 2011 werden die Laufzeitverlängerungen zurückgenommen; 8 Reaktoren waren schon in Reaktion auf den Unfall in Fukushima heruntergefahren; die anderen neun dürfen noch bis zu 2022 ein Katastrophenrisiko bleiben. Hier endet der Film mit dem Gefühl, die Menschen vor Ort werden nicht mehr hinnehmen, dass sie noch weitere zehn Jahre mit dem drohenden Super-GAU nebenan leben sollen.

Antje Hubert: Das Ding am Deich. Vom Widerstand gegen ein Atomkraftwerk; DVD; ca. 96 Minuten; 15 EUR; die thede, Hamburg 2012



Atomtransporte durch den Nord-Ostsee-Kanal

Hanna Poddig Um Atomkraftwerke mit Brennstoff und vor allem die Uranfabriken in Gronau und Lingen mit Rohmaterial für die Produktion zu versorgen, fahren jährlich etwa 10.000 Atomtransporte durch das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, darunter auch zahlreiche per Schiff. Auf dem Nord-Ostsee-Kanal beispielsweise fahren etwa wöchentlich Schiffe mit radioaktivem Material. Dabei ist der Kanal die meistbefahrene künstliche Wasserstraße der Welt – mehr als 33 000 Schiffe fahren jährlich die fast 100 km zwischen Nord- und Ostsee. Ein durch viel Verkehr erhöhtes Unfallrisiko und die Versorgung der Atomindustrie bilden wichtige Gründe, um gegen die Transporte radioaktiver Substanzen aktiv zu werden: Vom 9. bis 16. August ist ein Anti-Atom-Camp (mit Schwerpunkt Atomtransporte) in der Nähe des Nord-Ostsee-Kanals geplant. Der Artikel soll euch aber auch ermuntern, auf anderem Wege gegen die Transporte aktiv zu werden – auch um die Urananreicherungsanlage in Gronau und die Brennelementefabrik in Lingen stillzulegen.

Was wird transportiert?

Transportiert werden verschiedene radioaktive Stoffe durch den Nord-Ostsee-Kanal, stets auf normalen Frachtschiffen:

Uranerzkonzentrat, oft besser bekannt unter dem Namen „Yellow Cake“, das Produkt, was aus den Uranmühlen in den Uranabbauländern in Länder mit Konversionsanlagen gebracht wird. Es kommt aus Russland, vielleicht vorher aus Kasachstan, einem Land mit viel Uranabbau, Ziel ist die Konversionsanlage im französischen Narbonne. Das Umladen von Schiff auf Bahn findet in Hamburg statt.

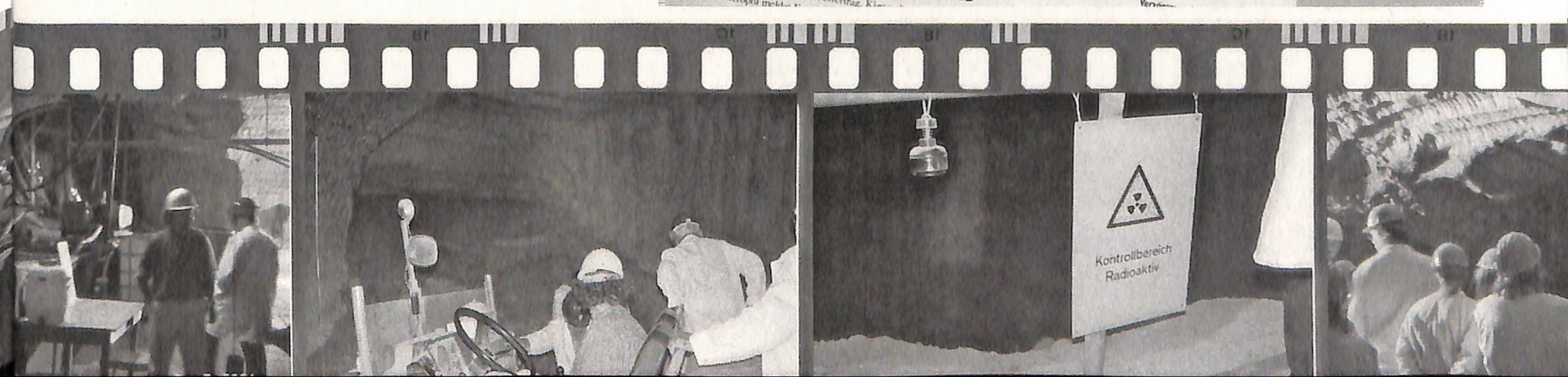
Uranhexafluorid ist in noch nicht angereichertem Zustand meist für die Urananreicherungsanlage in Gronau (oder ihre Schwesteranlage in Almelo) bestimmt und wird per LKW aus Hamburg weiter transportiert. Gefährlich bei Uranhexafluorid ist, dass es mit Wasser zu hochgiftiger, ätzender Flusssäure reagiert, die schnell tödliche Auswirkungen hat. Bei einem Unfall könnten Todesfälle bis 600 m Entfernung auftreten.

Angereichertes Uranhexafluorid und *Uranoxid-Tabletten oder -Pulver* sind für die Brennelementefabrik in Lingen bestimmt, dort werden daraus Brennelemente hergestellt.

Auch *Brennelemente* werden über den

- ANZEIGE -





Nord-Ostsee-Kanal geliefert, beispielsweise in AKW in die Schweiz. Brennelemente werden ebenfalls in Hamburg verladen und per LKW weiter transportiert.

Vermutlich finden auch weitere Transit-Transporte durch den Nord-Ostsee-Kanal statt.

Schiffe und Routen

Die Schiffe, welche die radioaktive Fracht transportieren, sind die „Mikhail Lomonosov", die „Kholmogory" und die „Kapitan Yakovlev" der Reederei „Northern Shipping Company" sowie die „Sheksna" der Reederei ASPOL. Uranerzkonzentrat wird außerdem von der „Vasiliy Shukshin" durch den Nord-Ostsee-Kanal befördert. Dieses wird meist am Süd-West-Terminal verladen und (vermutlich per Bahn) weiter nach Frankreich gefahren. Schiffe, deren Fracht auf LKW verladen werden, legen dagegen am Athabaskakai (HHLA Container Terminal Burchardkai) an, von wo die LKW direkt auf die Autobahn fahren können.

Ein Transport von Uranerzkonzentrat erfolgte im März 2014. Am 25. März fuhr die 'Vasiliy Shuksin' um 16 Uhr in den Nord-Ostsee-Kanal und legte am 26. März um 7 Uhr morgens im Hamburger Hafen an. Dort wurde am 27. März ein Zug mit Containern gesichtet, der gegen 17:30 Uhr den Güterbahnhof Hamburg-Süd in Richtung Maschen verließ. Am 29. März um 6 Uhr früh wurde vermutlich der gleiche Transport gesichtet, wie er den Güterbahnhof Köln-Gremberg nach Süden Richtung Frankreich verließ.

Gefahren

Neben den dauerhaften Gefahren durch die radioaktive Strahlung, die von den Transporten ausgeht, gibt es immer die Gefahr eines Unfalls. Die Transporte sind weder besonders gesichert, noch fahren die Schiffenden besonders aufmerksam, wie sich an einem Zusammenstoß der „Mikhail Lomonosov" mit einer Segelyacht auf der Ostsee bei Rügen im Herbst 2013 zeigte. In Kanada stürzten im März 2014 beim Verladen im Hafen von Hallifax Uranhexafluorid-Zylinder 6 m tief auf das Schiff, und am 1. Mai jährt sich der Brand der „Atlantic Cartier" im Hamburger Hafen, der beinahe verheerende Folgen gehabt hätte, denn an Bord war ein Gefahrgutcocktail aus Brennelementen, Uranhexafluorid, Munition und Ethanol.

Gerade auf dem Nord-Ostsee-Kanal kommt es besonders oft zu Unfällen, weil sich viele Schiffe auf engem Raum begegnen, gleichzeitig haben dort Unfälle besonders katastrophale Auswirkungen auf die Bevölkerung. Erst im Oktober 2013 stieß ein Frachter im Nord-Ostsee-Kanal mit einem Gastanker zusammen, unter anderem wurde ein 5x8m großes Loch in den Rumpf gerissen und der Kanal musste mehrere Tage gesperrt werden.

Ein effektiver Katastrophenschutz ist bei solchen Unfällen überhaupt nicht möglich. Schon nach den vorliegenden Plänen dürfen die für Gefahrgut zuständigen Spezialeinheiten nach einem Erlass des Innenministeriums 40 Minuten brauchen und bei größeren Unfällen ist das Havariekommando in Cuxhaven zuständig.[1] Bei über 98 km Nord-Ostsee-Kanal ist das ein langer Weg, wenn in der Nähe von Kiel etwas passiert. Als erste Kräfte vor Ort würden Berufs- und freiwillige Feuerwehren ankommen, die nicht über die besonderen Gefahren informiert sind. Bei einem Brand könnte sich Uranhexafluorid schnell als Giftwolke verbreiten, eine Evakuierung wäre so schnell gar nicht möglich.

Intransparenz

In der Regel werden weder Bevölkerung noch Feuerwehren vorab über die gefährlichen Transporte informiert, und sie können dementsprechend bei Unfällen nicht reagieren. Viele Transporte mit Uranerzkonzentrat beispielsweise tauchen nicht mal im Nachhinein bei den Genehmigungslisten des Bundesamts für Strahlenschutz auf.

Mit der Kennzeichnung und der Sicherheit der Ladung nehmen es einige Reedereien auch nicht so genau. Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage im Hamburger Senat[2]: Zwischen Juni 2013 und Februar 2014 wurden bei 495 Kontrollen 13 "sicherheitsrelevante Mängel" und 65 „sonstige Mängel" festgestellt, dabei handelte es sich beispielsweise um falsche Kennzeichnungen. Bei Unfällen wird das sehr schnell auch sicherheitsrelevant. Auf Sicherheit kann mensch sich bei Atomindustrie und Transporteuren ganz sicher nicht verlassen!

Aktiv werden!

Vom 9. bis 16. August wird es ein Anti-Atom-Camp mit einem bunten Workshopprogramm und zwei Aktionstagen in der Nähe des Kanals geben. Um den Zugriff auf Ressourcen wie Uran, Kohle und Öl wird global Krieg geführt, deswegen ist auch das ein wichtiges Thema in dem Zusammenhang. Hier bieten Rüstungsindustrie und NATO-Marinestützpunkt zahlreiche antimilitaristische Interventionsmöglichkeiten in und um Kiel. Wir freuen uns auch auf tolle Aktionen und nettes Kulturprogramm.

Die Transporte sind die Achillesferse der Atomindustrie – Sorgen wir für keine ruhige Minute!

Mehr Infos:

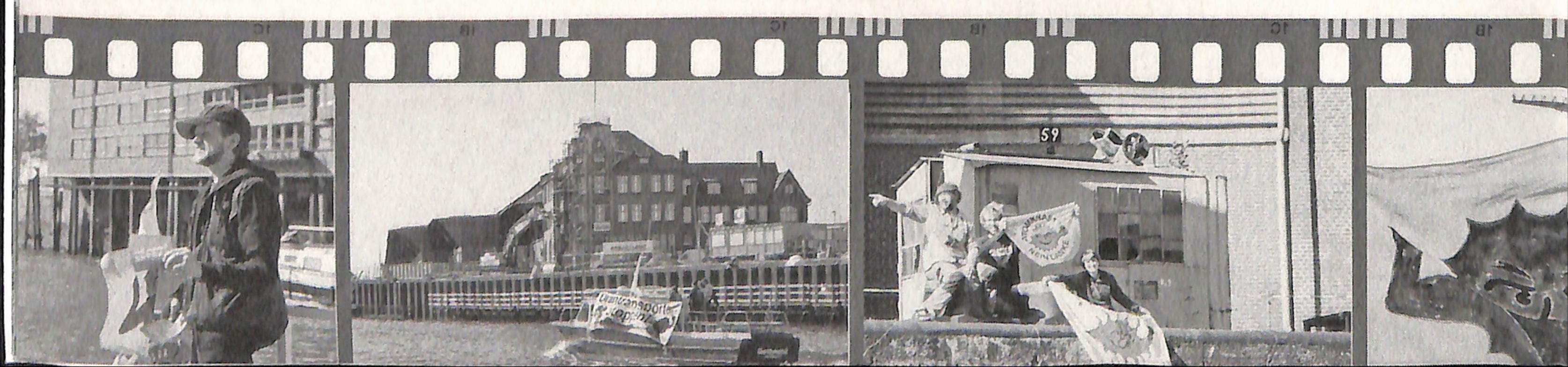
antiatomcamp.nirgendwo.info
http://urantransport.de

Fotos (Filmstreifen S. 16-17): Pay Numrich

Fußnoten:

[1]: DRS 0323/2013 Kieler Stadtrat zu Havarien auf NOK

[2]: http://umweltfairaendern.de/2014/03/hamburg-riskante-atomtransporte-drehscheibe-mit-sicherheitsmaengeln/



Klimacamp im Rheinland... wir kommen wieder – keine Frage!

tina Am 09. September vergangenen Jahres gegen 20:00 Uhr am Abend waren auf dem Feld in Kerpen-Manheim in der Nähe der Autobahn A4 keine Spuren mehr zu sehen von dem, was sich hier in den vorangegangenen zwei Wochen abgespielt hat. Gemeinsam mit dem Reclaim the Fields Netzwerk hatten Klimaaktivist*innen ein über zehn Tage dauerndes Camp aufgebaut und damit die Verknüpfung zwischen Braunkohleabbau, Landnutzung und Ernährungssouveränität deutlich gemacht. Innerhalb dieser Zeit haben etwa 1.000 Menschen das Camp besucht und damit das kleine Örtchen Manheim in seiner Einwohner*innenzahl nahezu verdoppelt.

Begleitet wurde das Camp durch starke Repressionen seitens der staatlichen Behörden und des Privatkonzerns RWE, gegen dessen lebensfeindlichen Kohleabbau und -verstromung sich der Widerstand vor Ort richtet. So wurde dem Camp zu Beginn nicht nur der Zugang zu Trinkwasser verwehrt; es wurden seitens der Stadt auch reichlich neue Gesetze vorgebracht, aufgrund derer verschärfte Sicherheitsstandards einzuhalten waren. Hinzu kam die kreative Auslegung des Versammlungsgesetzes, woraufhin das Campen und selbst das Aufstellen von Veranstaltungszelten sowie von Versorgungsinfrastruktur verboten wurde. Noch immer läuft hier eine Klage der Campanmelder*innen vor dem Verwaltungsgericht Köln.

Die Menschen vor Ort konnten jedoch einen Umgang mit diesen Rahmenbedingungen finden und schufen sich auf Privatgelände ein etwas beengtes aber aussagekräftiges Camp, welches sich nach den vier Säulen Vernetzung, Alternativen leben, Bildung und Aktionen ausrichtete. Während vier Aktionstagen wurde ein Gemeinschaftsgarten angelegt und die Hambacher Kohlebahn, das Herzstück der Kohleinfrastruktur, für viele Stunden besetzt.

Und auch in diesem Jahr heißt es wieder vom 26.07. bis zum 03.08.:

Auf zum Klimacamp im Rheinland!

Im letzten Jahr war es gelungen, ein internationales, aktivistisches Spektrum ins Rheinland zu mobilisieren. In 2014 wird das Klimacamp im Rheinland von einem Bündnis verschiedener zum Rheinland arbeitender Zusammenhänge getragen, zu dem neben verschiedenen Einzelpersonen u.a. auch ausgeCO2hlt und die BUNDjugend NRW zählen. Damit soll zusätzlich ein Fokus auf die Anbindung an lokale Strukturen, an andere im Rheinland aktive Akteur*innen und noch nicht politisierte Menschen gelegt werden.

Das Camp wird allerdings nicht erneut in Manheim, sondern in Borschemich am Garzweiler Tagebau stattfinden. Diese Entscheidung ist rein strategischer Natur – Borschemich ist ebenso wie Manheim ein Ort, der dem Tagebau weichen soll. Allerdings kann mensch hier erleben, wie Manheim in fünf Jahren aussehen könnte. Von den ehemals über 300 Einwohner*innen leben nur noch etwa 30 im Dorf. Der Bagger steht nur wenige Meter vor den ersten noch bewohnten Häusern; Straßenschilder, die Borschemich ausweisen, gibt es schon nur noch wenige. An einem solchen Ort lassen sich die lokalen Auswirkungen des Kohleabbaus konkret erfahren.

Gleichzeitig werden hier mittels des Camps die großen Bezüge hergestellt – u.a. zu Klimawandel, Klimaflucht sowie Wirtschafts- und Machtstrukturen, die das alles möglich machen. Auch in diesem Jahr wird es einen Aktionstag geben und zwar am Freitag, dem 01.08.2014!

Dass das Camp am Garzweiler Tagebau stattfindet, bedeutet unter keinen Umständen, dass die Waldbesetzung im Hambacher Forst, Manheim als langjähriger Camport oder die Kohleschienen nicht weiterhin wichtiger Bezugspunkt der Kohlebewegung im Rheinland bleiben. Vielmehr soll es um eine Ausweitung des Widerstandes gehen und damit auch ein weiterer Tagebau des großen Rheinischen Reviers einbezogen werden, um dem Ziel ein Stück näher zu kommen: RWE den Stecker zu ziehen! Wir sehen uns auf dem Klimacamp im Rheinland; vom 26.07. bis zum 03.08. in Borschemich bei Erkelenz.

http://Klimacamp-im-rheinland.de

Für den Planeten und ein Leben in Freiheit!

- ANZEIGE -





Bericht vom Skillsharing und der Wiederbesetzung des Hambacher Forstes

Fuchs **Das hier ist kein objektiver Bericht. Ich kann ja als einzelner Mensch immer nur aus einer bestimmten Perspektive die Welt betrachten und stehe dazu. Ich bin auch kein Freund von Aufzählungen oder Parolen. Deswegen habe ich mich entschieden, aus einer ganz persönlichen Perspektive zu berichten und hoffe, dass du als Leser_in damit etwas anfangen kannst. Alle Zitate, so weit nicht anders angegeben, aus der „Rhein-Erft-Rundschau" vom 24.04.2014.**

Informationen zur Wald&Wiesenbesetzung im Hambacher Forst findest du in den anderen Artikeln in diesem Heft und unter hambacherforst.blogsport.de.

„In den vergangenen Monaten ist die Zahl der Aktivisten, die sich auf der Wiese bei Morschenich aufhalten, angewachsen: 50 sind derzeit nach eigenen Angaben vor Ort."

Das Skillsharing-Camp
Ich komme am Donnerstag, dem 17. April zum Skillsharing-Treffen „Build Resistance" auf dem Wiesencamp am Rand des Hambacher Forstes. Menschen sitzen am Lagerfeuer, es sind viele bunte Zelte aufgebaut, das Gemüse im Garten streckt die Blätter nach der letzten Abendsonne und bald gibt es Abendessen. Alles macht einen sehr friedlichen Eindruck. Als ich anfange, mich mit den Menschen zu unterhalten, erfahre ich, dass nur wenige Stunden zuvor etwa 50 Polizist_innen vor dem Camp standen, um angeblich im Wald „illegal" aufgebaute Zelte zu entfernen. Als ich ankomme ist nichts mehr von diesem Aufmarsch zu sehen, außer die erschöpfte Gesichter der Menschen, die sich mit der Polizei auseinander setzen mussten.

„Bereits eine Woche zuvor hatten Vertreter der Gemeinde Merzenich versucht, unter Schutz der Polizei das Waldgelände zu betreten und auf Gefahrenstellen und unzulässige Bauten zu überprüfen. Dies sei jedoch durch vermummte und „massiv aggressiv auftretenden Personen" verhindert worden, teilt die Kommune mit."

Dieser Kontrast zwischen der friedlichen Stimmung im Camp und der Konfrontation mit Polizei, Sicherheitsleuten etc., fällt mir immer wieder auf. Eine Situation, die gerade noch ganz entspannt und friedlich war, kann ganz unvermutet ins Gegenteil umschlagen. Eines Nachts, als viele schon in ihren Zelten liegen, strahlen plötzlich Unbekannte das Camp mit einer starken Taschenlampe an und rufen „Braunkohle! Braunkohle!". Als wir in Richtung der Lampe und der Rufe gehen, sehen wir ein Auto, das schließlich wegfährt. Wieder eine Stunde voller Anspannung und eine Nacht mit wenig Schlaf. Ich fühle mich nach einigen Tagen auf dem Camp ein bisschen wie eine Katze: Ganz entspannt daliegen, aber bei der kleinsten Unregelmäßigkeit in Alarmbereitschaft.

Die weiteren Tag des Skillsharings verlaufen ruhig, die Sonne scheint, wir treffen uns morgens zu Besprechungen und es finden jeden Tag mehrere Workshops statt. Natürlich will auch das gemeinsame Leben mit Einkauf, Kochen, Schlafplätzen etc. organisiert werden. Viel davon wird von Menschen getragen, die schon länger auf der Wiese leben, vielen Dank dafür!
Die entspannte Atmosphäre lässt jedoch nicht vergessen, dass sich nebenan das riesige Braunkohle-Loch befindet, das jeden Tag abgegraben wird und in ein paar Jahren das Stück Land verschlingen wird auf dem wir uns gerade befinden. Auch die potenzielle Bedrohung durch Polizei etc. ist natürlich immer da. Ich fühle mich durch das gemeinsame Thema - Widerstand gegen die Zerstörung von Lebensraum- den Menschen im Camp verbunden. Gleichzeitig bin ich auch unsicher, welche Themen ich ansprechen kann, ohne potenziellen Informant_innen zu viel zu verraten. Ich weiß natürlich nicht, in welchem Maße wir dort überwacht werden, halte es aber für sehr wahrscheinlich, dass es in irgendeiner Form passiert. Allein das macht mir schon Angst. Ich passe auf was ich sage und fühle mich nicht mehr frei, über alles, was mich beschäftigt, zu reden. Das ist eine Situation, die ich für die Dauer des Camps ertragen kann, immer würde ich so aber nicht leben wollen.

Die Zerstörung der Toiletten
Eine Woche später, am Mittwoch, den 23.04 sitzen wir gerade bei einem Workshop entspannt auf Sofas in der Sonne als plötzlichen Menschen „Achtung, Polizei im Wald" rufen und loslaufen. Wir beschließen, unseren Workshop kurz zu unterbrechen, um nachzusehen, fortführen werden wir ihn an diesem Tag nicht können. Ein Radlader und andere schwere Fahrzeuge sind auf dem Weg Richtung Camp, die von einer Hundertschaft Polizisten samt Reiterstaffel bewacht werden. Als ich bei den Fahrzeugen ankomme, sitzen schon mehrere Menschen darauf und werden bald von der Polizei herunter gezogen und auf den Boden gedrückt. Ich habe keine Ahnung, warum die Fahrzeuge und die Polizei da sind und hoffte nur, dass sie nicht das Camp zerstören wollen.

„[...] vor dem neuerlichen Einsatz seien Hinweise auf Gefahrenquellen für Waldbesucher eingegangen, woraufhin die Gemeinde die Polizei um Vollzugshilfe und Waldbesitzer RWE Power um Unterstützung durch Personal und Gerät gebeten habe."

Alle, die sich den Fahrzeugen nähern werden sofort von der Polizei angeschnauzt und zurückgestoßen. Die Menschen, die auf den Fahrzeugen sitzen, werden in Handschellen gelegt. Ich bin zunächst überfordert von der Situation und kann nur zuschauen. Als sich die Situation durch einen vorläufigen Rückzug des Radladers und der Polizei etwas beruhigt, kann ich

wieder klarer denken. Ich helfe schließlich dabei, den zweiten Weg zum Camp zu blockieren, den die Polizei nun ansteuert. Diejenigen, die sich nicht direkt mit der Polizei konfrontieren wollen, unterstützen vom Camp aus. Da die Polizei später mehrere hundert Meter vom Camp entfernt ist, wird es wieder zu einem ruhigen und sicheren Ort.

„Bereits zu Anfang des Einsatzes hätten rund 30 Aktivisten die Begehung gestört und zwei Fahrzeuge besetzt. Einer kettete sich später an den Schaufelarm eines Radladers an und konnte erst mehr als zwei Stunden später „befreit“ werden, da das dafür benötigte Gerät erst einmal in den Wald transportiert werden musste.“

Nachdem aber die festgekettete Person vom Bagger entfernt wird, geht alles sehr schnell. Die Polizei fährt in der Baggerschaufel Aufzug, um Aktivist_innen aus den Bäumen zu entfernen und nimmt etliche weitere Menschen gefangen die sich dem Bagger in den Weg stellen. Der Radlader bewegt sich weiter und zerstört mit Leichtigkeit die Barrikaden und dann die Komposttoiletten, deren Überreste auf ein anderes Fahrzeug verladen werden.

In Gefangenschaft

„Wegen des Verdachts der Nötigung und des Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte hat die Dürener Polizei bei dem Einsatz im Hambacher Forst am Mittwoch elf Aktivisten festgenommen. Ein weiterer sei in Gewahrsam genommen worden, weil er einem Platzverweis nicht Folge geleistet habe, teilt die Gemeinde Merzenich in ihrer Bilanz von der Begehung des Waldareals mit.“

Als ich in Handschellen auf dem Boden sitze, von mehreren Polizisten in Kampfmontur bewacht, fühle ich mich unglaublich hilflos und verletzlich. Doch die Untersuchung in der Gesa (Gefangenensammelstelle) ist noch schlimmer. Es ist schrecklich, zu wissen, dass diese Menschen mich verletzen werden, wenn ich ihren Befehlen nicht gehorche. Ich ziehe mich also vor einem völlig fremden Menschen nackt aus und wieder an, ich lasse mich messen, fotografieren und wiegen. Ich lasse sie meine Hände auf Stempelkissen drücken und mich herumkommandieren. Ich höre die Schreie derjenigen Menschen, die nicht kooperieren. Ich sitze stundenlang auf einer dünnen Matte in einer Zelle mit weißen Fliesen, ständig wird die Tür aufgerissen, jemand stellt mir unangenehme Fragen und bedroht mich, weil ich mich weigere, zu antworten.

„Mittlerweile sind alle Aktivisten laut dem Sprecher der Dürener Polizei, Willi Jörres, wieder auf freiem Fuß, der Mann im Krankenhaus habe sich am Abend selbst entlassen. Es sei versucht worden, bei allen die Personalien festzustellen, sagte Jörres gestern auf Rundschau-Anfrage.“

Nach einer viel zu langen Zeit darf ich endlich gehen. Ich bekomme meine persönlichen Gegenstände ausgehändigt und treffe die Menschen aus dem Camp wieder, die vor der Gesa auf die Gefangenen warten und uns zurück zum Camp fahren. Abends im Camp haben wir eine sehr schöne Gesprächsrunde, in der wir erzählen, wie es uns den Tag über ging und wie wir jetzt damit umgehen. Das tut mir gut. ich fange an, mich zu entspannen. Ich freue mich sehr zu erleben, dass es in diesem Kontext möglich ist, so vertrauensvoll über Gefühle und Erfahrungen zu reden.

„Wie Anton Hamacher, Sprecher der Polizei im Rhein-Erft-Kreis, am Donnerstag sagte, haben die Klima-Aktivisten nun in einem Waldstück auf dem Gebiet der Stadt Kerpen vier neue Baumhäuser errichtet.“ (Aachener Zeitung, 28.April 2014)

In den Baumwipfeln

Die Wiederbesetzung der Bäume, drei Tage später, verläuft sehr ruhig. Wir sind vorbereitet, haben uns in der Gruppe gut abgesprochen, ziehen unsere Plattform in den Baum und bewundern die Schönheit des Waldes. Ich baue meinen ersten Walkway (=Seilkonstruktion um von einem Baum zum nächsten zu kommen). Polizei und Sicherheitsleute scheinen uns nicht entdeckt zu haben. An anderen Stellen der Wiederbesetzung ist es weniger ruhig, bei der neuen Barrikade und den anderen anderen Baumbesetzungen gibt es „Besichtigungen“ und auch aggressives Verhalten seitens der Polizei. Es ist schön, die anderen Plattformen in den Bäumen zu sehen und ich hoffe sehr, dass sie noch dort sein werden, wenn ich das nächste mal im Hambacher Forst bin. Was für ein Kontrast zur kahlen Zelle in der Gesa das grüne Blättermeer um mich herum doch ist!

Repression & Hoffnung

Ich habe Angst, dass die Taktik der Polizei funktionieren könnte und ich in Zukunft Konfrontation aus dem Weg gehe, weil mich das zu sehr mitnimmt. Ich bin jetzt, etwa einen Monat später, immer noch dabei diese Erfahrung zu verarbeiten. Ich hoffe, dass ich im Gespräch mit anderen Menschen die Angst wieder in den Griff bekomme, die mich gerade noch begleitet. Jetzt habe ich zwar Angst vor Polizisten und Repression, um die Grundlagen des Lebens auf der Erde habe ich allerdings noch viel mehr Angst.

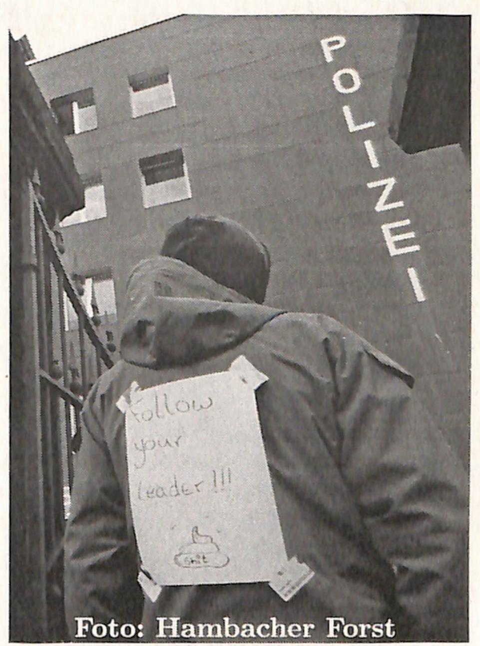


Foto: Hambacher Forst

Mich hat während der Räumung der Komposttoiletten jemand gefragt: „Denkst du eigentlich, dass unsere Aktion hier was bringt? Glaubst du wirklich, dass wir den Tagebau aufhalten können?“
Ich denke, dass wir nicht wissen können, ob es nicht doch einen Unterschied macht. Wir können niemals mit Sicherheit wissen, welche Handlung welche Auswirkung haben wird und was die Zukunft bringen wird. Ich glaube, dass eine Chance besteht, dass wir die Wälder, das Klima und die Menschen beschützen können. Es ist möglich, dass wir es schaffen, die Macht der Konzerne zu beschränken und eine langfristig lebenserhaltende Gesellschaft aufzubauen. Die Unsicherheit darüber, ob es so kommen wird, müssen wir akzeptieren, sie ist Teil des Lebens. Ich kann nur tun was ich für richtig halte und mein Leben in Übereinstimmung mit meinen Idealen leben.

Was so im Bürgerwald geschieht...

Chronologie der Ereignisse im Hambacher Forst

2012

• 14.04. Während des "Wald statt Kohle"-Festes, welches von über 200 Menschen besucht wird, werden Plattformen in die Bäume gezogen. "Besetzt!"

• 29.06.-08.07. Skill Sharing Camp Nr.1 Vorträge, Workshops und Ausbau von Infralogistik und Blockadevorrichtungen

• 03.08.-14.08. findet das 2.Klimacamp in Manheim statt wärenddessen gibt es das herschaftskritische emgario camp.

• 07.08. Mehrere Aktivistinnen ketten sich an den Gleisen der Kohlebahn Hambach fest.

• 26.-28.10. "UnRäumbar"-Festival

• 13.-16.11. 500 Polizistinnen sowie Klettereinheiten räumen die Waldbesetzung, mehrere Aktivistinnen haben sich in Betonblöcken in den Bäumen und auf der Erde festgekettet. Desweiteren befindet sich ein Aktivist* in einem Tunnelsystem. 4 Tage bis dieser geräumt ist.

• 17.11. Eine Wiese am Rande des Hambacher Forst wird besetzt. Sie ist Eigentum eines RWE-kritischen Anwohners, der die Besetzer duldet. Später kommt es zum Polizeieinsatz, bei dem mehrere Personen festgenommen werden, auch der Eigentümer. Desweiteren wird eine im Bau befindliche Hütte eingerissen, da das Holz aus dem Walde stamme und dies Diebstahl an RWE Eigentum sei. Eine solidarische Hilfe-Aktion von Unterstützer_innen bringt Bauholz und baut die Küche und eine weitere Hütte auf.

• 1. Oktober - 1. März: Rodungsarbeiten mittels Sabotage an Maschinen und direktem Einschreiten bei den Arbeiten gestört.

2013

• 19.03. Der Wald wird zum 2. Mal besetzt und am 21.03 wider geräumt.

• Juni: Staatsanwaltschaft Köln stellt die Strafverfahren gegen die Aktivistinnen wegen der Räumung im Nov. 2012 ein. Begründung: "le-

hxt Der Hambacher Forst in Nordrhein-Westfalen war bis vor kurzem ein über 10.000 Jahre alter, tausende Hektar großer Mischwald. Er beheimatete Wesen jeglicher Größe und Art, buschiges Gestrüpp sowie große stolze Buchen waren hier zuhause und zwischen ihren Füßen wuselten freie Mäuse und Füchse, Dachse und Wildkatzen. Diese hatten bestimmt besonders viel Spaß dabei, die ebenfalls vom Aussterben bedrohten Bechsteinfledermäuse zu fangen. Sicher gab es hier auch einst Wolfsgeheul und Vogelsymphonien sondersgleichen.
Doch heute würde man schon beides kaum mehr hören können. Das Tier namens Mensch entwickelte sich in den letzten Jahren so rasant und erst kreischte die Autobahn mitten durch den Wald, dann kamen die Flughäfen, und deren Giftspucker beschallten von oben das eben noch friedlich lebende Ökosystem. Seit längerer Zeit schon wird der Wald beforstet und seine wildwüchsigen Ränder werden schon lange von der Landwirtschaft "zurechtgestutzt", um Ackerflächen zu schaffen. Nun wehen andere Winde! Insbesondere Düngemittel und Pestizide wirbeln nun durch den Forst, der einst ein Wald war.
Damit soll nun aber lange noch nicht Schluß sein. Kein Hahn kräht mehr wild auf diesem Erdteil und so soll es anscheinend auch mit diesem Wald sein! So zog also ein großer Energiekonzern mit schwerem Gerät in den Wald und zerstörte das Leben. Der Tagebau Hambach; ein ekelhaftes Loch mit vernichtender Technik.
Die weltgrößten Maschinen reißen hier Meter für Meter dem Boden das Leben aus dem Leib. Großtiere werden vertrieben, Pflanzen werden ermordet und verkauft und was dann noch übrig ist, wird einfach abgetragen. So breitet sich der Tagebau Hambach schon seit 36 Jahren aus, in immer gleichem Rhythmus: Fällen, baggern, schürfen. Verbrennen.
Diese Art der Energiegewinnung zeigt sehr deutlich, was die Entscheidungsträger der Spezies Mensch (die sich neuerdings hierarchisch diktieren lässt) von sich halten. Sie stellen das Tier Mensch auf ein Podest und alles andere muss sich unterordnen, hat kein Mitspracherecht und wird ermordet, selbst wenn es dem Menschen nur kurzfristig Bequemlichkeit oder Freude bringt.

Diesem kurzfristigen Denken stellt sich die offene Besetzergruppe beim und im Hambacher Forst klar entgegen. Die Umweltaktivisten plädieren für Nachhaltigkeit und agieren gegen die Zerstörung und die Zerstörer des Waldes. Seit nun mehr als zwei Jahren ist der Hambacher Forst besetzt - Selbst gezimmerte Baumhäuser wiegen sich in den Kronen wunderschöner Bäume und stehen den Rodern im Weg. Symbolisch stehen sie auch für Besinnung auf verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen und Lebenszeit. In unserer heutigen katastrophalen Realität muss man den Problemen in die Augen sehen. Es gilt etliche Ideologien zu bekämpfen, viele Greueltaten zu verhindern und für ein besseres Morgen einzustehen. Es bleibt keine Zeit für Apathie; Apathie ist das Eingeständnis der eigenen Ohnmacht. Menschen im Bürgerwald aber wollen sich selbst wieder

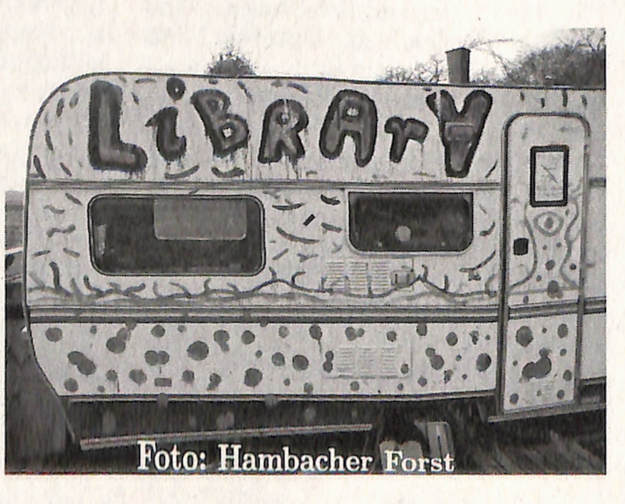


Foto: Hambacher Forst

Macht geben, mindestens die Macht, ein selbstbestimmtes Leben in einem intakten Ökosystem zu führen.
Als Lebewesen, Getier, Gepflanz und selbst als kleinster Einzeller sollten wir saubere Luft atmen dürfen - doch das Loch pustet Unmengen an Feinstaub in die Luft.
Wir sollten sauberes Trinkwasser haben - doch das Loch pumpt großflächig Grundwasser bis auf 500 Meter Tiefe ab.
Wir sollten freien Lebensraum haben - doch das Loch vernichtet diesen, nur um ihn einigen wenigen Menschen zuzuspielen.
Und wir sollten die Möglichkeit haben, frei etwas gegen diesen ganzen Wahnsinn zu tun - doch das Loch hat seinen Einfluss auf viele Menschen. Auch auf Menschen mit Waffen.

Die Polizei macht des öfteren Ausflüge in den Wald, um die Baumhäuser der Widerständigen zu betrachten. Mindestens vierzehn teure Spaziergangeinsätze gab es seit der Wiederbesetzung im Sommer 2013. RWE-Lohnarbeiter fahren mit schweren Geräten und ihren (mittlerweile) blauen Freunden regelmäßig in den Wald, um jedes ausgespähte Gebäude abzureißen - und seien es auch nur drei Kompostklos. Doch dazu später.
Am Donnerstag, dem 20.04. durchsuchte die Polizei alle Räumlichkeiten auf der besetzten Wiese am Hambacher Forst-Waldrand. Sie nahmen alle Telefone, Speicherkarten, Kameras und sonstige technischen Geräte mit, die sie finden konnten, beschränkten sich dabei aber nicht nur auf die Technik. Auch persönliche Dokumente und diverse Ordner mit Kontaktdaten wurden dabei beschlagnahmt - gut für die Datenbank ...
Eine Woche darauf zogen mehrere Hundertschaften mitsamt RWE und deren schweren Geräten in den Wald. Alle Sträucher, Kräuter und Ameisenhügel um die besetzten Bäume fielen einer Häckselmaschine zum Opfer und bald schon standen Hebebühnen auf eben noch unwegsamem Gelände und fuhren in die Kronen um die Besetzer unter dem Vorwand der schlechten Statik aus ihren Baumhäusern zu "retten". Doch das wurde den waffentragenden Menschen erheblich erschwert - Aktivisten ketteten sich an Lock ons und verschanzten sich hoch oben in den Baumkronen. Über zwölf Stunden dauerte der Großeinsatz, bis spät in die Nacht zerstörten die Schurken Lebensraum und fällten zuletzt sogar die alten, edlen Bäume. Sie wollten sich gerade nur ihr Frühlingskleid anziehen, da sind sie verstorben, ermordet wie so viele ihrer Verwandten durch die Menschen, die dem Tagebau nicht entgegenstehen.

Die Tage nach der Fällung waren von Trauer und Zorn bestimmt, doch bald schon sähte sich der Mut in die Herzen und das schon vorher festgelegte Konzept der Wiederbesetzung, nämlich Tag X + 4 Wochen, wurde veröffentlicht. Auf dem Blog wie auch in Brief und Telefonat riefen Besetzer dazu auf, am Samstag, vier Wochen nach der Räumung, wiederzubesetzen oder dabei zu helfen. Alles wird an diesem Tag helfen, wurde kommuniziert. Wirklich alles.

WANTED
STAATSFEIND NR. 1
GESUCHT WERDEN FREILAUFENDE KOMPOSTTOILETTEN DIE MUTWILLIG DEN HAMBACHER FORST BESETZEN
$ 1.000.000
GANZ ODER IN EINZELTEILEN ABLIEFERN BEI RWE

Anwesenheit, Nahrung beschaffen und kochen, spazieren gehen im Wald, Musik machen und tanzen, Straßen blockieren, Barrikaden bauen, Demonstrationen laufen, offene Augen und Ohren für andere haben, organisieren und telefonieren, Holz sägen und damit bauen, Plattformen basteln, Wasser holen, Verstecken spielen im Wald, alles.
Und all das ist auch geschehen. In den zwei Wochen vor der Wiederbesetzung gab es außerdem das Skillsharing-Camp auf der Wiese und im Wald, zu dem jeder interessierte Mensch herzlichst eingeladen war und auf dem mensch sich gegenseitig viele nützliche Fähigkeiten vermitteln konnte. Während des Camps kam die Polizei abermals, einmal um genau keine Zelte

gitimer passiver Widerstand". Die unzähligen Unterlassungserklärungen von den Anwälten von RWE gegen Aktivistinnen flattern ein. Es kommt zu Zivil-Prozessen.

• 23.08.-06.09. Klima- und Reclaim the Field Camp findet in Manheim statt. Workshops, Schienenblockaden, Garten- und Hausbesetzungen.

• 03.09. Der Wald wird zum 3. Mal besetzt.

• 09.09. Polizei und RWE rückt mit schweren Maschinen im Wald an. Eine Plattform, die nicht besetzt ist, wird rausgeschnitten, der in Bau befindliche Tunnel verfüllt, die Küche abgerissen und Barrikaden geräumt. In den kommenden Monaten kommt es zu 12 Einsätzen der Polizei. Ziel ist die Amtshilfe für RWE bei der Beseitigung von Barikaden, sowie der Stadt Kerpen und der Forstbehörde, die Besichtigung der Baumhäuser zu gewährleisten.

• Winter: Vom 1. Oktober bis Anfang März finden die jährlichen RWE-Rodungsarbeiten statt. (Sie sägen und schreddern jetzt immer noch Mitte Mai) Um Aktionen zu unterbinden, werden die Zufahrtsstraßen über den Brücken gesperrt. Flutscheinwerfer, Absperrgitter und Wachschutz aufgestellt. Trotzdem finden Sabotagen an Rodungsmaschinen statt und Bäume wurden mit Nägeln bestückt. Am 1. Dezember wurde die Hambachbahn von der Nordstrecke auf die neue Südstrecke verlegt. Desweiteren kommt es immer wider zu "Störungen" im Betriebsablauf der Hambach Bahn.

2014

• 09.02. Sonntags-Kaffee: 60 Personen besuchen die Wald- und Wiesenbesetzung auf Tee, Kaffee und Kuchen.

• 17.03. Räumung der Barikaden um die Waldbesetzung

• 19.03. Durchsuchung der Wiesenbesetzung. Beschlagnahmung von elektronischen Gegenständen, Ordnern sowie Werkzeug. Parallel besichtigen die Polizei und Forstbehörde die Waldbesetzung. Kletterseile werden gekappt. 130 Polizistinnen im Einsatz.

• 25.03. Hausdurchsuchung in der Projektwerkstatt Saasen und bei Aktivist_innen in der Nähe. Es wer-



den Kopien von Daten des Klimacamps gemacht.

• 27.03. Räumung der 3. Waldbesetzung. Ein Aktivist* ist festgekettet mit einem Betonblock, der sich in einem der Baumhäuser befindet, zwei weitere ketteten sich in den Kronen um Stämme der Bäume mit beiden Händen auf 20 m fest. Am Rande der Räumung werden zwei weitere Aktivistinnen festgenommen. Am Ende 12 Stunden, 210 Polizistinnen, Feuerwehr und Sanitäter für fünf Baumbesetzerinnen. In den Tagen nach der Räumung ist die Lage im Hambacher Forst sehr angespannt. RWE Wachschutz patrollieren mit Autos und zu Fuß mit Hunden durch den Wald. Polizei fährt verstärkt Streife. Barrikaden werden errichtet und wieder geräumt. Fotos werden von Aktivistinnen gemacht.

• 05.04. Polizei/Presse meldet Übergriff auf RWE-Wachschutzauto. Scheiben gehen zu bruch.

• 14.-25.04. Skill Sharing Camp Nr.2 "Build Resistance" findet statt. Workshops wie Heilkräuter sammeln, bauen mit Lehm, Hassi stricken sowie Blockadetechniken ausprobiert.

• 16.04. Essen: Blockade und Störaktionen bei der Jahreshauptversammlung von RWE. Einige Aktivistinnen ketten sich an die Eingänge fest. RWE geht es finanziell beschissen, 2.300.000.000 Euro minus (Stand 04.03.2014).

• 20.04. 100 Polizistinnen besichtigen den Wald, um illegal errichtete Zelte abzubauen. Aktivistinnen begleiten den Zug mit Musik und Tanz. Polizei/Presse berichtet: Polizeiauto entglast und keine Zelte im Wald.

• 23.04. Mehrere hundert Polizisten begleiten RWE bei der Beseitigung von Barikaden. Ihr Ziel ist die Komposttoiletten abzureißen. Aktivist_innen besetzen einen der Bagger, kurz nach der Räumung kettet sich ein Aktivist* an diesen Radlader. Die TEE(Technische Einheit) der Polizei rückt an und löst ihn nach 3 Stunden. Aktivistinnen klettern in die Bäume, heben Gräben aus, bauen Barikaden, spielen Musik, tanzen und machen weitere Faxen. Ende des Tages ein Aktivist* im Krankenhaus (mit einem Polizeihelm niedergeschlagen) und 12 weitere festgenommen und in Gewahrsam genommen.

zu entfernen und einmal in einem achtstündigen Einsatz, um unsere drei "illegal errichteten Komposttoiletten" im Wald einzureißen. Erst nahmen sie den falschen Waldweg. Dann verhafteten sie Aktivisten und gingen mit ihrer gewohnten (Staats-)Gewalt vor. Mehrere Menschen wurden brutal abgeführt und dabei bespuckt, ein Mensch wurde von einem Bagger gezerrt und mehrmals auf den Kopf geschlagen. Gehirnerschütterung. [videodokumentiert]
Dennoch oder vielleicht auch darum wuchs der Protest gegen diese unglaublich brutale Toilettenräumaktion und auf dem richtigen Weg zu den Klos gab es Blockaden und Unterbrechungen und Widerstand - und dann warf sich auch noch ein Aktivist an den Bagger und kettete sich an. Die überforderte Dürener Polizei forderte deswegen ein paar Spezialkräfte aus Köln an, um den Aktivisten frei zu schneiden.
Letzten Endes wurden nach langer Einsatzzeit doch die Toiletten zerstört [videodokumentiert], doch eifrige Menschen hoben sofort neue Klos aus.

Als die Zeit dann rasch verflog und der Tag der Wiederbesetzung nahte, sah man vermehrt RWE-Gruppen durch den Wald ziehen. Davon ließen sich Aktivisten jedoch nicht beeindrucken und als dann der angekündigte Samstag kam, da war die erwartete, überforderte Polizei gar nicht im Wald. Am Waldrand parkten etwa 22 Wannen, fuhren jedoch bald nach Buir, wo eine "Hambacher Forst bleibt!"-Demo angekündigt war. Die Demo wurde auf halber Strecke von der Polizei gestört, konnte aber bald weiterziehen und als sie gerade am Endpunkt ankam, da kam frohe Meldung aus dem Wald: Es gibt eine Waldbesetzung! Und dann: Es gibt sogar zwei Waldbesetungen!
Am Tag der Wiederbesetzung und auch an Tagen davor ist nämlich so einiges im Wald geschehen! Es waren Menschen anwesend, haben Nahrung beschafft und gekocht, sind spazieren gegangen, haben zu ihrer Musik getanzt, Straßen blockiert und Barrikaden errichtet, wunderschöne, nebenbei bemerkt. Sie hatten offene Augen und Ohren für ihre Mitmenschen, haben telefoniert und organisiert, Holz verbaut, Plattformen gebastelt und Wasser geholt. Mit Securitykräften konnte man sogar verstecken spielen!
Vieles, ich mag fast schreiben alles, ist an diesem Tag autonom und in Kleingruppen geschehen. Die offene Menschengruppe im und um den Hambacher Wald wuchs an, und dem Selbstorganisationstalent von freien Menschen ist es zu verdanken, dass so viel geschehen ist. Schon an den Vortagen, doch gerade am Wiederbesetzungstag, zogen viele unterschiedliche Gruppen durch den Wald, um ihn abzusichern. Dass keine Polizei anwesend war, zeigt nur wie überfordert die Befehlskette mit der Kreativität von Aktivisten ist. Was hätten sie schon tun können? Ein Wald ist weit und breit und unübersichtlich. Und ganz bestimmt wird er geschützt!

Auf unserem Blog, hambacherforst.blogsport.de, findet Ihr einige interessante Texte, Termine und Videos zu verschiedenen Anlässen. Wir freuen uns sehr über euren Besuch, digital wie auch physisch!
Bleibt stark!
Für den Planeten und ein Leben in Freiheit!

Anzeige



• 25.04. Prozess gegen einen Aktivist* in Kerpen, Urteil: Geldstrafe.

• 27.04. Öffentliche Wiederbesetzung. Tag X plus 4. Eine Demo von 80 Menschen zog durch Buir, an den Gleisen der Hambachbahn vorbei. Abschlusskundgebung war in Morschenich, einem Ort, der dem Tagebau noch weichen soll. Begleitet wurden diese von über 100 Polizist_innen. In den frühen Morgenstunden machen sich 30 Aktivistinnen daran, die Waldwege mit Barikaden zu versperren. Gleichzeitig wurden an drei Orten im Hambacher Forst Plattformen, Hängematten, Essen hochgezogen und Transparente entrollt. Die 4. Waldbesetzung steht. Auf der Wiesenbesetzung gibt es für alle warmes Essen. Im Wald spazieren viele Menschen, um sich die Besetzungen anzuschauen, um sich zu informieren und ins Gespräch zu kommen. All dies wird von Musik begleitet.

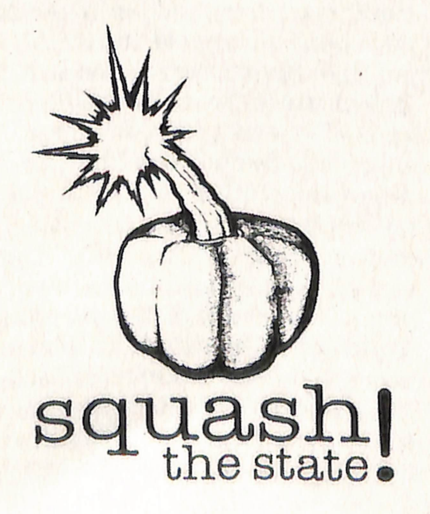
• 28.04. Die Polizei besichtigt die Besetzungen, besetzter Ort Nr. 3 wird nicht entdeckt.

• 29.04. Prozess wegen Hausbesetzung wärend des Klimacamps 2013 in Kerpen, erste Runde!

• 11.05. Wanderung mit 30 Menschen durch den Wald, gegen Abend fand ein Konzert auf der Wiese statt.

• 14.05. Prozess in Düren wegen "Widerstand gegen Polizeibeamte" erste Runde!

• 15.05. Podiumsdiskussion mit allen Parteien zum Thema Braunkohle mit Blickpunkt Wahlen am 25. Mai (Gemeinde, Europawahlen) Konzert auf der Wiesenbesetzung.



Reclaim The Fields – Aktionscamp 2014

vom 9. 7. – 13. 7. 2014 in Sehlis/ Taucha bei Leipzig

Wir möchten mit euch gemeinsam ein buntes und widerständiges Camp-Programm in der Parthenaue auf die Beine stellen. Das selbstorganisierte Camp lebt von Euren Ideen und wird durch Eure Mitwirkung lebendig!

rtf Anlass des Camps sind die Planungen für die Schnellstrasse B87n. Diese soll durch eines der letzten noch unzerschnittenen Landschaftsschutzgebiete in Nordsachsen und unter anderem auch über die Streuobstwiese der Solidarischen Gemüsekooperative Rote Beete und der Landkommune Sehlis gebaut werden. Mit dem Camp soll der jahrelange Widerstand in der Region gegen diesen unnützen Straßenneubau bekräftigt werden. Aber es geht nicht einfach nur um noch eine neue Straße, sondern vielmehr um den Sinn und Preis von immer mehr Beton, immer schnelleren Autos, immer mehr Energie- und Ressourcenverbrauch und immer größerer Effektivität und Profitabilität! Das Camp wird sich deshalb ganz allgemein mit kapitalismus- und herrschaftskritischen Themen beschäftigen sowie mit emanzipatorischen Alternativen zum herrschenden Gesellschaftsystem.

Und deshalb wünschen wir uns ein breites Angebot von Workshops, Vorträgen, praktischem Lernen, Wissensaustausch und öffentlichen Aktionen. Wir würden uns freuen, wenn Ihr Inputs und Initiativen beisteuert ... zum Beispiel zu:

- kleinstrukturierter und selbstgemachter Lebensmittelproduktion
- Saatgutproduktion
- Recht auf Land
- Verwertungslogik vs. Schutz von Artenvielfalt und natürlichen Ressourcen
- solidarisches Wirtschaften & Solidarische Landwirtschaft
- gemeinschaftliche Lebensentwürfe
- D.I.Y. und "Richtiges Leben im Falschen" - praktisch

Oder auch Theateraktionen, praktische Naturschutzmaßnahmen, Fahrradaktionen. gebt etwas von Eurem Können, Wissen und Eurer gemeinschaftlichen und politischen Praxis weiter! Nutzt das Camp zum Austausch und zur Vernetzung zu Euren Anliegen!
Außerdem suchen wir Beiträge für das kulturelle Rahmenprogramm. Beteiligt euch mit kreativen, kulturellen, utopischen, lustigen Beiträgen am Programm & bringt euch ein in Form von Musizieren, Konzerten & sonstigen Darbietungen!
Gerne kann es sich dabei auch um einige kindergerechte Programmpunkte handeln.
Es wäre übrigens super, wenn ihr euch mit euren Beiträgen bei uns anmeldet, damit wir schon im Vorfeld einen kleinen Ausblick zusammenstellen können. Spontane Programmergänzungen werden trotzdem auch möglich sein.
Und ganz zum Schluss gleich noch ein Aufruf an alle Küchenteams und Kochbegeisterten der Galaxis: Wir suchen auch noch Todesmutige, die für das Camp die Küche schmeißen wollen. Kochutensilien und Nahrungsmittel werden gestellt.

... Wir sind gespannt auf euch und Eure Ideen, Gedanken, Anliegen und Träume für eine schönere Welt! ...
Euer Orga Team!

Wir sind zu erreichen unter:
rtf-aktionscamp@mtmedia.org

Weitere Infos:
aktionscampsehlis.blogsport.de
Außerdem: reclaimthefields.org
Gerne könnt ihr diesen Aufruf an andere Gruppen und Einzelpersonen weiterleiten.

Ein neuer Lieblingsfeind für die Klimabewegung

Ein paar Gedanken zum Einfluss des Militärapparates auf den Klimawandel

„When we declare war on a foreign nation, we now also declare war on the Earth".

Barry Sanders

AG Krieg Macht Klima An einem heißen Julitag im Jahr 2013 erreichen etwa 15 müde Radfahrer*innen das ‚War Starts Here Camp' bei Letzlingen, ein Aktions- und Diskussionscamp, das sich gegen das Gefechtsübungszentrum (GÜZ) in der Altmark richtet. Sie sind in den letzten Wochen den ganzen Weg vom Klimacamp in der Lausitz geradelt und haben noch einige hundert Kilometer vor sich bis zum Klimacamp im Rheinland. Sie gehören zur Reclaim Power Tour, die quer durch Deutschland energiepolitisch umstrittene Orte besucht und mit ihren Rädern einen Roten Faden zwischen den aktiven Gruppen zieht: zwischen Anti-Atom-Gruppen, Bürger_innen-Initiativen gegen CCS, Windenenergie-Genossenschaften oder Klimacamps in den Braunkohleabbaugebieten in Ost und West. Aber was macht denn die Energie-Fahrradkarawane auf einem Anti-Militarismus-Camp?

An einem Diskussionsabend auf dem Camp kristallisierten sich die Überschneidungspunkte zwischen den Themenfeldern Militarismus, Energie und Klima deutlich heraus. Offensichtlich ist, dass Staaten Kriege führen, um den Zugang zu Rohstoffen zu sichern, die unerlässlich sind, um den Fortbestand und Vormachtstellung ihrer Wirtschaft sowie ihres Militärapparates zu sichern. Dabei geht es nicht nur um Ressourcen, die für die Energiegewinnung notwendig sind (wie Öl und Uran), sondern auch um strategische Metalle (z.B. Kobalt, Kupfer). Im Zuge des Klimawandels werden sich kriegerische Konflikte um Rohstoffe noch verschärfen, und es ist damit zu rechnen, dass es dabei in der Zukunft verstärkt um die knapper werdenden ‚lebenden' Ressourcen wie Wasser oder Fischbestände gehen wird. Das Pentagon erklärte „schon" 2003 den Klimawandel zum Sicherheitsrisiko und warnte vor Umweltkatastrophen, Hungerrevolten, Bürgerkriegen und Millionen von Flüchtlingen. Was allerdings nicht zu den Konsequenzen geführt hat, die sich unsereins vielleicht wünschen würde: Es wird weiter aufgerüstet, um im prognostizierten Chaos die Oberhand bewahren zu können und Grenzen werden militärisch abgeschottet. Dieser Zusammenhang ist bereits ganz gut dokumentiert.

Wir gehen jedoch auf dem Eis von dünnen Fakten, wenn wir überlegen: was trägt das Militär zum Klimawandel bei? Wie viel Treibstoff verbraucht eigentlich die Bundeswehr, wie viel Energie geht in die Rüstungsindustrie? Was ist die CO2-Bilanz eines Krieges? Diese Fragen werden relativ selten gestellt. Das letzte wissenschaftliche Papier, das sich mit der Klimawirksamkeit der Bundeswehr beschäftigt, ist vom Jahr 1991. Im Rahmen einer parlamentarischen Anfrage beauftragten damals die GRÜNEN die Forschungsstelle „Militär, Ökologie und Planung" (MÖP) e.V., eine Studie zum Thema „Militär und Klima" zu erstellen. Danach hat diese Fragestellung anscheinend niemanden mehr interessiert. Warum nicht? Möglicherweise, weil es ohnehin schon so viele Gründe gibt, gegen den Militärapparat zu sein? Müssen wir also diesen Zusammenhang überhaupt untersuchen, und was bringt uns das?



Die Reclaim Power Tour hat auf ihrer Vernetzungsreise das Konzept von einer ‚echten' umfassenden Energiewende vermittelt. Danach gehören zu einer konsequenten Energiewende nicht nur technologische Änderungen, sondern unbedingt ein gesellschaftlicher Wandel, der an Machtstrukturen rüttelt und Verteilungsfragen stellt. Und für den nicht nur problematisiert werden muss, wo unsere Energie herkommt. Sondern auch, wofür sie verwendet und verschwendet wird. Ob sie der Sicherung von Grundbedürfnissen der Allgemeinheit dient oder dem Profit Weniger.

Das GÜZ in der Letzlinger Heide kann diesem Konzept nach gut wegrationalisiert werden. Ein Vorteil für das Allgemeinwohl ist hier nicht erkennbar. Es gilt als eine der modernsten militärischen Trainingsanlagen weltweit. Hier werden Soldat*innen der Bundeswehr und anderer NATO-Armeen in simulierten Gefechten auf ihre Auslandseinsätze vorbereitet. Zur Zeit wird außerdem eine Übungsstadt nach dem Vorbild einer europäischen Metropole errichtet, damit die Bundeswehr ihre urbanen Gefechtstechniken perfektionieren kann. Für rund 100 Millionen Euro - und mit Tonnen von Stahl und anderen Rohstoffen - entsteht hier eine komplette Großstadt samt Regierungsbezirk, Altstadt, Elendsviertel, Flughafen und U-Bahn mit dem Namen „Schnöggersburg". Absurderweise mitten in der strukturschwachen „Steppe Sachsen-Anhalts", wo die Menschen um das letzte Freibad in der Region kämpfen, das geschlossen werden soll.

Tausende von Menschen protestieren gegen das Megaprojekt Stuttgart 21 - dass in Letzlingen mitten in der Pampa U-Bahnen gebaut werden, in denen nie jemand fahren wird, bekommt kaum jemand mit.

Der größte Einzelverbraucher von Öl in der Welt ist das Pentagon. Der US-amerikanische Militärapparat mit all seinen Kampfjets, Panzern und anderen Fahrzeugen hat im Jahr 2006 etwa 48.000.000 Liter Treibstoff pro Tag verbraucht. Sein Stromverbrauch des gleichen Jahres entsprach dem von 2,6 Millionen amerikanischen Haushalten.[1] Barry Sanders hat in seinem Buch „Green Zone. The Enviromental Cost of Militarism" den jährlichen CO2-Ausstoß des US-Militärs auf 73 Millionen Tonnen geschätzt - die, wohlgemerkt, zu den offiziellen Zahlen des Treibhausgasausstoßes der USA noch dazukommen, da die Emissionen des Militärs nicht berichtspflichtig sind.[2] Allerdings kam Michael Renner schon 1991 zu einem ganz anderen Ergebnis: er ging von 150 Millionen Tonnen CO2 aus - und sogar doppelt soviel, wenn man die Rüstungsindustrie miteinbezöge. So oder so: kein Thema für die Klimakonferenzen.

Für die Bundeswehr sieht die Datenlage besonders mau aus. Nach den Berechnungen der oben erwähnten Studie von 1991 belaufen sich die CO_2-Emissionen des bundesdeutschen Militärapparates auf 39,4 Millionen Tonnen pro Jahr (ohne Rüstungsproduktion).[3] Falls in den letzten 23 Jahren noch einmal wissenschaftlich zu dem Thema gearbeitet wurde, haben die Autor*innen ihre Ergebnisse gut versteckt. Jede Privatperson kann mittlerweile ihren CO2-Fußabdruck im Internet ermitteln. Doch Rheinmetall, der 10.-größte Rüstungskonzern Europas, weiß nicht, wie viel Kohlendioxid er emittiert. Ihnen liegen „keine Daten" darüber vor, gibt der Vorstand des Konzerns auf der Jahreshauptversammlung im Mai 2014 zur Auskunft. Die Zahlengrundlage ist also unbefriedigend. Sie reicht aber aus, um die Absurdität eines Systems zu verstehen, das mit einem gigantischen Ressourcenverbrauch einen Apparat betreibt, dessen Aufgabe es ist, Ressourcen zu sichern. Der dadurch immer mehr zerstört, was angeblich verteidigt werden soll: unsere Sicherheit.

Und doch bleibt es in der Energiedebatte merkwürdig still um den militärischen Produktionsbereich. Infolge der Diskussion, die durch den Besuch der Reclaim Power Tour auf dem „War Starts Here" - Camp entstanden ist, fanden sich Menschen aus der Anti-Kohle- und Antimilitarismus-Bewegung zusammen, die das ändern wollen. Die - bis jetzt sehr lose organisierte - Arbeitsgruppe „Krieg Macht Klima" will den Zusammenhang zwischen Militär und Klimawandel näher beleuchten. Gleich vorweg: das Ziel der Arbeitsgruppe wird es niemals sein, eine CO2-neutrale Rüstungsproduktion zu fordern oder etwa das ökologisch korrekte Abschlachten von Menschen. Es geht nicht um eine Grünfärbung des Militärbereichs, sondern darum, ihn abzuschaffen. Es ist das Anliegen der AG, verschiedene Stränge von sozialen Bewegungen zusammenzuführen, damit sie sich gegenseitig ergänzen und stärken. Sie will das Thema Abrüstung (oder eher: „Abschalten!") in den Postwachstumsdiskurs einbringen und ökologische Argumente in die Debatten der Antimilitarismus- und Friedensbewegung hineintragen. Sie möchte herausfinden, wie viel Energie die Produktion einer Rakete braucht und wie lange wir mit dieser Energie heiß duschen könnten. Wenn es am Öko-Stammtisch darum geht, ob das Auto nun 4 Liter auf 100 km verbraucht oder 10 Liter, wird die AG darin erinnern: ein M1-Panzer verbraucht etwa 4700 Liter auf 100 km.[4] Sie will untersuchen, welche Herrschaftsstrukturen den Kreislauf der Ausbeutung von Mensch und Natur am Laufen halten, und wie sie wir sie überwinden können. Und sie wird subversive Stromspartipps verbreiten: blockiere jeden Morgen mit deinen Freund*innen eine Rüstungsfabrik eurer Wahl.

Das nur ein paar Ideen: die Gruppe steht ganz am Anfang, es gibt viel zu tun. In diesem Sommer wird es Workshops von „Krieg Macht Klima" auf dem Klimacamp im Rheinland (26.7.-3.8.) geben, auf dem War Starts Here Camp (17.-25.8.) und auf der Degrowth-Konferenz in Leipzig (2.9.-6.9.2014). Wir würden uns freuen, bei der Gelegenheit interessierte Menschen kennenzulernen, mit euch zu diskutieren, von euch zu lernen, mit euch zusammenzuarbeiten!

Kontakt:
kriegmachtklima@riseup.net

[1] Laut CIA World Factbook 2006, zitiert nach http://en.wikipedia.org/wiki/Energy_usage_of_the_United_States_military

[2] Sanders, Barry. Green Zone. The Environmental Cost of Militarism. Oakland/Edinburg 2009; S.68

[3] „Militär, Rüstung und Klima". Studie über die Klimaverträglichkeit von Militär und Rüstung. Forschungsstelle Militär, Ökologie und Planung (MÖP) e.V. 1991. Offline-Dokument. Eine Zusammenfassung in Papierform liegt uns vor.

[4] Siehe Renner, Michael. In: State of the World, Hrsg. L. Brown (1991). Wer neuere Zahlen dazu hat, immer her damit!

Anzeige



Kapitalismus und Demokratie streben immer weiter auseinander. Die Alternative zu dieser Entwicklung – Kapitalismus ohne Demokratie – wäre und muss sein: Demokratie ohne Kapitalismus. isw-Report 96 (Autor: Conrad Schuhler) untersucht u.a. die Fragen: Woher rühren und was sind die Prinzipien der "bürgerlichen Demokratie"? Was ist nötig, um eine wirkliche Demokratie herzustellen, nämlich die Demokratisierung der Wirtschaft.

isw-report 96
April 2014 / 40 S. / 3,50 EUR + Versand

isw e.V., Joh.-v.-Werth-Str. 3, 80639 München
fon 089-130041, fax 089-168 94 15
email: isw_muenchen@t-online.de
www.isw-muenchen.de

A never ending story?

Der Frankfurter Flughafen, die Montagsdemos und das Terminal 3

Vor dem Sommercamp gegen Flughafenausbau im rodungsbedrohten Treburer Wald – Ein Blick zurück und nach vorne.

Vega Es gibt so Themen, mit denen wird sich die radikale Umweltbewegung wohl bis zur Revolution herumschlagen müssen. Der Frankfurter Flughafen gehört dazu. Hier soll schon wieder Wald für den Flughafenausbau fallen. Für den Juni wird mal wieder in bewährter Tradition zu einem Waldcamp aufgerufen - wenn auch erst mal nur für vier Tage. Geschichte wiederholt sich doch? Jein, denn seit Besetzung des Kelsterbacher Waldes 2008/09 ist viel passiert, ohne dass überregionale Zusammenhänge mitgemischt haben. Werfen wir also erst mal einen Blick zurück...

Wenn wir wollten, könnte dieser Blick sehr weit zurückreichen. Es ließe sich erzählen, wie der mitten im Ballungsraum Rhein-Main-Gebiet gelegene Flughafen sich seit 80 Jahren ein immer größeres Waldgebiet einverleibt, dabei den menschlichen Siedlungen immer weiter entgegenwächst und der Flugverkehr und die damit verbundenen Klima- und Gesundheitsschäden beinahe unablässig zunehmen. Es ließe sich über sich regenden Protest schreiben, über Widerstand und Repression, die beim Bau der Startbahn West in den 80ern auf heute schwer vorstellbaren Niveau eskalierten. Daraufhin war in den 90ern ein Weiterbau außerhalb des Flughafenzauns zunächst undenkbar. Bis die Ankündigung einer weiteren Landebahn kam, die viele schockte. Unzählige Bürgerinitiativen (BIs) nahmen überall in der Region ihre Arbeit auf. Nachdem sie jahrelang den neuerlichen Kampf getragen hatten, sprangen ihnen überregionale UmweltaktivistInnen zur Seite und besetzten im Sommer 2008 den Kelsterbacher Wald, der für die Landebahn gerodet werden sollte. Die Bilanz von 9 Monaten Waldbesetzung: Eine gewisse Resonanz in der radikalen Umweltbewegung und den Medien, aber keine wirklich großen lokalen Mobilisierungen. Nach der Räumung der Waldbesetzung kam es zu weiteren Aktionen und zu oft erfolgreicher Gegenwehr in zahllosen Strafprozessen. Die politischen Zusammenhänge, die dahinter standen, zeigten aber längst fortgesetzte Zerfallserscheinungen - die überregionalen UmweltaktivistInnen zogen weiter und die eher bürgerlichen Aktiven sich zurück. Als bei der Einweihung der Landebahn am 21. Oktober 2011 beinahe tausend Leute zu einer Kundgebung kamen, konnte das als ein großer Mobilisierungserfolg verbucht werden. Ein Schlusspunkt schien gekommen zu sein. Und dann kam der nächste Tag.



Foto: Fluglärm Mainz

Am 22. Oktober protestierten in Mainz 15.000 Menschen gegen die neue Landebahn. Es war die größte Demonstration gegen den Flughafenausbau seit den 1980ern, nur im Jahr 2000 hatte es mal eine Demo in ähnlicher Größenordnung gegeben. Die Überraschung war bei allen Beteiligten dementsprechend groß. Dabei war es erst der Anfang, denn an diesem Tag wurde das erste Mal zu wöchentlichen Montagsdemos im Flughafenterminal aufgerufen. Und die Leute kamen. Waren es auf der ersten Demo Mitte November noch 400, kletterte die Zahl binnen einer Woche auf 2000 und bis Weihnachten auf 5000 DemonstrantInnen, die da Woche für Woche kamen. Daneben fanden weitere lokale Demos in einzelnen Städten statt, neue BIs schossen mal wieder wie Pilze aus dem Boden. Im Februar 2012 kamen 20.000 Menschen zu einer Großdemo am Flughafen. Und die Montagsdemos gehen bis heute weiter, meistens nehmen so grob um die tausend Menschen teil. Das geht jetzt schon 2,5 Jahre und über 100 Demos lang so, ein Ende ist noch nicht absehbar. Nimmt mensch TeilnehmerInnenzahl und Ausdauer als Kriterium, gehört die Bewegung am Frankfurter Flughafen ganz klar zu den größten Protesten, die dieses Land in den letzten Jahren erlebt hat.

Wer wie der Autor sich zur Zeit des Kelsterbacher Hüttendorfs aufrichtig gefreut hat, wenn Sonntags 100 Menschen aus der Region zum Kuchenessen kamen, wird sich sicherlich fragen: Wer sind diese Menschen? Wo kommen die auf einmal her? Und was wollen sie eigentlich?
Eine Parole gegen die Landebahn hieß: Wer jetzt noch schläft, kann bald nicht mehr schlafen. Auch wenn es etwas zynisch ist - prägnanter lassen sich alle drei Fragen nicht beantworten. Denn die meisten der frischgebackenen DemonstrantInnen haben die sehr existentielle Erfahrung gemacht, selbst in ihren eigenen 4 Wänden am Tag keine Ruhe und in der Nacht keinen Schlaf zu finden. Viele haben sich vorher weder groß um den Flughafen geschert noch je aktiv Politik gemacht. Hinzu kommt, dass die neuen Flugrouten auch einige eher gehobene Wohngegenden betreffen. Dementsprechend sind Geschäftsleute und Eigenheimbesitzer keine ganz unbedeutende Gruppe innerhalb des Protests. Das Bild wird abgerundet von der Altersstruktur: Auf den Montagsdemos sind viele über 60 und einige zwischen 40 und 60, aber nur wenige unter 40 Jahren alt.

Falls bis hier das Bild einer sehr bürgerlichen Protestbewegung entstanden ist, dann ist es zutreffend. Trotzdem: Wer sein Urteil über diese Menschen fällt, weil sie nicht im Kelsterbacher Wald waren und/oder keine Linksradikalen sind (und beide Positionen gibt es tatsächlich in der Region), macht es sich ganz schön einfach. Denn was wollen diese Leute? Die erstaunlich einfache Antwort: „Die Bahn muss weg!" Realpolitische Machbarkeit hin, Kompromissbereitschaft her - bei den unzähligen Demos und Aktionen der letzten 2,5 Jahre war keine andere Forderung so präsent, wie die Stilllegung der Landebahn. Sicherlich, den allermeisten ist gar nicht bewusst, in was für einen Konflikt sie sich da mit den herrschenden kapitalistischen Verhältnissen begeben. Die Überzeugung, der Staat werde einem schon beispringen, wenn mensch nur laut genug die eigenen Rechte einfordert, ist weit verbreitet. Ob diese Menschen aber ihre Illusionen in Demokratie und Marktwirtschaft, den Kampf gegen die Landebahn oder aber beides zusammen aufgeben werden - das ist noch nicht



Foto: Fluglärm Mainz

entschieden. Irgendwann aber wird eine Entscheidung fallen.

Auch der Ablauf der Montagsdemos macht deutlich, was sich für eine ungeheure Wut angestaut hat. Diese Demos sind vor allem eins: Laut. Manchmal bis zur Schmerzgrenze und darüber hinaus. Und genau wie ihr „Die Bahn muss weg", lassen sich die Leute ihr Lärmen nicht einfach so ausreden. Weder von der Polizei (die Verlesung der Auflage, wonach Trillerpfeifen verboten sind, wird regelmäßig mit einem Trillerpfeifenkonzert beantwortet), noch von einigen Führungsfiguren der BIs, denen an einem gemäßigteren Auftreten der Demos gelegen ist. Die hinter dem Krach stehende Wut nimmt bei Einzelnen auch reaktionäre Formen an und entlädt sich dann etwa in Bestrafungsfantasien gegen tatsächlich oder vermeintlich Schuldige. Vor allem aber ist die Wut der Masse weitgehend kanalisiert. Die Montagsdemos sind schon lange zum Ritual geworden, auf das sich beide Seiten bis ins kleinste Detail eingestellt haben. Anfangs war auf den Demos noch eine gewisse Lust und Bereitschaft zu spüren, die Abläufe im Terminal ordentlich durcheinanderzubringen. Heute herrscht hier eher Routine vor.

Während sich diese Montagsdemokultur entwickelt hat, ist rund um den Flughafen natürlich noch sehr viel mehr passiert. Zwei Dinge sind für die weiteren Auseinandersetzungen besonders zentral: Die Pläne für ein drittes Terminal und die Landtagswahlen in Hessen.

Terminal 3 und Landebahn Nord-West gehören zusammen und wurden auch im selben Planfeststellungsbeschluss genehmigt. Der Flughafenbetreiber, die Fraport AG, will mit der Landebahn die jährlichen Flugbewegungen von im Moment 470.000 auf offiziell 701.000 steigern. Sie kann die Landebahn aber nur dann voll ausnutzen, wenn sie auch die Abfertigungskapazitäten am Boden ausbaut. Mit dem Terminal 3 würden die sich von 65 Millionen auf 90 Millionen Passagiere im Jahr erhöhen. Allein dieser Kapazitätszuwachs entspricht beinahe dem jährlichen Passagieraufkommen des Münchner Flughafens. Die Anzahl der Flüge ließe sich dann auch über die offiziell angepeilte Zahl hinaus erhöhen, ja sogar der Bau weiterer Bahnen wäre eine Option. Als in Folge der Wirtschaftskrise die Zahl der Flugbewegungen einbrach und Kapital fehlte, wurde 2009 der Baubeginn des Terminals zunächst zurückgestellt. Mittlerweile lässt die Fraport aber keinen Zweifel mehr daran, mit dem Bau 2015 offiziell beginnen zu wollen. Die Betonung liegt hier auf offiziell - denn obwohl der Bauantrag noch bei der Stadt Frankfurt liegt, laufen schon seit 2011 alle möglichen vorbereitenden Bauarbeiten. Auch auf dem frei zugänglichen Teil des Geländes sieht es inzwischen wie auf einer Großbaustelle aus. Der größte Teil der beanspruchten Fläche liegt aber ohnehin hinter dem Flughafenzaun, auf dem Gelände der ehemaligen US-Airbase.

Der Lernprozess hat eine Weile ge-

dauert, aber mittlerweile gehört auch der Verzicht auf das 3. Terminal zu den Kernforderungen von BIs und Montagsdemos. Anfang des Jahres haben zwei Rundgänge auf dem vorgesehenen Baugelände stattgefunden. Der erste führte etwa hundert Menschen mitten auf die Baustelle. Beim zweiten zogen etliche hundert TeilnehmerInnen in den bedrohten Treburer Wald. Hier soll ein Waldstück für einen neuen Autobahnzubringer zum Terminal gerodet werden. Da hier vorher schon eine Baustraße für die weiteren Arbeiten geschaffen werden soll, ist eine Rodung schon im nächsten Winterhalbjahr gut möglich, Baumfällungen dürfen in Hessen ab dem September beginnen. Wesentlich größere Rodungen haben bereits in einem benachbarten Waldstück begonnen: Hier expandiert die Kiesgrube Sehring, über 60 ha Wald sollen dafür insgesamt fallen. Nicht zuletzt auch, um die nahegelegene Terminal-Baustelle zu beliefern.

Während die Debatte um das Terminal Fahrt aufnahm, wurde sie gleichzeitig von der hessischen Landtagswahl Ende September 2013 überlagert. Von den BIs war sie zur „Landebahnwahl“ ausgerufen worden, was sich als doppelt falsch herausstellte. Obwohl medial oft thematisiert, war das Thema für den Ausgang der Wahl ziemlich gleichgültig. Die Wahlkreise in Flughafennähe wurden fast ausnahmslos von den AusbaubefürworterInnen von der CDU gewonnen. Und was das gesamte Bundesland angeht: In den WählerInnenbefragungen zu den als wahlentscheidend angesehenen Themen rangierte der Flughafen weit hinten.

Falsch war aber auch die Vorstellung, ein Wechsel der Regierungskoalition würde die Situation nennenswert verändern. Letztlich übernahm nur die hessische Linkspartei die Forderung der Montagsdemos. Das brachte ihr bei den Leuten vor Ort viel Sympathie ein, selbst Wechselwähler von der CDU soll es gegeben haben. Ob diese Forderungen im Fall einer Regierungsbeteiligung tatsächlich umgesetzt worden wären, ist eine andere Frage. Am Ende lief es aber ohnehin darauf hinaus, dass sich die Grünen zwischen SPD-Linke oder der CDU als Koalitionspartner entscheiden konnten. Bekanntlich koalieren sie inzwischen mit der CDU.

Eine Stilllegung der Landebahn stand nie auf der Agenda der Grünen. Dafür setzten sie im Wahlkampf auf eine andere klare Forderung: Kein Terminal 3! Von dieser deutlichen Ansage ist im schwarzgrünen Regierungsprogramm praktisch nichts übriggeblieben. Die Fraport soll vor Baubeginn noch einmal selbst prüfen, ob das Terminal wirtschaftlich notwendig ist. Seitdem dieses Verhandlungsergebnis bekannt wurde, hat die Fraport nicht eine Sekunde Zweifel aufkommen lassen, dass sie das Terminal für notwendig hält. In gewisser Weise hat sie sogar recht: Denn während die Grünen und nicht wenige BIs gebannt auf die seit ein paar Jahren eher stagnierenden, wenn nicht sinkenden Flugbewegungen starren, geht es der Fraport um etwas ganz anderes. Das Terminal ist zum einen Teil einer Strategie, andere internationale Drehkreuze niederzukonkurrieren und so für mehr Flüge zu sorgen. Zum anderen ist es ein Immobiliengeschäft. Denn schon lange machen Ladenmieten einen großen Teil des Firmengewinns aus. Im Grundriss des 3. Terminals schlägt sich dieses Geschäftsmodell noch stärker als in den Terminals 1 und 2 nieder.

> Wer sich über die Auseinandersetzung um den Frankfurter Flughafen und das Terminal 3 auf dem Laufenden halten will, kann das auf www.waldbesetzung.blogsport.de tun. Seit über 5 Jahren wird der Konflikt hier aus einer emanzipatorischen Perspektive heraus begleitet und in größere Zusammenhänge eingeordnet.

Während die Grünen also versprechen, der Markt würde es schon richten, haben sie längst alle Positionen besetzt, die für den Bau des Terminals maßgeblich sind. Und es wird immer deutlicher, dass sie das Projekt einfach durchwinken werden. So hat das grüne Planungsdezernat in Frankfurt schon vor Eingehen des Bauantrags deutlich gemacht, dass es das Terminal genehmigen wird – obwohl die Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr in dem Antrag völlig offen bleibt. Da sich die Stadt Trebur weigert, ihren Wald der Fraport zu verkaufen, wird ein grün geführtes Regierungspräsidium Darmstadt über eine vorläufige Besitzeinweisung zugunsten der Fraport entscheiden. Richtig bitter wird es aber bei jenen Funktionären, die damals noch öffentlichkeitswirksam die Waldbesetzung in Kelsterbach unterstützten: Da wäre Frank Kaufmann, Flughafenexperte der Landtagsfraktion und heute Aufsichtsratsmitglied der Fraport AG. Und schließlich Tarek Al Wazir, der noch 2009 im Wald gegen die Räumung des Hüttendorfs protestierte. Heute ist er hessischer Minister für Verkehr und Wirtschaft und setzt die nächste Etappe des Flughafenausbaus durch.

Eines ist klar: Weder die unsichtbare Hand des Marktes noch die wundersame Machtübernahme der Grünen wird ein Terminal 3 verhindern. Das Gegenteil ist der Fall. Wenn überhaupt, dann kann nur ein breiter und vielfältiger Protest und



Keine Montagsdemo. Foto: Straßenstriche

Widerstand vor Ort erfolgreich sein. Hartnäckigkeit und Größe der Montagsdemobewegung sind so beeindruckend, wie ihre soziale Basis und inhaltliche Ausrichtung beschränkt ist. Eine radikale Umweltbewegung muss sich fragen, wie diese Auseinandersetzung auf eine nächste Stufe gehoben werden kann. Gerade auch angesichts der noch in diesem Jahr drohenden Rodung im Treburer Wald.

Ein Resultat dieser Überlegungen ist die Idee für ein Sommercamp gegen den Flughafenausbau, dass vom 19. bis 22. Juni in dem rodungsbedrohten Waldstück stattfinden wird. Es soll ein deutliches Signal gegen das 3. Terminal sein, vor allen Dingen aber auch eine Gelegenheit zusammenzukommen und sich zu vernetzen, sich mit dem Gelände vertraut zu machen, Pläne zu schmieden und vielleicht auch gleich umzusetzen. Hier könnten AusbaugegnerInnen mit ganz unterschiedlichen Hintergründen Gemeinsamkeiten entdecken, Unterschiede diskutieren und gemeinsame Schritte planen. Denn eins ist klar: Die Auseinandersetzung um den Frankfurter Flughafen ist noch lange nicht vorbei. Ein Flughafenrückbau muss her - ist aber ohne tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen nicht denkbar!

Abriss für A100?

Vega Am Sonntag, den 11. Mai versammelten sich ca. 60 Personen in der Beermannstraße in Berlin-Treptow, um sich die Aufführung eines Straßentheaters anzusehen. Das Stück thematisierte die Situation der für die A100 verdrängten MieterInnen, von denen mehrere selbst vor Ort waren. Denn die Häuser Beermannstraße 20 und 22 mit ihren mehr als 90 erschwinglichen Wohnungen, sollen für den Weiterbau der A100 abgerissen werden. Den ersten MieterInnen wurde bereits zum Juni gekündigt. Dabei ist in Berlin der Kampf gegen steigende Mieten und Zwangsräumungen seit Jahren sehr akut, immer mehr Menschen finden sich auf der Straße oder zumindest am Stadtrand wieder.

Auch die den BewohnerInnen der Beermannstraße angebotenen Ersatzwohnungen sind meist kleiner, aber teurer, weit entfernt von diesem Kiez und oft mit schlechterer Ausstattung. Die MieterInnen müssen sich innerhalb weniger Tage entscheiden, ob sie solch eine schlechtere Wohnung nehmen, ansonsten ist auch diese weg. Statt eine angemessene Entschädigung zu zahlen, die die Mietdifferenz für die nächsten Jahre ausgleicht, werden den MieterInnen lediglich die Umzugskosten erstattet. In Anbetracht dessen, das die 3,2 km Autobahn von Neukölln nach Treptow mittlerweile über 500 Millionen Euro kosten sollen, ist das der blanke Hohn.
Die Angst, aus dem eigenen Kiez und damit aus dem sozialen Umfeld verdrängt zu werden sowie der Druck des Berliner Senats, sich in kürzester Zeit für eine nicht angemessene Ersatzwohnung entscheiden zu müssen, lässt die MieterInnen seit Monaten nicht mehr ruhig schlafen.

Foto: Vega

Vor Ort wurde aber auch deutlich gemacht, dass es politische Unterstützung für BewohnerInnen geben kann. Ein großangelegter Abriss von Wohnraum, für einen Autobahnstummel, der eigentlich nur der Bauwirtschaft nützt, wird sicherlich nicht ohne Widerstand hingenommen werden. Haltet euch auf dem Laufenden!

www.a100stoppen.de/
karlapappel.wordpress.com

Anzeige



Der lange Atem am Münchner Flughafen – Ein Reisebericht

Vega **Flugzeuge donnern über das Attachinger Vereinsheim. Sie sind einer der Gründe für die Runde, die sich hier wie jeden Sonntagabend trifft. Denn was Außenstehende mit dem örtlichen Schützenverein verwechseln könnten, ist tatsächlich der örtliche Ableger von Plane Stupid. Gesprochen wird im breiten bayrischen Dialekt, der Umgang miteinander ist sehr herzlich, die Offenheit gegenüber den Gästen groß. Politisch ist die Gruppe zu einer treibenden Kraft im Kampf gegen den Ausbau des Münchner Flughafens geworden. Mit Vereinsmeierei und bürokratischer Verwaltung von Protesten will mensch hier nichts zu tun haben, das Verhältnis zu den Parteien lässt sich höchstens als instrumentell beschreiben. Plane Stupid bekennt sich zu Mitteln des zivilen Ungehorsams und sieht sich damit in bester bayrischer Tradition stehend. Groß ist die Verbitterung der Aktiven gegenüber der Justiz. Als der Bayrische Verwaltungsgerichtshof (VGH) Ende Februar diesen Jahres die dritte Startbahn abnickte, gehörten sie zu denen, die wegen ihres Protest aus dem Saal geworfen wurden. Trotzdem wird noch ein langer Atem nötig sein, bis der Kampf um den Flughafenausbau ausgefochten ist. Frankfurt und München können dabei einiges voneinander lernen.**

Verglichen mit Frankfurt ist der heutige Münchner Flughafen relativ jung. Erst 1992 nahm der Flughafen Franz-Josef-Strauß im Erdinger Moos seinen Betrieb auf. Die Entscheidung für einen Neubau außerhalb der Stadt (aber eben nicht außerhalb von Siedlungsgebieten) wurde unter anderem durch ein schweres Flugzeugunglück in der Münchner Innenstadt gefördert. In den 1970ern kam es zu Umsiedlungen für den Flughafenneubau, die von Protesten begleitet wurden. Heute ist der Anteil der Einnahmen aus dem Flugverkehr an den Gewinnen des Flughafens in München (genau wie in Frankfurt) rückläufig. Der sogenannte Non-Aviation-Sektor macht inzwischen 49% der Gewinne aus, die Tendenz zum "Shoppingcenter mit angeschlossenem Flughafen" ist deutlich. Fraglich ist, wie lange die Geschäfte im Flughafenumland dieser Konkurrenz gewachsen sein werden. Die Region wies schon vor der Inbetriebnahme eine der niedrigsten Arbeitslosenquoten in Deutschland auf. Daran hat sich seitdem wenig geändert, die ökonomische Abhängigkeit vom Flughafen ist entsprechend gering. Flughafenausbau steht hier eher für den Zuzug von Arbeitskräften und damit einhergehend für die weitere Zersiedlung der Region. Der Flughafenbetreiber probiert stattdessen, das Umland mit kulturellen Angeboten zu ködern. Ein gutes Beispiel ist das Airbräu: Brauerei, Biergarten und Veranstaltungsbetrieb mitten im Flughafen. Eine kleine Auswahl aus dem Frühjahrsprogramm 2014: Kleinkunst, Konzerte, Gottesdienst und Freibier.

2005 wurde der Bau einer dritten Start- und Landebahn im Erdinger Moos beschlossen. Die Inbetriebnahme war ursprünglich für 2011 vorgesehen. Die Bahn würde mitten in einem Moorgürtel liegen, der sich vom nördlichen Münchner Stadtrand in Richtung Nordosten zieht. Die betroffene Landschaft wird geprägt von Wiesen und kleinen Feldern, dazwischen Gräben, Alleen mit zum Teil sehr beachtlichem Baumbestand und wild wachsenden Obstbäumen. Die Gegend hat vor allem als Brutplatz für Vögel eine hohe Bedeutung, es lassen sich aber auch allerhand andere Tiere beobachten. Trotz Fluglärm wird das Gebiet intensiv zur Naherholung genutzt. Selbst an einem Wochentag sind hier viele RadfahrerInnen und Spaziergänger mit ihren Hunden unterwegs. Durch den Bau der Startbahn (samt 3. Terminal) würden mehr als 1.000 ha Fläche privatisiert und umgestaltet werden, 350 ha droht die Versiegelung. Die Fläche wird schon seit 2001 im bayrischen Landesentwicklungsplan für die Startbahn freigehalten. Die Anliegerkommunen und alle anderen öffentlichen Stellen sind dadurch verpflichtet, so zu planen, als gäbe es die Bahn bereits. Ihre Handlungsspielräume werden so erheblich eingeschränkt - dabei ist noch völlig offen, ob und wann die Bahn kommt.

Grund für diesen wesentlich erfreulicheren Umstand ist der gewonnene Bürgerentscheid von 2012. Im Juni 2012 stimmten viele Münchner (etwa 54% bei einem knappen Drittel Wahlbeteiligung) gegen den Bau der Startbahn. Der politische Erfolg wog umso schwerer, da die meisten WählerInnen überhaupt nicht von dem Thema betroffen waren und trotzdem sensibilisiert werden konnten. Im Rhein-Main-Gebiet war das 2009 im wesentlich kleineren und wesentlich stärker betroffenen Kelsterbach bei der Abstimmung über den Waldverkauf an die Fraport knapp gescheitert.

Durch den gewonnenen Volksentscheid wurde der Ausbau effektiv blockiert, denn die Stadt München hält ein knappes Viertel der Anteile an der Flughafengesellschaft FMG und muss ihre Zustimmung zu dem Bauprojekt geben. Rechtlich durch den Volksentscheid gebunden war die Stadt allerdings nur für ein Jahr. Zusammen mit dem Urteil des VGH sind also rein juristisch alle erforderlichen Tatsachen für den Ausbau geschaffen. Politisch hält ihn die Münchner Kommunalpolitik aber noch durchgehend für Harakiri. Das zeigte sich auch im Wahlkampf für die bayrischen Kommunalwahlen im März diesen Jahres: Mit Ausnahme der FDP, sprachen sich alle Parteien gegen einen Ausbau in der nächsten Legislaturperiode aus. Bis zu einem ernsthaften neuen Anlauf zum Bau der Startbahn dürften also noch einige Jahre vergehen. Jahre, in denen die Menschen in der Flughafenregion aber weiterhin unter Fluglärm, Schadstoffen und Siedlungsbeschränkungen leiden sollen.

Ähnlich wie im Rhein-Main-Gebiet, setzen auch in Bayern viele ihre Hoffnung darauf, dass die ökonomische Entwicklung den Ausbau zwischenzeitlich überflüssig ma-

chen wird. Der Münchner Flughafen hat 2007/08 ein Maximum an Flugbewegungen erreicht. Seitdem sind sie erheblich zurückgegangen, es spricht momentan nichts für ein Anknüpfen an diese Jahre. Und trotzdem ist diese marktgläubige Argumentation genauso fragwürdig wie auch im Rhein-Main-Gebiet. Wachstum ist und bleibt die einzige Maxime im Kapitalismus. Wie jeder Kapitalist wird auch die FMG bei sinkendem Wachstum nicht die Hände in den Schoß legen. Sie wird mit Zähnen und Klauen (und auf dem Rücken der Bevölkerung) um ein größeres Stück vom kleineren Kuchen kämpfen. Und dafür Schützenhilfe von ihrem größten Anteilseigner -dem Land- bekommen. Hinzu kommt die grundsätzliche Schwierigkeit, die Entwicklung von etwas so irrationalem wie einem Markt richtig vorherzusagen. Auch während der Auseinandersetzung um die Startbahn West in den 80ern am Frankfurter Flughafen waren die Flugbewegungen krisenbedingt eingebrochen. Geändert hat es am Wachstum des Flughafens nichts.

Ohnehin steht die Planung der dritten Bahn vor allem im Zusammenhang mit dem Umbau des Münchner Flughafens zum internationalen Drehkreuz, dass seine Flugbewegungen nach Möglichkeit von den anderen Airports abzieht. 2003 wurde das Terminal 2 in Betrieb genommen, die Baukosten teilen sich FMG und Lufthansa. Seit 2011 laufen die Bauarbeiten für den weiteren Ausbau des Terminals. (Wie auch die Fraport wirbt die FMG mit der klimafreundlichen Bauweise. Reines Greenwashing - denn klimaschädlichste Fortbewegungsart ist und bleibt der Flugverkehr!) Die Lufthansa ist eine treibende Kraft beim Ausbau des Flughafens zum Drehkreuz. Als beinahe Monopolist wickelt sie 70 % des gesamten Linien- und Charterverkehrs in München ab, darunter überdurchschnittlich viel Umsteigeverkehr. Ihr Ziel ist es, durch den Bau der Startbahn die durchschnittliche Verspätungszeit zu drücken und sich so einen Konkurrenzvorteil zu verschaffen. Es ist schon perfide, wie dieser Konzern die AnwohnerInnen der verschiedenen Flughäfen gegeneinander ausspielt: In München muss die 3. Bahn her und in Frankfurt das Nachtflugverbot weg, sonst zieht man eben weiter...
Mit den bestehenden zwei Bahnen hat der Münchner Flughafen (als zweitgrößter in Deutschland) eine Kapazität von (konservativ errechnet) 480.000 Flugbewegungen. Frankfurt als größter Flughafen hat das durch die Inbetriebnahme der Landebahn getoppt, wodurch die 3. Bahn für die FMG dringlicher wird. Dann wäre die Fraport mit einer fünften Bahn am Zug, wofür sie erstmal das Terminal 3 braucht und momentan ja auch bauen lässt.

Auch rhetorisch werden die Fluglärmbetroffenen gegeneinander ausgespielt. Der FMG-Vorsitzende Michael Kerkloh meinte erst Anfang Februar in einem Interview: "Bei der neuen Bahn in Frankfurt sind es mehr als 200.000 Betroffene, bei uns nicht einmal 10.000." Das ist natürlich Manipulation, denn die Zahl für München ist kleingerechnet. Vor allem aber wird auf die Macht des Faktischen gesetzt: Die Geschädigten hier sollen neue Geschädigte dort rechtfertigen. Ignoriert wird der an beiden Standorten rege Protest und Widerstand gegen solche Projekte und Logiken. Denn die konkurrenzgetriebene, wahnwitzige Wachstumsspirale auf Kosten von Mensch und Umwelt kann nur überwunden werden, wenn sich die Betroffenen an den verschiedenen Standorten fest zusammenschließen.

Auch dazu sind in den letzten Jahren in Attaching Anläufe gemacht worden. Im Juni 2013 trafen sich hier Bürgerinitiativen aus ganz Europa zur ersten internationalen FlughafenanwohnerInnen-Konferenz. Als Resultat wurde das Attachinger Manifest verabschiedet, dass die Lebensinteressen der Menschen in den Flughafenregionen kompromisslos über das Wachstum des Luftverkehrs stellt. Allerdings bleibt es dabei auf den Staat als vermeintliche Lösung fixiert, statt die hinter den Flughafenausbauten stehende kapitalistische Wirtschaftsweise als Ganzes in den Fokus zu nehmen.

In Frankfurt zeichnet sich ein akuter Kampf an zwei Fronten ab (Rückbau der Landebahn - Kein Terminal 3). In München wird ein langer Atem nötig sein, denn der Kampf gegen die 3. Startbahn dürfte sich noch Jahre hinziehen. Aber gewonnen werden können die Kämpfe nur gemeinsam, mit einer breiteren Basis und radikaleren Analysen und Aktionen!



Ticker: Agrogentechnik und ihre Seilschaften

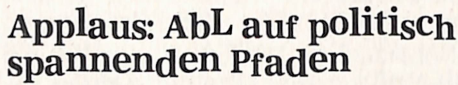
Neues vom Acker (machen)!

jb **Kampagne „Monsanto auf Deutsch"**
c/o Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen, 06401/903283
saasen@projektwerkstatt.de, www.biotech-seilschaften.de.vu

Die Aussaatphase 2014 ist durch – und kein Feld mit GVO wurde in Deutschland angemeldet. Das zweite Jahr in Folge ohne gentechnisch veränderte Pflanzen läuft. Da auch der Pferdeversuch in Mecklenburg-Vorpommern beendet wurde, gibt es wohl nichts - außer den unbekannten Sequenzen in Pflanzen von den Auskreuzungen und dem Durchwuchs aus vergangenen Versuchen (siehe „grünes blatt" 1/2014). Dass es zur Zeit keine Felder gibt, verschafft etwas Luft für andere, genauso wichtige Themen. Und für den Protest gegen die konkreten Orte, von denen aus die Agrogentechnik vorangetrieben wird. Ob das Patentamt (wo „Kein Patent auf Leben" bereits unterwegs ist), die Jahreshauptversammlungen oder Niederlassungen der Konzerne, Institute an Universitäten und vieles mehr – überall lauert das noch. Sie alle wollen ein Comeback der Agrogentechnik und es wäre schlau, die Hintergrundinfrastruktur weiter zurückzudrängen. Sonst bleiben die immer in den Startlöchern. Denn dass es zur Zeit keine Felder mehr gibt in Deutschland, wäre nur von begrenztem Nutzen, wenn die Infrastruktur erhalten geblieben wäre. Zum Glück hat der Widerstand aber AgroBioTechnikum, BioTechFarm, das Biosicherheitsprogramm und einiges mehr selbst geschliffen, d.h. es ist mehr passiert als nur Felder zu verhindern.

1.200 wissenschaftlich fundierte Studien zeigen negative Auswirkungen von GVO

Der glühende GVO-Befürworter David Tribe hat eine vielzitierte Liste (http://gmopundit.blogspot.co.uk/p/450-published-safety-assessments.html) von mehr als 600 Studien publiziert, die seiner Meinung nach „die allgemeine Sicherheit und gesundheitliche Unbedenklichkeit" von gentechnisch veränderten Nahrungsmitteln unter Beweis stellen. GMO Free USA hat daraufhin eine Aufstellung (http://gmofreeusa.org/gmos-are-top/gmo-science/) mit mehr als 1.200 Studien veröffentlicht, in der negative oder potenziell negative Auswirkungen von GVO und den entsprechenden Pestiziden aufgeführt sind.



Applaus: AbL auf politisch spannenden Pfaden

Gentechnikfrei ist nicht genug (oder sind wir zufrieden, wenn Regenwälder in Zukunft für gv-freies Soja umgenietet werden?). „Bio" auch nicht, wenn ungespritzte Äcker ausgeräumte Landschaften schaffen oder die zertifizierten Kartoffeln aus Ägypten kommen. Öko- und soziale bzw. Machtfragen gehören zusammen. Die neue Ausgabe der „Unabhängigen Bauernstimme" macht da Mut. Aus der Ecke bäuerlicher Landwirtschaft wird der Anspruch formuliert, ökologisch anzubauen. Und die Idee solidarischer Landwirtschaft, also der Verzicht auf Marktwirtschaft und Konkurrenzkämpfe, findet immer mehr Platz. Das ist die richtige Richtung. Denn Gentechnikfreiheit ist wichtig, aber viel zu wenig!



Passendes Buch: „Höfe der Zukunft"

Trauger Groh und Steven McFadden nehmen die Leser_innen mit auf den Weg durch Geschichte, Ideen, Möglichkeiten und praktische Umsetzung solidarischer Landwirtschaft. Ihre Kritik richtet sich gegen den technokratischen Ansatz einer profitorientierten Agrarwissenschaft, die aus Boden, Tier und Pflanzen nur noch rauszuholen versucht, was geht und profitabel ist. Sie stellen dem ein Bild einer organischen, vernetzten Landwirtschaft entgegen und werben dafür, praktisch zu werden. Dazu enthält das Buch etliche Tipps, die auch soziale Fragen (z.B. die Einbindung einkommensschwacher Menschen) einschließt (2013, Verlag Lebendige Erde in Darmstadt, 24 €).

Wer hat Kontakte nach Rumänien oder sucht Kooperation?

Es liegt eine Anfrage von jemand vor, die aus Rumänien kommt und dort noch viele Kontakte hat. Fracking, Gentechnik und mehr sind da heiße Themen. Gibt es Kontakte oder mögliche Unterstützer_innen? Kennt jemand wen oder hat Lust, da was zu machen? Dann bitte melden (Adresse siehe Einleitung).

Neues Buch „Gentechnik und Macht"

Nummer 5 und 6 der kleinen Bücher aus der Projektwerkstatt zu Theoriethemen sind erschienen – und eines heißt „Gentechnik und Macht". Es ist ein kleines Büchlein mit Texten und Zitaten zum Zusammenhang von Herrschaft und gentechnischer Manipulation an Nutztieren und -pflanzen. Im Mittelpunkt steht die Kritik an Saatgutkontrolle, Patenten und Ingenieursmethoden im Sozialen. Ebenso beleuchtet werden die spendenorientierten Strategien von Umweltverbänden, Grünen und anderen, die auf Herrschaftsanalyse verzichten und deshalb in gefährliche Argumentationen abrutschen. Das Büchlein hat 64 Seiten und kostet 3 Euro.

Unter den ersten vier der Buchreihe waren zudem schon zwei zu Themen, die eng mit dem Thema Agrogentechnik verbunden sind und auch jeweils 3 Euro kosten, nämlich

- Den Kopf entlasten. Sog. Verschwörungstheorien: Woher kommen sie? Was bewirken sie? Und was ist von ihnen zu halten? 11.9., Bilderberger, BRD GmbH, das böse Finanzkapital, Chemtrails, Zinsen: Das



Alan Weisman
Countdown – Hat die Erde eine Zukunft?
(2013, Piper in München, 576 S., 24,99 €)
Ein dicker Wälzer voller Reiseberichte in verschiedene Regionen der Welt. Der Autor berichtet über seine Begegnungen mit Menschen und interessiert sich dabei vor allem für die Frage, wie es um die Frage der Geburtenkontrolle steht. Dabei fördert er einiges zu Tage, was in den Mainstreammedien meist verschwiegen wird. Sowohl in fundamentalistisch religiösen Kreisen wie auch unter den Ärmsten der Welt gibt es viele Ansätze, das Dogma des Kinderreichtums als Segen zu brechen. Weisman legt darauf seine Hoffnung, die Welt zu retten. Denn er ist überzeugt, dass die Zahl der Menschen das eigentliche Problem ist. Nur in kleinen Nebensätzen dringt als Thema die Art, wie Menschen leben und wirtschaften, ins Buch. Das ist eine verheerende Lücke, die der gesamten Abhandlung die Qualität nimmt. Denn unabhängig von der Frage, ob sich mit weniger Menschen entspannter leben ließe, können Produktionsverhältnisse und industrielle Umweltzerstörung nicht einfach beiseite gelassen werden. Noch erschreckender sind einige Passagen, die rassistisch anmuten. Schreibt hier der Mann aus den reichen Ländern darüber, dass Andere sich nicht mehr vermehren sollen?

Handreichungen zu Ställen und Mastanlagen
Das Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft gibt seit vielen Jahren Schriften heraus, die präzise und anwendbare Informationen für die Praxis im Landbau geben – angefangen vom Pflanzenbau und Tierhaltung bis zu Gebäuden oder Energiegewinnung am Hof. Zur thematischen Breite kommt eine Differenzierung, die zu mehreren Titeln in jedem Thema führt. Das gilt auch für die Errichtung von „Tierhaltungsanlagen", wie sie in mehreren Büchern genannt werden. Die KTBL-Schrift Nr. 487 mit dem Titel „Planerische Standortsteuerung von Tierhaltungsanlagen" (2011, 46 S., 21 €) zeigt Steuerungsinstrumente in der Hand von Gemeinden und Bauämtern, während Nr. 477 „Umweltverträglichkeitsprüfungen bei Tierhaltungsanlagen" (2009, 175 S., 23 €) für Planer_innen und die Aufsichtsbehörden wichtig sind. Die in ihnen enthaltenen Handreichungen zeigen sehr genau, wie die planerischen Abläufe aussehen. Das gilt auch für die Schrift 494 „Emissionen und Immissionen von Tierhaltungsanlagen" (2012, 214 S., 25 €), in der genau beschrieben wird, welche Anforderungen an Abstände, Geruchsemissionen, Geländeeignung usw. gegeben sind. Der Band Nr. 449 „Emissionen der Tierhaltung" (2006, 326 S., 22 €) weicht davon etwas ab. Er dokumentiert die Beiträge einer Tagung und zeigt somit den umweltpolitischen Hintergrund. Zusammen stellen die Bücher profundes Wissen für alle bereit, die Tierhaltungsanlagen planen, beurteilen oder genehmigen, aber auch für alle, die sich gegen sie wehren.

Herbert Scheibe/
Heike Schneider
Energiewende & E-Mobilität
(2013, VSA in Hamburg, 198 S., 16,80 €)
Ein Buch wie ein (langer) Powerpoint-Vortrag. Tatsächlich stammen die Grafiken aus einer Vortragsreihe an der TU Braunschweig. Beteiligt waren Strukturen aus der IG Metall – und leider fällt das Buch passend aus. Der gesellschaftspolitische Rahmen wird kurz gehalten, dafür dominieren technische und kapitalistische Überlegungen. Die Welt wird als Standortchance betrachtet, die meisten abgedruckten Folien sind reine Nabelschau irgendwelcher Marketingprogramme oder Firmengründungsoffensiven. Thematisch kommt wenig rüber – eins der wenigen Schaubilder zur CO_2-Problematik, die überhaupt zu finden sind, nennt als Quelle McKinsey. Das symbolisiert die Ausrichtung des Buches.

Eckart Grundmann
Faserpflanzen aus ökologischem Anbau
(2007, IBDF Forschungsring e.V. in Darmstadt, 70 S., 20 €)
Nachwachsende Rohstoffe im ökologischen Landbau
(2009, IBDF Forschungsring e.V. in Darmstadt, 74 S., 16 €)
Die Nr. 20 und 21 der IBDF-Schriftenreihe bieten intensive Einblicke in bisherige Einsatzbereiche von Nicht-Lebens-/Futtermitteln in der ökologischen Landwirtschaft, in einem der Bände präzisierend auf Faserpflanzen z.B. für Kleidung oder Isolierungen. Der Band zu den Faserpflanzen dokumentiert eine Tagung am 19. Juni 2007 in Kassel. Hier stellen verschiedene Referent_innen ihr jeweiliges Thema dar. Einige Dokumentationen liegen als Texte vor, dreimal sind nur die gezeigten Folien abgedruckt. Der andere Band bietet eine systematische Darstellung, entstanden aus einem Forschungsprojekt. Faserpflanzen sind auch hier erwähnt, darüber hinaus aber auch Färbepflanzen und, den größten Raum einnehmend, die energetische Nutzung. Viele Zahlen und Statistiken, Hinweise auf Umwelteffekte und finanzielle Fragen machen den Band zu einer Fundgrube für Hintergrund- und praktische Informationen.

Heidrun Jänchen
Willkommen auf Aurora
(2012, Wudrack in Nittendorf, 317 S., 14,95 €)
Kurzgeschichten in Science Fiction – das unterscheidet sich bereits von vielen Romanen, die Zukünfte zu beschreiben versuchen. Doch nicht nur wegen ihrer Kürze lesen sich die 17 Storys leicht und locker. Viele Dialoge und anschauliche Beschreibungen formen bilderreiche Erzählungen. Die meisten davon sind allerdings eher Entwürfe aus heutigen Entwicklungen, die sich in die Zukunft ausbreiten und bedrohliche Ausmaße erreichen. Das teilt das Buch also mit den meisten anderen Romanen: Es sind keine wirklichen Neuentwürfe, sondern – im Guten oder Schlechten – Projektionen aus dem, was schon läuft. Die Autorin bettet dabei rebellische Geister in ihre Welten ein, die für das Gute kämpfen - auch das ist aber eher eine Projektion heutiger Gedankenwelten. Nur zwei Reportagen basieren auf neuen Ideen: Die Verwendung von Gehirnen als Steuerung technischer Geräte und die Züchtung von GedankenleserInnen - beides amüsant verbunden mit unterhaltsamen Verwicklungen, wenn in den technischen Welten das Menscheln beginnt.

Büchlein erklärt die Funktionsweise solcher Mythen, was an ihnen nützlich und was gefährlich ist. Etliche vereinfachte Welterklärungen werden vorgestellt. Gegenbelege sind aufgeführt.

- Macht und Umwelt: Über den Zusammenhang von Herrschaft und Umweltzerstörung. Texte und Thesen zur Verknüpfung von Herrschaft und Umweltzerstörung. Es zeigt sich, dass machtförmige Verhältnisse gleichzeitig die Voraussetzung wie auch das Mittel der rücksichtslosen Aneignung von Rohstoffen, Land und allen anderen Lebensgrundlagen sind.

Datenbank: GVO in Europa

Nur wenige gentechnisch veränderte Pflanzen dürfen in Europa angebaut werden - und das auch nicht in allen Ländern. Ganz anders sieht es bei der Zulassung für den sonstigen Handel oder von Lebensmitteln und Futtermitteln aus. Da gibt es jede Menge zugelassene Sorten, nicht nur landwirtschaftliche Pflanzen, sondern z.B. auch Zierblumen. Eine Propagandaseite pro Agrogentechnik (ursprünglich mal von kritischen Verbraucher_innenverbänden gegründet, aber dann sanft eingekauft) namens „Transgen" bietet ein Abfrageformular, mit dem sich herausfinden lässt, was alles zugelassen ist oder war. Die Datenbank findet sich unter www.transgen.de/ zulassung/gvo/.

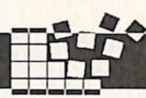
DVD und Vortrag zu Widerstandsstrategien: „Die Mischung macht's!"

Die neue DVD bietet den professionellen Mitschnitt der Veranstaltung „Die Mischung macht's - erfolgreiche Strategien des Widerstandes am Beispiel der Agrogentechnik" (3.4.2014 in Bayreuth, Referent: Jörg Bergstedt). Sie enthält gut 1,5 Stunden spannende Rückblicke auf den Aufstieg und Fall der Agrogentechnik in Deutschland. Seit 2013 gibt es kein Feld mit GVO mehr: Was macht solche Widerstandsstrategien aus? Und was lässt sich daraus für andere Kampagnen und Aktionen lernen - z.B. für den Widerstand gegen Atom oder Kohle, Tierfabriken oder Schlachthöfe, Nazis oder Sozialabbau, Militär oder Repression. Fotos, kurze Filme und ausgewählte Anekdoten machen die Ton-Bilder-Schau zu einer rasanten Erinnerung an vergangene Protestjahre. Am Ende folgen Thesen für eine entschlossenere Protestkultur auch zu anderen Themen.

Die DVD kann auch öffentlich vorgeführt werden. Der Kaufpreis von 7 € beinhaltet die Aufführrechte für alle nicht-kommerziellen Veranstaltungen. ISBN beim SeitenHieb-Verlag 978-3-86747-068-1 (108min). Der Vortrag ist auch live möglich als Ton-Bilder-Schau (siehe www. vortragsangebote.de.vu).

Freispruch: Feldbefreiung

Es stand bei Zeit-Online am 14.5.2014: "Im Berufungsprozess um die Zerstörung von 70 gentechnisch veränderten Rebstöcken auf einem Versuchsfeld im Elsass hat das Berufungsgericht in Colmar alle 54 Angeklagten freigesprochen. Die Genehmigung für dieses Versuchsfeld durch die Pariser Regierung sei "illegal" gewesen, stellte das Gericht am Mittwoch fest. Daher sei die Zerstörung der Rebstöcke im August 2008 kein Delikt gewesen (siehe www.zeit.de/news/2014-05/14/ frankreich-eu-agrar-gentechnik-justiz-umweltschuetzer-nach-zerstoerung-von-gen-rebstoecken-freigesprochen-14164414).



Erfolgreich präsentieren – und zwar nicht (nur) im Internet!

jb **Ausstellungen, Infostände, Zeitungen und Straßentheater sind außer Mode gekommen. Das Internet und seine massenorientierten Informationsangebote dominieren. Dabei gibt es keinen Hinweis darauf, dass sich über diesen Weg Menschen besonders gut ansprechen oder sogar zum Handeln motivieren lassen. Im Gegenteil: Der direkte Kontakt mit Menschen erzeugt deutlich mehr Wirkung. Doch leider ist er auf die Rote Liste aussterbender Politikformen gerutscht zugunsten der digitalen Oberflächlichkeit von Sofa zu Sofa (oder Schreibtisch zu Smartphone oder wie auch immer).**

Eine Variante der direkten Begegnung ist der Vortrag. Klingt langweilig – aber muss es nicht sein. Ob eine Veranstaltung zur verlängerten Schulbank oder zu einem unvergesslichen Ereignis wird, hängt davon ab, wie alles abläuft. Ob dabei oder anschließend diskutiert wird, ob mehr passiert als Wissens-Einbahnstraße, ob viele einschlafen oder selbst müde Zuschauer_innen gefesselt zuhören – all das ist eine Frage der Machart eines Infoabends. Dieser Text basiert auf den Erfahrungen mehrerer Ton-Bilder-Schauen, die zu einem bedeutsamen, wenn nicht dem wichtigsten Teil einiger erfolgreicher politischer Kampagnen wurden. Gemeint sind vor allem „Monsanto auf Deutsch", aber auch „Fiese Tricks von Polizei und Justiz". Beide Formate haben Tausende Menschen gefesselt und sind selbst als abgefilmte Version noch unterhaltsam genug, um als DVD oder auf Youtube richtig gut zu gehen. Da der direkte Draht zu Menschen deutlich höhere Chancen hat, die Angesprochenen zu interessieren und zu motivieren, sei dringend empfohlen, hier mehr Aufmerksamkeit zu investieren als bisher – mindestens so viel wie in die überbordende Fülle von Blogs, Twitter, Facebook & Co.

Praktische Tipps für einen gelungenen Infoabend

Im Folgenden sollen einige praktische Tipps für spannende Vorträge und Präsentationen gegeben werden. Grundsätzlich ist aber darauf hinzuweisen, dass alles, was frontal herüberkommt, wenig emanzipatorisch ist. Input ist aber oft nötig, um Erfahrungen und Informationen weiterzugeben, damit danach auf einem angeglichenen Niveau diskutiert und weiterentwickelt werden kann. Das bedeutet aber, dass der frontale Input nur ein Element unter mehreren sein darf. Vortragsreihen oder Podiumsdiskussion, die allein stehen, gehören zum Arsenal autoritärer Bildung und daher auf den Müllhaufen einer bislang in fast allen Ritzen der Gesellschaft herrschaftsförmig verlaufenden Geschichte der Menschheit. Das Hauptargument für Veranstaltungen ist der Vorteil, dort den Menschen direkt zu begegnen. Das ist ein unschlagbarer Vorteil gegenüber aller digitaler Kommunikationskunst, die immer reduziert ist auf einfache Bilder und meist nur kurze Textdarstellungen.

Werbung: Mehr als nur eine Rundmail

Die Qualität einer Veranstaltung beginnt schon bei der Bewerbung. Das eigene Kommunikationsverhalten sollte dabei bewusst überwunden werden, d.h. wer viel per Email, Twitter oder Facebook agiert, sollte darüber nachdenken, wie draußen im Alltagsgeschehen Menschen geworben werden können (Plakate, Auslagen, Verteilen vor Kaufhäusern, Veranstaltungen und Märkten oder durch kleine Straßentheater, Flyer usw.). Und umgekehrt. Am erfolgreichsten sind die Veranstaltungen, bei denen Menschen oder Gruppen aus verschiedenen Kommunikationskulturen zusammenarbeiten und mit ihren Einladungen, die sich dann in Aufmachung und Verteilung unterscheiden werden, Menschen gewinnen.

Der Abend (oder Tag ...): Mehr als nur ein Vortrag

Ein Referat oder Ähnliches als Teil von mehr muss aber auch in seinem Verlauf nicht alles sein. Jeder Input lässt sich direkt mit weiteren Elementen verbinden. Denkbar sind kleine Diskussionsrunden am Anfang, mittendrin oder am Ende (z.B. aus dem Methodenschatz dominanzabbauender Gruppenmethoden wie Tuschelrunden oder World Cafe, siehe www.hierarchnie.de.vu). Ausstellungen und Infotische rund um das Geschehen bieten Möglichkeiten zur weiteren Information und für Gespräche. Auch hier führt Vielfalt dazu, dass unterschiedliche Menschen Andockpunkte haben - also verschiedene Gruppen bzw. Menschen ansprechen ... Wer schlau ist, bereitet gleich weiterführende, beteiligungsstärkere Veranstaltungen vor und lädt dazu ein (z.B. eine Aktion, ein Aktionstraining oder ein Themenseminar einige Tage oder Wochen nach einem Vortrag).

Der Vortrag: Mehr als nur Reden

Der Mensch nimmt Informationen mit allen Sinnen auf. Von Mensch zu Mensch unterschiedlich ist, was am meisten prägt. Daraus ergibt sich, dass ein Referat möglichst vieles bedienen sollte: Hören in unterschiedlichen Varianten (gesprochen, als O-Ton aus dem Lautsprecher, mit oder ohne Untermalung usw.). Dazu Hingucker auf der Leinwand oder herumgezeigt - aber bitte nicht (nur) das, was die Anwesenden ohnehin zu hören bekommen. Die schrecklichsten Versionen der in Mode gekommenen PowerPoint-Präsentationen (oder wahlweise OpenOffice) sind die, bei denen die Redner_innen nicht mehr ihre Spickzettel in der Hand halten, sondern auf Folie bringen. Sie wenden sich dann der Leinwand zu, zeigen dem Publikum den Rücken und lesen, was alle sehen. Gähn ...

Präsentationsprogramme können viel mehr. Die Leinwand sollte Zusatznutzen bieten, z.B. Fotos, Grafiken, Originaldokumente als Quellennachweise. Zudem können kleine Filme oder Animationen eingespielt werden - aber auch hier nur, wenn es zusätzlich etwas bringt. Ein Vortrag ist ein Kunstwerk. Leinwand und Lautsprecher bedienen weitere Sinne. Das kann auch durch theatralische Einlagen erfolgen. Weitere Akteur_innen können einzelne Parts übernehmen oder die_der Referent_in gibt Sachen zum Anfassen und Anschauen herum. Eine gute Mischung, die nicht zu viele Reize setzt, bringt das beste Ergebnis.



Die Diskussion: Mehr als nur Fragen und Antworten

Folgt auf den Input eine Debatte, so macht es immer Sinn, die große Runde möglichst schnell aufzuteilen. Zwar trifft das heute selten auf mehrheitliche Zustimmung, aber dann wächst nur zusammen, was zusammengehört. Nämlich: Die Dominanten wollen, dass alle ihnen zuhören - und viele der Anderen fühlen sich wohl in der passiven Rolle, bei der sie sich lenken und orientieren lassen. Beides zu durchbrechen, ist die Kunst gleichberechtigter Kommunikation. Wechsel von Klein- und Großgruppen, bei Streitfragen die Fishbowl und andere Methoden (siehe auch hier www.hierarchnie.de.vu) können in Debatten nach Vorträgen oder weiteren, nicht-frontalen Veranstaltungen zu einer breiten Beteiligung aktivieren. Merke: Es reden fast immer gleich viele, veränderlich ist nur die Zahl der Zuhörenden.

Beispiele

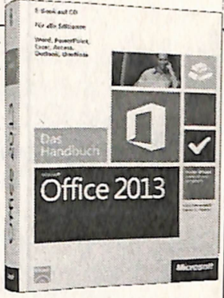
Der Autor dieses Textes ist „Schöpfer" mehrerer Ton-Bilder-Schauen: „Monsanto auf Deutsch", „Fiese Tricks von Polizei und Justiz", „RWE - der Kampf um Kohle und Posten" und „Die Mischung macht's!" zu den Strategien erfolgreichen Widerstands. Wer Interesse daran hat, kann sowohl eine Veranstaltung organisieren als auch die Präsentationsdateien erhalten, um den Vortrag selbst zu halten, weiterzuentwickeln usw. Mehr Infos auf www.vortragsangebote.de.vu.

Präsentationen – aber wie?

Es lohnt sich, Ideen und Wissen über Präsentationstechniken zu sammeln. Die auf dem Markt befindlichen Programme wie das von Microsoft stammende, folglich also weder kostenfreie noch mit offenem Quellcode gelieferte PowerPoint, die OpenSource-Software Open- oder LibreOffice sowie zahlreiche weitere Programme bieten inzwischen unzählige Darstellungsmöglichkeiten. Die alle blind anzuwenden, überlädt eine Präsentation schnell. Wenn die Effekte vom Inhalt ablenken, ist nichts gewonnen. Häufiger aber ist das Umgekehrte: Die_der Redner_in liest ab, was auf der Leinwand auch zu sehen ist. Das ist schlimmer als ohne Präsentation, denn nun dreht sich die Person vorne auch noch vom Publikum weg – eine neue Qualität von Frontalunterricht. Die Stärken von Präsentationen liegen ganz woanders und sollten, wenn auch durchdacht, auch genutzt werden:

- Belege und Hintergrundinformationen: Statt das zu zeigen, was auch gerade geredet wird, können Grafiken und Texte angezeigt werden, die das Gesagte ergänzen. Sie dürfen allerdings nicht selbst gelesen werden müssen, während geredet wird. Die Einblendung ist eher wie das Bild im Film. Der Ton kommt von der_m Redner_in, die selbst aber als optischer Fokus verschwindet.
- Die Effekte auf der Leinwand können mit Darstellungen im Raum verbunden werden. Nicht alles muss aus dem Beamer stammen. Passende Belege für die dargestellten Thesen, Beispiele usw. können auch mal direkt zu sehen sein, z.B. ein Poster oder ein Gegenstand in der Hand des_r Redner_in. Und dann ruhig mal damit durch die Reihen gehen ...

Wer mehr Interesse an solchen Ideen hat, kann in das Buch „PowerPoint 2013. Einfach besser präsentieren" schauen (Autor: Hermann Plasa, Microsoft Press in Unterschleißheim/O'Reilly in Köln, 274 S., 19,90 €). Das enthält mehr als der Titel verspricht, nämlich eine komplette Abhandlung für gelungene Infoveranstaltungen – von der Präsentation bis zur Beamertechnik oder sogar Sitzordnung im Raum wird alles angesprochen. Fast alles lässt sich auch auf verwandte Software übertragen, so dass das Buch allgemein gut verwendet werden kann. Wer es zum Programm „PowerPoint" genauer wissen will, kann aus dem gleichen Verlag auf „PowerPoint 2013" aus der Reihe „Auf einen Blick" (Autorin: Eva Kolberg, 256 S., aber nur 9,90 €) oder auf „Das Handbuch Office 2013" (1277 S., 39,90 €) zurückgreifen. Die beiden Werke unterscheiden sich in Umfang und Aufmachung. Das erste wirbt mit „Leicht verständlich" auf dem Titel. Mit farbigen Bildern und an vielen Beispielen werden die Möglichkeiten des Programms erläutert. So ist das Buch auch für Einsteiger_innen gut geeignet. Das zweite hingegen ist ein echtes Grundlagenwerk. Der Verlag hat etliche dicke Bücher der gleichen Machart herausgegeben zu Programmen und Betriebssystemen von Microsoft. Die Ausführungen zu PowerPoint stellen ein Kapitel dar, daneben werden andere Office-Programme beschrieben sowie programmübergreifende Funktionen, von denen vor allem die Bildbearbeitung auch für Präsentationen von Nutzen sein dürfte. Wer noch mehr aus Grafiken herausholen will, braucht dann spezielle Programme – ob Gimp für Linux, Photoshop (für Fotos) oder Visio (vor allem für Diagramme und Schemazeichnungen, wieder kombinierbar mit dem passenden Werk „Das Handbuch: Visio 2013" aus dem MicrosoftPress/O'Reilly-Verlag, 850 S., 49,90 €), ist Geschmacks- oder Überzeugungssache.



Bedauerlich ist die geringe Kompatibilität zwischen den Präsentationsprogrammen, z.B. zwischen Microsoft PowerPoint, den Mac-Varianten und den OpenSource-Programmen. Hier sind oftmals vorherige Kontrolle und Überarbeitung nötig, da Spezialeffekte, eingebettete Audio- oder Videodateien vielfach versagen. Das ging manchmal sogar für verschiedene Versionen des gleichen Programmes.

Bücher zu Medien

Andreas Schulte Hemming
Erfolgreich ins Netz
(2011, Stiftung Mitarbeit in Bonn, 122 S., 10 €)
Der Reader im A4-Format besticht durch seine klare Gliederung und den systematischen Aufbau mit Texten, Checklisten und Beispielen. Die Sache beginnt mit der Konzeption der Seite. Die innere Struktur wird dann umgesetzt - wobei es im Reader nicht um Anleitungen zur Erstellung von Webseiten geht. Im Vordergrund stehen vielmehr Fragen wie Strukturierung, Suchmaschinen, Domainname, Anforderungen an den Provider, rechtliche Fragen usw.

Bernd Hüttner u.a.
Handbuch Alternativ-Medien 2011/2012
(2011, AG SPAK Bücher in Neu-Ulm, 279 S., 22 €)
Ungefähr die Hälfte des Buches ist angefüllt mit Adressen von alternativen Medien, aber auch von Archiven und Verlagen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Schon das bietet eine Fundgrube. Die andere, erste Hälfte ist mit Fachaufsätzen gefüllt. Etliche AutorInnen werfen dort konkrete Blicke auf die Arbeitsweisen alternativer Medien, erläutern konkrete Beispiele, fragen nach den Veränderungen im Internetzeitalter und zu den ökonomischen Grundlagen des Medienmachens. Das Buch verschafft somit einen guten Überblick über die Lage der Dinge – zumindest soweit es die „offiziell" erreichbaren Medien betrifft. Der fast völlig zusammengebrochene Bereich selbstorganisierter Gegenmedien im lokalen und regionalen Raum findet sich im Buch nicht – es gibt ihn auch kaum noch (was aber eher ein Grund wäre, ihm Aufmerksamkeit zu schenken).

Franziska Dähn u.a.
Grenzenlose Medien - Gegen-Öffentlichkeit
(2012, VSA in Hamburg, 198 S., 16,80 €)
Eine spannende Sammlung von Beiträgen zu aktuellen Themen aus der kritischen Medienlandschaft. Sie stammen von der 8. Medienakademie und sind - von einigen Ausnahmen selbstbejubelnder Texte - eine kritische Reflexion z.B. der Dominanz internetgestützter Nachrichtenfluten oder konkrete Berichte zu Überwachungen, Persönlichkeiten oder Debatten. Insofern ist das Buch ein Lesebuch - leicht aufgebläht durch das eingesetzte, dicke Papier und den dadurch legitimierten, etwas überhöhten Preis.

Markus Beckedahl/Falk Lüke
Die digitale Gesellschaft
(2012, dtv in München, 219 S., 14,90 €)
Ein seltsames Buch: Es soll Vor- und Nachteile der zunehmenden digitalen Vernetzung aufzeigen. Doch von den Nachteilen ist wenig zu lesen im Buch. Als Problem werden Lücken in der Digitalisierung beschrieben – zu beheben seien sie dadurch, dass noch mehr Menschen an die Tastaturen oder Touchscreens gebracht werden. Kein Wort zur Veränderung von Kommunikationsformen, zum Verlust von Kreativität und selbstorganisierter Lebenskultur und kein einziger Absatz zu den längst vorliegenden Erkenntnisse über Veränderungen am menschlichen Körper, allem voran der Gehirnstruktur. Mensch muss das nicht bedrückend empfinden, aber es einfach wegzulassen, ist kein seriöser Umgang. Die beiden Autoren zeigen sich hier als klassische AnhängerInnen der absurden Theorie, Freiheit entstehe aus Platinen – sie dürften in der diese Programmatik verfolgenden Piratenpartei gern gesehen sein.

Wikimedia Deutschland e.V.
Alles über Wikipedia
(2011, Hoffmann und Campe in Hamburg, 350 S., 16,99 €)
Wenn Leute, die Wikipedia machen und fördern, über ihr eigenes „Kind" schreiben, stellt sich die Frage der nötigen Distanz zum Objekt der Betrachtung – zumal wenn es um ein Projekt geht, das auf dem Irrtum einer feststellbaren Wahrheit (bei Wikipedia „NPOV" genannt) beruht. Leider erfüllt das Buch die Erwartungen. Es bietet zwar durchaus nützliche Informationen zum Werdegang von den ersten Ideen und Versuchen bis zur großen Online-Enzyklopädie. Doch eine kritische Analyse fehlt in dem Buch weitgehend. Der Orientierung am Mainstream werden drei Seiten gewidmet. Danach wird die Sehnsucht, von den Fachleliten anerkannt und benutzt zu werden, unhinterfragt als Ziel postuliert. Das Buch ist so zum ersten ein Manifest pro diskursives Herrschen und zum anderen eine Art Konzern-Selbstdarstellung.

Biosprit: Verantwortlich für Umweltzerstörung und Hunger – und das Aus der Lebenshöfe?

Biotreibstoffe sind in der Diskussion. Zunehmend treten die Nachteile dieser vermeintlich ökologischen Antriebsmöglichkeit unserer Autos ins Bewusstsein. Umweltschutz- und Menschenrechtsorganisationen weisen darauf hin, dass der Anbau von Pflanzen für Biosprit Umweltschäden und Hunger verursacht. Wie immer, wenn es um den Profit geht, sind die schädlichen Auswirkungen zuerst und stärker in den arm gemachten Ländern des Südens zu finden. Die Erzeugung von Biotreibstoffen wirkt sich aber auch auf uns im industrialisierten Nordeuropa aus. Die Folgen für die Tiere allerdings werden in der öffentlichen Diskussion oft übersehen.

Eine unmittelbare Folge des zunehmenden Anbaus von Pflanzen für Biotreibstoffe ist der Verlust von Anbaufläche für Getreide und Heu in Deutschland, also der Nahrungsmittel der meisten Tiere auf den von Free Animal unterstützen Lebenshöfen. Durch das Umbrechen von Anbauflächen für die Biospriterzeugung ist logischerweise weniger Getreide und Heu verfügbar und deren Preise steigen enorm. Wer eine größere Zahl von Kühen und Pferden zu ernähren hat, steht also vor dem Problem, woher Getreide und Heu noch zu bekommen sind und wie diese bezahlt werden sollen. Die Frage, wie die Situation in einigen Jahren sein wird, raubt oftmals im wahrsten Sinne des Wortes den Schlaf.

Die für Biosprit angebauten Pflanzen sind vor allem Mais, Weizen, Zuckerrübe, Zuckerrohr für Ethanol sowie Raps, Soja, Ölpalmen für Agrardiesel. Weltweite Folgen dieses Anbaus sind die Vernichtung von Regenwäldern und Savannengebieten, Umweltschäden durch Treibhausgase, Gentechnik, Dünger und Pestizide, Monokulturen, die Förderung von Agrokultur, Tod von Menschen und Tieren, Landraub und dadurch Hunger und Vertreibung von Menschen.

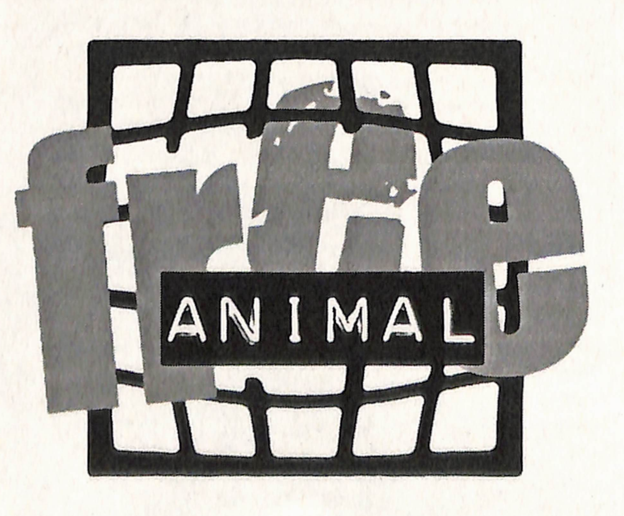
Auch hierzulande sind die Folgen dieses Anbaus dramatisch. Die Fruchtbarkeit des Bodens wird zerstört, veränderte Landnutzung führt zu hohem CO2-Ausstoß, viele Wildpflanzen und Tiere verlieren ihre Lebensgrundlage, und durch die Gärprozesse in den Biogasanlagen entstehen Keime und Bakterien, deren krankmachendes Potential noch gar nicht abzuschätzen ist.

In Deutschland beträgt die gesamte Agrarfläche 12 Millionen Hektar. Bereits über 20 Prozent davon 2,5 Millionen Hektar dienen dem Anbau von sogenannten Energiepflanzen. Allein die Anbaufläche für Energiemais stieg innerhalb von sechs Jahren von 70.000 Hektar auf über 600.000 Hektar im Jahr 2010 an. Ein Drittel der deutschen Maisernte landet inzwischen in Biogasanlagen. Außerdem werden für die Biodiesel-Produktion große Mengen von Palm- und Sojaöl aus Südostasien und Südamerika importiert, die dort Flächen besetzen, auf denen Nahrungsmittel angebaut werden sollten. Die EU importiert rund 40 Prozent der Agrartreibstoffe. Hinzu kommt, dass wegen der Verdrängung durch Biotreibstoffe weniger Nahrungspflanzen in Europa selbst angebaut werden. Deutschland importiert das erste Mal seit 25 Jahren wieder Weizen. Die Anbauflächen dafür fehlen dann wiederum im Ausland für die Ernährung der dortigen Bevölkerung.

Der Anbau von Biospritpflanzen wird subventioniert und ist ohnehin ein lohnendes Geschäft. Mais beispielsweise lässt sich relativ einfach anbauen und bringt mehr ein als die Erzeugung von Heu. Es wird von der „Vermaisung" der Landschaft gesprochen. „Maiswüsten" laugen den Boden aus und zerstören ihn letztlich, Flächen zur Heu- und Strohgewinnung fehlen. Zudem werden beim Umbrechen die Feldränder mit umgepflügt. Das zerstört die dort wachsenden Wildblumen, die jedoch u. a. Bienen dringend benötigen. Neben dem Pestizidgebrauch trägt diese Art der Monokultur erheblich zu dem seit einigen Jahren beobachteten Aussterben der Bienen bei. Experten der europäischen Gesellschaft für Bienenforschung (EURopean Society for BEE Research, EURBEE) zufolge würde der Verlust der Bienen die Welt fundamental verändern, denn etwa zwei Drittel der Nahrungsmittel hängen von ihrer Arbeit ab.

Getreidefelder werden, wenn das Getreide nicht für Nahrungszwecke angebaut wird, nicht mehr in Trockenperioden bewässert. Auf die Ährenbildung kann verzichtet werden, denn für die Biotreibstoffherstellung wird ja lediglich das Stroh benötigt. Durch den Wassermangel vertrocknen die Böden, die Krume verweht und der Boden wird unfruchtbar. Zudem werden durch die fehlende Bewässerung immer mehr Ackerrandpflanzen aussterben, und dadurch auch viele Tierarten wie kleine Kröten, Lurche, Blindschleichen usw.

Beworben wird Biosprit damit, dass er den CO2-Ausstoß verringern würde. Das Umbrechen von Grünland setzt allerdings so viel Treibgas durch die eingesetzten Maschinen frei, dass es von einer Biogasanlage über Jahrzehnte nicht aufgefangen werden



kann. Wenn Wald oder andere natürliche Gebiete in Agrarland umgewandelt werden, können diese Flächen kein CO2 mehr absorbieren. Ein Bericht des niederländischen Umweltinstituts CE Delft zeigt, dass der laut EU-Biotreibstoffstrategie erwarteten CO2-Reduzierung um 70 Millionen Tonnen aufgrund der veränderten Landnutzung CO2-Freisetzungen von 270 Millionen Tonnen gegenüberstehen. Hinzu kommen indirekte Landnutzungsänderungen dadurch, dass die Lebensmittelerzeugung auf andere Standorte verlagert wird. Das Institut für Europäische Umweltpolitik (IEEP) hat errechnet, dass bis zum Jahr 2020 durch die Aktionspläne für Agrotreibstoffe der EU-Mitgliedsstaaten zusätzliche Treibhausgasemissionen in Höhe von 27 bis 56 Millionen Tonnen Kohlendioxid zu erwarten sind.

Weitere Gefahren verursachen die in Biogasanlagen verarbeiteten Stoffe selbst. Für Biogasanlagen bestehen immer noch keine einheitlichen Sicherheitsanforderungen, die ein Autreten des Gärsubstrats verhindern würden. Zu einem solchen Austritt kam es beispielsweise im April 2012 in einer Biogasanlage in Schultenwede im niedersächsischen Heidekreis. Das Substrat tötete im angrenzenden Lünzener Bruchbach auf 10 Kilometer entlang des Flusslaufes alle Fische.

Gärreste werden zur Düngung auf Felder ausgebracht. Auch dies birgt – teils noch nicht abzusehende – Gefahren. Zum einen gelangt durch die Gärreste wieder verstärkt Nitrat ins Grundwasser. Außerdem enthält die Restgärmasse Keime und Bakterien, die das gedüngte Gemüse verseuchen. Wenn befallene Pflanzen in der Biogasanlage verarbeitet werden, gelangen die Erreger und Pilze mit der Düngung wieder auf die neu angebauten Pflanzen. Die Folgen sind ebenso wenig erforscht wie die Gefährdung von Menschen und Tieren durch Krankheitserreger in Gärresten.

Für Lebenshöfe sind die Folgen des Biospritbooms jetzt schon direkter und dramatisch. Heu und Stroh, Grundnahrungsmittel von Pferden, Kühen, Ziegen, sowie Getreidefutter sind schwer zu bekommen. Die Preise werden weiter steigen. Die Lebenshöfe können keine Tiere mehr aufnehmen, da das verfügbare Geld schon jetzt kaum für den Futterkauf für die vorhandenen Tiere reicht. Dabei ist angesichts der höheren Futterkosten wohl davon auszugehen, dass sich verstärkt ReiterInnen ihr „Hobby" nicht mehr leisten können oder wollen und daher mehr Pferde auf Lebenshöfen einen Platz finden müssten, um wenigstens einige vor dem Schlachthof zu retten.

Ein Teil der Kostensteigerungen könnte über ein höheres Spendenaufkommen gedeckt werden. Doch ob das reicht, ist mehr als fraglich. Wir wagen kaum, uns die Frage zu stellen, was sein wird, wenn die Preisentwicklung sich fortsetzt wie bisher, zumal kaum jemand außer den unmittelbar mit Lebenshöfen befassten Menschen von diesem Problem Notiz nimmt. Wovon sollen die Tiere dann ernährt werden?

Die Konsequenzen aus den Problemen mit Biotreibstoffen liegen auf der Hand. Ihre Erzeugung muss, wie von Ökoverbänden gefordert, sofort gestoppt werden, Land in Anbauflächen für Nahrungsmittel für Mensch und Tier zurückverwandelt werden. Außerdem ist eine wirklich ökologische Energiewende jenseits des Profitstrebens nötig.

Jede und jeder von uns kann auch den eigenen Energieverbrauch ändern. Es liegt auf der Hand, dass es ökologisch sinnvoller ist, statt mit dem Auto mit dem Fahrrad und öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren. Elektroautos sind keine Alternative, weil die Batterien durch die Explosionsgefahr hochgefährlich sind und auch deren Recycling noch lange nicht ausgereift ist. Zudem wäre der Stromverbrauch nur mit konsequenter Nutzung von Ökostrom nicht klimaschädigend.

Um Bienen eine Zukunft zu ermöglichen, kann man wo immer möglich heimische Blumenwiesen aussäen, im Garten, auf dem Balkon, auf Gemeinschaftsflächen.

Selbstverständlich sollte es sein, aus Tierrechtsgründen vegan zu leben. Darüber hinaus darf aber nicht vergessen werden, dass der Fleischkonsum mit seinem „Vieh"futterbedarf immer noch der größte Nahrungsmittelräuber ist. Denn mit den weltweit erzeugten pflanzlichen Nahrungsmitteln ließen sich alle Menschen ernähren. Insofern ist ein verstärktes Werben für eine vegane Lebensweise bei Verwandten, FreundInnen, KollegInnen usw. immer eine gute Idee.

Dieses Thema wird uns, auch als BetreiberInnen und UnterstützerInnen von Lebenshöfen, leider so schnell nicht loslassen.

Autorinnen: Anke Guido 2. Vorsitzende Free Animal e. V.

Dr. Christiane Suschka Lebenshof Pferdeglück e. V.

FREE ANIMAL e. V. wurde 1996 gegründet, um die wirtschaftliche Existenz von Lebenshöfen zu sichern, auf denen Tiere ihr Leben frei von Nutzung und Ausbeutung bis an ihr natürliches Ende verbringen können.

Der Verein unterstützt Lebenshöfe und ähnliche Projekt finanziell und durch Öffentlichkeitsarbeit. Ein weiteres Anliegen ist die Verbreitung des Tierrechts-/Tierbefreiungsgedankens, der die Grundlage für die Idee der Lebenshöfe bildet.

Wichtigste Informationswege sind die Vereinszeitung „La Vita", die zurzeit zweimal jährlich erscheint, die Website und Facebook-Seite des Vereins sowie Infostände auf Veranstaltungen wie veganen Straßenfesten.

Weitere Informationen über FREE ANIMAL unter:

Website: www.free-animal.de

Facebook: www.facebook.com/AJ1.VorsFreeAnimal

E-Mail: freeanimal@gmx.de

Vegan-Hype: Ursachen und Vereinnahmung aus kämpferischer Perspektive

Der folgende Text wurde von der Gruppe antispeziesistische Aktion Tübingen geschrieben und unter asatue.blogsport.de erstveröffentlicht. Dort findet ihr auch sämtliche Quellen.

asatue/ Was heute alltäglich ist, hätte noch vor fünf Jahren kaum jemand aus der Tierrechtsszene für möglich gehalten: Geschäfte werben damit, dass sie vegane Artikel führen, große, bürgerliche Zeitungen wie die „Süddeutsche Zeitung“ oder „Die Zeit“ behandeln den Veganismus in ganzseitigen Artikeln, im Privatfernsehen wird über Veganismus gesprochen und sogar große Fleischkonzerne wie Vion, der zweitgrößte Fleischkonzern Europas, bringen vegane Marken heraus (bei Vion heißt diese „Vegetaria“). Sind wir dabei zu gewinnen? Nein und ja...

Der Hype und Zahlen

Es herrscht ein Vegan-Hype, das ist nicht zu leugnen. Und an seinem Aufkommen sind „wir“ Tierbefreierinnen maßgeblich beteiligt. Seit Jahrzehnten stehen sich Generationen von Tierrechtlerinnen und Tierbefreierinnen auf den Straßen dieser Welt die Beine in den Bauch, um Veganismus-Flyer zu verteilen, streiten sich mit Laden- und Restaurantbesitzerinnen, um etwas ohne Milch, Ei und Fleisch zu bekommen und sorgen mit nächtlich sabotierten Metzgereien ab und zu für Schlagzeilen. Den Vegetarismus und den Veganismus in der Welt bekannt zu machen, hat „uns“ Jahrzehnte der Mühe, Arbeit, des Aktivismus, der gemeinsamen Kämpfe, der Kreativität und so weiter gekostet. Das war nicht umsonst, denn ohne „uns“ gäbe es diesen Vegan-Hype heute sicher nicht. Da können wir uns getrost gegenseitig auf die Schultern klopfen und feiern!

Dennoch sollten wir uns auch von diesem ersten großen Erfolg nicht blenden lassen. Schließlich bedeutet Vegan-Hype keineswegs, dass dadurch weniger Tiere gefangen gehalten, gequält und ermordet werden. Obwohl sich die Zahl der Vegetarierinnen in Deutschland laut einer Studie der Universität Göttingen und Hohenheim seit 2006 verdoppelt hat (laut diesen Zahlen auf 3,6 Prozent der Gesamtbevölkerung, andere Zahlen geben schön länger weit höhere Prozentsätze an) und dem Meinungsforschungsinstitut forsa nach rund 52 Prozent der Bundesbürgerinnen angeben, weniger Fleisch essen zu wollen, kann der Bundesverband der Deutschen Fleischwarenindustrie gelassen berichten, dass der Pro-Kopf-Jahresfleischverbrauch in Deutschland von 2001-2012 stabil war und erst 2013 um 2,1 Kilo auf 59,2 Kilo sank. Dies bestätigt die Prognose des marxistischen Antispeziesisten Marco Maurizi, der schon 2009 in einem Aufsatz im Buch Das steinerne Herz der Unendlichkeit erweichen erklärte, dass der Veganismus nicht die Ausbeutung der Tiere* beenden kann. Die individuelle Konsumhaltung ist im Kapitalismus nicht direkt mit der Produktion verknüpft, da dort nicht zur Befriedigung von Bedürfnissen, sondern für Profite produziert wird. So kann beispielsweise eine starke vegane Bewegung dazu führen, dass das Fleisch billiger wird und die fleischkonsumierende Bevölkerung umso mehr Fleisch isst. Genau das könnte auch die momentane Situation erklären, ist aber nur eine der vielen komplexen Wechselwirkungen der Ökonomie. Hinzu kommt, dass die Fleischindustrie durch die EU und die Bundesländer auch noch millionenschwer subventioniert wird; die PHW-Gruppe („Wiesenhof“) erhielt beispielsweise alleine vom Land Niedersachsen im Jahr 2007 4,2 Millionen Euro.

Reaktionen der Fleischindustrie

Doch die Fleischindustrie reagiert schon früh auf den Trend des reduzierten Fleischkonsums. Einerseits wird verstärkt auf den Export gesetzt, so erhöhte sich der Anteil des jährlich exportierten Fleisches von 2001 bis 2010 um 250 Prozent auf 3,7 Millionen Tonnen. Zwar scheinen Fleischexporte im Wert von 8,17 Milliarden Euro bei einem insgesamten Exportvolumen von 951 Milliarden Euro nur wenig Bedeutung zu haben, jedoch ist das im Autoland und Exportvizeweltmeister Deutschland bereits schon sehr viel (Zahlen für 2010). So werden in Deutschland die dritt-meisten Schweine weltweit geschlachtet: 59 Millionen Tiere im Jahr, während es bei den beiden Spitzenreitern China 661 Millionen und in den USA 110 Millionen sind. Diese Masse an Produktion erreicht Deutschland, wie andere Produktionsstandorte, auch durch intensive Massentierhaltung, extremes Lohndumping und Ausbeutung oft migrantischer Arbeiterinnen, Billigfuttermittelimporte usw. Die Ausbeutung osteuropäischer Arbeitskräfte zu einem Stundenlohn von 3-5 Euro erfolgt unter schlimmsten Bedingungen und strengen Vorkehrungen, um zu verhindern, dass die Betroffenen ihre Bedürfnisse erkämpfen können (Kasernierung, Redeverbote). Diese Umstände haben sogar den niedersächsischen Wirtschaftsminister Olaf Lies dazu bewegt, die Verhältnisse in den Schlachtfabriken mit „moderner Sklaverei“ zu vergleichen.

Die zweite Reaktion der Fleischindustrie ist die Entdeckung des Wachstumsmarkts „vegane Produkte“. Da dieser Markt noch sehr wenig bedient wird, sehen auch große Fleischkonzerne hier enorme Wachstumsmöglichkeiten. Der Fleischkonzern Vion, größter Schweinefleischverarbeiter Europas und weltweit unter den Top 10, betreibt neben den Marken „Lutz“ (Kochschinken) und „Weimarer“ („Echte Thüringer“ Wurst) auch die Marke „Vegetaria“, die seit 2013 auf Anstoß der Albert-Schweitzer-Stiftung von vegetarischen auf vegane Produkte umstellte. Gut für arme oder geizige Veganerinnen, schlecht für die Seitan- und Tofu-Pioniere wie Topas in Mössingen oder Taifun in Freiburg. Solange die Lebensmittel industriell hergestellt werden, ist jedoch eine großindustrielle Produktion von speziell veganen Fleischersatzprodukten wohl ein notwendiger Schritt, damit Veganismus zum Massenphänomen werden kann. Vegane Landwirtschaft mit lokalen Produktions- und Verteilungsstrukturen in Gesellschaftseigentum und unter basisdemokratischer Kontrolle

dagegen wäre das, was wir anstreben würden. In diesem Spannungsfeld kann diese Entwicklung gesehen werden.

Krisen und neue Märkte

Letztlich sind solche „neue" Märkte, die durch Labels wie „Bio", „Vegan" oder „Fairtrade" entstehen, notwendig für das Kapital. Schließlich durchleben wir seit 2007 eine der heftigsten weltweiten Wirtschaftskrisen überhaupt, auch wenn deren Folgen durch die Transformation Deutschlands zum Niedriglohnland und der hiesigen Euro-Politik noch großteils kaschiert werden können. Krisen zeichnen sich dadurch aus, dass das Kapital sich nicht mehr verwerten kann, d.h. „zu wenig" Profit bei Investitionen herausspringt oder „zu wenig" Zinsen bei Kapitaleinlagen entstehen. Stagnierendes Wachstum, also z.B. gleichbleibende statt wachsende Nachfrage nach Produkten, auch wenn es an sich für eine ökologisch und psychologisch nachhaltige Gesellschaft notwendig ist, ist für die kapitalistische Wirtschaft eine Katastrophe und kann zum Auslöser einer Krise werden. Insgeamt sind Krisen jedoch ein Teil des kapitalistischen Wirtschaftssystems, und solange der Kapitalismus herrscht, kommt es regelmäßig zu Krisen. Daher kann das Aufkommen von Krisen in Zyklen beschrieben werden, auch wenn die klassische und neoklassische Wirtschaftstheorie dies bestreitet und stets menschliches „Versagen" für Krisen verantwortlich macht. Damit das kapitalistische Wirtschaften fortgesetzt werden und die Krise als überwunden gelten kann, müssen neue Wachstumsmöglichkeiten gefunden werden.

Ein „neuer" Markt, also zuvor nicht dagewesene Nachfrage nach neuen Produkten, sorgt für Wachstum und das Kapital strömt in die Produktion, Werbung und Vertrieb dieses Marktes, was heißt, dass Kapital dort investiert wird. Ein Siegel oder Label, welches diesen neuen Markt umreißt, ist dazu ideal. „Bio" machte eine ähnliche Bewegung durch wie Veganismus heute: Jahrzehnte lang organisierte und ackerte (oft auch im wörtlichen Sinne) die Umweltbewegung, um Bewusstsein und Verfügbarkeit von Produkten ohne Kunstdünger und Gifte zu erreichen. Verbunden war dies oft mit einer (wenn auch mitunter diffusen) Kritik am Kapitalismus und mit der damit verbundenen Entfremdung der wichtigsten aller Produkte: der Nahrung. Entfremdung heißt auch, dass niemand mehr weiß, wer die Nahrungsmittel angebaut hat und wo genau, wie und wann sie angebaut wurden. Die Beziehung zur Ökobäuerin um die Ecke, zum Hofladen und zum kleinen noch halbwegs transparenten Bioladen sollte dagegenwirken: Sowohl Intransparenz als auch Konkurrenz sollten durch lokale und regionale Versorgungswege verhindert oder zumindest abgemildert werden.



Quelle: Wikipedia

Jedoch nahm das Kapital die Wachstumschancen des Bio-Sektors dankend an und bediente diesen Markt vor allem mithilfe des EG-Bio-Siegels: Klare, aber minimale Regeln, die ein Produkt zum Bio-Produkt machen, ermöglichten es, innerhalb des Bio-Minimal-Konsens (insofern die Regeln überhaupt eingehalten werden) denselben Wahnsinn von Konkurrenz (Lohndruck) und Werbung (Intransparenz) weiterzutreiben. Landgrabbing und Vertreibungen, Monokultur und Mega-Plantagen, Regenwaldabholzung und Vernichtung von Ökosystemen, Lohndumping, Sklaverei, Massentierhaltung, irreführende Verpackungen, verblendende Werbekampagnen – all das ist seither auch bei den meisten Bio-Produkten Standard. Nur noch strengere Labels, die dafür nur teurere Produkte schmücken und deshalb auf dem Markt schlechtere Zukunftsaussichten haben, wie Bioland, Naturland oder Demeter schränken genannte Phänomene ein. Denn schließlich müssen diese Labels, die ‚echte' Biowaren kennzeichnen, im (Bio-)Supermarkt mit EG-Bio-Plantagenprodukten konkurrieren.

Ähnliches geschieht mit der Fairtrade-Bewegung: Auch hier baute eine Bewegung in Abgrenzung zum herkömmlichen Kapitalismus und zu den Supermärkten eigene Läden, eigene Vertriebstrukturen und unzählige Kooperativen auf. Auch hier wurde versucht, über Aufklärung in den Weltläden und über solidarische Ökonomie der Intransparenz und der Konkurrenz entgegenzutreten. Aber auch hier entstand ein Label, das Max-Havelaar-Fairtradelabel, welches kreiert wurde, um den fairen Handel in die Supermärkte zu bringen, so die ungehemmte Kommerzialisierung vereinfachte und dessen Mindestanforderungen an soziale Arbeitsbedigung in der Herstellung der Produkte weit unter denen der traditionellen Fairhandelshäuser liegen. Seit 1997, nach der Fusion mit zwei anderen Siegeln, heißt das Label nun nur noch „Fairtrade-Siegel".

Da im Fairtrade-Bereich das ehrenamtliche Engagement und das solidarische Wirtschaften eine größere Bedeutung hat als im Bio-Sektor, wich diese Entwicklung etwas von der der Bio-Bewegung ab: Die Weltläden verstanden sich großteils noch bis in die 1990er und 2000er Jahre sowohl als Aufklärungskollektive als auch als Verkaufsorte, waren also besser über die Umstände und Arbeitsbedingungen informiert und begannen daher früh, das „Fairtrade-Siegel" abzulehnen. Dagegen wurde sich eher auf die traditionellen Fairtrade-Häuser El Puente, DWP und Gepa verlassen, die durch konsequenten fairen Handel ein gewisses Vertrauen errungen hatten. Auch das größe Fairtrade-Haus Gepa, welches als einziges auch auf Supermärkte setzt, nahm das „Fairtrade-Siegel" von seinen Verpackungen und steht lieber mit eigenem Namen für die Arbeitsbedigungen.

Das liegt daran, dass das „Fairtrade-Siegel" in Kritik geriet. Denn „Fairtrade" boomt wie „Bio" und „Vegan": In Frankreich stieg der Umsatz im Fairtrade-Bereich von 94 Mio. Euro im Jahre 2004 auf 408 Mio. Euro, also um 334 Prozent, im Jahre 2012. Die arte- Dokumentation „Fairer Handel auf dem Prüfstand" zeigt aber auf, dass die Anforderungen des „Fairtrade-Siegels" (Mindestlohn, ein freier Tag in der Woche, Organisationsfreiheit, Diskriminierungsverbot)

kaum kontrolliert werden und so unterbezahlte Knochenarbeit und elende Lebensbedingungen der abhängig Beschäftigten, die auch noch Übergriffen ausgesetzt sind, vorkommen. Und dabei liegen diese ohnehin weit unter den Selbstverpflichtungen der traditionellen Fairtradehäusern; echter fairer Handel aus diesen steht also weitaus mehr fürgute Arbeits- und Entwicklungsbedingungen. Zwar sind die Waren in den Weltläden vor solchen Katastrophen bisher sicher, doch die enormen Wachstumsraten spiegeln sich nur zu einem kleinen Teil in den Weltläden wieder. Auch hier kann davon gesprochen werden, dass das Kapital die Bewegung zu einem großen Teil vereinnahmt und dadurch sinnentleert hat, und dennoch kleine Erfolge erzielt wurden.

Vereinnahmung in der Herrschaft

Im Kapitalismus, wie auch in der Entwicklung von Herrschaft allgemein, lassen sich immer wiederkehrende Bewegungen ausmachen. Eine Bewegung gegen Herrschaft wird unter der Bedingung von Kompromissen selbst an der Herrschaft beteiligt, wodurch die Herrschaft erneuert und stabilisiert wird. Diese Herrschaftstechnik wurde schon immer verwendet und zum Teil auch schon in der römischen Parole „teile und herrsche" („divide et impera") ausgedrückt. Ein sehr gutes Beispiel zeigt sich unter Otto von Bismarck in den 1880er Jahren, wo er zwar Sozialdemokratinnen und Kommunistinnen verfolgen ließ, aber Sozialgesetze einführte, um nicht durch die Forderungen der damals sehr starken Arbeiterbewegung gefährdet zu werden. Er gestand offen, dass er dies tat, um den Sozialistinnen „die Wurzel abzugraben", also keineswegs aus eigenem Interesse an der Situation der Arbeiterinnen, auch wenn er ironischerweise trotz seiner sonstigen Verbrechen dafür bis heute geehrt wird. Die Vereinnahmung geschah durch die teilweise Erfüllung der Forderungen bei gleichzeitiger Verfolgung und Unterdrückung der Bewegung. Ähnlich verlief die Vereinnahmung bei der SPD 1914, welche durch den Wechsel zu einem Pro-Kriegs-Kurs unter ihrem rechten Flügel mit Noske und Ebert, welche selbst linke Sozialdemokratinnen verfolgen ließen, zur Regierugnsmacht werden konnte.

Ähnliches geschah auch mit der grünen Partei 1998, die ohne Zusagen an die neoliberalen Reformen Gerhard Schröders wohl nie eine Regierungsbeteiligung erreicht hätte. Diese Erkenntnis erhärtet sich in Anbetracht des Falls der Ernennung Gerhard Schröders zum Kanzlerkandidaten der SPD 1998. Es wurde nachgewiesen, wie die zenralen Medien die SPD dazu drängten, Schröder, nachdem er 1996 vor dem Wirtschaftsrat der CDU vorsprach, zum Kanzlerkandidaten zu machen. Sowohl „Bild" als auch „Der Spiegel" und andere bürgerliche Medien machten klar, dass sie nur im Falle von Schröders Kandidatur, welcher in einer Urabstimmung der SPD zuvor abgewählt worden war, die SPD als wählbar darstellen würden.



Quelle: Wikipedia

Um kämpferische Perspektiven zu analysieren, können solche gesellschaftlichen Entwicklungen als Klassenkämpfe zwischen der Kapital-Seite und der Seite der Ausgebeuteten (klassisch: Arbeiterklasse) angesehen werden. Es entsteht also immer von Seiten der Unterdrückten eine linke Strömung, Initiative, Partei, oder ähnliches, die wenn sie stark genug wird, von Seite des Kapitals vereinnahmt wird, um die Ausbeutungssituation zu erneuern und zu stabilisieren. Dabei erringen je nach Kräfteverhältnis natürlich auch die Unterdrückten größere oder kleinere Erfolge, welche auch als Zugeständnisse der Kapital-Seite gesehen werden können: Sozialgesetzgebung, demokratische Wahlen, Frauenrechte, Atomausstieg und aktuell die Wiedereinführung des Allgemeinen Studierendenausschusses (Asta) in Baden-Württemberg. All diese erkämpften Zugeständnisse sind zugleich einerseits kleine Siege im Klassenkampf wie andererseits Teil der, wenn man es so nennen mag, Konterrevolution. Solche Erfolge können als Ausdruck einer relativen Schwäche des politischen Gegners gewertet werden: Der militaristische Adelige Bismarck wird während der Einführung der Sozialgesetze mit den Zähnen geknirscht haben; die konservativen Machteliten werden Bauchschmerzen gehabt haben, als sie freie Wahlen zulassen mussten und als sie hundert Jahre später die Beteiligung der Grünen an der Regierung erlauben mussten. Solche Vereinnahmungen sind daher auch Zeichen unserer relativen Stärke: Die Herrschenden können nicht ihre Ziele kompromisslos durchsetzen, sondern sind gezwungen, zumindest kleine Schritte auf unsere Forderungen zuzugehen. Ohne diese Form von Teilerfolgen, auch wenn sie immer gleichzeitig Gegenstrategien der Herrschenden waren, um unseren Widerstand zu brechen, lebten wir heute auch hier noch in Sklaverei, Leibeigenschaft oder Hunger, je nachdem, von wo wir in der Betrachtung ausgehen. Wir müssen also weiterkämpfen, um Sklaverei, Leibeigenschaft und Hunger weltweit und für alle, auch für Tiere, abzuschaffen!

Vereinnahmung durch das Kapital

Ähnliche Bewegungen lassen sich auch im wirtschaftlichen Bereich finden. Die sexuelle Befreiung der 68er, die vor allem Frauen aus biederen und patriarchalen Normvorstellungen und Herrschaftsverhältnissen befreite, wurde von der Porno- und Prostitutionsindustrie vereinnahmt, welche durch die vermehrte Ausbeutung ärmerer Frauen Milliardengewinne einstreicht. Die Anti-AKW-Bewegung hat durch Jahrzehnte der Öffentlichkeitsarbeit, Demonstrationen und direkten Aktionen einen (langsamen) Atomausstieg in der Politik erreicht; worauf die Industrie mit einem Ausbau von Kohlekraftwerken reagiert, die Treibhausgase in Massen ausstoßen. Der Natur und somit nicht zuletzt uns werden Tonnen von Pestiziden und Kunstdüngern erspart, jedoch wird dafür heute hektarweise Land z.B. in Osteuropa angeeignet (Landgrabbing) und Regenwald in Brasilien abgeholzt, um quadratkilometergroße Monokulturplantagen anzulegen. Horkheimer und Adorno beschreiben in der Dialektik der Aufklärung, wie das Kapital kulturelle Gegenbewegungen als Wachstumsmöglichkeiten vereinnahmt und so

rebellische Ideen zu handelbaren Waren macht.

Aber die Bewegung hört an diesen Punkten nicht auf: Die ausgebeutete Seite, die nicht auf der Seite des Kapitals die Ausbeutung vorantreibt, muss ihre Lage erkennen und darauf reagieren. So kämpft seit Jahren die Frauenbewegung gegen Ausbeutung durch Prostitution, eine Anti-Kohlekraft-Bewegung mobilisiert seit 2005 mithilfe von Klimacamps und großangelegten Besetzungsaktionen gegen den Klimawandel und die jährlichen Demonstrationen gegen die industrielle Landwirtschaft unter dem Motto „Wir haben es satt!" werden trotz (oder wegen?) der Kommerzialisierung des Bio-Booms immer größer (dieses Jahr über 30.000 Teilnehmerinnen). Und auch die kommerzielle Vereinnahmung von Gegenkultur kann, wenn richtig mit ihr umgegangen wird, gegen dessen sinnentleerende Wirkung, politisieren. Die Dinge realistisch zu sehen heißt also zu erkennen, dass sowohl unsere Seite als auch die Seite des Kapitals immer weiter kämpft, gewinnt und verliert, und dadurch sozialer Wandel in Gang gesetzt wird.

Vereinnahmung von Veganismus

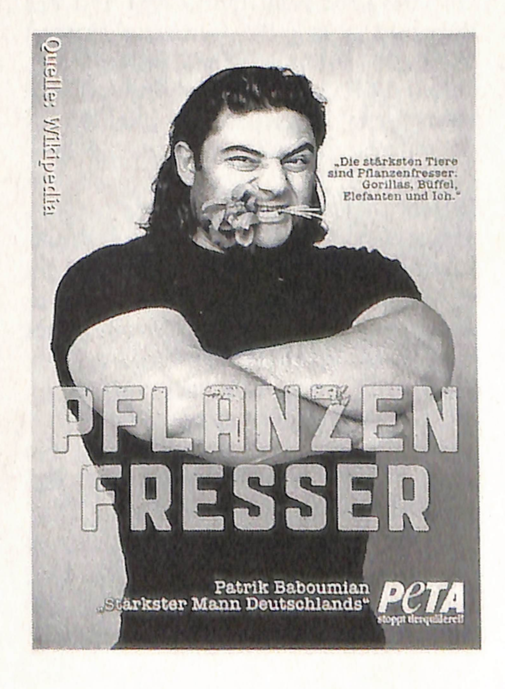
Was also mit dem Veganismus passiert, ist die ganz normale Vereinnahmung durch das Kapital. Ein Merkmal, welches für die kapitalistische Vereinnahmung optimal ist, ist die Konsum-Orientierung. Kein Wunder also, dass von allen Elementen der Tierbefreiung vor allem der Veganismus zur Zeit boomt. Einige Bedingungen, die die Vereinnahmung ermöglichen oder optimieren, lassen sich an einem zentralen scheinbaren Protagonisten des Vegan-Hype ablesen: dem veganen „Starkoch" Attila Hildmann. Der eigentliche Akteur hinter ihm ist das Kapital, also die Profitlogik im Kopf der Kapitalbesitzerinnen und Managerinnen, die sich der Maximierung des Kapitals widmen. Diese tritt dann in der Politik, z.B. des Medienkonzerns ProSiebenSat.1 Media AG zu Tage. Denn noch einige Jahre vor dem Vegan-Hype fiel ProSieben in seiner Pseudo-Wissenschaftssendung „Galileo" dadurch auf, dass es unterschwellig Fleischkonsum massiv bewarb: In jeder Folge von Galileo war Fleisch ein Hauptthema; mal ging es dabei um Zusammensetzung des Fleisches selbst, mal um die Funktionsweise von Wok-Pfannen, die natürlich anhand des Bratens von Schweinefleisch getestet wurden. Über Jahre hinweg war die Fleisch-Werbung bei Galileo so ausnahmslos anzutreffen, dass wirtschaftliche Verbindungen zur Fleischindustrie mehr als wahrscheinlich sind. Und gerade diese Sendung verschaffte Attila Hildmann im Juli 2010 seinen ersten großen Fernsehauftritt29. Es sind Medienkonzerne wie ProSiebenSat.1, die sich unter allen Veganköchinnen und sonstigen möglichen Protagonistinnen der Bewegung für den Veganismus ausgerechnet Hildmann aussuchen.

Aber warum Attila Hildmann? Einerseits, weil seine Schwerpunkte, wie die Titel seiner bekanntesten Kochbücher „Vegan for Fit" und „Vegan for Fun" zeigen, auf egoistisch orientierten Themen liegen. (Die eigene) Fitness und (die eigene) Gesundheit sind zentrale Themen der Menschen, die von Marktforscherinnen zu den Konsummilieus der LOHAS (Living on Health and Sustainability) gerechnet werden. Da es dabei um die eigenen Vorteile wie die eigene Gesundheit geht – alles andere ist in der kapitalistisch-individualistischen Grundstimmung ohnehin schon verdächtig –, profitiert der „Bio"-Boom davon ebenso wie der „Vegan"-Boom. „Fairtrade", mit seinem ethischen Schwerpunkt, trifft dieses Bedürfnis nicht, versucht aber über das Bewerben der besonders hohen Qualität seiner Produkte, auch auf diesen Zug aufzuspringen.

Zum anderen ist Hildmann der Mann für den Boom, weil er sich im Gegensatz zu den meisten Vegan-Köchinnen in seinen Statements fast völlig vom politischem Anspruch der Tierbefreiung lossagt und ihre Aktivistinnen sogar noch als Dogmatiker und Hippies beschimpft. Genau diese Eigenschaft ist wichtig für das Kapital, um Veganismus hypen zu können, hat es doch in der Angst um seine Profite durch die Fleischindustrie dafür gesorgt, dass in den großen Medien das Bild von Veganismus und Veganerinnen durch Angst und Lächerlichkeit bestimmt ist. Um trotzdem plötzlich Veganismus verkaufen zu können und ohne Tierbefreiungsaktivismus dadurch aufzuwerten, war ein Vegan-Koch, dem es um „Fitness, Lifestyle, Spaß" geht (so ist Hildmanns Homepage überschrieben) und der von Gesellschaftskritik und Politaktivismus nichts wissen will, genau der richtige; genau das ist es, was für die Vereinnahmung des Veganismus gebraucht wird. Hat deshalb ProSieben im Jahre 2010 Hildmann so gepuscht, der erst danach bei den kleineren Sendern MDR und WDR auftauchte?

Die Zeit schreibt zum neuen, hippen Vegan-Image: „Die neuen Veganer pflegen keinen Überlegenheitsmythos. Sie gehen nicht mit ihren politisch-moralischen Ansprüchen hausieren und sie begreifen Veganismus nicht als Ideologie". Dass Veganismus nicht eine Erfindung der Hildmanns und Co ist, sondern wir „Radikalen" die Basisarbeit leisteten, gibt diese bürgerlich-liberale Wochenzeitung wie auch die Ernährungstrendforscherin Karin Frick in einem Interview mit dem Bio-Werbemagazin Schrot&Korn zu: „Es braucht immer die Radikalen, die die Ideen hervorbringen. Die Extremen sind die Impulsgeber, diejenigen, die die neuen Themen in die Welt bringen.". Auch auf die Vereinnahmung anderer Bewegungen geht Die Zeit ein: „Die Ideen der Grünen oder der Frauenrechtsbewegung gehören heute nur deswegen zum bildungsbürgerlichen Standardrepertoire, weil sie in ihrer Frühzeit nicht ungehört verhallten".

Für die wirtschaftliche Vereinnahmung ist es also am besten, wenn die politische Dimension einer Strömung entsorgt wird. Des weiteren ist die Konsumierbarkeit wichtig, denn nur dadurch lassen sich neue Produkte erzeugen und neue Märkte erschließen. Für diese ist der egoistische Gewinn ein bedeutender Teil – und diesen nicht als primäre Motivation zu haben gilt im patriachalen Kapitalismus nicht nur als sentimental, sondern, wie Horkheimer und Adorno schon festgestellt haben, gar als Abfall von der Kultur.



Ideal ist, wenn das dann auch noch mit dem laufendenFitness-Boom und der verstärkten Privatisierung der Gesundheit (in der Jede selbst für ihre Gesundheit verantwortlich ist und diese Frage keine gesellschaftliche oder politische mehr sein kann) verknüpfbar ist.Dies bietet der Veganismus ebenso wie „Bio", und „Fairtrade" immerhin zu Teilen, oder im Jahrhundert vorher die Lebensreformbewegung, deren bekanntestes Überbleibsel die „Reformhaus" genannten Geschäfte sind.

Veganismus als Weg?

Wie Marco Maurizi 2009 darlegt, kann Veganismus alleine keine Tierbefreiung erreichen. In Anbetracht der mäßig erfolgreichen Kampagne gegen Coca-Cola prognostiziert er einem Boykott einer so breiten, unspezifischen Produktpalette wie tierlichen Produkten wenig Erfolg bei der Abschaffung der Tierausbeutung. Selbst wenn sich direkte Tierprodukte nicht vermarkten ließen, würde das Kapital Tierausbeutung trotzdem weiter überall betreiben, wo es am Ende nicht im Produkt erkennbar ist. Aber Maurizi macht sich trotzdem für den Veganismus stark, auch abseits seiner Funktion des ökonomischen Boykotts. Schließlich zeigen Veganerinnen und Veganer auf, dass es von der Konsumentinnenseite her schon mal möglich ist, ohne Tierausbeutung zu leben.

Die Vermassung des Veganismus, deren ersten großen Schritt wir jetzt geschafft haben, ist eine ausgezeichnete Basis für weitere Tierbefreiungsarbeit, auch wenn jetzt die Taktik geändert werden muss. Wenn tierliche Produkte nicht mehr Teil der Nahrung, also der unmittelbarsten Basis des menschliches Lebens der meisten Menschen sind, können diese Menschen wahrscheinlich leichter ihr „ja" zur Tierbefreiung geben.

Je mehr Menschen also vegan leben, desto einfacher ist die politische Forderung von Tierbefreiung, auch in einem revolutionären Prozess, durchsetzbar. Gleichzeitig sollte hier aber auch betont werden, dass diese Forderung auch von nicht-vegan lebenden Menschen mitgetragen werden kann. Veganismus ist sicher ein wichtiges Element, um sich dem Ziel der Befreiung von Mensch und Tier* zu nähern, aber er muss nicht unbedingt die Grundlage politischen Kampfes, nicht der einzige Weg und nicht mal der unproblematischste sein. So liegt Veganismus heute z.B. vielen Unterschichtsjugendlichen ferner denn vielen anderen, weil sie im Gegensatz zu Mittelschichtsjugendlichen weniger Zeit und Energie haben, sich um Probleme zu kümmern, die nicht direkt die ihrigen sind. Dazu kommt, dass vegane Produkte mit vergleichbarem Geschmack einfach noch um ein Vielfaches teurer sind als Tierprodukte. Wem es also nicht passiert, sich der Tierausbeutung derart bewusst zu werden, dass sie oder er die Kraft schöpft, die Konditionierung auf Fleisch abzulegen, ist draußen aus dem (durch die Struktur unserer Gesellschaft noch elitären) Kreis der Veganerinnen. Vegan zu leben ist entgegen dem bürgerlichen Schein nur zum Teil der eigene Verdienst und zu einem beachtlichen Teil eben eine von außen herangetragene Möglichkeit, die, mit einigen Zufällen durchmischt, strukturell ungleich auf die Gesellschaft verteilt ist. Eine politische Vereinnahmung des Veganismus und/oder der Tierbefreiungsbewegung könnte, wenn wir nicht aufpassen, in einigen Jahren dazu führen, dass die Ausbeutung der Unterschichten mit dem Argument ihres mangelnden ethischen Verhaltens gegenüber Tieren* legitimiert wird oder dass Kriegsakte gegen ein Land außerhalb des NATO-Bündnisses mit dessen grausamen Verhalten gegenüber Tieren* gerechtfertigt werden. Allerdings können wir was das angeht, stolz auf uns als Tierbefreiungsbewegung sein, denn im Gegensatz zur Tierschutzbewegung ist bei uns bisher ziemlich konsequent jeder Vereinnahmungsversuch von rechts abgewehrt worden, durch ausreichend politisches Bewusstsein und wachsame, aktive Gruppen und Einzelpersonen innerhalb der Bewegung. Dennoch gilt es weiterhin wachsam zu bleiben und besonders dem Elitarismus gegenüber kritischer zu werden.

Fazit für die Bewegung

Das Fazit aus diesen Überlegungen und Analysen müssen die Akteurinnen der Tierrechtsbewegung selbst ziehen. Da es aus der Psychologie der sozialen Kämpfe wichtig ist, Siege zu feiern, läge das Fazit nahe, den Vegan-Hype trotz aller Kritik erstmal als Teilerfolg zu feiern. Aus der Reflektion des laufenden Vereinnahmungsversuchs könnte diese Feier dann zum Anlass genommen werden, ein geändertes Verhältnis zum Veganismus einzuläuten: War früher die Bewerbung des Veganismus an sich schon ein politischer Akt, so wird diese mühsame Arbeit heute für die sicherliche begrenzte Zeit des Booms von Attila Hildmann mit einer Auflage von 100.000 Stück seines Kochbuchs „Vegan for Fit", durch die Sonderausgaben „Schrot&Korn: Vegan&Bio" und anderen Mainstream-Medien übernommen.

Wir könnten nun einerseits versuchen klar zu machen, dass Veganismus mit politischen Schlussfolgerungen fest verknüpft war und bleiben sollte, um somit auch die Neu-Veganerinnen zu politisieren und zu radikalisieren. Denn auch wenn Menschen aus Gesundheitsgründen ihre Ernährungsweise umgestellt haben, könnten sie sich deshalb trotzdem eher eine Welt ohne Tierausbeutung vorstellen. So könnte an der neuen Massen-Identität angeknüpft werden, egal aus welcher Motivation sie entstand, wobei dabei mit dem elitären Potential der Identität vorsichtig umgegangen werden muss (s.o.).

Oder wir könnten uns dafür entscheiden, dass emanzipatorische Politik nicht mit einem Konsumstil verknüpft sein muss oder darf und uns auf den Aufbau einer politischen Bewegung abseits des Veganismus konzentrieren. Schließlich könnten viel mehr Menschen, vielleicht auch größere Teile der Unterschicht, die doch ein wichtiger Teil der ausgebeuteten Klasse ist, sich für Tierbefreiung als eine von vielen wichtigen Forderungen begeistern, wenn bei dieser nicht der Verzicht im hier und jetzt im Vordergrund stände, sondern das zu erkämpfende gute Leben für alle! Das würde jedoch eine Menge Überzeugungsarbeit innerhalb der bisherigen Tierbefreiungsbewegung bedeuten, die teilweise noch wenig zwischen Veganismus und Tierbefreiung zu unterscheiden scheint.

Welche Konsequenzen auch gezogen werden, für uns ist klar, dass Befreiung von Tier* und Mensch nur erreicht werden kann, wenn der Kapitalismus besiegt wird. Die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien, worunter auch die Lebensmittelindustrie fällt, und eine Konversion der tierverarbeitenden Fabriken in Werke für vegane Lebensmittel, die als Commons unter basisdemokratische Kontrolle gestellt würden, wäre eine mögliche Richtungsforderung, die einen wichtigen Schritt hin zu einer Gesellschaft ohne Ausbeutung bedeuten würde.

„RASTLOSE VEGANER_INNEN" RUFEN DIE TIERRECHTSBEWEGUNG ZUR ZWEITEN WELLE AUF*

Restless Vegans Manifesto / Manifest der rastlosen Veganer*innen

Von türkischen Aktivist_innen, November 2013/ Dies ist die deutsche Übersetzung des türkischen Originals, das auch auf Englisch verfügbar ist.

„Vegane Propaganda überschattet die Theorie gegen Unterdrückung durch eine auf Konsum basierende Praxis" Dieses Manifest enthält die Überlegungen einiger veganer/vegetarischer Tierbefreiungsaktivist_innen zur Entwicklung des Veganismus. Das Treffen fand am 2. November 2013 in Namekan Sanat Sepet (Izmir, Türkei) statt. Die folgenden Abschnitte sind im Konsens niedergeschrieben worden und stehen zur Diskussion und Ergänzung. Eine Weiterführung dieser Diskussion wird in verschiedenen Städten erwartet. Das Ziel ist die Selbsthinterfragung von Menschen, die dem Tierbefreiungsdiskurs und dem Veganismus nahe stehen – ein Richtungswechsel im persönlichen und politischen Sinne. In dieser Hinsicht enthält nahezu jede untenstehende Kritik Selbstkritik. Was sagen die *„rastlosen Veganer_innen"*:

1. Wir haben kürzlich in einer lokalen Google Trend Untersuchung bemerkt, dass die Suche nach dem Begriff vegan auf den Spitzenplätzen rangiert während die Suche nach dem Begriff Tierbefreiung auf den niedrigsten Plätzen ist. Wir wollten eine Diskussion eröffnen, um zu überlegen, warum Tierbefreiung nicht erwähnt wird, während Veganismus in der Türkei popularisiert wird.

2. Die derzeitigen Unterstützer_innen veganer/vegetarischer Kultur (deren heutige Gestalt infolge der Gründung vegetarischer und veganer Gesellschaften in England entstand und im Groben als die Abkehr von Produkten aus tierischer Herkunft definiert wird) sollten auf die gleiche Weise eine zweiten Welle entwickeln, wie Feminist_innen sich durch Selbstkritik weiterentwickelt haben. Wir sollten die Politik hinter uns lassen, in der die Rufe nach „konsumiere dies / konsumiere jenes nicht" die Diskurse bestimmen, während wir damit fortfahren, Veganismus als persönliches Verhalten zu verteidigen und zu bewerben. Die Politik des „konsumiere dies / konsumiere jenes nicht" steht im Einklang zu den Erwartungen von Staaten und Firmen. Stattdessen sollten wir durch einen neuen Diskurs, der klarer betont, dass alle Staaten und Firmen morden, eine neue Ebene erreichen, die den Tieren in Käfigen näher ist und genau diejenigen Institutionen im Fokus hat, welche diese Käfige absichern. Dieser grundlegende Wechsel würde wahrscheinlich zu einem Austausch führend, in dem jede Tierbefreiungsoperation in einer Aktivist_innenfestnahmeoperation mündet, solange Staaten und große Firmen existieren. Jedoch scheint es in diesem unterdrückerischen System keinen anderen Weg zu geben, als das Risiko einiger Jahre Menschenkäfig hinzunehmen, um ein Umfeld herbeizuführen, in dem alle Tiere ihr ganzes Leben lang käfiglos verbringen. Erste Welle der Tierbefreiung: Vegane und vegetarische Kultur aufbauen. Der einzige politische Diskurs ist die ethisch begründete Ablehnung von Produkten und Dienstleistungen, die Tiere töten oder ausbeuten.

3. Tierbefreiung und Antiunterdrückung sind theoretische, grundlegende Fragen. Veganismus ist die praktische Folge. Die ursprüngliche Motivation ist immer der Grund, nicht die Folge. Wir beobachten nun, dass die Folge den Grund zu überschatten beginnt. Wir akzeptieren die praktische Folge (vegane Identität in diesem Fall). Währenddessen versuchen wir unsere politischen/ethischen Standpunkte Mitgliedern einer dominanten Kultur klarzumachen, welche uns im Grunde zurückfragt: „Also esst ihr das nicht?" usw. Die Bedeutung von „veganer Identität" übertraf die „Antiunterdrückungs-Identität" oder „Tierrechtsaktivist_innen-Identität", sobald wir die konsumistische Kultur der Gesellschaft akzeptierten. Das heißt, dass wir uns nicht davor erretten konnten, homo-consumericus zu sein. Jedoch kann Leben nicht auf Konsum reduziert werden. Es ergibt keinen Sinn mehr darüber zu diskutieren, ob wir fleischfressende, pflanzenfressende oder allesfressende sind. Wir sind nur homo-consumericus!

4. Wir sollten uns mit dem Widerspruch beschäftigen, in dem ein_e Veganer_in Medizin nimmt, welche in Folge von Tierversuchen hergestellt wurde, aber ebenjene Person eine_n andere_n Veganer_in verurteilt, weil diese andere Person Palmöl konsumiert. Widersprüche dieser Art sind die unausweichliche Folge, wenn die Politik über das Konsumverhalten definiert wird. Sie sind Zeichen der Haltlosigkeit in der antiunterdrückerischen Sphäre und erklären nicht notwendigerweise eine Seite als die Richtige. Wer denkt, dass es so etwas wie „Praktiken, auf die sich alle Veganer_innen einigen" gibt liegt falsch, weil dann vom eigenen sozialen Umfeld auf die Allgemeinheit geschlossen wird. Jede totalitäre Herangehensweise zur praktischen Lösung der Sklaverei der Tiere verwandelt die führer- und bibellose Tierbefreiungsbewegung in eine Institution welche predigt, was erlaubt ist und was hingegen verboten ist. In der Folge kann es hierzu kommen: Arroganz gegenüber Nicht-Verganer_innen, Gewalttätigkeiten, Fleischesser_innen Mörder_innen gleichzusetzen, falsch liegen obwohl mensch ursprünglich richtig lag, Veganismus zum Lifestsyle oder zur Gourmetküche degradieren... Die Frage „Ist mein Veganismus mit einem Makel behaftet, wenn ich das hier esse?" ist aber an sich problematisch. Sie ist ein Zeichen dafür, dass der Veganismus auf dem Weg ist, zu etwas zu werden, das einer Religion ähnelt. Jede_r in der Bewegung soll ihre_seine eigene Praxis dem eigenen Gewissen und den eigenen Möglichkeiten entsprechend definieren, nachdem zugestimmt wurde, nicht zu versklaven und nicht zu töten. Veganer_innen, welche nur ihre Konsumgewohnheiten verändert haben, sind immernoch innerhalb des kapitalistischen Systems – welches gegen alle Tiere (uns eingeschlossen) aufgebaut wurde – solange sie die Einladung annehmen, eine neue Produktsparte zu konsumieren (Nischenmarkt).

5. Eine weitere zu berücksichtigende Frage ist diese:

„Bedeutete Veganismus nicht ursprünglich, gegen jede Form von Unterdrückung zu sein?"

Veganismus sollte außerhalb der modernistischen Haltung stehen, weil Modernismus anthropozentrisch ist und ebenso wie der Speziesismus ist der Anthropozentrismus eine Form der Unterdrückung. Obwohl es kein notwendiges Prinzip unter Veganer_innen ist, antiunterdrückerisch oder antiautoritär zu sein, ist es aber auch kein marginales oder utopisches Ziel. Wenn mensch beobachtet, dass die Mehrheit der Veganer_innen diese Prinzipien nicht als die ihren angenommen hat, so liegt das daran, dass sie die Prinzipien auf eine *„vegane Konsumidentität“* beziehen, welche ihre Motivation aus der Gesellschaft zieht, statt sie aus einer Theorie gegen Versklavung zu entwickeln.

6. Veganer_innen, die nur im Sinne der Veränderung ihrer Konsumgewohnheiten vegan geworden sind, sind eine Angriffsfläche für Humanist_innen und Modernist_innen. *„Werkzeughersteller Mensch“* wird für *„seine“* Wissenschaft und Technologie in den Himmel gelobt und „seine“ Überlegenheit anderen Tieren gegenüber wird allein mit der Vernunft gerechtfertigt. Veganer_innen, die argumentieren, dass alle Tiere das Recht haben zu Leben, genauso wie Menschen, sollten die Aufklärung vehement kritisieren, um ihre eigenen Argumente zu untermauern. Modernismus ist anthropozentrisch. Europa ist immernoch latent rassistisch und sein Speziesismus und Militarismus sind permanent und offenkundig. Ein_e Veganer_in ohne Kritik an der Zivilisation trägt die Anlagen in sich mit unehrlichen bürgerlichen Gesellschaften im Reinen zu sein, welche das Wilde (gemeint ist entweder ein Tier fernarb der menschlichen Souveränität oder eine primitive Person, die noch nicht vom System versklavt wurde) als die Quelle der Ausbeutung angreifen, indem das Wort Wildheit als Synonym für Grausamkeit im zivilisiert-wild-Dualismus gebraucht wird. Obwohl Gewalt nicht erst seit der Angeburt der Zivilisation existiert, wurde sie durch die Gesetze gerechtfertigt, welche durch die Handelnden der Zivilisation nach den Siegen in kriegerischen Auseinandersetzungen auferlegt wurden.

7. Wie jedwede andere Praxis auch kann die Praxis des Veganismus nicht unabhängig von der persönlichen Bemühung eines Individuums beschrieben werden, das in sich stimmige Bild vor den Augen der Gesellschaft aufrecht erhalten zu wollen. Die meisten Menschen erklären sich zu Veganer_innen, indem sie Grenzen einhalten (anstatt ihrem Gewissen Gehör zu schenken oder einen eigenen ethischen Standpunkt zu bilden), welche von anderen gesetzt wurden um zu bestätigen, was Veganer_innen konsumieren können. Die Grenzen der Praxis sind jedoch in Wirklichkeit ständig unstimmig, weil die Veganheit verpackter Supermarktprodukte (von der Tatsache, dass sie mit dem Flugzeug von anderen Kontinenten beschafft werden bis zur Tatsache, dass Landwirtschaftsarbeiter_innen Sklav_innen sein können) immer zweifelhaft ist, und Tiere auch für Obst und Gemüse getötet werden, die aus industrieller Landwirtschaft stammen. Das andere Konsumverhalten einiger Menschen in der Tierrechtsbewegung ist eine Herausforderung für die vegane Polizei. Sollten wir Freeganer_innen und Menschen, die überfahrene Tiere essen, zu den Veganer_innen zählen? Die vegane Industrie zu nutzen kann nichts anderes sein als eine Übergangsperiode für diejenigen, die Fleisch und Milchprodukte vermissen, an die sie seit dem Kleinkindalter gewöhnt sind. Dass Veganer_innen zu künstlichen Formen für Mord suchen während Feminist_innen alten Vergewaltigern niemals künstliche Mittel zur Vergewaltigung empfohlen haben, kann ein Zeichen dafür sein, dass Nahrung für Menschen zu etwas geworden ist, das eher Geschmack, Genuss und soziale Akzeptanz ist als eigentliche Ernährung. Konsum und Empfehlung von Fleischersatzprodukten sind wenig überraschend, wenn wir der Tatsache Beachtung schenken, dass die meisten Aktivist_innen erstens einen Hintergrund haben, in dem Fleischverzehr normal ist und zweitens immernoch selbst Obst und Gemüse im Supermarkt kaufen jedoch sollten Tierrechtskampagnen von Aktivist_innen nicht den Charakter von Werbung für Sojamilch oder tierleidfreies Shampoo bekommen. Die Konsumpraxis mehr zu propagieren als die antiunterdrückerische Theorie kann auch ein strategischer Fehler sein, um die Bewegung davor zu bewahren, populär zu werden. Äußerungen wie *„Nur Veganismus hilft!“* sind eitel, stinken nach Macht und schrecken Nicht-Veganer_innen ab. Und nicht nur das: vegane Menschen, die Vegetarier_innen erzählen, dass Veganismus schon das Ziel wäre geben unglücklicherweise zu, dass sie keine Vorstellung von darüber hinaus gehenden umstürzlerischen Aktionen und weiterführendem Aktivismus gegen die Industrien haben, die Kriege und Ausbeutungen produzieren, oder davon, ihr eigenes Leben vor der Stadt und kapitalistischer Unterdrückung zu retten. - *„Tierbefreiung = Veganismus“* ist vielleicht doch keine Hypothese, die in jeder Situation Bestand hat. Vegan zu werden bedeutet nicht, das Ziel der Tierbefreiung zu erreichen – es kann nur der erste Schritt sein. Menschen, die direkte Aktion wählen, viele Tiere vor Qualen retten, Inhaftierung in Kauf nehmen, aber gelegentlich einige Tierprodukte zu sich nehmen, gehören auch zur Tierbefreiungsbewegung. Gruppen, die sich vornehmen, ALF zu sein, demonstrieren ihre Zugehörigkeit zu ALF durch direkte Aktion. Kein Tier während der Aktion zu töten ist wesentlich, doch werden Aktivist_innen nicht befragt, ob sie in ihrem Privatleben Eier konsumieren oder nicht. Die ALF bewirbt Veganismus, verwirklicht sich selbst aber durch riskante Aktionen für Tiere, statt einen politischen Diskurs über Konsumgewohnheiten zu führen. Wir müssen den Aufruf *“Do Not Support the Animal Liberation Front”* (*„Unterstütze nicht die Tierbefreiungsfront“*, Anm.d.Ü.) der ALF immer wieder und wieder lesen.

8. Wenn einige Städte, Restaurants und Supermärkte keine veganen/vegetarischen Angebote führen, kann dies für Tierbefreiungsaktivist_innen positiv sein. Eine Methode in Richtung Zerstörung der kapitalistischen Wirtschaft und Bestärkung der Do-It-Yourself- (Mach-es-selbst-) Kultur ist die Einbeziehung in das Prinzip Solidarität und in die Do-It-Yourself-Kultur, statt ins wirtschaftliche System.

9. Wir stimmen alle darin überein, dass die Ausbeutung selbst dann fortbestehen würde, wenn jeder Mensch auf dieser Welt vegan würde. Den Erwartungen eine vegane Revolution zum Trotz wäre eine total-vegane Welt keine simple Lösung für die Probleme Umweltverschmutzung, Kohlenstoffausstoß und für das Trinkwasserproblem. Selbst wenn die fleischverpackende Industrie verschwände, würde sie durch eine andere ausbeuterische Industrie ersetzt werden, um die Bedürfnisse von 7 Milliarden Menschen zu stillen. Da jede segelnde Fähre hunderte Fische und Quallen unter ihren Motoren tötet und all der Asphalt, der seine Bestimmung als Autobahn hat, Friedhöfe für Mäuse und Insekten darstellt, die unter ihm zermalmt

werden – können da Städte selbst überhaupt vegan sein? - Manche Veganer_innen erinnern sich nur dann an Ökologie, wenn sie andere überzeugen wollen, kein Fleisch zu essen, und dies könnte auf eine Art Unehrlichkeit hinweisen. Verglichen mit eine_r/m veganen Autofahrer_in könnte eine nicht-vegane Person, die ausschließlich Fahrrad fährt, mehr Tiere vor dem Tod bewahren und der Erde mehr gutes tun. Wenn wir auf das Unglück von 2010 zurückschauen, in dem unsere Autokultur der Mittäterschaft schuldig ist, starben 11 Arbeiter_innen, 17 andere Arbeiter_innen wurden verletzt, 4 Millionen Barrel Erdöl liefen in die Umgebung aus und zahllose Tiere starben wegen BP (British Petroleum, Anm.d.Ü.) im Golf von Mexiko. Das Auslaufen wurde nach 85 Tagen gestoppt. In der Erinnerung bleiben Bilder von Vögeln und Fischen, die in Öl getränkt sind.

10. Es ist wichtig, dass Menschen aus der Tierbefreiungsbewegung mit anderen sozialen Kämpfen (wie LGBTQ, Ökologie, Feminismus, Volxküchen, Hausbesetzungen etc) in Einklang agieren, doch sollte die treibende Idee dahinter der ehrliche Beitrag sein und nicht die Rekrutierung neuer Leute für die Sache der Tiere.

11. Es ist eine tragikomische Realität, dass wir manchmal Veganer_innen, welche die Tiersklaverei ablehnen, daran erinnern müssen, dass *„der Mensch auch ein Tier ist"*. Schokoladenerzeugnisse beispielsweise können selbst ohne Milch nicht vegan sein, weil Menschen, die Schokoladenfrüchte von Bäumen pflücken, in der Mehrzahl *„Sklav_innen"* sind, nicht Arbeiter_innen mit Arbeitsvertrag. Was sollen wir also tun? Beispielsweise verkörpert jeder neue Computer und jedes Smartphone einige Minen, die sehr selten auf der Erde sind, und diese Minen werden manchmal *„Konfliktminen"* genannt, weil sie von Gangs ausgebeutet werden, die Kinder versklaven. Kann kapitalistische Technologie vegan sein? Der Veganismus wurde in London, im Herz des Kapitalismus, geboren. Es sollte nie in Vergessenheit geraten, dass er als Reaktion auf die systematisierte und standardisierte Ausbeutung geboren wurde, welche ein nie dagewesenes Ausmaß erreicht hatte. Fleischverzehr und Pelztragen haben ihre klassenspezifische Bedeutung verloren und sind für die Massen verfügbar geworden, daher ist die Wut auf sie größer geworden. Jedoch wird klar, dass die industrielle Revolution das Tier in manchen Fällen indirekt ausbeutet, wenn sie es schon nicht direkt tut (nach der Entvölkerung auf dem Land, der Rekrutierung nahezu aller als Arbeiter_innen und der Verhökerung von allem, was zur Natur gehört, auf dem Markt). Ausbeutung ist in einem effektiven kapitalistischen System die Regel. - Rechtfertigungen wie „Früher trugen wir Pelz, um warm zu bleiben – das brauchen wir jetzt nicht mehr" sind unglücklicherweise auch menschenzentriert. Das Argument, dass uns dank einer kapitalistischen Textilindustrie, welche auf Technologie basiert, nicht mehr kalt ist, entspricht einem dankbar-Sein für den anthropozentrischen Modernismus. Wenn die Argumente von Tierbefreiungsaktivist_innen durch Antispeziesismus genährt werden, der unter keinen Umständen die Interessen von Menschen über die Interessen von Anderen stellt, sollten diese Argumente mehr Inhalt zum Thema Gemeinsam in der Unterdrückung (unity of oppression) haben. (o.l.n.u.r.: Vogel, Hund, Mensch)

12. Veganer_innen/Vegetarier_innen sollten Acht darauf geben, genug Nährstoffe zu bekommen – einfach, weil auch sie Tiere sind. Es ist gut für uns alle, wenn wir nicht nur Tierprodukte ablehnen, sondern auch alle veredelten und verarbeiteten Lebensmittel hinterfragen. Jeder Mensch kann ein *„Vorbild"* sein, aber eine folgende Mangelernährung würde nur der Medizin und pharmazeutischen Firmen in die Hände spielen, die dann vorgeben würden, uns heroisch zu retten. Außerdem bedeutet Misanthropie für ein veganes Individuum kognitive Dissonanz, da der Mensch selbst ein Tier ist. Statt Menschen zu hassen, sollten wir klarstellen, dass wir gegen Autoritäten und Diskriminierungen sind.

13. Unsere Uneinigkeit liegt in der Frage zu Reformismus versus Radikalität... Aktivist_innen, die an wissenschaftliche Institutionen appellieren, archaische Versuchsmethoden aufzugeben und die globale Firmen dazu aufrufen, mit ihren Alternativen zu Tierversuchen weiterzumachen, können einige globale Firmen dazu bringen, Tierversuche aufzugeben, weil sie Profitverlust und Imageschaden fürchten. Obwohl das reformistisch ist, wäre es irgendwie wohltuend, weil es eine bestimmte Anzahl von Tieren vor der Folter rettet. Doch ist es sehr wahrscheinlich, dass die Welt zur Zerstörung zurückfinden würde, solange globale Firmen existieren, die einzig und allein Profitinteressen verfolgen – dank dem enormen Umfang des wissenschaftlichen Wahnsinns, der alle Tierversuche ersetzen wird. Siehe: Nanotechnologie und Genetik!

14. Jeder Mensch hat eine einzigartige Auffassung von Veganismus. Viele Menschen mögen über Speziesismus sprechen, ohne ihn in Gänze zu begreifen. Manchmal kannst du einen Menschen über die Brüderlichkeit unter den Spezies sprechen hören, während die Brüderlichkeit zwischen den Menschen verleugnet wird. Dass Veganismus mit einer Kritik des Faschismus beginnt, ist nirgends garantiert. Manche Tierbefreiungsaktivist_innen, die zugleich einige faschistische Ansichten haben, mögen Stück für Stück zu Antifaschist_innen werden, indem sie die Parallelen zwischen Speziesismus und anderen Arten von Diskriminierung entdecken.

15. Manche Menschen drücken ihren Ärger über den *„Täter Mensch"* nur während dem Muslimischen Opferfest (Eid ul Adha) aus, daher zweifeln wir daran, inwieweit sie wirklich durch Tierrechte motiviert sind. Menschen, die Tiere nur am Feiertag des Opferfestes verteidigen, könnten dies aus Islamophobie oder aus einer zivilisierten Perspektive tun. Die zivilisierte Welt, wie beispielsweise Europa und die Vereinigten Staaten von Amerika, in denen Tierblut auf der Straße unsichtbar ist, aber hinter verschlossenen Türen sehr wohl vergossen wird, dient ausschließlich den Menschen, nicht allen Tieren.

16. Uns werden oft Fragen zu religiösem Glauben und Veganismus gestellt. Historisch betrachtet haben viele Religionen die Frage der Tierrechte behandelt. Anhänger_innen des Buddhismus, Jainismus und Manichäismus sind im Allgemeinen vegetarisch. Viele Gemeinschaften auf der Welt haben individuelle Mitglieder_innen Fleisch ablehnen sehen. Obwohl Vegetarismus und Veganismus als weltweite Trends relativ neu sind, sind sie keineswegs Neuheiten, wenn die gesamte Geschichte der Menschheit betrachtet wird. Daher können Fragen zur Relevanz vom Veganismus für den Islam, die Muslim_innen stellen, von Aktivist_innen aus einer muslimischen Perspektive beantwortet werden, obwohl viele Aktivist_innen das nicht glauben. Eine gesunde Kommunikation ist

ohne das Verständnis der Werte deranderen Person nicht möglich. Muslim_innen, die beharrlich Fragen zu Tierrechten stellen sind oft jene, die sich selbst zur Tierbefreiung überzeugen möchten, ohne islamische Glaubenssätze zu verlassen. Diesen Menschen kann mit Bezug auf einige Verse des Koran geantwortet werden, welche das Quälen von Tieren und die Arroganz der Menschen verbieten. Wir können sie fragen, ob Kapitalismus halal ist. Mit Bezug auf Teile des Korans, die davon berichten, wie menschliche Sklaven gehalten werden sollen, können wir ihnen sagen: „Du kannst noch Muslim_a sein ohne ein Tier zu versklaven da du auch Muslim_a bleibst ohne einen Menschen zu versklaven." Wir sollten betonen, dass Schlachthöfe ein fordistisches Design haben und daher für Religionen irrelevant sind.

17. Es gibt einige Leute, die ihre Zeit einfach nur damit verbringen, Veganer_innen fertigzumachen. Dieses anti-vegan-Team mag mal verärgert worden sein, weil sie von Veganer_innen als Mörder_innen bezeichnet wurden. Sind Fleischesser_innen Mörder_innen? Das ist umstritten. Wir müssen unsere Wut ebenso auf Schlachthöfe richten wie auf Fleischesser_innen. Ein_e Fleischesser_in tötet, wenn ein_e NSDAP-Wähler_in Völkermörder_in ist. Andere Gründe für anti-vegan-Kampagnen können die Arroganz von Veganer_innen sein, oder der Fokus der Veganer_innen auf Konsum oder die Unterdrückung der kognitiven Dissonanz (bei Menschen, die bald vegan zu sein wünschen).

HYPOTHESEN FÜR DIE ZUKUNFT UND LÖSUNGEN

1. Wir erwarten für die nächsten 10 Jahre einige Änderungen betreffend des Konsums von Tierprodukten in der Türkei. Um ein Beispiel zu bringen: In London, wo sowohl der Kapitalismus als auch die Tierrechtsbewegung älter sind als hier, hat eine Internetseite namens Meetup.com, auf der sich Menschen organisieren und unterhalten, ca. 560 eingetragene Mitglieder in der Tierrechtsgruppe London, während die Gruppe London Vegan 2310 Mitglieder hat. Die Tierrechtsgruppe London organisiert ständig Aktionen gegen die tierausbeutende Industrie, während die andere Gruppe einige Veranstaltungen wie beispielsweise eine vegane Weinparty organisiert. Wir sehen voraus, dass wir mehr Biofleischkonsument_innen, nur-Freilandhaltung Konsument_innen, Tierschutz-Kund_innen, Fleischreduzierer_innen und Veganer_innen sehen werden, die sich in 10 Jahren in der Türkei, die sich weiterhin auf dem Weg zum entwickelten Kapitalismus befindet, unter die Leute mischen. Eines Tages werden alle vegane Kuchenrezepte austauschen, doch Rezepte um Hennen zu retten, die wegen ihrer Eier gefangen gehalten werden, wird die Esskultur nicht hervorbringen. (Trends und Gegentrends zu Tierprodukten, die in den nächsten 10 Jahren in der Türkei wahrscheinlich zunehmen werden: Konsument_innen von ausschließlich mit Freilandhaltung hergestellten Produkten / Veganer_innen und Vegetarier_innen, die von der Industrie alternative Produkte fordern / Fleischesser_innen, die ausschließlich Bio-Fleisch essen / Kund_innen, die Tierprodukte nur kaufen, wenn die Firma sich für Tierschutz einsetzt / Fleischreduzierer_innen mit gesundheitlicher Motivation)

2. Wir leben in der Gesellschaft des Spektakels, nicht in der Gesellschaft der Landwirtschaft. Die Massenmedien und andere Kommunikationswerkzeuge haben einen großen Einfluss auf die Menge. Die Verteidiger_innen der Tierrechte sollten die Funktionsweisen der Medien genauestens unter die Lupe nehmen. Wir sollten die öffentliche Meinung prägen, indem wir jede Aktion und Kampagne mit den Mainstream Medien, alternativen Medien, sozialen Medien teilen etc. Statt diese Medien durcheinander zu nutzen, sollte eine Nachricht an diejenigen Kanäle weitergegeben werden, welche die Zielgruppen-Masse verfolgt, indem sie an diese Zielgruppe angepasst wird. Eine öffentliche Meinung zum Thema herzustellen wird Tierbefreiungsaktivist_innen helfen, in Zukunft weniger Bestrafung zu erhalten, falls ihre Aktionen vor Gericht verhandelt werden. Aktivist_innen des schwarzen Blocks, die kürzlich 200 Hunde aus Tierversuchslaboratorien retteten, machten über den ganzen Globus verteilt Schlagzeilen, und umso wichtiger ist die Tatsache, dass ihre Aktion als legitim dargestellt wurde. Der Verlauf ihres Gerichtsverfahrens ist eng damit verknüpft, wie sehr die Öffentlichkeit die Aktion befürwortet. Dementsprechend sollten Tierbefreiungsaktivist_innen anderswo fortwährend ausrufen, dass alle Firmen töten. Firmen bloßzustellen, die an Tieren Versuche durchführen, statt Firmen zu applaudieren, die keine Versuche an Tieren durchführen, würde den brasilianischen Tierbefreiungsaktivist_innen dabei helfen, freizukommen.

3. Wir nähern uns dem Ende des Jahres 2013. Wir sollten nun über die Methoden der Tierbefreiung sprechen und über die konkreten Schritte zur Legitimierung von Befreiungen. Unglücklicherweise hat im Laufe der Gezi Park-Unruhen in der Türkei keine zu Brasilien vergleichbare Aktion stattgefunden. Wir konnten nicht einmal die wenigen Tiere retten, die im Chaos auf die Freiheit warten. Andererseits könnte das türkische Gesetz, welches Tiersklaven und Eigentum gleichsetzt, ein tragischer Vorteil sein: denn wenn einige dieser Tiere befreit würden, erwartete die Befreier_innen lediglich ein Prozess wegen Diebstahl und Hausfriedensbruch. Von heute an sollten wir den Weg für ähnliche Befreiungsaktionen ebnen, die im nächsten Chaos stattfinden könnten. Dennoch glauben wir nicht, dass es einen überwältigenden Effekt hätte, selbst wenn eine Tierbefreiung in der Presse besprochen wird. Der Grund dafür mag das Engagement türkischer Dissident_innen für eine hierarchische linke Politik sein, oder aber die Abwesenheit der Tier- und Naturfrage in der Linken. Die Themen, die in zukünftigen Broschüren behandelt werden müssen sind die Themen, von denen Stadtmenschen nie gehört haben. Beispielsweise schockiert es Stadtmenschen, dass Kuhmilch ohne Schwangerschaft unmöglich ist. Aktivist_innen, die das Risiko einer direkten Tierbefreiung nicht eingehen können, können sich dafür entscheiden, in Anlagen mit industrieller Tierhaltung versteckte Aufnahmen zu machen, da dies hier in der Türkei, entgegen der Lage in den Vereinigten Staaten, nicht zum Terrorismus zählt. Vegane Picknicks in der Türkei sind dabei, normal zu werden; währenddessen haben wir keine einzige Aufnahme aus einem Universitätslabor, in dem Tiere lebendig aufgeschnitten werden, gleich neben unserem Picknick. Das ist der einfache Grund, warum wir unsere Denkkappen lieber aufsetzen sollten.

Die türkische Originalfassung findet ihr hier:

issuu.com/yeryuzuneozgurluk/docs/rahats__z_veganlar_bildirisi-son2

Freisprüche bei Prozessen wegen Wiesenhof-Blockade

aif/Vier Freisprüche, drei Einstellungen ohne Auflagen sowie eine Verfahrensabtrennung sind das Ergebnis des Verhandlungstages am 08. Mai 2014 im Prozess wegen der Blockade von Wiesenhof-Transportern im Juli 2013 in Wietzen-Holte (grbl Nr. 62 berichtete)



Bei der Ankunft am Amtsgericht Nienburg (Weser) wurden die etwa zehn Prozessbesuchenden und die Angeklagten von etwa fünfzig Polizist_innen, mehreren Zivilstreifen und Polizeihunden empfangen. Die Polizei hatte im Vorfeld großflächig Absperrgitter um das Amtsgericht aufgestellt. Auch das Innere des Gerichtsgebäudes ließ sich nur durch eine improvisierte Sicherheitschleuse aus Gittern und Polizist_innen betreten. Wer keinen gültigen Personalausweis oder keine Ladung dabei hatte, dem wurde der Zutritt verwehrt.

Als die Verhandlung schließlich unter dem Motto „Hausfriedensbruch" mit etwas Verspätung eröffnet wurde, befanden sich vier der insgesamt sieben anwesenden Angeklagten auf der Anklagebank. Die übrigen Angeklagten wurden am selben Tag auf zehn Uhr im selben Saal und vor dem selben Richter geladen. Nach diversen prozessualen Anträgen von Seiten der Angeklagten kam es zur Beweisaufnahme. In dieser wurde der Zeuge und Prokurist der Firma Nienburger Geflügelspezialitäten Hannes Christian Hüppe vernommen. Dieser hatte damals Strafantrag gegen die Aktivist_innen gestellt. Frage über Frage stellte sich dem Wiesenhof-Angestellten. Er gab vor, sich um Tierschutz zu sorgen. Der Begriff Tierschutz sei für ihn mit Tierwohl verknüpft, die Tiere sollen sich wohlfühlen sagte er. Auf die Nachfrage einer Aktivistin, ob er sich wohlfühlen würde, wenn er in die Enge eines Transporters gesperrt würde, verglich Hüppe dies zynisch mit einer Busfahrt, bei der es ihm gut gehe.

Im weiteren Verlauf des ersten Verfahrens machten die Angeklagten auf mehrere Unstimmigkeiten in Wiesenhofs Strafantrag und dem daraus entstandenen Strafbefehl aufmerksam. Auch die nicht existente Befriedung des Wiesenhof-Geländes wurde thematisiert. Nachdem Richter Jan Hauke Förtsch nach minutenlangem Blättern in entsprechenden Gesetzesbüchern und der kritischen Prüfung des Strafantrages auch die unübersehbaren Formfehler nicht mehr übersehen konnte, wendete sich das Blatt zu Gunsten der Aktivist_innen.

Nach dem richterlichen Angebot der Einstellung des Verfahrens mit Auflagen, folgte die entschlossene Absage an dieses Angebot von Seiten der Angeklagten. Auch das spätere Angebot der Einstellung ohne Auflagen, – bei dem der Staatsanwalt Heusler nach eigener Aussage „starke Bauchschmerzen" habe – konterten die Angeklagten mit dem Freispruchswillen. Auch das Ziel der Angeklagten, die V-Person Ralf Gross noch als Zeuge zu vernehmen, war ein Hintergrund der Entscheidung auf Ablehnung der Einstellungsangebote. Der Spitzel Ralf Gross wurde durch die Angeklagten selbst per Gerichtsvollzieher zum Prozess geladen, doch der Richter erklärte zum Einen, dass keine Zeugen mehr vernommen werden müssten, weil aufgrund des unwirksamen Strafantrags eine notwendige Voraussetzung zur Strafverfolgung fehle; zum Anderen erklärte er, dass der Spitzel Gross nicht zum Prozesstermin erschienen ist. Die Begründung lieferte er im zweiten Verfahren nach, also nachdem er schlussendlich den Freispruch für alle vier Angeklagten des ersten Verfahrens aussprach.

Bei der zweiten Verhandlung entschieden sich die Angeklagten aus taktischen Gründen zu Einstellungen ohne Auflagen auf Staatskosten. Eine Angeklagte war nicht anwesend, wollte aber durch eine Laienverteidigerin vertreten werden. Da aber keine ausreichende schriftliche Vollmacht dafür vorlag, trennte der Richter ihr Verfahren zur gesonderten Verhandlung und Entscheidung ab, und ihr Einspruch wurde somit glücklicherweise nicht verworfen. Nach der Frage eines Angeklagten, warum der von ihm als Zeuge geladene Ralf Gross nicht erschienen ist, offenbarte sich wieder einmal ein trauriges Vertuschungsschauspiel. Ralf Gross habe einen Arzttermin und könne deswegen nicht kommen, erklärte Richter Förtsch den Anwesenden. Er habe Knieprobleme und ein ärztliches Attest brauche der Spitzel scheinbar auch nicht, denn die Bestätigung des gesundheitlichen Zustands von Gross bekam der Richter nicht etwa durch eine_n Arzt_Ärztin, sondern telefonisch durch das Landeskriminalamt in Hannover.

Alles in allem trotz dessen aber ein erfolgreicher Tag für die Aktivist_innen, der bei einem guten Essen unter stetiger Polizeiüberwachung endete.

Den Ausgang des Verfahrens kommentiert Maria, eine der Angeklagten wie folgt:

"Trotz des Freispruchs sehe ich nach wie vor einen grundsätzlichen Widerspruch zwischen den Kämpfen für eine befreite Gesellschaft und der Aufrechterhaltung der herrschenden Ordnung, die unter anderem den Schrecken der massenhaften Tötung von Tieren hervorbringt."

Zwei „Geflügel"-Schlachtfabriken von Tierbefreiungsaktivist_innen BLOCKUPYrt

- Bündnis für Tierbefreiung -

Als am 19. Mai gegen 11:00 Uhr, nach etwa fünfeinhalb Stunden Blockade der Zufahrtswege zu Europa's größter „Geflügel"-Schlachtfabrik in Wietze (Niedersachsen) acht Tiertransporter an der zu dieser Zeit teils geräumten Blockadeaktion an der Hauptzufahrt vorbei und in den Schlachthof fuhren, machte sich Wut und Traurigkeit bei den Aktivist*innen des Bündnisses für Tierbefreiung breit. Die Machtverhältnisse, die von der Klasse der Kapitalist*innen dominiert werden, wurden einmal mehr spürbar und sichtbar. Stundenlang konnte zuvor das gestoppt werden, was dort sonst der alltägliche, ganz normale Ausnahmezustand ist: die Makrogewalt der Schlachtfabrik, deren Wertsteigerung auf dem optimierten Management der Massentötung von Tieren, der Ausbeutung der dort arbeitenden Menschen und der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen beruht. Laut Angaben eines Cops soll der Schlachtfabrik der Rothkötter-Tochter „Cellerr Land Frischgeflügel GmbH" in Wietze 50.000 Euro Profitverlust durch die Aktion entstanden sein. Tiertransporter konnten für die Zeit der Blockade den Schlachthof nicht anfahren, Ein Arbeiter berichtete darüber das alle 700 Arbeiter*innen in der sogenannten „Schlachtlinie" und in anderen Bereichen ihre Arbeit nicht aufnehmen konnten, Kühltransporter die Ware Fleisch nicht an Kunden liefern. Einige Beschäftigte kamen mit den Blockierer*innen ins Gespräch, es gab auch Zustimmung zur Aktion wie auch von Anwohner*innen, die an die Blockadestelle gekommen waren, und vereinzelt auch von Polizeibeamt*innen. Trotzdem machten sie unter dem Druck des Kapitals mit, räumten die Blockade bzw. fuhren mit ihrer gewaltförmigen Arbeit fort, Hühner für das Verwertungsinteresse von Rothkötter in den Schlachthof zu fahren und zu töten. Etwa 10.000 Hühner waren es allein in den acht Transportern. Normalerweise fahren zu dieser Zeit stündlich an die fünfzehn Transporter den Schlachthof an und werden drei Tiere sekündlich getötet, 1,3 Mio pro Woche.



Quelle: Gustav Puscher, visual-rebellion



Quelle: Privat

Damit blieb die Aktion trotz ihrer zeitlichen Begrenztheit nicht rein symbolisch und appellativ, sondern konnte materiell den Produktions- bzw. Tötungsablauf stören und die Profite schmälern, die das Motiv für die Gewalthandlungen gegenüber Tieren, für die Ausbeutung der Arbeitenden und die Schädigung der natürlichen Lebensgrundlagen bilden. Die kapitalistischen Verhältnisse und ihre negativen Effekte verschlimmern sich in diesen Zeiten der Krise des Kapitalismus und der von den führenden Regierungen Europas und Nordamerikas den Menschen aufgezwungenen Troika-Politik und anderen einschneidenden Maßnahmen, die die Herrschaftsverhältnisse stabilisieren und fortführen sollen. Weltweit stellen sich jedoch immer mehr Menschen gegen diese Entwicklung und ihre Ursachen. Das kapitalistische Geschäftstreiben zu blockieren, nicht mitzumachen, den



Quelle: Privat

Machteliten gegenüber ungehorsam zu sein und auch durch direkte, widerständige Aktionen sich den Ausbeutungs-, Zerstörungs- und Verelendungsprozessen in den Weg zu stellen, hat sich unter anderem das Blockupy-Bündnis zur Aufgabe gemacht. Die Blockadeaktionen gegen die Schlachtfabrik in Wietze wie auch die zeitgleich durch das Aktionsbündnis Mastanlagen Widerstand errichteten Blockaden beim Wiesenhof-Schlachthof in Möckern (Sachsen-Anhalt) fanden im Rahmen der europaweiten Mai-Aktionstage von Blockupy statt. Das Bündnis für Tierbefreiung wie auch das Aktionsbündnis Mastanlagen Widerstand sehen sich als Teil der emanzipatorischen Kämpfe, die eine radikale Veränderung der Gesellschaft herbeiführen wollen, in der wahre Bedürfnisse, nicht Wachstum und Gewinn zur Grundlage des Handelns gemacht werden und in der alle – ob Mensch oder Tier – in Freiheit und gegenseitigem Respekt leben können.

„Schlachthöfe BLOCKUPYieren und in herrschaftsfreie Arbeitsstätten umwandeln!" stand dementsprechend als dringliche Forderung und Ziel auf einem Schild, das von innen an das Heckfenster des Autos angebracht war, das am Montag gegen 05:30 Uhr den Hauptzufahrtsweg (Westtor) der Rothkötter-Schlachtanlage in Wietze blockierte. In dem Wagen hatten sich zwei Aktivistinnen mit ihren Armen in zwei Rohren eines Betonklotzes, der in dem Auto eingelassen war und auf der Straße aufsetzte, mit Schlössern festgekettet. Andere Infoschilder am Auto setzten an dem Blockupy-Hashtag Solidarität an und forderten diese für alle Unterdrückten und Ausgebeuteten – Menschen wie Tiere – ein oder machten nochmals darauf aufmerksam, dass hinter der Ausbeutung das Kapital steht. Auch wurden mit Farbe und Pinsel Botschaften auf dem Auto hinterlassen wie „Freiheit für alle!". Ein besonderes Schild, das hinter dem Scheibenwischer des Wagens geklemmt war, richtete sich an den Kooperationspartner des Kapitals, an das LKA, das vor zwei Jahren den Polizeispitzel Ralf Gross in die Aktionsgruppe einschleuste, mit dessen Hilfe die Polizei die ersten zwei geplanten Blockadeaktionen in Wietze im vergangenen Jahr verhinderte.

Die Blockade wurde am Hauptzufahrtsweg verstärkt durch einen Aktivisten, der sich mit seinem Hals und einem Bügelschloss an eine herangefahrene Sattelzugmaschine hängte und diese damit auf der Höhe der Blockade stoppte und als Blockademittel einsetzte. Die Ankettung an einen Entsorgungstransporter auf der anderen Seite der Zufahrt misslang später, als der Fahrer trotz des Einsatzes von Aktivist*innen und anderer Personen, die sich ihm in den Weg stellten, weiterfuhr und die Security-Mitarbeiter des Rothkötter-Konzerns die Aktivist*innen wegzerrten. Die nicht-angeketteten Aktivist*innen blockierten den Hauptzufahrtsweg die Zeit über mit Transparenten, auf denen zum Beispiel zu lesen war „Rothkötter macht mit: Zerstörung von Mensch, Tier und Natur im Akkord!" und „Umweltzerstörung und Tierausbeutung unmöglich machen". Andere Aktive unterstützten die Festgeketteten als Bezugspersonen, dokumentierten die Aktion, hielten den Kontakt zum EA aufrecht oder waren als Ansprechpartner*innen für die Polizei, für die Arbeiter*innen und für die Medien, die ab etwa 10:30 Uhr vor Ort waren, tätig. Als kurz nach ihrem Eintreffen die nicht-angeketteten Aktivist*innen von der Polizei geräumt werden sollten, bildeten diese spontan eine Sitzblockade, die schließlich von der Polizei unter den Sprechchören der Blockierer*innen gewaltsam aufgelöst wurde.

Der Schlachthof konnte nur dadurch effektiv blockiert werden, dass zeitgleich an der Nebenzufahrt (Osttor) ebenfalls eine Blockadeaktion stattfand. Dort hatten sich zwei Aktivisten mit ihren Armen in Rohren mittels Schlössern befestigt, die in einem Betonfass eingebracht waren, auf dem „Tiere sind keine Ware" geschrieben stand. Zusätzlich wurde das Tor mit einer Kette verschlossen. Auch hier nahmen Aktivist*innen an



Quelle: Gustav Pursche, visuel rebellion



Quelle: Gustav Pursche, visuel rebellion



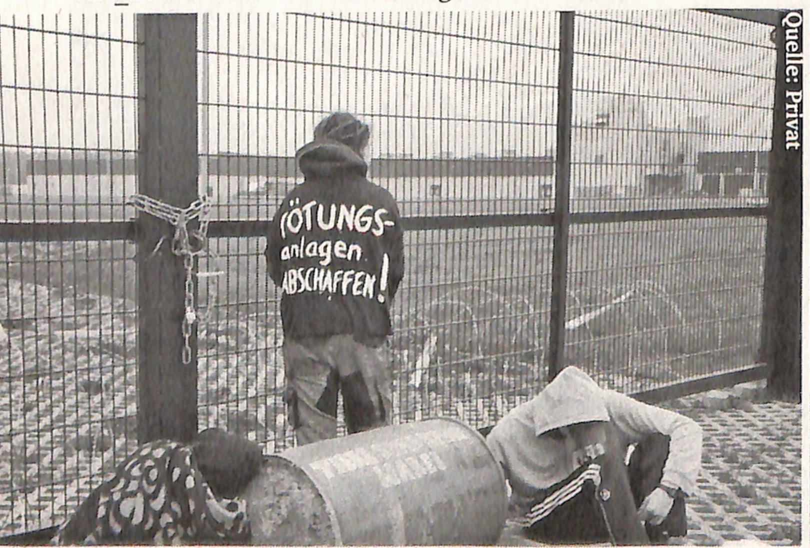
Quelle: Privat

der Blockadeaktion teil, die unterstützende Aufgaben übernommen hatten. Die Blockade am Osttor wurde gegen 11:00 Uhr durch das Eingreifen der Technischen Einheit der Polizei und des Einsatzes eines Krans, mit dem das Betonfass angehoben wurde, beendet – dies unter einem erheblichen Risiko für die Angeketteten, sich dabei zu verletzen. Der Aktivist, der sich am Westtor an den Sattelauflieger angekettet hatte, wurde zuvor bereits mit einem hydraulischen Bolzenschneider entfernt. Zuletzt wurde, nach einigen Beratungen der Technischen Einheit, am Westtor das Auto mit dem Betonklotz und den zwei Angeketteten mittels Spanngurten, die unter den Klotz und über das Auto gezogen wurden und unter das Auto angebrachte Rollen von Polizeikräften von der Straße geschoben. Gegen 12:30 Uhr, sieben Stunden nach Aktionsbeginn, war die Blockadeaktion durch die Polizei gestoppt und das Töten und die Ausbeutung in der Schlachtfabrik ging nun ungehindert von statten.

In Möckern blockierten 40 Aktivist_innen die Zufahrtswege der Schlachtfabrik. Sechs der AktivistInnen waren an drei Betonfässer gekettet. Weitere AktivistInnen kletterten auf Traversen (quer gespannte Seile) zwischen den Bäumen an den Zufahrten, um die Durchfahrt der LKWs zu verhindern. Rund um die Schlachtfabrik in Möckern befinden sich eine Brüterei der PHW Gruppe (Marke Wiesenhof) und ca. 40 Mastanlagen, die als Zuliefererbetriebe für die Schlachtfabrik dienen. Dieser Ort, der das ganze brutale Ausmaß der systematischen Fleischproduktion verdeutlicht, stellte für die AktivistInnen einen geeigneten Ort da, um mit ihrer Blockadeaktion auf den fatalen Umgang von Menschen mit Tieren aufmerksam zu machen. „Wenn sich 40 Menschen in diesem Moment dem Schlachtbetrieb und dem weiteren Töten in den Weg stellen, können sie für einen Moment eine Maschinerie aufhalten, die im Akkord Lebewesen tötet und zur Ware, zum Produkt machen soll.Eine Maschinerie, die keinerlei Rücksicht auf Individuen nimmt und niemals deren Verlangen nach einem glücklichen Leben gerecht werden kann“, hieß es in einem Redebeitrag der AktivistInnen.

Während sich Wiesenhof nicht zur Blockade äußerte, kündigten die Polizeikräfte bereits kurz nach der Ankunft an der Schlachtfabrik an, ein Eingreifen nicht für notwendig zu erachten. Entgegen dieser Aussage wurden elf Polizeiwägen mit Räumgeräten und 120 PolizistInnen an den Protestort gebracht. Nach ca. neun Stunden begann die Polizei schlussendlich mit der gewaltvollen Räumung. Die UnterstützerInnen der blockierenden AktivistInnen wurden wiederholt nach ihren Personalien befragt, akribisch abgefilmt und erhielten bei Beginn der Räumung mündliche Platzverweise für das gesamte Stadtgebiet Möckerns.

Schlachthöfe gehören zu den Orten, an denen die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die ihnen anhaftende Ausbeutung und Gewalt und deren Verschärfung angesichts der gegenwärtigen Krise gegenüber den betroffenen Tieren und Menschen sowie der Natur brachial durchgesetzt werden. Im Zuge der Durchsetzung der Profitinteressen der sogenannten „Nutztier“-Industrien wie beispielsweise der „Geflügel“-Wirtschaft und der Kapitalkonzentra-



Quelle: Privat



Quelle: Gustav Pursche, visuel rebellion





Quelle: Privat



tion wurde ein System geschaffen, innerhalb dessen alle Vernutzungsprozesse in den Brütereien, den Mastanlagen, dem Transport bis hin zu den Schlachtfabriken rationalisiert, intensiviert, noch effizienter und damit gewinnbringend für die hinter diesem System stehenden Konzerne wie die Rothkötter Unternehmensgruppe und die PHW-Gruppe gestaltet wurden – mit furchtbaren Auswirkungen für Tier, Mensch und Natur: Das Leid der Tiere, das ihnen durch ihre Gefangenhaltung, ihre gewaltsame, farbrikmäßige Zucht und Mast, ihren Transport zu den Schlachthöfen nach einem Monat Leben und ihre Tötung in der Schlachtfabrik entsteht, ist unerträglich und nicht zu beschreiben (Die Haltung und Tötung der Tiere unter sogenannten extensiven Bedingungen in der „bäuerlichen Landwirtschaft“ oder in „Bio-Höfen“ und „Hausschlachtungen“ und ähnlichem, ändern übrigens nichts an dem Unrecht des gewaltsamen Eingreifens in das Leben der Tiere, der Aufhebung ihrer Selbstbestimmung und Freiheit und letztlich nichts an ihrer Tötung und werden von dem Bündnis für Tierbefreiung nicht minder scharf kritisiert und abgelehnt.). Die Belastung der in den Betrieben arbeitenden Menschen, ihre intensivierte Ausbeutung und Entfremdung durch Niedriglöhne, durch ihre Beschäftigung mittels teilweise nur Werkverträgen, durch ihre arbeitsteiligen Handlungen vom Töten, Zerlegen, Be- und Entladen bis hin zum Transport im Akkord und durch das von ihnen geforderte Sich-unempfindlich-Machen gegenüber dem Leid der Tiere ist immens. Nicht minder repressiv sind die mit der Fleischproduktion verbundenen Herrschaftsverhältnisse gegenüber Menschen aus kolonialistisch unterworfenen Ländern. Nicht zuletzt machen sich auch die negativen Auswirkungen der industriellen Tierhaltung für die Umwelt und das Klima durch Treibhausgasemissionen, Wasserverschmutzung und genmanipulierte Futtermittel verstärkt bemerkbar.

Es sind somit alle emanzipatorischen Bewegungen und politischen Kämpfe aufgerufen, sich dem Widerstand anzuschließen, die Proteste fortzuführen und gemeinsam daran zu arbeiten, Schlachthäuser, Ställe und andere Tierausbeutungsbetriebe in gewalt- und herrschaftsfreie Räume umzuwandeln, in denen keine Tiere gefangen gehalten, vernutzt und getötet und keine Menschen ausgebeutet werden, sondern in denen Menschen nach ihren wahren Bedürfnissen, selbstorganisiert und mit Hilfe des gemeinsamen Besitzes an den Produktionsmitteln arbeiten, ohne dabei die Umwelt zu zerstören und Tiere zu benutzen!

Aktionscamp gegen Tierfabriken bei Nienburg

Der Fleischkonzern Wiesenhof will seinen Schlachthof in Holte/Wietzen erweitern, um dort zukünftig täglich 250.000 Hühner schlachten zu können. Wie bereits im letzten Jahr soll das Camp soll als Plattform für möglichst kreative Aktionen dienen. Um einen langfristigen Druck gegenüber Wiesenhof aufzubauen und ihn zu der Schließung der Schlachtfabrik zu bewegen.

Du hast Lust auf Aktionen gegen Wiesenhof, spannende Vorträge und ein paar tolle Tage mit Sommer, Sonne, netten Menschen und Lagerfeuer? Dann bist du herzlich eingeladen zum Aktionscamp gegen Tierfabriken vom 6. bis 10. August 2014 in Asendorf bei Nienburg!

Es erwarten dich kreative und widerständische Aktionsformen, bei denen für jede_n etwas dabei sein dürfte. Außerdem wird es viele spannende workshops und Vortäge geben, wie zum Beispiel eine Lesung mit Hilal Sezgin und ein Pressearbeits- und Rhetorikworkshop. Damit auch der Spaß nicht zu kurz kommt wird es auch ein kulturelles Rahmenprogramm geben, zum Beispiel Lagerfeuerabende mit Liedermacher_innen. Wenn du möchtest kannst du dich auch gerne mit deinen eigenen Ideen einbringen.

Es wird keine feste Teilnahmegebühr geben, weil deine Teilnahme nicht am Geld scheitern soll. Wenn du allerdings genug Geld hast, kannst du das Camp gerne freiwillig mit deiner Spende unterstützen.

Weitere Infos findest du unter aktionscampgegentierfabriken.blogsport.de Für Fragen oder deine verbindliche Anmeldung kannst du dich an acgt@riseup.net wenden.

Wir freuen uns auf dich!

Möglichkeiten und Grenzen des Zusammenkommens politischer und rebellischer Gefangener

Oliver Rast

Vom Gefangenenrat zur Projekt-Idee einer Gefangenen-Union – Ansätze einer rebellischen Gefangenenbewegung

In den vergangenen 40 Jahren existierten mehrere (kurzlebige) Initiativen der Organisierung von Inhaftierten. Es bedarf allerdings eines gewissen archäologischen Aufwandes, frühere Projekte an die Erdoberfläche zu heben. Die Initialzündung einer Anti-Knastarbeit in der Ära der Nach-68er-Bewegung setzte mit der Mobilisierung gegen die Inhaftierung eines SDS-Aktivisten im oberfränkischen Ebrach Mitte 1969 ein. Legendär wurde das Ebracher Knastcamp, auf dem sich einige spätere Aktivistinnen der militanten und bewaffneten Linken tummeln sollten. Zu Beginn der 1970er Jahre pulsierte in den bundesrepublikanischen Knastanlagen die Renitenz der Inhaftierten fühlbar. Die verstärkten Unmutsäußerungen aus den Knästen der Jahre 1972/1973, die sich als praktische Kritik und mitunter aufrührerisch gegen den Strafvollzug der BRD manifestierten, führten nicht nur zu einer erhöhten Presseresonanz, sondern zu Bestrebungen, den Inhaftierten eine autonom organisierte Stimme zu geben.

Der GR und der „militante Kompromiss"

Die Motivation zur Gründung des (Frankfurter) Gefangenenrats (GR) im Herbst 1973 resultierte zum einen aus der Existenz verschiedener Roter und Schwarzer Hilfen und der Bildung der Komitees gegen Folter, sowie zum anderen aus der Beobachtung der Zunahme internationaler Knastrevolten seit dem Beginn der 1970er Jahre.
Den Beginn des GR und deren Zusammensetzung benennen die Anti-Knast-Aktivistinnen in der ersten Nummer ihres Blatts Nachrichtendienst (ND) vom Dezember 1973:
„Wir sind eine Gruppe von entlassenen Strafgefangenen und ehemaligen Inhaftierten der psychiatrischen Haftanstalten. Wir haben in Frankfurt einen lokalen Gefangenenrat gebildet. In verschiedenen Anstalten haben sich uns Gruppen angeschlossen, die dort innere Gefangenenräte errichten."
Grundsätzlich wurde von den GR-AktivistInnen die Zweiteilung von politischen und sozialen Gefangenen verworfen. Mit dieser Unterscheidung werde einer Hierarchisierung innerhalb der Population der Inhaftierten nicht nur Vorschub geleistet, sondern diese auch zementiert. Vorzugsweise dann, wenn anhand der Frage der Isolationshaft ein „Vorrecht" in der Solidaritätsarbeit gegenüber politischen Gefangenen abgeleitet wird, obwohl der knastinterne Isolationismus gleichermaßen renitente soziale Gefangene betrifft.

Der GR fokussierte – nicht ganz ohne Koketterie – ausdrücklich auf das inhaftierte Lumpenproletariat. Damit sollte ein klassenspezifischer Gegenpol zum vermeintlich kleinbürgerlich-studentischen Inhaftierten, der sich in Gruppenstrukturen der militanten oder bewaffneten Linken organisierte, geschaffen werden. Damit wird auch erklärt, dass sich die „kriminellen" Gefangenen auf ihre eigenen Kräfte besinnen müssen, um selbstorganisiert zu einem Faktor werden zu können.
Der innere GR gab sich in politischer Hinsicht betont dezent. Die Aktivisten der Knast-GRs rechtfertigten dies damit, dass sie größtenteils mit apolitischen Insassen zu tun hätten. Eine „linkslastige" Orientierung, mit der zumindest ein Emanzipationsgedanke transportiert werden konnte, war den „Rats-Mitgliedern" nicht abzusprechen, auch wenn das Einfallstor eines dubiosen politischen Neutralismus weit offen stand.
Ein deutlich zu vernehmender Radikalisierungskurs des GR präsentierte sich in einem Beitrag mit dem Titel „Die drei Schritte der Gefangenenbewegung". Einleitend heißt es in Abgrenzung zur (akademischen) sog. Randgruppenstrategie:
„Die Gefangenenbewegung beginnt mit den Querulanten. Wir wollen das ausdrücklich feststellen, um denen entgegenzutreten, die sie mit den betreuerischen Einflüssen der Studentenbewegung beginnen lassen, und außerdem, um auf die Entgegengesetztheit beider Bewegungen hinzuweisen."
„Die Anfänge der Gefangenenbewegung setzen im Großen fort, was Erfahrung des Widerstands der Querulanten war: die hoffnungslosen juristischen Gefechte, die nur einen Sinn als Sabotage der Justizmaschinerie haben und auch zuletzt von den meisten Aktiven so gehandhabt wurden." Und diese im Querulantischen liegenden Momente von Sabotage erzielte man durch eine „punktuelle Überlastung des Apparates" infolge von „massenhafte[n] Beschwerden und Anzeigen." Aber auch das stieß insofern wiederum an seine Grenzen, wenn die Anstaltsbürokratie im Verbund mit der Juristerei systematisch dazu überging, bspw. Strafanzeigen unbearbeitet im Papierkorb verschwinden zu lassen.
In der letzten Phase der Relevanz des GR standen sich zwei Positionen gegenüber, die sich nur schwerlich vermitteln ließen. Zum einen orientierte der „pragmatische Flügel" auf einen linksliberalen, menschrechts- und rechtsstaatlichen Diskurs, mit dem eine „Humanisierung des Strafvollzugs" erwirkt werden sollte. Zum anderen tendierte der „Sozialrevolutionäre Flügel" auf einen militarisierten Konfrontationskurs innerhalb und außerhalb der Knäste. Der GR lähmte sich in dem Spannungsfeld zwischen „Gefangenen-Miliz und Knast-Karitas" faktisch selbst.
Neben den innerstrukturellen Unvereinbarkeiten der Positionen hinsichtlich der politischen Ausrichtung unterlag der GR letztlich den

repressiven Penetrationen der Verfolgungsbehörden. U. a. wurde der § 129 ins Feld geführt, mit dem der GR zu einer „kriminellen Vereinigung" stigmatisiert werden sollte. Diese Repressionswelle konnte vom strukturell und personell nicht sonderlich stark aufgestellten GR kaum effektiv abgeblockt werden, zumal die Solidarisierungsbasis zu schmal war, um eine breit angelegte Kampagne zu entfalten.

Einschub: Ein Aktionsprogramm für gefangene Arbeiterinnen?

Oftmals wird die Ignoranz politischer Gefangener gegenüber der überwiegenden Mehrheit der Inhaftierten angeführt. Dabei wird vernachlässigt, dass sich politische Gefangene keineswegs vordergründig mit einem elitären Habitus durch die Knastzeit bewegten.
Das von Ulrike Meinhof verfasste „Provisorische Kampfprogramm für den Kampf um die politischen Rechte der gefangenen Arbeiter" (1974) stellt ein recht frühes Dokument von politischen Gefangenen dar, die Trennlinien zwischen einzelnen Gefangenengruppen aufzuweichen. Dieses Aktionsprogramm aus der Feder der Mitbegründerin der RAF verschwand nach dem dritten kollektiven Hungerstreik politischer Gefangener und dem Tod von Holger Meins recht schnell in der Schublade, sodass eine breitere Diskussion über die Aspekte einer Sammlungsbewegung von Gefangenen über „Statusgrenzen" hinweg ausblieb. Ein Fehler.

Gedankenspielerei um eine Gefangenen-Union

Die seit 2005 bestehende Interessenvertretung Inhaftierter (Iv.I) ist als ein selbstorganisierter Kreis von agilen Gefangenen aktuell der einzige Ausdruck einer Organisierung hinter Gittern. Deren Reichweite ist aber bislang deshalb arg begrenzt, weil die Iv.I zu wenigen Gefangenen bekannt ist. Es ist auszuloten, inwiefern sich diese Vertretungsform von und für Gefangene zu einer entschieden auftretenden basisgewerkschaftlichen Initiative ausbauen lässt.
Die Projekt-Idee einer Gefangenen-Union tendiert in eine ähnliche Richtung. Der Versuch der praktischen Umsetzung einer basisgewerkschaftlichen Selbstorganisierung, die nicht von der sog. Gefangenenmitverantwortung gedeckt ist, dockt an Überlegungen aus den 1980er Jahren an, die allerdings das (folgenlose) Entwicklungsstadium nicht verlassen haben. Trotz dieses frühzeitigen Versackens dieser Versuchsprojekte kann es nur hilfreich sein, die damaligen Erfahrungswerte zusammenzutragen, um nach Anknüpfungspunkten zu suchen.
Der Knast ist seitens der Inhaftierten bislang ein gewerkschaftsfreier Raum; ein Raum, in dem selbst das nach bürgerrechtsstaatlichen Kriterien garantierte Koalitionsrecht außer Kraft gesetzt scheint. Aufgrund dieser nicht existenten basisgewerkschaftlichen Selbstorganisierung für Gefangene fällt ein wesentlicher Schutzraum und Aktionssektor weg. Die Verwirklichung dieses Unionsgedankens steht und fällt damit, ob es von den beiden klassenkämpferischen basisgewerkschaftlichen Dachverbänden, der Freien Arbeiterinnen-Union (FAU) und der Industrial Workers of the World (IWW), ein erklärtes Interesse gibt, eine Sektion von sich selbstorganisierenden Inhaftierten aufzumachen.
Die in den vergangenen Jahrzehnten gemachten Erfahrungen mit den Einzelgewerkschaften des DGB zeigen, dass Menschen, die sich auf den untersten Stufen der Sozial-Skala befinden, in der sozial- und christdemokratisch dominierten sog. Einheitsgewerkschaft keine Betätigungsmöglichkeiten finden.
Es ist nicht wegzureden, dass das knastspezifische Standbein einzelne Gefangenengruppen nicht umfassen kann. Dieser Ausschluss steht einem Ansatz einer alle Inhaftierten einschließenden Gefangenen-Union entgegen. Stimmt, aber es ist nicht vermittelbar, bspw. notorische NS-lerInnen oder Pädophile in einem solchen Projekt agieren zu lassen.
Zu besprechen ist, inwiefern die geringen personellen und infrastrukturellen Kapazitäten, die sich auf diverse JVAs sowie Anti-Knast-Gruppen und Solidaritäts- bzw. Antirepressionsorganisationen verteilen, zusammengelegt werden sollten, um abgestimmter und gemeinsamer auf der öffentlichen Bildfläche zu erscheinen.

Einschub: Ringvereine als beispielhafte Vorlage?

Der „Reichsverein ehemaliger Strafgefangener" gründete sich 1890 in Berlin. Bekannter sind die sich in dessen Nachfolgerschaft sehenden sog. Ringvereine, die vor allem in den 1920er Jahren ihren Höhepunkt erreichten. Zu den Zulassungsbedingungen und Aufnahmekriterien dieser „Verbrechersyndikate" gehörte eine mindestens zweijährige abgesessene Zuchthausstrafe, die durch die Entlassungspapiere zu dokumentieren war. In den Ringvereinen sammelten sich die bevorzugten „Berufsgruppen" des (organisierten) Verbrechens wie Hehler, Diebe, Schränker, Einbrecher. „Bewerbern", in deren Strafregistern Mord oder sexualisierte Gewalt notiert waren, wurde eine Mitgliedschaft versagt.
Der Ehrenkodex, der u.a. eine unbedingte Verschwiegenheit von jedem Mitglied einforderte, schaffte die Basis des innigen Zusammenhalts der „Ringbrüder" untereinander. Diese Zusammengehörigkeit hatte sich vor allem während der Inhaftierung eines Mitglieds eines Ringvereins zu beweisen. Nicht nur die intensive freundschaftliche Betreuung des gefangenen Mitglieds, seine materielle und finanzielle Absicherung im Knast, sondern auch die Rundum-Versorgung seiner Familie galten als Selbstverständlichkeit.
Zu den widersprüchlichen Seiten der Ringvereine zählt, dass diese innerhalb des „kriminellen Milieus" eine gewisse Ordnungsfunktion übernahmen und bspw. den Aktionsradius der von ihnen als „Ratten" betitelten Parallelstrukturen eindämmten.
Mit der Machtübertragung an die Nazis wurden die Ringvereine zum 1. Januar 1934 für aufgelöst erklärt. Das gleichzeitige Inkrafttreten des bis heute bestehenden Gesetzes zur sog. Sicherungsverwahrung wurde insbesondere auf die Mitglieder der Ringvereine angewendet. Viele von ihnen fanden sich im KZ-Lagersystem der Nazis wieder. Eine Reorganisierung der (Sub-)Kultur der Ringvereine nach 1945 scheiterte recht kläglich, sodass ein direkter Anschluss an ein traditionsbeladenes Syndikatswesen sozusagen zeitig bankrott ging.

Rubrik: Knast
Artikel für diese Rubrik kannst du bis zum 24.10.14 einsenden. Beiträge von (ehemaligen) Gefangenen sind sehr willkommen. Das grüne blatt ist für Gefangene kostenlos. Falls du von interessierten Gefangenen weißt, immer her mit den Adressen.
Kontakt: knast@gruenes-blatt.de

Es ist eine Gratwanderung, nach Elementen aus dem Spektrum der Ringvereine zu suchen, die für Linksradikale als „anschlussfähig" gelten können. Zu den Ambivalenzen gehört schlussendlich, dass eine Verschränkung von mafiosen Milieus mit staatlichen Stellen ebenso typisch ist wie eine „kriminelle" Selbstversorgungsstruktur als „Solidargemeinschaft", die aus der klassenspezifischen Unterprivilegiertheit der Beteiligten resultiert.

Von der Internationalen Roten Hilfe zur rote hilfe international – Ansätze einer politischen Gefangenenbewegung

Die seit 2000 existierende Kommission für den Aufbau der roten hilfe international (rhi) orientiert sich an der Internationalen Roten Hilfe (IRH). Die IRH, die zwischen 1922 und 1943 wirkte, konnte in der Zeit ihres Bestehens u.a. durch die Anprangerung der rassistischen Klassenjustiz in den USA oder die Unterstützung der Verfolgten des weißen Terrors in China und der repressierten proletarischen Bewegung in Bulgarien Höhepunkte der internationalen Solidarität setzen.

Klassensolidarität und Einheitsfront in der Politik der IRH

Die IRH als Organisation einer (revolutionären und proletarischen) Einheitsfrontpolitik kann als ein bedeutendes Beispiel der (aktiven) Solidarität mit den proletarischen, revolutionären und politischen Gefangenen in allen Erdwinkeln betrachtet werden. Von den Leitungsgremien und Aktivistinnen der IRH wurde viel Wert darauf gelegt, dass die IRH nicht mit einer „philanthropischen Hilfsorganisation" verwechselt werden konnte.

Der erste Paragraf des im 1928 angenommenen IRH-Statuts gibt den Entstehungshintergrund und die politisch-ideologische Grundausrichtung der IRH wieder. Danach „[ist] das Entstehen und Wirken der IRH eng mit den von den ausgebeuteten Klassen und unterdrückten Völkern gegen die kapitalistische Willkürherrschaft geführten Befreiungskämpfen verbunden."

Eine parteipolitische Engführung sollte von Beginn an vermieden werden, ohne allerdings den klassenspezifischen Standort zu verleugnen. Die IRH „führt", so die engagierte Position, „einen ständigen Kampf gegen den weißen Terror, gegen den Faschismus, gegen die bürgerliche Klassenjustiz, gegen das Lynchen, für das Asylrecht der politischen Flüchtlinge."

Die IRH konnte zu hunderten nationalen und internationalen, breit angelegte Antirepressionskampagnen aufrufen und Kooperationen der proletarischen Klassensolidarität u.a. mit der Internationalen Arbeiterhilfe (IAH) von Willi Münzenberg eingehen.

Die rhi als Nukleus für politische Gefangene weltweit

Der Vorlauf der rhi geht auf eine Initiative der politischen Gefangenen aus den Kämpfenden Kommunistischen Zellen (CCC) und deren Angehörigenorganisation APAPC zurück. 95 kommunistische, anarchistische, antifaschistische und antiimperialistische Gefangene aus verschiedenen europäischen Ländern bildeten die „Plattform des 19. Juni 1999, mit der Eckpunkte für revolutionäre (Langzeit-)Gefangene formuliert wurden.

Bestandteile dieses Eckpunktekatalogs waren u.a. die Freilassung der haftunfähigen Gefangenen, die materielle Unterstützung der Gefangenen und eine aktive internationale Solidarität im Rahmen von Gefangenenkämpfen (z.B. Hungerstreiks). Des Weiteren erfolgte eine Fixierung der Leitlinien der Gefangenen-Plattform, die u.a. das Solidaritätsprinzip („Solidarität ist eine Waffe", „Ein Angriff gegen eine/n von uns ist ein Angriff gegen uns alle!"), das Revolutionsprinzip („Man hat das Recht zur Revolte!", „Ohne Gerechtigkeit kein Friede!") und das Prinzip der politischen Unbeugsamkeit („Weder Reue noch Kapitulation!") in den Vordergrund stellten.

Es ist leider häufiger zu beobachten, dass die Tatkraft, die bei Aktivistinnen und Solidarischen durch eine Aufwärtsbewegung im Antirepressionskampf ausgelöst wird, eher durch Vorgänge im Inneren als durch Interventionen von außen blockiert wird. Der rhi-Auftakt blieb von solch einer Entwicklung gleichfalls nicht verschont.

In der Konzeption der rhi wird den gefangenen Genossinnen ein hoher Stellenwert eingeräumt. Ausdrücklich wird von der rhi-Kommission erklärt, dass „[...] [wir] die revolutionären Gefangenen als kämpfenden und wertvollen Teil der revolutionären Bewegung mit ein[beziehen]." Und vor dem Hintergrund der Anfang Juli letzten Jahres gestarteten rhi-Solidaritäts-Kampagne für den libanesischen kommunistischen Langzeitgefangenen Georges Ibrahim Abdallah wird optimistisch betont: „Wir denken, dass die Bedingungen für einen Prozess der Zusammenführung der Kämpfe der revolutionären Gefangenen gekommen sind."

So sympathisch und motivierend dieser Passus auch ist, gegenläufige Tendenzen können dem erwarteten (Zwischen-)Hoch im Prozess des Aufbaus der rhi einen Rückschlag erteilen. Wir unterliegen als radikale Linke zu regelmäßig der Versuchung, Situationen für die Umsetzung bestimmter Projekte für reifer zu halten als sie tatsächlich sind.

Ich halte es in diesem Kontext für unabdingbar, eine Diskussion über den Zustand des baskischen Gefangenenkollektivs zu führen, das sich offensichtlich fast geschlossen in einer Reuebekundung erging, um Aktivitäten aus dem Befreiungskampf für Unabhängigkeit und Sozialismus in Euskadi nachträglich zu denunzieren. Wir sollten nicht davor zurückschrecken, uns mit diesem „Sachverhalt" des zahlenmäßig größten Kollektivs politischer Gefangener in Westeuropa zu befassen. Vor allem dann nicht, wenn es um eine nachhaltige Stärkung an der politischen Gefangenenfront gehen soll.

Die politische Gefangenschaft ist ein Ausdruck der Existenz einer Fundamentalopposition, die sich phasenweise offensiv gegenüber den herrschenden Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse zeigt. Es liegt in der Funktion der Repressionsorgane des bürgerlichen Klassenstaates, bereits Anzeichen eines Nährbodens eines sich organisierenden radikalen Milieus trockenzulegen. Allein hieraus ist „[d]ie Notwendigkeit der Einheit gegenüber der bürgerlichen Repression" zu folgern, wie es in dem rhi-Vorschlag richtig heißt. Die Abwehr staatlicher Repression ist in den Kampf für eine gänzliche Umwälzung der herrschenden Verhältnisse eingeschlossen. In dieser Wechselwirkung agieren politische Gefangene als „Bewegungssplitter" der radikalen Linken.

Eine rebellisch-politische Zangenbewegung?

Im Gegensatz zu früheren Abschnitten der Knast(kampf)geschichte bestehen keine Kollek-

tivstrukturen politischer Gefangener in der BRD. Angehörige der migrantischen Linken, die vorrangig nach §129b (Mitgliedschaft in einer sog. ausländischen terroristischen Vereinigung) abgeurteilt wurden, werden in der überwiegenden Mehrzahl entweder der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) oder der Revolutionären Volksbefreiungspartei/-Front (DHKP-C) zugerechnet. Diese migrantischen politischen Gefangenen, hierzulande etwa einige wenige Dutzend, treten in der Haft nicht kollektiv auf und werden über Unterstützerinnen-Komitees (Azadi) oder die Rote Hilfe e.V. materiell und ideell getragen.
Auch die zumeist keine Handvoll zählenden nicht-migrantischen Linken in Haft agieren nicht in einem wie auch immer gesetzten kollektiven Rahmen, sondern äußern sich als inhaftierte politische Aktivistinnen einzeln u.a. über schriftliche Wortmeldungen. Eine hörbare Stimme erhalten sie im Einzelfalle über Soli-Komitees, die sich in der Hauptsache um die aktive Unterstützung der „persönlich-politischen Belange" des/der Inhaftierten bemühen.
Die Lage der rebellischen Gefangenen zeigt sich keinesfalls rosiger. Die soliden Berufsverbrecherinnen, die der (nicht nur literarischen) Figur der SozialbanditIn am nächsten kommen, bilden ein versiegendes Reservoir der Inhaftierten. Diese Umgruppierung bleibt natürlich nicht folgenlos, wenn die „Klassiker-Gilde" (Schwarzenberger) mehr ein Relikt der Vergangenheit in den Knästen ist, als einen lebendigen Faktor hinter Wachturm, Mauer und Nato-Draht darstellt.

Von einer kritischen Außenperspektive ausgehend, bildet eine interne Gefangenenorganisierung zuvorderst eine Art „Hilfe zur Selbsthilfe". Unter den Bedingungen des Knastregimes ist aber eine organisierte Selbsthilfe, die sich kleinteilig im Anstaltsalltag darbietet, nicht wertlos. Allerdings berührt eine solche organisatorische Ausrichtung noch nicht eine Infragestellung des Knastes an und für sich.

Nach der Betrachtung des aktuellen Standes hinter Gittern ist es angezeigt, den anvisierten Bewegungscharakter innerhalb der Knastanlagen zu relativieren, denn es dürfte angemessener sein, allenfalls von bewegungsähnlichen Tendenzen zu sprechen.

Was steht zur Themenwahl?

Die Frage ist nun, an welchen thematischen Strängen sich entlang zu hangeln ist, um ein Zusammenkommen rebellischer und politischer Gefangener zu versuchen.

Zwei Überschneidungspunkte fallen sofort auf: zum einen sind die Arbeitsverhältnisse in den Knastanstalten anzugehen. Die lächerliche Entlohnung, die Ausklammerung vom allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn, das Produzieren unter Missachtung von Arbeitsschutzrichtlinien - alles das liegt unbearbeitet vor uns. Zum anderen eröffnet sich ein weiter Bereich der permanenten Anstaltswillkür gegenüber den Inhaftierten, die zu skandalisieren und zu denunzieren ist.

Die zahlreichen Dokumentationen, die seitens der Iv.I seit Jahren vorgenommen werden, liefern ausreichend Material, um sich hier auch juristisch abgesichert einmischen zu können. Also: An diesen beiden Strängen ist beispielhaft gemeinsam zu ziehen, um Verknüpfungspunkte herzustellen.
Welche Schlussfolgerungen sind weiterhin zu riskieren, wenn wir uns die spezifischen Gegebenheiten in den bundesdeutschen Knasten vergegenwärtigen? Auch hier ist wieder von beiden Linien auszugehen:
Was die soziale Gefangenschaft in der BRD betrifft, ist der Fokus auf das (schwindende) Potential der „Klassiker-Gilde" zu legen. Bei jener ist am ehesten zu vermuten, „Restexemplare" von „SozialbanditInnen" aufzuspüren.
Was die politische Gefangenschaft in der BRD betrifft, ist der Fokus auf §129b-Gefangene aus der migrantischen Linken zu legen. Sie stellen zum einen die Mehrzahl inhaftierter politischer Aktivistinnen dar, und sie sind zum anderen einem System des institutionellen Rassismus ausgesetzt, der zudem auf die Zerschlagung fortschrittlicher Exilstrukturen zielt.
Berechtigterweise ist der Einwand vorzubringen, dass an dieser Stelle eine „avantgardistische Rolle" für rebellische (Langzeit-)Gefangene und politische Gefangene reklamiert wird. Damit geht einher, aus der Gefangenenmasse zwei kleine Segmente von (vermeintlichen) Protagonistinnen herauszubrechen. Dieser situationsbedingte „Sonderstatus" ermöglicht diesen Gefangenen, falls sie denn diese „Rolle" annehmen, moderierend und organisierend im Knastalltag aufzutreten, ohne dabei die Marotten eines Höhergestellten anzunehmen. Im „sozialen Leben" des Knastalltags schlagen „Überflieger", zumal wenn sie ohne größere Rückendeckung sind, sehr zeitnah auf dem Boden der Tatsachen auf.

Wo liegen letztlich die Hinderungsgründe für die Existenz einer Gefangenenbewegung und eines (breiten) solidarischen Umfeldes, die sich „drinnen & draußen" ausdrucksvoll in Szene setzen könnten? Die Fragmentierung innerhalb der Gefangenen-Population, die in den Knästen leicht feststellbar ist, ist - oh, Überraschung! - gleichfalls in den Solidaritäts- und Antirepressionsgruppen zu finden.
Es ist eine dreifache Vermittlungsübung erforderlich: Erstens muss innerhalb der Gefangenenschaft aus dem Inneren heraus die Notwendigkeit des Zusammenkommens erkannt werden; zweitens muss außerhalb der Knäste ein vermehrtes Interesse an der (politischen und rebellischen) Gefangenenfrage wahrzunehmen sein, und drittens muss zwischen den AkteurInnen drinnen und draußen ein gegenseitiger Austausch stattfinden. Zu guter Letzt braucht es ein Sprachrohr für eine derartige Fusionierung von Interessenlagen sozialer und politischer Gefangener. Nach Möglichkeit ist ein publizistisches Forum zu kreieren, das einerseits über einen hohen Verbreitungsgrad verfügt und andererseits einen Meinungspluralismus zulässt. Öffnen die Gefangenen Info (Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen), die Entfesselt (Anarchist Black Cross) und nicht zuletzt die Rote Hilfe Zeitung (Rote Hilfe e.V.) ihre Spalten für eine solche kontroverse Diskussionsrunde?

Öffnen die Gefangenen Info, die Entfesselt und nicht zuletzt die Rote Hilfe Zeitung ihre Spalten für eine solche kontroverse Diskussionsrunde?

Einschub: Einheit im Knast?

Warum sollte ausgerechnet der Knast ein Ort von Einheit sein? Liegt nicht vielmehr ein grundsätzlicher Konstruktionsfehler der „Einheits-Idee" allein schon darin, im fast ausnahmslos überwachten Mikrokosmos Knast Chancen von einheitlichem Handeln bei jenen erblicken zu wollen, die sich zu fügen und nicht zu regen haben? Und muss nicht aufgrund dieses Ur-Fehlers jeder weitere Schritt notwendigerweise ein fehlerhafter sein? Kann im Ergebnis etwas anderes stehen als: Irrweg - Organisierung fehlgeschlagen? Das Hauptinteresse aller (?) Inhaftierten liegt darin, den Knast möglichst schnell hinter sich lassen zu können, den Vollzug flott über die Bühne zu kriegen.
Um eine Einheit zu schaffen, dürfte sich eine zwanglose und in dem Sinne freiwillige Zusammenführung von Menschen als stabiler erweisen, als wenn die „akute Notlage" der Verknastung vorliegt.

Die Knast(kampf)geschichte und Tradition von Knastrevolten ist in der Rückschau keine Kette von kleineren, mittleren und größeren Erfolgsgeschichten, die sich nahtlos aneinanderreihen. Sie ist aber ebenso wenig eindimensional eine Ansammlung von drastischen Niederlagenserien. Sie ist voll von animierenden Widerstandsmomenten und ausgedehnteren Kampfetappen - was ermutigend sein sollte.
Wir können uns drehen und wenden wie wir wollen: staatliche Repression ist ein Kontinuum und wird uns als radikale Linke periodisch ereilen, solange wir einen (aktiven) Kontrapunkt zum realexistierenden Dreigestirn „Krise, Krieg und Kapitalismus" zu setzen verstehen.

Schlusswort

Als politische Gefangene haben wir einen realistischen Blick auf unsere eigene (Knast-)Situation zu werfen. Uns sind sprichwörtlich weitgehend die Hände gebunden. Mit unseren Wortmeldungen und Texteinwürfen haben wir aber immerhin die Option in der Hand, den Sensibilisierungsgrad gegenüber einzelnen sich zuspitzenden Entwicklungen in den internationalen Knastindustrien zu erhöhen. Ich habe den Eindruck, dass das insgesamt von gefangenen Genossinnen in der BRD zu wenig passiert.

Zwei „aktuelle Fälle" will ich erneut in den Vordergrund schieben:
In den kommenden Wochen erwarten die rebellischen und politischen Gefangenen in den griechischen Knästen ihre zwangsweise Verlegung in die sog. C-Typ-Isolationstrakte. Die Vorboten kündigen sich bereits jetzt an. Hiergegen wird sich eine knastinterne spektrenübergreifende Front aufbauen, in der sich u.a. kommunistische und anarchistische Gefangene koordinieren werden.
Seit einem dreiviertel Jahr unterliegen die beiden Gefangenen aus dem Aufbauprojekt der Kommunistischen Partei - politisch-militärisch (PCp-m) in Italien, Alfredo Davanzo und Vincenzo Sisi, einer totalen Zensur. Die Genossen Davanzo und Sisi haben sich seit ihrer Inhaftierung im Februar 2007 intensiv in die Debatten drinnen & draußen eingebracht bzw. einzelne initiiert. Mit dieser systematischen Unterbindung jeglicher Korrespondenz und Kommunikation sollen die beiden inhaftierten Aktivisten politisch buchstäblich ausgeschaltet werden.

Im Rahmen dessen, was umsetzbar ist: Solidarisiert euch!

Oliver Rast - § 129-Gefangener aus dem mg-Verfahren

Dieser Artikel wurde um etwa die Hälfte gekürzt.
Ganzer Artikel und mehr Infos:
solikom-olli.site36.net/

Post an:
Oliver Rast (JVA Tegel)
Seidelstraße 39
13507 Berlin

Wer hat Angst vorm blinden Mann?

Christian Vinke Ich befinde mich seit 2006 in Haft und wurde zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt.

Das Gericht stellte zudem die besondere Schwere der Schuld fest und ordnete zugleich die Sicherungsverwahrung an, obwohl diese neben einer lebenslangen Strafe keine vollstreckungsrechtliche Konsequenz hat.
Im Januar 2007 wurde ich in die JVA Celle verlegt. Dieses war der Beginn einer beispiellosen Hetzkampagne gegen mich. Ich habe mich seit Beginn meiner Haft gegen Willkür und Selbstherrlichkeit des Vollzuges gewehrt. Die gegen das System geführten gerichtlichen Verfahren sind zum großen Teil zu meinen Gunsten ausgegangen.
Im Januar 2010 hatte ich eine schwere Augenerkrankung, die dazu führte, dass ich fast vollständig erblindet bin. Meine Sehkraft liegt bei 2,5% links und unter 2% rechts. Ab 2% gilt man in Deutschland als blind.
Der Vollzug wird sich riesig gefreut haben, da er davon ausgegangen ist, dass ich mich nun nicht mehr wehren kann.
Aufgrund dieses Sehverlustes war ich plötzlich auf umfangreiche Hilfen angewiesen. Zunächst hat man sich auch etwas bemüht, mir zu helfen, doch als ich beantragt habe, dass mir ein Rechner mit Sprachsystem zur Verfügung gestellt wird, damit ich wieder selbstständig lesen und schreiben kann, begann der Terror erst richtig.
Die JVA wollte um jeden Preis verhindern, dass ich so ein Gerät erhalte. Somit musste ich mich an ein Gericht wenden. Zudem habe ich die Anerkennung als schwerbehinderter Mensch beantragt. Hierzu wurden Gutachten in Auftrag gegeben. Bei diesen Begutachtungen wurde ich von den JVA-Beamten begleitet, die dann jeweils das „Gespräch" mit dem Arzt gesucht haben, um diesem zu erzählen, dass er sein Gutachten auf keinen Fall so schreiben solle, dass ich daraus einen Anspruch auf einen Rechner herleiten kann.
Als das herauskam wurde ein neuer Gutachter bestellt. Das Procedere wiederholte sich jedoch, bis mir das Sozialministerium einen Rechtsan-

walt beiordnete, als Schutz vor den Beamten.

Der Staat hat mir also einen Rechtsanwalt zum Schutz vor dem Staat bezahlt.

Bei der nächsten Untersuchung, die dann im Beisein des Rechtsanwaltes stattfand und in einer richtigen Universitätsklinik, wurde eine 100% Schwerbehinderung festgestellt. Und es wurde festgestellt, dass ich zwingend auf einen Rechner angewiesen bin. Als das Gutachten eintraf, bin ich davon ausgegangen, dass die Sache nun endlich zu Ende geht. Doch es kam anders. Die JVA behauptete nun, ich könne noch „Speck in kleine Würfel schneiden" und würde angeblich Zeitung lesen und Spiele im Computerraum spielen. Natürlich war das alles gelogen, doch so erreichte die JVA, dass noch ein Gutachten in Auftrag gegeben wurde.
Mir wurde wieder ein Rechtsanwalt bezahlt, der mich begleitete. Nun fuhr man mich von Celle nach Gießen zur Untersuchung, natürlich komplett gefesselt und dies über 15 Stunden. Auch dieser Gutachter bestätigte das Vorgutachten, ließ sich aber von den falschen Informationen der JVA dazu verleiten, wieder weitere Untersuchungen in Auftrag zu geben.
Inzwischen dauerte das gerichtliche Verfahren bereits 3 Jahre an. Das Gericht hat nach dem diesem Gutachten jedoch einen Schlussstrich gezogen und der Rechner musste beschafft werden. In der Zwischenzeit hatte ich wieder zahlreiche gerichtliche Verfahren gewonnen.
Plötzlich hat die JVA behauptet, ich würde bedroht werden und müsste sofort verlegt werden. So wurde ich am 11.03.2013 in die JVA Wolfenbüttel verlegt. Die JVA Celle hat mir jedoch noch ein „Abschiedsgeschenk" mit auf den Weg gegeben:
Sie berichtete der neuen JVA, dass ich nur Ärger machen würde. Mein Rechner traf praktisch mit mir in der neuen JVA ein. Nun war ich wieder selbstständig. Ich konnte also wieder meinen Kampf gegen das System aufnehmen und habe auch anderen geholfen, ihre Rechte durchzusetzen.
Die neue JVA hat mich mit Disziplinarverfahren nur so überzogen. Der Vorwurf lautete regelmäßig, ich hätte „verbotene" Schreibhilfe geleistet. Inzwischen wurde ich hier mit 13 (!) rechtswidrigen Disziplinarverfahren überzogen. Bislang hat kein einziges einer gerichtlichen Prüfung Stand gehalten. Die erste Verfassungsbeschwerde habe ich auch bereits gewonnen. Das Verfassungsgericht hat bemerkenswerter Weise nur 4 Monate für seine Entscheidung benötigt, was sehr kurz ist. Es liegen aber noch über 10 weitere dort, von welchen das Gericht bereits 4 weitere zur Entscheidung angenommen hat.
Die JVA ging so weit und wollte mich sogar zwingen, Zellenarbeit zu verrichten, obwohl diese seit 1988 gesetzlich verboten ist. Um mich weiter zu terrorisieren sind sie so weit gegangen, dass sie sogar beim Finanzamt und beim Arbeitgeber meiner Freundin angerufen haben um diesen zu berichten, dass meine Freundin mich besucht. Vom Finanzamt wollten sie Auskünfte über eine selbstständige Tätigkeit meiner Freundin. Natürlich sind sie zu so etwas unter keinem rechtlichen Gesichtspunkt berechtigt, doch an gesetzliche Vorschriften halten sie sich grundsätzlich nicht.
Da sie inzwischen gemerkt haben, dass der Vorwurf der „verbotenen" Schreibhilfe nicht mehr funktioniert, behaupten sie neuerdings, ich würde sie beleidigen. Es gibt zwar niemals Zeugen dafür, doch sie schieben hier irgendwelche Beamte vor, die einfach etwas behaupten. Obwohl ich dergleichen stets bestreite und es sich um Aussage gegen Aussage handelt, bestrafen sie mich nun dafür und haben in der zuständigen Strafvollstreckungskammer auch jemanden gefunden, der sie tatkräftig unterstützt. Es ist einfach unglaublich.

Ich habe keine Möglichkeit, einer Beschäftigung nachzugehen, ich werde praktisch den gesamten Tag einfach nur eingeschlossen. Das hier dargestellte gibt nur einen ganz kleinen Teil der tatsächlich stattgefundenen Umstände wieder.

Bis mindestens 2025 muss ich dieses noch ertragen.

Die zahlreichen gewonnenen gerichtlichen Entscheidungen zeigen mir zwar, dass es sich lohnt zu kämpfen, doch es macht mir Angst, wie das System mit einem Blinden umgeht, der doch nur die Dinge beim Namen nennt. Der Staat hat schon lange die Kontrolle über die Systeme verloren, die Menschen werden für dumm verkauft und wehren sich nicht, auch das macht mir Angst. Das betrifft nicht nur dieses System, sondern gilt ganz allgemein.

15. April 2014:
Nachdem mir die JVA Wolfenbüttel die Aushändigung der aktuellen Ausgabe zunächst verweigert hatte und ich deswegen einen Antrag auf gerichtliche Entscheidung einreichen musste, hat die JVA sie mir aufgrund der bestehenden Informationsfreiheit nun doch ausgehändigt.

Über solidarische Zuschriften würde ich mich freuen. Unterstützer sind herzlich willkommen aber auch Anfragen von Gefangenen zum Thema Vollzug.

15. Mai 2014:
Die JVA Wolfenbüttel ht mich am 5.5. auf die Sichrheitsstation verlegt und setzt mich seitdem einer Einzelhaft aus.
Als Begründung führt die JVA an, ich hätte anderen Gefangenen geholfen, sprich Rechtsberatung betrieben. Deswegen müsse ich von allen Gefangenen getrennt sein und dies für unbestimte Dauer.

Wenig später eine Adressänderung:
Christian Vinke
Schnedebruch 8
31319 Sehnde

Antwort auf: Die neuen Berufsrevolutionäre – Eine Kritik.

arlo und apfelmus **Wer Polemik sät, soll Polemik ernten. Wir sind keine Berufsrevolutionär_innen oder selbstherrliche Nomad_innen, haben uns aber doch an einigem gestoßen, was Brunnengert in seinem - an Lenins ohnehin wenigen Haaren herbeigezogenen - Elitismusvorwurf schrieb. Bestimmt gibt es eine Menge berechtigter Kritik an der radikalen Umweltbewegung, was ihre Motive, Wirksamkeit, Methoden, Ziele und Organisation angeht. Doch eine Gruppe von Menschen, die beschlossen hat, ihr Leben der Veränderung zu widmen, welche sie sich in der Welt wünscht, und beim Versuch, diese herbeizuführen, gesellschaftliche Akzeptanz gegen Repression eintauscht, sollte sich als Letztes vor Menschen zu verantworten haben, denen ihre Ausbildung oder irgendwelche anderen Bequemlichkeiten wichtiger sind als der Schutz der Natur. Gesunde Verhältnisse zurück in die Welt zu bringen wird zweifellos noch viel mehr Entbehrungen mit sich bringen, als nur den Verzicht auf einige Bequemlichkeiten.**

Es existieren Verantwortlichkeiten, welcher sich die meisten der Nomad_innen entledigt haben (Kinder, fester Wohnort...). Sie sind nicht immer leicht aufzugeben (zumindest, wenn die Entscheidung bewusst getroffen wurde!) und sollten auch nicht alle aufgegeben werden - daran besteht kein Zweifel. Weshalb aber sollten die Menschen, die bereit oder fähig sind, etwas zu tun, es lassen? Aus Solidarität mit den Ohnmächtigen ohnmächtig bleiben? Bedeutet Solidarität und Verständnis für die Situation anderer, sich ihnen anzugleichen? Menschen haben verschiedene Fähigkeiten und Möglichkeiten. Sollen die Singdrosseln etwa aufhören, in den Süden zu ziehen, wenn es kalt wird, nur weil der Igel nicht mitfliegen kann? Dieser weiß sich dafür vor Ort richtig gegen die Kälte des Winters zu schützen. Ein Igel kann nun mal nicht wegfliegen. So haben auch Menschen bestimmte Fähigkeiten - manche sind determiniert, andere sind wandelbar. Die Einschätzung, was unabänderbar ist und was hingegen anpassbar ist, obliegt der_dem Einzelnen und ihrem_seinem Umfeld. Doch auch mit gewissen Einschränkungen ist es möglich und wichtig, politisch aktiv zu sein, gerade auch an dem Ort, an dem Menschen ihre Wurzeln haben. Wäre es nicht viel naheliegender, etwas gegen die Rodung des Waldes zu unternehmen, an dem man wohnt, als 500 Kilometer per Auto oder Bahn zum Hambacher Forst zu fahren?



Diskussionsbedarf besteht beim Kritikpunkt, was die Perspektive einer Gesamtumwälzung angeht. Viele Aktionen wirken in erster Linie intervenierend, während die Vermittlung einer Gesamtperspektive selten geschieht. Andererseits lässt sich auch fragen, wo denn die Perspektiven sein sollten, wenn nicht in direkten Aktionen, hier und da ein Holzpantoffel, der dem System zwischen die Zahnräder geworfen wird. In diesen Zeiten eine Gesamtumwälzung herbeizuführen scheint irgendwo aussichtslos. Eine ökologisch ausgerichtete Gesamtumwälzung erscheint noch aussichtsloser. An wen wenden wir uns? An die Arbeiterklasse? An die kritische Masse? Glaubt ihr, wenn genug Transpis vor den Kaufhäusern aufgehängt werden, dann wachen einige aus ihrem Konsumschlaf auf? Glaubt ihr, es hilft viel, ein einzelnes Kaufhaus anzuzünden? Wohl eher nicht. Es gibt Gründe, weshalb Menschen sich kleinere Ziele stecken, versuchen, das zu erreichen, was noch zu erreichen ist, oder sich gar nur noch auf die individuelle Lebensführung konzentrieren. Ob das wirksam ist oder nur der Selbstbeschäftigung dient, ist die andere Frage, die mensch sich vor und im Verlauf jeder Aktivität stellen sollte! Also durchaus eine berechtigte Frage, ob es um durchdachte Aktivität oder Selbstbeschäftigung geht, jedoch nicht an eine „Bewegung" gerichtet (da es eine solche „Bewegung der Berufsrevolutionär_innen" nicht gibt, sondern lediglich Ähnlichkeiten in der Lebensführung), sondern an einzelne dieser Berufsrevolutionär_innen.

Dass der Lebensstil einer Revolutionär_in (es sei dahingestellt, ob die Thematisierten tatsächlich welche sind!) in irgendeiner Weise „attraktiv" sein sollte, ist Unsinn. Darum geht es nicht. Gerade wer eine Umwälzung aller Verhältnisse - und erst noch in einem naturbewahrenden Sinne - fordert, sollte sich bewusst sein, dass ein derartiges Unterfangen mit viel Entbehrung, Arbeit, Zerstörung und Leid verbunden sein wird. Nicht die Arbeit der Revolutionärin sollte attraktiv sein, sondern das Danach, welches keiner Revolutionär_in bedarf (doch was tun dann jene, die sonst nichts mit sich anzufangen wissen, als zu stören?). Wenn Emma Goldman tanzen kann, ist es vermutlich niemandes Revolution. Dass dieser über Hunderte von Generationen erwachsene und alles vereinnahmende Moloch aus Technologie und Kapital mit einer attraktiven Lebensführung zu überwinden sein soll, ist ein schlechter Witz. Vielmehr ließe sich fragen, ob dies überhaupt noch möglich ist, wenn den meisten Menschen ihre Ausbildung in einem verwerflichen System, ihre stinkende Stadtwohnung und ihr „Wohlstand" an Gütern aus Sklavenarbeit und Naturzerstörung wichtiger ist, als die Fesseln zu durchbeißen. Und selbst dann

bleibt da noch immer die raffinierte, alles vereinnahmende Macht des Feindes, die fast jeden Angriff zum eigenen Produkt umzufunktionieren weiß, so dass ihr bis heute noch alle erlagen.
Zu guter Letzt möchten wir Brunnengert trotz vorschnellen Elitismus-, Ableismus- und Sexismusvorwürfen dafür danken, diese Diskussion angestoßen zu haben, denn sie ist nötig. Vielleicht meldet sich ja noch die eine oder der andere zu Wort.

Lieber (k)eine Revolution ?!?

Jes Im "grünen blatt" Nummer 64 findet sich auf Seite 66 (nach Angaben des Autors "Brunnengert") eine "Polemik" über die angeblich neue Elite innerhalb der radikalen Umweltbewegung mit dem Titel "Die neuen Berufsrevolutionäre - Eine Kritik.". Dabei wird auch explizit dazu eingeladen, die Diskussion fortzuführen. Etwas, das ich hiermit versuche.

Da wäre zu Anfang das Bild des "guten" Politaktivisten. Ich habe schon von vielen gehört, dass sie auch deswegen nicht aktiv sind, weil sie befürchten, den Ansprüchen der "Szene" nicht gerecht zu werden. Sei es in der Leistungserwartung, die sie sich selbst nicht zutrauen, im Verzicht, den sie sich selbst nicht leisten können oder wollen, aber auch in der Leidensfähigkeit, die ihnen Angst macht. Das dies Werte sind, die in der Szene oft hoch gehandelt werden, sehe ich genauso wie der Autor. Um das zu verdeutlichen, drei einfache Beispiele mit jeweils einem kurzen persönlichen Fazit.

Leistungserwartungen

Ich habe selbst erlebt, dass Menschen vorgeworfen wurde, dass sie sich zu viel ausruhen und sich zu wenig für die gute Sache oder auch für Reproduktionstätigkeiten engagieren. Wer es körperlich nicht hinbekommt, zwei Nächte nicht zu schlafen, im Ernstfall auch mal stundenlang körperlich zu arbeiten oder auch komplizierteste Texte zu verstehen, gilt als Faulpelz. Das wird selten direkt so gesagt, aber leider viel zu oft doch mitgeteilt. Warum aber sollte man eine Bewegung unterstützen, die jemensch mehr Leistung abverlangt, als dies ein geregelter Job tut? Gerade deswegen wäre ich dafür, mehr darüber nachzudenken, wie man etwas mit Menschen erreichen kann, ohne sie völlig zu überfordern. Es gibt keinerlei Notwendigkeit, so viel Leistung zu fordern.
Natürlich gibt es auch die Möglichkeit, dass sich einige Menschen wirklich nicht anstrengen, sondern es genießen, als Aktivist "nichts" zu tun. Das wird aber erst dann zum Problem, wenn sie andere zu Mehrarbeit nötigen. Und dagegen gibt es schon erprobte Widerstandspraktiken.

Verzicht

Es wird in der "Szene" wirklich erwartet, dass Menschen mit sehr wenig auskommen. Wenn schon der Bezug von Hartz4 als Reichtum gesehen wird oder der Kauf eines schönen, aber nicht nützlichen Dings als Verschwendung abgetan wird, bekomme ich Bauchschmerzen. Natürlich ist unser Konsum als Gesellschaft viel größer als vertretbar, aber ich finde es falsch, wenn man bestimmte Konsumgewohnheiten oder Wünsche an sich verurteilt. Jeder Konsumwunsch ist erst einmal O.K. Nur die Erfüllung des selbigen ist nicht unbedingt tragbar.
Dabei stellt sich natürlich die Frage, wer bestimmen darf, was zu viel ist und was nicht. Und pauschal ist es für mich auch nicht möglich. Denn ich kann es mir nicht vorstellen, nach bestimmten Dingen wie Tabak süchtig zu sein. Und auch wenn es natürlich ökologischer ist zu containern, ist es ein völlig anderes Gefühl je nachdem, ob man dies als Lebenseinstellung macht oder tun muss, weil man aus Armut keine andere Wahl hat.
Dazu kommen auch unterschiedliche Lebenserfahrungen. Ich zumindest empfinde es als etwas anderes, wenn jemand zum ersten Mal in seinem Leben fliegt, als wenn jemand früher schon oft geflogen ist.
Konsumkritik ist wichtig, aber auch dort wäre mir mehr Augenmaß lieber. Auch um mehr Menschen zu erreichen.

Leidensfähigkeit

Die dritte Eigenschaft, die man von der "Elite" erwartet, ist eine enorme Leidensfähigkeit. Eingesperrt sein ist kein Problem, von den Polizisten verhauen zu werden nur eine gute Geschichte und bei Minusgraden auf der Castorstecke zu sitzen ein Klacks. So erscheint es mir zumindest in einigen Erzählungen, zu denen ich auch selber neige. Es wäre schön, wenn man diese Leiden alle gleich erlebt, aber auch das ist Unsinn. Ich friere auch bei Null Grad kaum, während andere schon bei höheren Temperaturen trotz guter Kleidung extreme Schmerzen erleiden. Viele Mitglieder der radikalen Umweltbewegung leben vegan, um Leiden zu vermeiden. Warum gilt das dann nicht auch für Aktive?

Bei allen Punkten ist klar, dass Aktivismus manchmal Leidensfähigkeit und immer Engagement braucht. Und auch, dass fehlender Verzicht jede Aktion unglaubwürdig machen kann. Aber wenn man die drei Eigenschaften zusammen sieht, erinnert es mehr an eine Jobbeschreibung im existierenden System denn an eine alternative Welt.
Sehr problematisch finde ich in diesem Zusammenhang den im anderen Artikel eröffneten Sexismusvorwurf. Sind Fleiß, Verzicht und Leidensfähigkeit wirklich männliche Werte? Ich denke, sie werden nur gerne von Männern besetzt, weil sie im bestehenden System als so positiv gelten.

Wenn jemensch die drei Werte dann doch hinbekommt, gehört er/sie zur Elite. Aber auch hier vergisst der Autor des Artikels, dass die Elite auch dadurch entsteht, dass die

Anderen in der "Szene" sie zu Elite erklären. Vermutlich, weil diese Elite genau die Werte und Eigenschaften hat, die man schon im bestehenden System als positiv gelernt hat.

Aber die Revolution ???

Bleibt noch die Frage, welche Wirkung diese Elite mit ihren Werten erzielt. Der Artikel im letzten "grünen blatt" geht soweit zu behaupten, dass hinter diesem Denken ein fehlender Anspruch steht, die sozialen Verhältnisse zu verändern. Verständlich, weil man keine wirkliche Entwicklung sieht. Aber es ist vermessen zu glauben, dass man besser weiß, was andere denken und wollen. Ich glaube, dass die meisten sehr Aktiven noch immer daran glauben, auf diese Weise die Welt zu verändern. Auch wenn ich den glauben fast verloren habe, dass es so funktioniert. Warum dies aber schaden soll, wenn sogar Aktionsmöglichkeiten und Plattformen dabei entstehen, ist mir schleierhaft.
Gerade hier widerspricht sich der Artikel wieder selbst. Denn er versucht, die "Eliten" davon zu überzeugen, dass sie andere Ziele und Methoden verwenden müssen. Ganz im Gegensatz zu den irrenden Eliten weiß der Autor nämlich, dass man die Menschen nicht mit Utopien locken kann, sondern an die bestehenden Lebensrealitäten andocken muss. Eine solche Gewissheit scheint mir sehr elitär.

Es hat mich dabei auch sehr gestört, dass der Artikel einzelne Personen relativ direkt angreift. Das erscheint mir für die Diskussion unnötig und unterstützt gerade die Rolle von Eliten, die doch eigentlich kritisiert wird. Dass ich trotzdem eine Erwiderung geschrieben habe, liegt nur daran, dass mir die Erwartungen in Hinblick auf Leistung, Verzicht und Leidensfähigkeit sehr relevant und viel zu wenig hinterfragt erscheinen. Es sollte dringend darüber diskutiert werden welche Ziele und Methoden notwendig und gut sind.
Und bei aller Polemik bin ich so naiv, dass ich glaube, durch die Diskussion Erkenntnisse gewinnen zu können.



Über die Manipulationsthese

Contradictio **Die Warnung vor Manipulation gehört heute zum Standardrepertoire eines "mündigen" Staatsbürgers, der sich selbst natürlich nichts vormachen läßt und weiß, wie der Hase läuft. Und auch Psychologen, Soziologen, Kommunikationswissenschaftler, Medienexperten und Politiker wollen in den verschiedensten Bereichen Phänomene entdeckt haben, deren Existenz sich ihrer Meinung nach nur durch die Wirkung von Mechanismen erklären lassen, die einen manipulativen Charakter aufweisen.**

Der Zulauf, der zeitweise bei gewissen Psycho-Sekten registriert wird (Scientology), der Wahlerfolg rechtsextremer Parteien, die unbestreitbare Umsatzsteigerung, die sich durch Werbung erzielen läßt, die BILD-Zeitungsleserschaft, die angeblich eine gemachte Meinung bloß übernimmt, montägliche Aggressionen in Kindergärten und Schulen, Modetrends u.v.a.m. - sämtlich eine Folge von und Produkt der Manipulation, so wird behauptet:
"Solche Steuerungen bleiben den Betroffenen häufig unbewußt. Ihre Auswirkungen auf das Denken und Handeln erscheinen in vielen Fällen sogar als Ergebnis eigenen Nachdenkens. Daß Steuerung durch andere im Spiel ist, daß das vermeintlich eigene Nachdenken fremdbestimmt ist, kommt nicht in den Blick." (F. Winterling, Kommunikation/Sprache)

Dennoch - Manipulation bleibt, auch wenn sie noch so oft probiert und diagnostiziert wird, ein Ding der Unmöglichkeit. Sie bezweckt nämlich die Fixierung eines Willens auf einen bestimmten Inhalt unter Umgehung des Willens!



Na klar, Werbefritzen und Politiker arbeiten mit allen erdenklichen Tricks, wenn sie das TAED-System oder ihre Partei als das Non-plus-ultra anpreisen. Aber: Ohne daß die Adressaten sich die mehr oder öfter weniger guten "Argumente" der Käufer- und Wählerbetörung zueigen machen , sie sich die gedanklichen Inhalten einleuchten lassen, kommt kein Erfolg für die Rattenfänger zustande.[1]
Es ist schon verräterisch, woran der Fachmensch überhaupt Manipulation erkennen will. Beispielsweise werden "künstliche Bedürfnisse" gern als ein manipulatives Produkt angeprangert. Die einen bevorzugen Müsli, phosphat- und parfümfreie Waschmittel und mit dem Fahrrad umherzugurken, die anderen Kaviar, Weichspüler und Porsche fahren. Natürlich im eigentlichen Sinne ist keines der genannten Produkte; wo also soll Manipulation vorliegen? Eben - das hängt vom Standpunkt des Betrachters ab. Ein Yuppie wird Luxus zum natürlichsten Drang des Menschen erklären [2] und verächtlich auf die seiner Meinung nach ideologisch manipulierten Öko-Jünger herabblicken. Umgekehrt umgekehrt. Ob also Manipulation vorliegt, entscheidet sich nicht an einem objektiven Inhalt einer Auffassung oder eines Verhaltens, sondern an der definitorischen Willkür desjenigen, der diesen Vorwurf erhebt. Die verlogene Technik besteht

darin, daß man den mißbilligten oder den für jemanden als schädlich erkannten Willen nicht kritisiert, sondern als nicht existent zurückweist, weil es angeblich kein eigener oder eigentlicher sei. Eine elitäre Anmaßung, die unvermeidlich einen Widerspruch nach sich zieht: Einerseits soll die Raffinesse der Manipulation darin liegen, daß sie dem Willen unbewußt bleibt und andererseits nimmt sich der Kritiker von seiner eigenen Regel aus und will im Unterschied zum Rest ein Bewußtsein von der Fremdeinwirkung haben! Anders gesagt: Gäbe es die dem Bewußtsein verborgene Steuerung des Willens, wäre sie für niemanden zu entdecken, weil alle der Manipulation unterliegen!

Nun, dem Manipulationstheoretiker ist dieser Widerspruch nicht entgangen. Aber er nimmt dies nicht zum Anlaß, seine Theorie zu verwerfen, sondern hält an ihr fest, indem er sie geringfügig modifiziert: Manipulation findet jetzt nicht mehr generell, sondern nur noch "häufig" statt. So befreit sich der Herr Wissenschaftler von jeder Beweislast, indem er fortan alles mit dem bloßen Verdacht der Manipulation überzieht.

Mit einer Kritik am Denken und Handeln sollte man diesen Standpunkt nicht verwechseln, auch wenn er sich so vorkommt; wie auch - wird doch nie auch nur ein einziger Inhalt zur Kenntnis genommen, geprüft und evtl. verworfen. Der ganze Verdacht besteht darin, daß eine Handlung möglicherweise nicht aus eigenem Entschluß, sondern "fremdbestimmt" vollzogen wird. Ein in mehrfacher Hinsicht unvernünftiger bis ärgerlicher Gedanke, denn erstens ist "eigen", "selbst" oder "autonom" ebensowenig ein Gütesiegel, wie "fremd" nichts Negatives bedeuten muß. "Selbstbestimmt" hat sich Clinton dazu entschlossen, Somalis töten zu lassen, während es Kindern hingegen ganz gut bekommt, wenn ihnen "fremdbestimmt" das Überqueren der Straße bei Rotlicht untersagt wird. Zweitens aber, entwaffnet dieser Standpunkt jede vernünftige Kritik: Mit einem derartigen Vorwurf konfrontiert, ist die Diskussion beendet, bevor sie angefangen hat.

Gemäß der universalistischen Logik des Verdachts wird Manipulation konsequenterweise auch und gerade bei solchen Einstellungen, Überzeugungen, Verhaltenskodices gewittert, die sich der gesellschaftlichen Norm entziehen, die eine Ausnahme zu den herrschenden Vorstellungen darstellen, die gerade "in" oder auch "out" sind. Einem Scientology-Jünger bspw. wird stets so begegnet, als hätte man eine arme verkaufte Seele vor sich, die verführt worden sein muß, die sich mindestens einer Gehirnwäsche unterzogen haben muß und eigentlich gar nicht wissen kann, was sie da wirklich tut. Nie wird so einem Menschen zugestanden, daß seine Anhängerschaft Resultat eigenen Nachdenkens sein könnte. Das ist lustig. Denn nun behauptet die Manipulationsthese zweierlei: die diagnostizierte Konformität der Massen muß das Ergebnis von Manipulation sein und eine Abweichung davon ebenso!?!
Der Grundfehler der Manipulationsthese ist die Leugnung des abstrakt freien Willens,[3] oder anders gesagt, die verkehrte Verdopplung des Willens in einem eigentlichen Inneren und einen uneigentlichen Äußeren, der angeblich auf den Inneren wirkt; und diese sonderbare Wirkung, die da postuliert wird, soll schließlich dem Bewußtsein auch noch unbewußt bleiben.

[1] Man stelle sich eine folgende Szene vor: Ein überzeugter Milchtrinker sieht im Kino einen ansprechenden Coca-Cola-Spot. Und daraufhin soll er gegen seinen ("eigentlichen") Willen nacheinander das um ihn herumsitzende Publikum nerven, zum Verkaufstand tapern, eine gewisse Menge Zahlungsmittel den Besitzer wechseln lassen, um schließlich eine Flüssigkeit die Kehle hinablaufen zu lassen, die ihm gar nicht schmeckt? Absurd!
[2] Die Apologeten des Kapitalismus in Form ihres ökonomischen "Sachverstands" übrigens auch – Stichwort "Knappheitstheorem"!
[3] Man könnte denken, daß der Begriff des abstrakt freien Willens widersprüchlich ist; entweder ist er frei oder abstrakt (also von etwas abgesehen) frei. Hier soll aber gesagt werden, daß ein Wollen ein Müssen nicht ausschließt, wer eine gebügelte Hose anziehen will, muß bügeln (oder bügeln lassen...). Auf der Ebene des Gegensatzes zwischen Müssen und Wollen, d.h. auf der zwischen Pflicht und Interesse ist freilich der Begriff freier Wille ein Pleonasmus, wie Hegel treffend festhielt.

Mehr Abos für das grüne blatt:

✓ **Damit wir das grüne blatt besser kalkulieren können und um zumindest einen Teil der Herstellungskosten zu finanzieren, suchen wir weitere AbonnentInnen.**
Überleg doch, ob du das grüne blatt abonnieren möchtest und frag auch andere Leute danach. Den Abo-Schnippel findest du ganz hinten im Heft.

Anzeige

Schwerpunkt
Vergesellschaftung
- beharrlich Demokratie gestalten
- Vergesellschaftung als Perspektive für Kämpfe um Wohnraum
- Interview mit Frigga Haug
- feministische KritikProduktion

EIN SCHNUPPERABO 3 MONATE FREI HAUS GIBT ES FÜR NUR 5€!
Endet automatisch und muss nicht gekündigt werden!
Gegen Vorkasse: Schein / Briefmarken / Bankeinzung.

Probelesen: WWW.CONTRASTE.ORG
Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V., PF 10 45 20, D - 69035 Heidelberg

CONTRASTE
DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION



GRIECHENLAND-SOLIDARITÄT
Selbstverwaltete Projekte in Griechenland.

BRABBL STATT BRABBELN
Im Netz wird viel geplappert. Eine Genossenschaft will Diskussionen im Netz besser machen.

BERLINER GESCHICHTSWERKSTATT
Die neue Zeitzeugen-App, bringt mit dem Smartphone die Geschichte in die Straßen Berlins.

MIGRANTEN: SOLIDARITÄT UND SELBSTORGANISATION
Alan Mitcham reiste nach Melilla und berichtet von der Situation vor Ort.

Sensationelle Erkenntnisse der Erster-Weltkrieg-Forschung:

Deutsche Großmachtpolitik geht voll in Ordnung!

ggkn **„Deutschland tut sich schwer" – wenn ein Artikel[1] schon so anfängt, dann lässt sich erahnen, was folgen wird. 1. Geht es hier um das Kollektivsubjekt „Deutschland", und mensch kann eine Wette darauf machen, dass nähere Auskünfte, welche staatliche Institutionen oder wie viele und welche der 80 Millionen Passinhaber_innen hier nun genau gemeint sind, unterbleiben werden. Gemeint ist das „nationale Wir", und dass es nicht so adressiert wird, hat seinen guten, schlechten Grund darin, dass die Autor/innen zwar irgendwie schon dazugehören, aber nun mal ganz sachlich und von außerhalb ihrem nationalen Kollektiv ein paar Sachen sagen wollen. Dabei auf die eigene Zugehörigkeit und Parteinahme für die eigene Nation hinzuweisen, wäre der pseudosachlichen Attitüde abträglich. 2. Deutschland also, tut und zwar sich schwer, was heißen soll, dass das nationale „wir" Schwierigkeiten damit hat, so zu handeln, fühlen oder denken, wie das Dominik Geppert, Sönke Neitzel, Cora Stephan und Thomas Weber erforderlich finden. Mit Fug und Recht darf mensch erwarten, dass dem sich schwertuenden Vaterland und seinen sich mühenden Bewohner_innen die Last, die da auf ihren Schultern oder Herzen liegt, erleichtert wird, und wir es also nicht nur mit nationaler Erleuchtung, sondern auch mit nationaler Erleichterung zu tun bekommen.**

Wenn dann ein solcher Artikel nicht von den üblichen Verdächtigen aus Politik und Journaille verfasst wird, sondern von mehr oder minder renommierten Historiker_innen, dann darf mensch sich sicher sein, dass es gleichermaßen historisch wie aktuell zugehen wird. Wohl werden einem die üblichen methodologischen Langweilereien über die Beschränktheit der menschlichen Erkenntnis im Allgemeinen und in Bezug auf die Vergangenheit im Besonderen vorenthalten. Auch auf den Dauerbrenner „historischen Denkens", nämlich die demütige Selbstbezichtigung, auch nur eine_r von vielen zeitgebundenen Quelleninterpretierer_innen mit einem von vielen möglichen Ansätzen zu sein, wird mensch wohl verzichten müssen. Dafür darf das geneigte Publikum darauf hoffen, ein paar handfeste politische „Lehren" für heute aus den Ereignissen vergangener Zeiten serviert zu bekommen. Dass diese Sorte Geschichtsbetrachtung immer nur die „Argumente" herausarbeitet, die zu den angestrebten „Lehren" auch passen, und alle - zutreffenden oder zusammengesponnenen - Fakten, Zusammenhänge und Interpretationen zur legitimierenden Illustration dieser „Lehren" herabsinken, ist dabei sachgerecht. Mit Wissenschaft hat das Ganze dann jeweils immer nur insoweit zu tun, als dass die wissenschaftliche Reputation die politischen Forderungen gegen Kritik immunisieren soll. Selten freilich haben Geschichtswissenschaftler_innen in jüngerer Zeit selbst dabei den simpelsten Standards von Wissenschaft Hohn gesprochen, wie im folgenden Beispiel.

„Deutschland tut sich schwer mit dem öffentlichen Gedenken an den Beginn des Ersten Weltkriegs, der sich 2014 zum hundertsten Mal jährt."

Nanu? Ausgerechnet da soll es ein Problem geben? Schwappt nicht gerade ein Gedenkmarathon über die Öffentlichkeit herein, wird nicht von ARD bis in die letzte Volkshochschule der Erste Weltkrieg unter allen denkbaren Aspekten beleuchtet, besprochen und beglotzt? Und lesen nicht gerade alle, die solche Bücher lesen, Mr. Clarkes „Schlafwandler", um sich sagen zu lassen dass die Zuständigen im 1. Weltkrieg so recht nicht wussten, was sie taten und auf keinen Fall irgendeiner, außer vielleicht den Serb_innen, irgendeine Schuld an irgend etwas hat[2]? Wenn vier Historiker/innen ausgerechnet da ein Schwertun sehen wollen, dann sind sie offensichtlich unzufrieden damit, wie der 1. Weltkrieg inhaltlich verhandelt wird. Sie sind nämlich, soviel sei vorab verraten, auf bestimmte politische Konsequenzen scharf, die sie der neueren Forschung zum 1. Weltkrieg ablauschen wollen. Und die vermissen sie in der Öffentlichkeit.

„Das liegt nicht nur daran, dass hierzulande die Katastrophe des Zweiten Weltkriegs alles andere in den Schatten stellt."

Und weil die Nazi-Zeit solche Schatten wirft, und mensch sich mit solch' ollen Kamellen auch nicht mehr aufhalten mag, wird darum im folgenden Text auch ganz konsequent weder von der Nazi-Zeit, noch vom Zweiten Weltkrieg im größeren Maße die Rede sein - auch da nicht, wo es (chrono-)logisch einfach nötig wäre. Mehr als eine pflichtschuldiger Hinweis auf eine „Katastrophe" wäre auch nicht hilfreich, wo mensch ja gerade behilflich sein will, etwas unverkrampfter vor- und zurückzuschauen. Dass die Nazi-Zeit aber indirekt mit abgehandelt und geschichtspolitisch abgewickelt werden soll, wird sich noch zeigen.

„Es hat auch mit der seit den Sechzigerjahren unter deutschen Politikern, in Schulen und Redaktionsstuben verbreiteten Weltsicht zu tun, Deutschland habe nicht nur den zweiten, sondern auch den ersten der beiden Weltkriege angezettelt."

Immerhin gibt es jetzt ein paar

---

[1] Dieses und alle weiteren kursiv gesetzten Zitate aus „Der Beginn vieler Schrecken. Warum die Vorstellung von der friedensstiftenden Wirkung der europäischen Einigung, insofern sie das Nationale überwindet, auf falschen Prämissen beruht. Ein Beitrag zur Schulddebatte 100 Jahre nach dem Beginn des Ersten Weltkriegs 1914", von Dominik Geppert, Sönke Neitzel, Cora Stephan, Thomas Weber, Die Welt 03.01.14 .

[2] Clarke, Christopher: Die Schlafwandler: Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog. München 2013. Das Buch stand mehrere Monate auf den Beststellerlisten.

Hinweise, wer dafür verantwortlich sein soll, dass sich alle angeblich so schwer tun. Eine seit den 1960er Jahren verbreitete Weltsicht in Politik, Erziehungssystem und Medien macht den Leuten das Leben so schwer; kurzerhand gesagt, die angelinksten Leute mit ihrer ewigen Nörgelei an Deutschland und seiner Geschichte. Aber nicht nur im Innern gibt es Miesmacher_innen, sondern auch draußen: „Bei manchen unserer europäischen Nachbarn verdichtet sich das heute zu dem Diktum, mit seiner Euro-Politik drohe Deutschland den Kontinent ein drittes Mal zu ruinieren".
Was sich da zu einem „Diktum" verdichtet, und wie das betreute und geförderte Massenelend in Südwest- und Südosteuropa eigentlich mit der Frage, ob Deutschland nun ein- oder zweimal einen Weltkrieg „angezettelt" hat, zusammenhängt, darauf wird allerdings nicht weiter eingegangen. Vermutlich weil die Autor/innen das „Diktum" für so völlig absurd halten, dass es ihnen nicht weiter nötig erscheint. Vielmehr soll es nahelegen, dass jene seit den 1960er Jahren verbreitete Weltsicht Munition für die Böswilligkeit des Auslands ist und dabei behilflich ist, das deutsche Ansehen in den Dreck zu ziehen. Und das finden die Autor/innen wirklich nicht gut.

„Das ist nicht nur historisch falsch, es ist auch politisch gefährlich. Neuere historische Forschungen zu Ursachen und Verlauf des Krieges widersprechen der Vorstellung, wonach das Deutsche Reich durch sein Weltmachtstreben Großbritannien provoziert habe und in seiner Machtgier mit vereinten Kräften gestoppt werden musste. Diese Sicht aber liegt jenem Europakonzept zugrunde, demzufolge Deutschland supranational „eingebunden" werden müsse, damit es nicht erneut Unheil stifte."

Hoppla, das geht aber flott. „Jenes Europakonzept", was mag es wohl sein? Historisch müsste es der Versailler Vertrag sein, der ja bekanntlich nach dem 1. Weltkrieg die Machtverhältnisse festzurrte und im Rahmen des Völkerbundes die imperialistische Konkurrenz ordnete. Nur: Das kann gar nicht gemeint sein, weil von einer „supranationalen Einbindung" des Deutschen Reichs damals weit und breit nichts zu sehen war, und selbst die zaghaften Avancen Frankreichs, doch mal zusammen gegen die USA was zu starten (Briand-Initiative von 1930 zur Gründung eines europäischen Staatenbundes mit gemeinsamem Markt), an der beinharten Revisionspolitik der Weimarer Republik abgeprallt sind. Die „Einbindung", wenn mensch sie denn so ansprechen will, kam erst nach dem zweiten Weltkrieg. Da startete bekanntlich der westdeutsche Teilstaat mit seinen westlichen Nachbarn ein europäisches Einigungsprojekt. Dass es wenige Jahre nach der totalen Niederlage Deutschlands 1945 bei einigen westlichen Nachbarn größere Sorgen gab, Deutschland könne erneut Unheil stiften, hatte freilich seine Gründe. Nämlich, dass die USA Westdeutschland zum Alliierten gegen die Sowjetunion aufrüsteten und seinen ehemaligen westlichen Kriegsgegnern als Verbündeten aufnötigten. Was das alles mit dem ersten Weltkrieg zu tun haben soll, müssen sich die Leser_innen irgendwie selber zusammenreimen oder mit dem Befund „Deutschland wurde schwer unrecht getan" zufrieden sein. Wo es um die ganz großen Linien geht, ist chronologischer Kleinscheiß wirklich egal; ob die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl nun 1925 oder 1952 gegründet wurde – was sind 30 Jahre unter Freund_innen? Gegenüber dem schönen Vorwurf, die Alliierten und ihre deutschen „Helfershelfer_innen" hätten nach dem zweiten Weltkrieg ganz falsche Lehren aus dem ersten gezogen, verblasst derartige historische Beckmesserei.

„Die Vorstellung von der friedensstiftenden Wirkung der europäischen Einigung, insofern sie das Nationale überwindet, wie sie besonders in Deutschland verbreitet ist, beruht jedoch unserer Meinung nach auf falschen Prämissen. Wir glauben, dass es in der besten liberalen Tradition unserer westlichen Partner steht, den falschen Gegensatz Europa vs. Nationalstaatlichkeit zu überwinden."

Hier muss mensch den Autor/innen vorbehaltlos zustimmen: Die Vorstellung, die europäische Einigung sei für den Friedenserhalt da und überwinde „das Nationale", beruht auf falschen Prämissen. Denn ganz klar ist die Kooperation der westeuropäischen Staaten gegen den Ostblock nicht gemacht worden, damit es „Frieden" gibt, sondern um den kalten Krieg (auch in seinen heißeren Phasen) effektiver zu führen und zu gewinnen; und als dieser Gemeinschaftsgrund wegfiel, da wollten die europäischen Staaten damit gemeinsam erreichen, wozu sie alleine zu schwach waren, nämlich eine Weltmachtposition neben den USA. Womit auch klar wäre, dass die europäische Einigung niemals und zu keinem Zeitpunkt „das Nationale überwinden" wollte und es auch überhaupt keinen Gegensatz zwischen Europa und Nationalstaatlichkeit gibt. Die europäischen Staaten haben ihre Konkurrenz vielmehr miteinander supranational organisiert und institutionalisiert, um jeder für sich Vorteile aus der Sache zu ziehen, die sie alleine eben nicht erzielen könnten, und bewerten und bekritteln die EU aus dieser Perspektive. Dass dabei Deutschland mittlerweile sagt, wo's langgeht, und Großbritannien mitteilt, was nicht geht, und alle anderen sich dazu kalkulierend verhalten müssen, weil Europa für sie „alternativlos" ist, sorgt für Zündstoff und Pickelhauben und Hitler-Schnurrbärte auf Protestplakaten gegen die deutsche Politik. Für Frieden sorgt die ganze Chose insoweit, als dass die Mitglieder der EU ihre Konflikte miteinander friedlich austragen, und nur nach außen gemeinsam oder alleine Kriege führen.
Aber halt, so haben die Autor/innen es gar nicht gemeint. Ihnen ist ein angelinkster Europa-Idealismus ein Dorn im Auge, der das Märchen, Europa sei für den Frieden da und irgendwie das Ende des Nationalismus, tatsächlich ernst nimmt. Dessen Anhänger_innen und dem Rest der Staatenwelt teilen sie nun mit, dass die angebliche friedenserhaltende und nationalismusüberwindende Konsequenz aus dem Ende des Zweiten Weltkriegs sich nicht mit den Forschungsergebnissen über den Ersten Weltkrieg decken, und sie sich darum den deutschen Nationalstaat nicht länger madig machen lassen wollen.
Wer anderes will, folgt nicht nur veralteten Thesen und hat falsche Prämissen, sondern versündigt sich auch noch an den besten, liberalen Tradition „unserer westlichen Partner". Das kann keine_r wollen, und wer es doch will, ist vermutlich Kommunist_in. Alle anderen möchten bitte einsehen, dass ein deutschnationales Ja zu deutscher Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft inklusive eines starken deut-

schen Staates statt dieses Europa-Wischi-Waschi angesagt ist, weil die anderen das schließlich auch machen und dürfen.

„Längst hat sich in der Geschichtswissenschaft ein Paradigmenwechsel vollzogen, den neuerdings Christopher Clark ("Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog") und Herfried Münkler ("Der Große Krieg. Die Welt 1914–1918") zusammengefasst haben. Zahlreiche Detailstudien lassen schon seit einigen Jahren die Großmächtebeziehungen vor 1914 in anderem Licht erscheinen. Stefan Schmidt über Frankreich, Andreas Rose über England, Sean McMeekin über Russland, Günther Kronenbitter über Österreich-Ungarn und Konrad Canis über das Deutsche Reich – sie alle haben überkommene Sichtweisen auf die Julikrise und den Beginn des Ersten Weltkriegs revidiert und ein vielschichtigeres Bild an deren Stelle gesetzt."

Ob diese Studien wirklich hergeben, was die Autor/innen in sie hineinlesen wollen, ist dabei schon fast egal. Es geht ja jetzt nicht wirklich darum, sich die Staatenkonkurrenz der damaligen Zeit anzuschauen – also z.B. zu fragen, wie das Verhältnis von Dominanz des adligen Grundeigentums im Staatsapparat zu einer schon nationalstaatlich-kapitalistischen Politik war oder warum die Staaten damals exklusive Ausbeutungszonen (Kolonien) haben wollten oder wie sich die Existenz einer millionenstarken sozialistischen Arbeiter_innenbewegung auf die Außenpolitik ausgewirkt hat oder dergleichen. Deswegen spielt die angeblich festgestellte „Vielschichtigkeit" in der weiteren Argumentation auch keine Geige mehr, sondern es geht recht einschichtig und einseitig weiter, freilich erst nachdem mensch ungeliebte und unerwünschte Geschichtsinterpretationen mit einem Verweis auf die „Vielschichtigkeit" als einseitig zurückgewiesen hat.

„Fritz Fischers These vom zielstrebigen deutschen Griff nach der Weltmacht hat sich als überspitzt und einseitig erwiesen. Von einem "deutschen Sonderweg" kann heute ebenso wenig mehr die Rede sein wie vom "preußischen Militarismus" als Ursache allen Übels. Die lange Zeit gängige Deutung der Außenpolitik des Deutschen Reiches als Inbegriff diplomatischer Grobschlächtigkeit, deplazierter Krafthuberei, aggressiven Expansionsstrebens und permanenten Versagens ist längst relativiert. Historiker blicken nicht mehr nur nach Berlin, um die Ursachen des großen Krieges zu erklären, sondern verstärkt auch wieder nach Paris und Wien, nach St. Petersburg und London."

Wenn etwas „überspitzt" und „einseitig" ist, dann ist eigentlich etwas dran an der Sache, aber sie wurde verengt und weitere Gesichtspunkte müssen einbezogen werden, um ein richtiges Gesamtbild zu bekommen. So ist das aber hier nicht gemeint. „Überspitzt" und „einseitig" steht hier eigentlich für ‚völlig falsch'. Wenn etwas „relativiert" wird, dann wird es ins Verhältnis zu etwas anderem gesetzt – was nur klappen kann, wenn mensch über die Sache auch was weiß. Das wäre hier aber gar nicht sachdienlich. Darum weisen Neitzel & Co dem toten Fischers Fritz auch nicht irgendeinen Fehler nach, gehen auch nicht auf eins seiner Argumente ein, entkräften auch nicht eine von den vielen Quellen, die er herangezogen hat, ja machen sich nicht mal die Mühe, seine Argumentation halbwegs sauber zu referieren. Sondern sie versuchen, zwei unterschiedliche Standpunkte („zielstrebiger Griff" / „permanentes Versagen"), die nicht nur nichts miteinander zu tun haben, sondern eigentlich nicht mal gut zusammenpassen – was Leute nicht daran gehindert hat, beide zu vertreten – in einem Abwasch zu erledigen. Das tun sie, indem sie – einfach mal woanders hinsehen. „Die anderen haben ja auch" soll der Grund sein, warum es keinen zielstrebigen deutschen Griff nach der Weltmacht gegeben haben soll. Und die Logik muss mensch erstmal fressen. Denn ob das Deutsche Reich planvoll einen Krieg vorbereitet hat, von dessen Unvermeidlichkeit nicht wenige überzeugt waren, ob es nach dem Attentat von Sarajewo Österreich-Ungarn gedrängelt hat, einen Krieg mit Serbien anzufangen, ob es damit die Hoffnung verbunden hat, dass Russland und Frankreich sich aus ihren Kalkulationen heraus entweder raushalten, und an Prestige und Einfluss verlieren oder einmischen und dann durch einen kurzen, schnellen Krieg niedergerungen und Europa, Asien und Afrika neu geordnet werden - das hat ja mit der Frage, ob Österreich-Ungarn, Italien, Frankreich, Russland, Großbritannien und die USA nicht auch alle so ihre nationalen Berechnungen und Kriegspläne hatten, nicht sehr viel zu tun.

Dass die anderen dann auch auf den deutschen Antrag, die Machtverhältnisse zwischen einander kriegsmäßig zu klären, eingestiegen sind, reicht dem deutschnationalen Kleeblatt glatt für eine wesentlich freundlichere Sicht auf das vergangene Deutschland. Das Kaiserreich hatte ja zwischendurch eine schlechte Presse in der Bundesrepublik, wo mensch mit Genörgel über die Unprofessionalität der Außenpolitik von Wilhelm II. und seinen Kanzlern und den persönlichen Macken dieser Leute dem Volk klar machen wollte, dass es da in der zweiten deutschen Republik doch deutlich professioneller, ergebnisorientierter und erfolgreicher zugeht. Solches Schlechtmachen verflossener Obrigkeiten hat die Bundesrepublik im 65. Jahr ihrer Existenz und 25 Jahre nach dem Fall der Mauer nun wirklich nicht mehr nötig, und darum sehen die Autor/innen das Gekrittel an Willem Zwo & Co. auch nicht mehr als Kompliment für die diplomatischen Leistungen der Genschers, Fischers und Steinmeiers, sondern verbitten sich das als sehr einseitiges, deutschfeindliches und schuldbeladenes Gerede. So ändern sich die Zeiten.

Beseelt von ihrem festen Willen, sich ihre gute Meinung über Deutschland und seine Politik auf keinen Fall trüben zu lassen, kommen sie auch nicht auf eine ziemlich naheliegende Interpretation der damaligen deutschen Außenpolitik, die zudem noch den Vorteil hätte, stichhaltig und quellengestützt zu sein: Dass nämlich die „diplomatischer Grobschlächtigkeit" Ausdruck der Überzeugung war, auf die Interessen anderer Mächte keine Rücksicht nehmen zu müssen, aber von allen anderen Respekt für die eigenen Interessen einfordern zu können. Dass die „deplazierte Krafthuberei" in Wirklichkeit zum verfolgten Zweck ziemlich gut passende Machtdemonstrationen waren, die von den anderen Mächten auch entsprechend ernst genommen und mittels Gewaltdrohung und diplomatischer Nachverhandlung in bloß symbolische Punktsiege zu verwandeln versucht wurden. Dass darum aggressives Expansionsstreben ange-

sichts des kontinuierlichen Ausbaus der Machtmittel und der beharrlichen Ausweitung und brutalen Behauptung des eigenen Kolonialbesitzes eine ziemliche unangemessen-freundliche Charakterisierung dieser Politik ist, die eben nicht nur „strebte", sondern machte. Und dass schließlich das angebliche „permanente Versagen" gar keine sachliche Feststellung über Aufwand, Umsetzung und Ertrag der deutschen Außenpolitik vor 1914 für die von ihr verfolgten Zwecke ist, sondern das - nachträglich übrigens leicht zu habende - Urteil, dass die führenden Figuren des Kaiserreichs die Machtverhältnisse falsch eingeschätzt und darum zum Schluss den Krieg verloren haben; verwandelt in das abfällige Werturteil „Versager!". Aber weil es „einen zielstrebigen deutschen Griff nach der Weltmacht" nicht gegeben haben darf - obwohl Reden wie Taten der deutschen Staatsführung da eigentlich wenig Zweifel aufkommen lassen - bleiben solche Interpretationen schön außen vor. Es gibt ja auch soviel anderes worüber sich reden ließe.

„Die Schuldfrage, in deutscher Selbstbezogenheit lange Zeit der zentrale Begriff, ob als Skandalon oder als Selbstbezichtigung, spielt dabei keine entscheidende Rolle mehr."

Den weltmännischen Hinweis auf die angebliche deutsche Selbstbezogenheit, die in der Thematisierung der deutschen Politik als eine der wesentlichen Ursachen des Krieges läge, muss mensch nicht weiter ernst nehmen. Denn die Frage, wie der europäische Hegemon Deutschland auf seine zwei früheren Anläufe zur Weltmacht blickt, wird auch im Rest Europas durchaus mit Interesse beobachtet. Das haben die Autor/innen übrigens selber auch schon geschrieben und schreiben es später auch noch mal, also Pustekuchen mit der deutschen Selbstbezogenheit. Und das wird nicht der letzte immanente Widerspruch dieses Textes sein. Der Grund, warum sich die Staaten wechselseitig beobachten, wie sie die Geschichte beurteilen, liegt darin, dass Staatsführungen mit ihren Geschichtsinterpretationen nach Innen, wie nach Außen, mitteilen, was sie sich für Rechte rausnehmen wollen und sagen, was anderen Staaten deshalb nicht zusteht. Um diese nationale Selbstvergewisserung für aktuelle politische Projekte und deren diplomatische Ansage nach Außen, dreht sich ja auch zentral der ganze Artikel der vier Historiker/innen.

„Das Deutsche Reich war nicht „schuld" am Ersten Weltkrieg. Eine derartige Kategorie gab es bis dahin gar nicht, hatten doch dem Codex der europäischen Staatenkriege gemäß souveräne Staaten das „ius ad bellum", sofern sie eine Verletzung ihrer Interessen begründen konnten."

Nun ist die Moralisierung der Frage, wann Staaten mit der Kriegsdrohung, die die Grundlage aller Diplomatie ist, ernst machen, sicher nicht besonders hilfreich, um zu verstehen, wann und warum ein Staat Land und Leute dazu benutzt, massenhaft Ausländer umzubringen, um einem anderen Staat seinen Willen aufzuzwingen. Aber der Schluss, nur weil in einem ominösen „Codex der europäischen Staatenkriege" irgendetwas nicht erwähnt worden sei, habe es eine bestimmte Kategorie nicht gegeben, ist ja doch ein bisschen frech. Selbstverständlich ist auch schon in früheren Zeiten die Schuldfrage moralisch gewälzt worden, und haben alle kriegführenden Mächte sich immer nur zu ihrem äußersten Bedauern von ihren Gegnern gezwungen gesehen, mal richtig auf die Pauke zu hauen. Die Lektüre einschlägiger Kriegserklärungen mag hier weiterhelfen - aber dazu müsste mensch überhaupt Lust haben, sich wirklich mit den Fakten zu beschäftigen.

„Dieses Recht zum Krieg galt 1914 am wenigsten für Großbritannien, denn das Vereinigte Königreich konnte mit keinem unmittelbaren Interesse oder Bündniszwang ein Eingreifen in einen lokalen Konflikt (zwischen Österreich-Ungarn und Serbien) begründen. Erst der britische Kriegseintritt aber machte aus dem Ursprungskonflikt ein globales Desaster."

Das Recht zum Kriege hatten und haben die Staaten nicht daher, dass es da irgendeinen Codex gab oder gibt - sondern, weil sie als Gewaltmonopolisten nach Innen sich dieses „Recht" zur Gewaltausübung nach außen in Anspruch nahmen und nehmen. Entsprechend blödsinnig ist es nachträglich, Großbritannien dieses „Recht" abzusprechen; dies ist keine rechtliche, sondern in Wirklichkeit eine moralische Beurteilung; und zwar von Leuten, die - wie wir noch sehen werden - sich über das üblich moralinsaure Gequatsche über Krieg und Frieden turmhoch erhaben fühlen.

Teil 2 folgt in der nächsten Ausgabe und kann derweil auch online gelesen werden, unter: https://gegen-kapital-und-nation.org/sensationelle-erkenntnisse-der-ersten-weltkriegsforschung

Anzeige
Für das Ende der Gemütlichkeit!
Direct Action Kalender 2015
164 Seiten - Richtwert 4,50 Euro
kalender@nirgendwo.info - seitenhieb.info/directaction.html
ISBN: 978-3-86747-0698

Thesen zum Rechtsruck in Europa

ggkn **In jeder bürgerlichen Nation gibt es faschistische Parteien. Manchmal sind sie über lange Perioden bedeutungslos, aber es gibt sie immer. Politisch organisierte Leute, die die eigene Nation durch die Regierung ausverkauft sehen, weil diese das Volk in ihren Augen falsch bewirtschafte, also die „Falschen" zulässt, die „Eigenen" zu lasch regiert und so Leistungswille und Anstand untergräbt. Und wo Regierungen sich mit Wirtschaftsverträgen und Bündnissen vom Ausland abhängig machen, weil sie genau darin eine Stärkung der eigenen Nation sehen, entdecken Faschisten einen Ausverkauf des Vaterlandes.**

Diese Sichtweise der Faschisten wird durch die demokratischen Parteien ständig bestärkt. Keine demokratische Partei gibt den Standpunkt auf, dass man gegenüber „Ausländer_innen" skeptisch sein muss. Selbst dort, wo sie z.B. eine Liberalisierung des Ausländer- oder Einbürgerungsrecht anstreben, unterstreichen sie noch, dass es dabei schwer darauf ankommt, die Ausländer_innen zu „integrieren". Sie unterstellen, dass es ihnen (noch) an dem Patriotismus fehle, den die „Ureinwohner_innen" doch bereits mit der Muttermilch aufsaugen würden. Keine demokratische Partei verzichtet darauf, mangelnde Moral in der Bevölkerung auszumachen, wenn mal wieder eine „Steuerhinterzieherdebatte" oder „Sozialschmarotzerdebatte" ansteht. Keine demokratische Partei verzichtet darauf, bei neuen internationalen Verträgen, herauszukehren, dass sie wirklich der eigenen Nation dienen - und präsentieren damit die Kehrseite der Medaille: Man müsse ständig aufpassen, dass die Nation nicht unter die Räder der anderen Nationen gerät. Nicht zuletzt lebt die parlamentarische Demokratie davon, dass sich die Parteien wechselseitig Versäumnisse vorwerfen, das Vaterland nach vorne zu bringen. Oder härter: Die Nation durch politische Misswirtschaft nach hinten zu werfen. All diese Standpunkte gibt es in jeder gelebten Demokratie. Die Faschisten greifen sie auf und radikalisieren sie.

In der EU und in dem Euroraum haben sich Nationen zusammengeschlossen, die mithilfe der EU ihrer Nation zu mehr Macht verhelfen wollten. Deutschland z.B. wollte seine Weltmachtposition ausbauen. Andere Länder, insbesondere die der sogenannten Südschiene, wollten ihre Volkswirtschaften aus Agrarstaaten zu entwickelten kapitalistischen Gesellschaften machen. Beide Kalkulationen schienen bis 2007 aufzugehen.
Mit der Finanz- und der Staatsverschuldungskrise ist beiden Kalkulationen ein Strich durch die Rechnung gemacht worden. Die Länder der Südschiene müssen sich einem nationalen Abwrackprogramm unterwerfen, damit sie weiterhin Eurokredit bekommen - ohne irgendeine Entwicklungsperspektive. Deutschland will den Verlierern der Krise nicht viel Geld geben, weil sie derzeit keinen Beitrag zum Projekt „mit der EU zur größeren Weltmacht Deutschland" abgeben.
In der Öffentlichkeit sind es zunächst die demokratischen Parteien, die in ihren politischen Bilanzen den Zweifel aufwerfen, ob das alles so richtig war in der Vergangenheit - gerade wenn sie sagen: „trotzdem weiter so". Die faschistischen Parteien haben den Zweifel schon immer zur Gewissheit radikalisiert und gesagt, dass die ganze EU und Eurozone ein Ausverkauf nationaler Interessen wäre.
Die eine Grundlage des faschistischen Erfolges besteht also darin, dass die politische Elite zum Schluss kommt, dass zentrale nationale Berechnungen nicht aufgehen.

Damit faschistische Parteien erfolgreich werden, gehört zweitens das Volk dazu. Die Masse hat keine Ahnung, worum es bei dem Euro und den Finanzmärkten genau ging und geht. Dass man für den Erfolg der Nation seinen Gürtel enger schnallen muss, war und ist den Bürger_innen eine patriotische Selbstverständlichkeit - wenn es ihnen plausibel erscheint, dass die Einschränkungen ihres Lebens der Nation zur von der Politik versprochenen Größe verhelfen. Aus demselben Grund gab und gibt es größere Massenproteste in manchen Ländern, weil viele Leute gar nicht einsehen, wie die Strukturanpassungsprogramme der Nation zu neuer Größe verhelfen sollten, wo sie doch zudem in ihren Augen bloß vom Ausland aufgeherrscht wären.
Wenn größere Teile des Volkes es plötzlich plausibel finden, ihre Stimme den faschistischen Parteien zu schenken, dann garantiert nicht, weil sie gemerkt haben, dass der national organisierte Kapitalismus ihnen nur Schwierigkeiten in Sachen Bedürfnisbefriedigung einbringt. Worauf sie sich aber unerbittlich ein Recht einbilden, ist der Erfolg der Nation selbst. Wenn der in Frage steht, dann werden sie als Untertanen anspruchsvoll und vertrauen zunehmend auf Parteien, die ihnen versprechen, unerbittlich für moralischen Terror und konsequentes Gürtel enger schnallen einzustehen - und sich dabei vom Ausland gar nichts vorschreiben lassen.

Antifaschistische Politik bleibt hilflos, wo sie versucht, mit bürgerlichen Parteien zusammen zu arbeiten und dafür deren „Argumente" (z.B. „aber Ausländer oder die EU sind doch nützlich für die Nation") in den Bündnissen ignoriert oder sogar mitträgt. Denn diese bürgerliche „Werbung", doch den Faschisten nicht hinterher zu laufen, enthält den kompletten Nährboden für das Pack. Gefragt ist dagegen die Kritik an Menschen, die in dem Erfolg der Nation in guten wie in schlechten Zeiten ihren Gradmesser für Zufriedenheit und Unzufriedenheit haben, anstatt zu fragen: Wie komme ich hier eigentlich vor, wenn Leute über mich herrschen.

Gruppen gegen Kapital und Nation

auf deutsch: www.gegner.in
auf englisch:
www.antinational.org/en

Tapetenwechsel

5. und 6. Juli: Aktionstage gegen Air France-KML
Die Stop Vivisection Kampagne ruft zu einem Aktionswochenende gegen die Versuchstiertransporte von Air France-KLM auf.
http://www.stopvivisection.net

7. - 15. Juli: Reclaim-the-Fields Camp
http://aktionscampsehlis.blogsport.de

11. - 13. Juli: Klimacamp
Hohenmölsen bei Leipzig
http://www.klimacamp.eu

25. - 27. Juli: Wagentage in Freiburg
http://sandimgetriebe.noblogs.org

26. - 31. Juli: Antinationales Sommercamp hoch 7
https://gegen-kapital-und-nation.org/antinationales-sommercamp-hoch-7-nord

26. Juli - 3. August: Klimacamp im Rheinland
http://www.ausgeco2hlt.de/klimacamp/camp-2014

28. Juli - 03. August: Herrschaftskritisches Sommercamp
http://naturfreundejugend-berlin.de/Sommercamp

4. - 8. August: Nuclear Heritage Network gathering 2014
http://www.nuclear-heritage.net

6. - 10. August: Aktionscamp gegen Tierfabriken
Asendorf bei Nienburg
http://aktionscampgegentierfabriken.blogsport.de

8. - 17. August: Tierbefreiungskongress
http://www.jukss.de; http://www.tbk.mobi

9. - 16. August: Campen gegen Atomtransporte
bei Kiel am Nord-Ostsee-Kanal
http://antiatomcamp.nirgendwo.info

16. - 24. August: Lausitzer Klima- und Energiecamp
http://www.lausitzcamp.info

17. - 25. August: war-starts-here Camp
Internationales antimilitaristisches Diskussions- und Aktionscamp am GÜZ in der Altmark bei Magdeburg
http://warstartsherecamp.org

21. - 24. August: Action, Mond und Sterne
http://actionmondundsterne.blogsport.de/

27. - 31. August: Sqattingdays in Hamburg
Wir werden gemeinsam Hausbesetzungen zum Thema machen. Lasst uns Erfahrungen austauschen, diskutieren, um die Häuser ziehen und Aktionen starten.
http://squattingdays.noblogs.org

29. - 31. August: Libertäre Medienmesse
in Essen
http://limesse.de

4. - 17. September: Energiewendefestival
in der Schweiz
http://www.energiewendefestival.ch/festival-2014

Ich abonniere ab sofort das grüne blatt!

Bitte schickt mir... O ein Exemplar (15€/4 Ausgaben) O 10 Exemplare (60€/4 Ausgaben) O __ Exemplare (__€/4 Ausgaben)

Name:______________________ Adresse:______________________

O Geld liegt bar oder in Briefmarken bei

O Ich zahle per Lastschrift und ermächtige Greenkids e.V. (Gläubiger-Identifikationsnr.: DE29ZZZ00000400251) zur regelmäßigen Abbuchung von ___EUR für vier Ausgaben (___Heft(e)/Ausgabe) von meinem Konto:
BIC______________________ IBAN: ______________________
Bank: ______________________ Inhaber: ______________________
Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von Greenkids e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.
Datum: ____________ Unterschrift: ______________________

grünes blatt

ausschneiden und ab an:

grünes blatt, Postfach 320119, 39040 Magdeburg

Solidarität mit russischen Aktivist*innen

ACN Freund*innen in Russland, mit denen wir teilweise seit Jahren Aktionen und Projekte gemacht haben, stehen seit einiger Zeit unter massivem Verfolgungsdruck durch russische Behörden. Mit der "Foreign Agent"- und "Extremismus"-Gesetzgebung wurden Instrumente geschaffen, um staatskritische, aber auch sonst die politischen Machthaber*innen störende Organisationen und Bewegungen zu unterdrücken und auszuschalten.

Legale Organisationen werden hier de facto verboten, wenn sie als "Foreign Agent" (ausländische Agenten) eingeordnet werden, denn ihre Weiterarbeit ist unter diesen Umständen so gut wie unmöglich. Mit schwammigen Extremismus-Anklagen werden auch Einzelpersonen, die sich kritisch geäußert haben, mit mehrjährigen Haftstrafen bedroht und quasi von der Bildfläche entfernt. Umwelt- und Menschenrechtsgruppen sowie andere fortschrittliche Organisationen sollen als Spione gebrandmarkt und öffentlich diskreditiert werden.

Als "Foreign Agents" werden Nichtregierungsorganisationen (NGOs) stigmatisiert, die Förderung oder andere Unterstützung aus dem Ausland erhalten und politisch aktiv sind. Angesichts der politischen Situation in Russland und der prekären Lage vieler Menschen dort ist offenkundig, dass politische, unabhängige Arbeit ohne Unterstützung von Gruppen und Aktivist*innen in anderen Ländern schwer möglich ist. Daher sind viele, vielleicht die meisten, dieser politisch unabhängigen, kritischen Organisationen in Russland von der "Foreign Agent"-Gesetzgebung bedroht.

Mit einer Soli-Kampagne für unsere Freund*innen in Russland wollen wir Hintergrundinformationen zur "Foreign Agent"- und "Extremismus"-Gesetzgebung und den praktischen Konsequenzen für kritische Aktivist*innen zusammentragen und aufbereiten. Wir wollen über uns bekannte Fälle informieren und konkrete Betroffene durch Öffentlichkeitsarbeit, Bereitstellen von Ressourcen und Spenden unterstützen.

Wir wollen damit keine anti-russischen Ressentiments, von denen es in der deutschen Öffentlichkeit schon zu viele gibt, bedienen, und keineswegs den Eindruck von einem "bösen Russland" vermitteln, dem gegenüber das "Vorbild Europa" steht. Das ist eine schwierige Herausforderung in der aktuellen politischen Atmosphäre, doch unsere Freund*innen brauchen derzeit jede mögliche Unterstützung.

Spenden für die juristischen Auseinandersetzungen sind dringend nötig! Diese sind nicht steuerlich absetzbar. Und praktisch bedeutet der Empfang von ausländischem Geld für eine politische Kampagne in Russland auch wieder die Erfüllung der "Foreign Agent"-Kriterien... Dennoch:

Konto: Spenden & Aktionen
Verwendungszweck: "Soli Russland"
IBAN: DE29 5139 0000 0092 8818 06
BIC: VBMHDE5FXXX
Bank: Volksbank Mittelhessen

Da unsere Aktivitäten in der BRD auch Konsequenzen für die Aktivist*innen in Russland haben können, werden wir uns mit den Betroffenen austauschen und unsere Strategie mit ihnen abzustimmen versuchen. Wir werden konkrete Fälle nur veröffentlichen, wenn wir wissen, dass die Aktivist*innen bereits an die Öffentlichkeit getreten sind oder dies ausdrücklich wünschen. Betroffen sind jedoch weit mehr Gruppen als wir benennen können.

Wenn du aktiv an der Soliarbeit mitwirken möchtest, schreibe eine E-Mail an soli-kampagne@riseup.net.

Bis zum Einrichten der Kampagnen-Website gibt es Updates hier:

http://gruenes-blatt.de/index.php/Foreign_Agent-Kampagne

ISSN 1612-2186

